

Inhaltsverzeichnis

Forum: Vergleichende Soziologie osteuropäischer Gesellschaften

Nikolai Genov	Die Stunde für vergleichende Soziologie	3
Adrienne Czismady	Poverty and Ethnicity in Six Post-socialist Countries	9
Elena Danilova	Social Identities in Russia and Poland	17
Helmut Steiner	Kontinuität und Wandel: Transformationsforschung in Ungarn, Polen und Russland	24
Ursula E. Frübis	Paradigmenwechsel in den osteuropäischen Bildungssystemen: Ansätze einer ländervergleichenden Analyse	30

Berichte aus und über Osteuropa

Mirosław Matyja	Osterweiterung der Europäischen Union: Elitenprojekt und soziale Ernüchterung	36
Valerij Afanas'ev	Russland und Europa: Alte und neue Fragestellungen	40
Irina Predeina	Jugendgerichtsbarkeit in Russland: Entstehungsaussichten und Entwicklungsalternativen in rechtsvergleichender Betrachtung	45
László Percz	Die Geschichte der ungarischen Philosophie als eine Geschichte der Rezeption	49

Veranstaltungen

Andreas Goldthau	Strategien gemeinsamer Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland	52
Anja Hennig	Jedwabne: Nach der Wahrheit die geistige Befreiung? Diskussion zu den veröffentlichten Forschungsergebnissen des polnischen Instituts für Nationales Gedenken	56
Ivan Brèiæ	Kroatisch-Serbischer Historikerdialog: ein Schritt zur Vergangenheitsbewältigung?	59

Internationale Kooperationen

Herwig Roggemann	Interuniversitäres Rechtszentrum Split/Berlin	61
Axel Bormann/Stefan Hanisch	Slivenko und andere vs. Lettland, 14. November 2001. Ein Tag am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Straßburg	64
Kornelia Valjan	DAAD-Förderprogramme schlagen Brücken zwischen Kroatien und Deutschland	71
Corinna Jentzsch und Kirsten Schönefeld	Sprachstudienreise nach Kaliningrad	72

Rezensionen

Helmut Wagner	Buchbesprechung: Die bitteren Früchte hegemonialer Politik	74
---------------	--	----

Aktuelles von den Studierenden

Olaf Matthei	Ostblick – eine neue Perspektive für Osteuropa-Studierende	77
--------------	--	----

Interna

Jenni Winterhagen	Einführungstage am Osteuropa-Institut	80
-------------------	---	----

Jochen Aulbach	50 + 1 Jahr und 1 Tag – Totgesagte leben länger. Verspätete Jubiläumsfeier am Osteuropa-Institut der FU Berlin	80
Ansgar Koch	Rede anlässlich der Jubiläumsveranstaltung des Osteuropa-Instituts am 25.11.2002	82
Karl Nehring	Herrn Professor Holm Sundhaussen zum 60. Geburtstag	84
Wolfgang Höpken	Die Geschichte der Modernisierung Südosteuropas nach Holm Sundhaussen	85
Fikret Adanır	Nationsbildung und Nationalismus in Südosteuropa aus Berliner Sicht	87
Karl-Heinz Schlarp	Holm Sundhaussen und die Geschichte Jugoslawiens	89
	Veröffentlichungen von Mitarbeitern des Osteuropa-Instituts	95
	Lehrprogramm Osteuropastudien Sommersemester 2003	96

Berliner Osteuropa Info

Hauszeitschrift des Osteuropa-Instituts
der Freien Universität Berlin
ISSN 0945-4721

Erscheinungsweise: halbjährlich

Herausgegeben im Auftrag des Institutsrats durch
Univ.-Prof. Dr. Klaus Segbers (Vorsitzender). Verantwortlich für diese Ausgabe: Univ.-Prof. Dr. Nikolai Genov

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Nikolai Genov

Redaktionelle Mitarbeit: Philipp Casula, Brigitte Heuer, Elisabeth Krainski

Technische Redaktion: Elisabeth Krainski

Druck: KOMAG Berlin-Brandenburg

Anzeigenverwaltung: Elisabeth Krainski

Anschrift: Garystr. 55, 14195 Berlin

☎ 030/838 53659, Fax: 030/838 55206

e-Mail: krainski@zedat.fu-berlin.de

Das Berliner Osteuropa Info versteht sich als ständiges Informations- und Koordinationsorgan der Osteuropa-Forschung in Berlin-Brandenburg und darüber hinaus. Alle Institutionen, Wissenschaftler und an Osteuropa interessierten Personen sind eingeladen, sich durch Beiträge an diesem Vorhaben zu beteiligen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich die Kürzung der Beiträge aus Raumgründen vor.

Die Stunde für vergleichende Soziologie

Nikolai Genov, Berlin

Die Fragestellung

Eine vergleichende Herangehensweise ist nicht neu in der Soziologie. Der soziologische Evolutionismus von Comte und Spencer hat die historischen Vergleiche wie die vergleichende Untersuchung von Gesellschaften auf ein und derselben evolutionären Stufe zum zentralen Gegenstand seines Interesses gemacht. Die Erforschung von Etappen der Modernisierung nach dem Zweiten Weltkrieg hatte in ihrem Hintergrund dieselbe Leitidee. Das typologische Herangehen von Max Weber bleibt ein Musterbeispiel für theoretisch geleitete Vergleiche sozialer Institutionen. Die soziologischen Strukturalisten konnten ihre synchronischen und diachronischen Rekonstruktionen geschichtlicher Prozesse nur mithilfe der vergleichenden Forschungsmethode zu Stande bringen. So gesehen, kann man ohne weiteres die kognitive Entwicklung der Soziologie als ein Ergebnis der Kontinuität und Veränderung der vergleichenden Forschung darstellen. Einflussreiche Veröffentlichungen bestätigen diesen Eindruck (Inglehart/Sasaki 1996).

Der Eindruck ist allerdings nur teilweise korrekt und kann zu Fehlinterpretationen verleiten. Sowohl in ihren theoretischen Prämissen als auch in den beabsichtigten und unbeabsichtigten praktischen Konsequenzen der Forschung ist die Soziologie vor allem in einen nationalstaatlichen Rahmen eingebettet. Das bedeutet konkreter, dass die Idee einer nationalstaatlich organisierten Gesellschaft im Zentrum der soziologischen Theoriebildung und der empirischen Forschung gewesen ist und in vielen Fällen noch bleibt. Das impliziert unter anderem die Entwicklung von starken nationalen soziologischen Traditionen, die lange Zeit die Soziologie dominiert haben. Nicht zuletzt ist die Finanzierung der soziologischen Bildung und Forschung immer noch vor allem an nationalstaatliche Quellen gebunden. Im Unterschied zu den internationalisierten Naturwissenschaften sind die Sozialwissenschaften generell, und die Soziologie im Besonderen, auch von nationalen wirtschaftlichen sowie politischen Bedingungen wie kulturellen Traditionen wesentlich abhängig.

Der soziale wie kognitive Rahmen der Entwicklung der Soziologie ändert sich aber schnell. Die Kompression des sozialen Raumes und der Zeit im Rahmen der fortschreitenden Globalisierung relativiert die nationalen politischen wie kulturellen Grenzen. Die internationalen Märkte und viele Umweltrisiken respektieren solche Grenzen kaum. Die sich globalisierende Welt wird immer homogener im Sinne der Verbreitung derselben, von den globalen Medien vermittelten Denk- und Verhaltensmuster. Die politischen und ideologischen Barrieren, die bis vor kurzem die weltweit vergleichende empirische Forschung behinderten, sind nicht mehr da oder sind zumindest stark reduziert worden. Sollen diese Veränderungen zur Herausbildung eines mehr

oder weniger homogenen Gegenstandes der Soziologie führen, nämlich der Weltgesellschaft, deren soziologische Erforschung nur hoch universalisierte theoretische Modelle und empirische Methoden voraussetzt?

Die Antwort ist eindeutig und negativ. Zusammen mit der globalen Homogenisierung entwickeln und vertiefen sich auch lokale, nationale und regionale Differenzen. Sie festzustellen und zu erklären ist nicht weniger wichtig für die Soziologie als die genaue Beschreibung und Erklärung von globalen und regionalen sozialen Trends. Tatsächlich lassen sich sowohl die allgemeinen Züge der Globalisierung als auch die sich in diesem homogenisierenden Prozess herausbildenden Differenzen am besten durch Vergleiche feststellen, erklären und prognostizieren.

Um welche Vergleiche handelt es sich eigentlich? Die Frage ist berechtigt, da jede strukturelle Bestimmung und jede Veränderung in der sozialen Welt sich im Prinzip nur durch Vergleiche feststellen und analysieren lässt. Was für die Anwendung der vergleichenden Methode in unserem Kontext spezifisch sein kann, bezieht sich auf Vergleiche von Gesellschaften – wie auch immer „Gesellschaft“ zu definieren wäre. Die erste und traditionsreichere Strategie solcher Vergleiche kann auf die Entwicklungsstufen ein und derselben Gesellschaft fokussiert sein. Es geht in solchen Fällen um geschichtliche Vergleiche. Die zweite und mehr und mehr an Bedeutung gewinnende Strategie betont die synchronen Vergleiche von zwei oder mehreren Gesellschaften. Je nach den spezifischen Forschungsaufgaben kann man dabei den Akzent auf wirtschaftliche, politische oder kulturelle Parameter der zu erforschenden Gesellschaften setzen. Je nach den konkreten Forschungszielen werden in methodischer Hinsicht qualitative oder quantitative Methoden vorgezogen. Natürlich sind verschiedene theoretische und methodische Mischformen weit verbreitet.

Die Anziehungskraft der so dargestellten vergleichenden Herangehensweise hat viele Gründe. **Erstens:** Die Ausrichtung der soziologischen Theorieansprüche und der empirischen Forschung auf den Vergleich von Gesellschaften auf ein und derselben begrifflichen wie methodischen Basis berücksichtigt offensichtlich, dass die homogenisierende Globalisierung schon weit fortgeschritten ist und deswegen breit angelegte vergleichende Studien sinnvoll sind. **Zweitens:** Nur durch solche Vergleiche kann man in der Tat Ähnlichkeiten und Differenzen in der Entwicklung von Gesellschaften begründet herausarbeiten. **Drittens:** Die Verlagerung des Schwerpunktes von der Erforschung innergesellschaftlicher Probleme auf die vergleichende Erforschung von Gesellschaften bringt eine theoretische und methodische Erneuerung der Soziologie mit sich und trägt zu einer zukunftssträchtigen beruflichen Qualifizierung

der Soziologen bei. **Viertens:** Die praktischen Schlussfolgerungen von vergleichenden soziologischen Studien erleichtern den Transfer von institutionellen Mustern und prozeduralen Praktiken von Gesellschaft zu Gesellschaft. **Fünftens** und nicht zuletzt gibt es schon internationale Institutionen, die bereit sind, die komplizierte vergleichende Forschung angemessen zu finanzieren – ein typisches Beispiel dafür sind die Forschungsprogramme der Europäischen Union.

Wie sehen diese potentiellen Vorteile der vergleichenden Forschung aus, wenn man die spezifische osteuropäische Situation von raschen und tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformationen in das Zentrum des Forschungsinteresses stellt?

Die synchronischen Vergleiche osteuropäischer Gesellschaften

Nach zwölf Jahren gesellschaftlicher Transformationen bildet Osteuropa ein sehr heterogenes Forschungsfeld. Die Differenzen in der Region sind weitreichend in allen drei Komponenten des Indexes für menschliche Entwicklung (HDI), der als die soweit zuverlässigste Erfassung von grundlegenden Charakteristika einzelner Gesellschaften angesehen wird. Das gilt besonders für die Unterschiede im Niveau des Bruttoinlandsprodukts (BIP), das die stärkste Gewichtung bei der Berechnung des HDI hat. Mit wenigen Ausnahmen (Estland, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) sind die osteuropäischen Länder durch

ein auf die reale Kaufkraft umkalkuliertes BIP pro Kopf (*Purchasing Power Parity*) gekennzeichnet, das unter dem durchschnittlichen Weltniveau von 7.446 US-Dollar oder ungefähr auf diesem Niveau liegt. Nach diesem Parameter liegen Albanien, Armenien, Georgien und Moldawien sogar unter dem Level des BIP eines typischen Entwicklungslandes wie Ägypten. Von einem anderen vergleichenden Blickwinkel gesehen, sind alle osteuropäischen Gesellschaften von dem Niveau des BIP pro Kopf in Österreich sehr weit entfernt. Nach dem Parameter der Alphabetisierungsrate liegen sie aber bei weitem über dem Niveau in Ägypten und nur mit einer Ausnahme (Albanien) praktisch auf einem Niveau mit Österreich. Dieser Unterschied schlägt sich entscheidend auf die Stellung der osteuropäischen Gesellschaften in der weltweiten Rangliste von 173 Gesellschaften nach dem komplexen Index der menschlichen Entwicklung nieder, da sie dort alle vor Ägypten (115) platziert sind (UNDP 2002: 150–152, s. Tabelle 1).

Dieser synchronische Vergleich ist nicht nur wichtig im Kontext der Erfassung der gegenwärtigen Situation osteuropäischer Gesellschaften – z.B. angesichts der Osterweiterung der Europäischen Union. Er ist auch für die geschichtliche Erklärung gegenwärtiger sozialer Situationen aussagekräftig. Man darf die Beweggründe der Unzufriedenheit mit der staatssozialistischen Gesellschaftsordnung nicht vergessen. Kein Zweifel, sie waren komplex. Es ging um die Verachtung von universellen Menschenrechten wie das Recht auf freie Meinungsäußerung oder Reisefreiheit,

Tabelle 1: Osteuropa in vergleichender Perspektive*

Land	Lebenserwartung	Alphabetisierungsrate	BIP pro Kopf PPP in USD	HDI-Platz
Österreich	78,1	100,0	26.765	15
Ägypten	67,3	55,3	3.635	115
WELTDURCHSCHNITT	68,9	–	7.446	
Albanien	73,2	84,4	3.506	92
Armenien	72,9	98,4	2.559	76
Bulgarien	70,8	98,4	5.710	67
Georgien	73,2	100,0	2.664	81
Estland	70,6	99,8	10.066	42
Kroatien	73,8	98,3	8.091	48
Lettland	70,4	99,8	7.045	53
Litauen	72,1	99,6	7.106	49
Mazedonien	73,1	94,0	5.086	65
Moldawien	66,6	98,9	2.109	105
Polen	73,3	99,7	9.051	37
Rumänien	69,8	98,1	6.423	63
Russische Föderation	66,1	99,6	8.377	60
Slowakei	73,3	100,0	11.243	36
Slowenien	75,5	99,6	17.367	29
Tschechien	74,9	100,0	13.991	33
Ukraine	68,1	99,6	3.816	80
Ungarn	71,3	99,3	12.416	35
Weißrussland	68,5	99,6	7.544	56

* Bosnien und Jugoslawien sind in diesem Vergleich nicht erfasst.

um die Ineffizienz der verstaatlichten Wirtschaft, um die bürokratisierte Politik und vieles mehr. Wenn man aber diese breite Palette von Ursachen auf einer Rangliste darstellen möchte, dann würde die Unzufriedenheit von Millionen von Osteuropäern mit ihrer damaligen materiellen Lage sicherlich die erste Stelle einnehmen. Am Ende der 80er Jahre war sowohl breiten Schichten in Osteuropa als auch den informierten Staats- und Parteifunktionären in der Region klar, dass das Versprechen eines raschen und permanenten Anstiegs des allgemeinen Wohlstands unter den Bedingungen des Staatssozialismus nicht eingehalten werden konnte. Im Gegenteil, in der Region dominierte die alltägliche Erfahrung von stagnierenden Wirtschaften mit einer niedrigen Leistungsfähigkeit. Im Vergleich mit dem bekannten hohen Lebensstandard in Westeuropa und in Nordamerika konnte man keinen mehr überzeugen, dass die Planwirtschaft die effektivere Form der gesellschaftlichen Organisation sei.

Die diachronischen Vergleiche

Das Kernproblem der meisten osteuropäischen Transformationen heutzutage besteht darin, dass die massenhafte verbreitete Erwartung einer schnellen Überwindung des Gefälles im Lebensstandard zwischen West- und Osteuropa in der Realität nicht bestätigt wurde. Im Gegenteil, mit wenigen Ausnahmen haben nach Jahren der Reformtätigkeit die osteuropäischen Gesellschaften immer noch nicht das

Niveau ihres BIP im Jahr 1989 wieder erreicht. Natürlich sind die Errungenschaften in der Demokratisierung der Politik und in der Pluralisierung der Kultur der Region nicht anzuzweifeln oder zu unterschätzen. Die überall in Osteuropa verabschiedeten neuen Verfassungen haben die universellen Menschenrechte als ihren Angelpunkt. Die Medien sind real imstande, die Öffentlichkeit allseitig zu informieren und zur Entwicklung einer demokratisch gesinnten Zivilgesellschaft beizutragen. Die soziale Situation vieler Menschen hat sich allerdings im Vergleich mit 1989 verschlechtert – nicht zuletzt wegen des neuen Risikos der Massenarbeitslosigkeit, das seit Generationen in Osteuropa unbekannt war (UNECE 2002: 162f., s. Tab. 2).

Die Leistung von Polen, Slowenien und Ungarn, das Niveau ihres BIP unter den schwierigen Bedingungen der Reformen zu erhöhen, ist vielversprechend für ihre Integration in die Europäische Union. Die Daten verraten aber in manchen Fällen (Georgien, Moldawien, Ukraine) einen krassen Rückschlag im BIP, der historisch nur als Folge von vernichtenden Kriegen Präzedenzfälle hat. Das Problem des niedrigen Lebensstandards der Bevölkerung osteuropäischer Länder ist allerdings vielschichtiger auch in denjenigen Staaten, die bessere Resultate im Hinblick auf das BIP haben. Vor 1989 waren sie alle egalitäre Gesellschaften mit typischen Gini-Koeffizient-Werten zwischen 0,20 und 0,25. Die als Resultat der Liberalisierung der nationalen Wirtschaften gestiegenen Werte von 0,41 in Bul-

Tabelle 2: Sozialökonomische Entwicklung in Osteuropa 1989–2001

Land	BIP 2001 (1989=100)	Beschäftigte 2001 (1989=100)	Registrierte Arbeitslose 2001 in %
Albanien	109,0	74,3	14,5
Armenien	70,3	79,5	9,8
Bosnien	–	64,6	39,9
Bulgarien	79,5	67,4	17,3
Estland	88,6	68,9	7,7
Georgien	33,3	69,5	–
Jugoslawien	47,9*	80,4	27,9
Kroatien	82,6	82,4	23,1
Lettland	76,2	73,8	7,7
Litauen	70,0	80,0	12,9
Mazedonien	78,6	57,7	42,0
Moldawien	36,0	71,7	1,7
Rumänien	83,5	97,7	8,6
Polen	128,0	88,1	17,4
Russische Föderation	67,4	85,3	8,7
Slowakei	104,5	84,8	18,6
Slowenien	113,6	82,3	11,8
Tschechien	103,3	85,4	8,9
Ukraine	45,4	82,4	3,7
Ungarn	108,2	73,8	8,4
Weißrussland	90,4	85,0	–

* Ohne Kosovo

garien, 0,47 in Russland oder 0,61 in Armenien (The World Bank 2002: 9) zeigen, dass das niedrigere BIP dort ungleichmäßiger verteilt wird, und zwar in einem Maße, wie es für sozialökonomisch gespaltene lateinamerikanische Gesellschaften üblich ist. Dieses Resultat einer Konzentration von Einkommen auf eine kleine Schicht stellt die Perspektive für eine nachhaltige Entwicklung infrage, da sozialökonomisch gespaltene Gesellschaften in der Regel Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Integration haben.

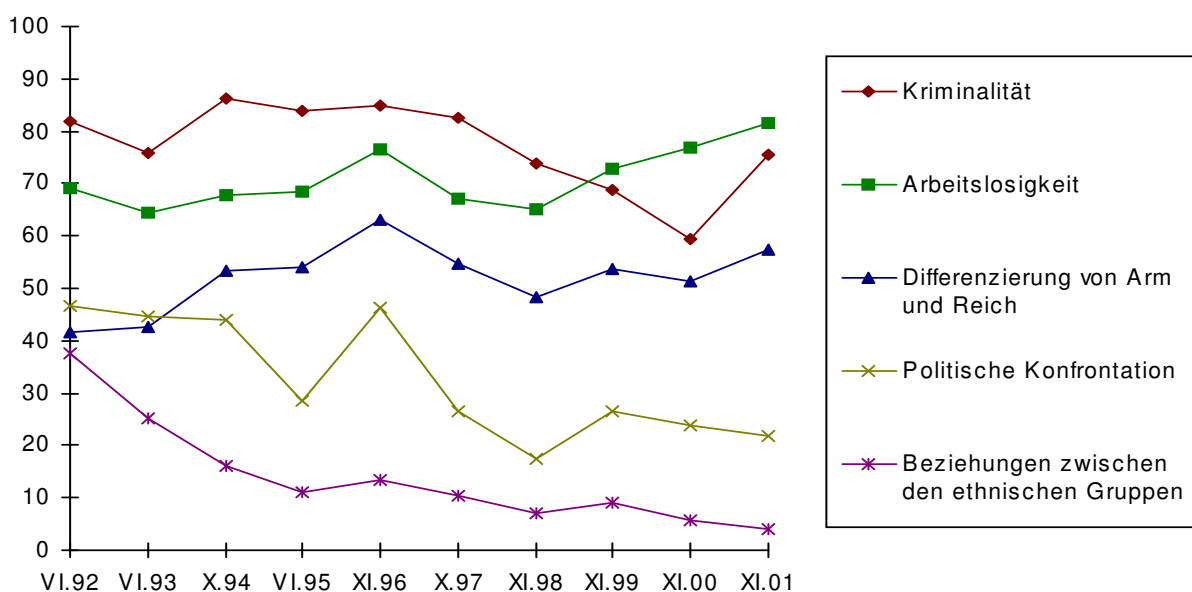
Der Rückgang der Beschäftigung ist teilweise durch die notwendige Rationalisierung von Betrieben bestimmt, die keine überflüssige Arbeitskraft mehr brauchen, um wirtschaftlich effizient zu sein. Zum größten Teil ist die Verminderung der Beschäftigtenzahlen aber durch den Rückgang der Produktion verursacht. Dies ist auch der wichtigste Grund für die hohe Arbeitslosenquote in der Region. Vor allem auf dem Gebiet des früheren Jugoslawiens ist die Arbeitslosigkeit ein sehr schweres Problem. Die niedrigen Prozentsätze der Arbeitslosen in Moldawien, Ukraine oder Russland sollten allerdings nicht täuschen. Sie korrespondieren keinesfalls mit dem Rückgang des BIP. Die Erklärung dieser Diskrepanz liegt in der Sozialpolitik dieser Länder, die immer noch an die Betriebe gekoppelt ist. Deswegen bleiben auch real Arbeitslose formal in den Belegschaften in der Hoffnung, Vergünstigungen und Hilfe über die praktisch nicht funktionierenden Betriebe zu erhalten. Die andere Ursache der Diskrepanz ist die massenhafte Beschäftigung in der Schattenwirtschaft, die mit keinerlei Sozialversicherung verbunden ist und in der staatlichen Statistik nicht registriert wird. Diese Entwicklung der objektiven sozialökonomischen Situation findet ihren

Niederschlag in einer risikobewussten öffentlichen Meinung. Die kumulativen Daten aus den jährlichen nationalen Erhebungen im Rahmen des – vom Autor geleiteten – diachronisch vergleichenden Projekts „Risiken der Transformation“ zeigen das überzeugend (s. Graphik 1).

Diese diachronischen Vergleiche, die auf repräsentativen nationalen Umfragen basieren, sind für die meisten Transformationen in Osteuropa typisch und aufschlussreich. Sie zeigen eine permanente und hohe Intensität von Risiken, die für das einzelne Individuum und für die Gesellschaft von existentieller Bedeutung sind. Das gilt vor allem für die Risiken der Kriminalität und Arbeitslosigkeit. Wie überall in den osteuropäischen Ländern ist Kriminalität in Bulgarien am Anfang der 90er Jahre dramatisch gestiegen. Es gibt zweierlei Gründe dafür. **Erstens** wurden am Anfang der Transformation die staatlichen Sicherheitsorgane intendiert oder nicht intendiert geschwächt. Später wurden ernsthafte Maßnahmen unternommen, diese Institutionen wieder zu stärken. Aber die Kriminalität hatte sich inzwischen organisiert und es wurde immer schwieriger, sie zu bekämpfen. **Zweitens** hat die Transformation übermäßige Erwartungen für eine erfolgreiche Individualisierung in breiten Kreisen hervorgerufen – auch im Sinne einer raschen Steigerung des Lebensstandards. Mit gesetzlich gesicherten Mitteln konnte das unter den Bedingungen eines fallenden BIPs nicht erreicht werden. Offen blieb die Option, illegale Mittel für die Bereicherung oder für das Überleben zu finden. Diese Option hat sich auch materialisiert in den unzähligen Betrugsfällen während des Privatisierungsprozesses bis hin zu den recht gut organisierten Aktivitäten von Gruppen, die durch die Einfuhr und Ausfuhr gestohlener Autos gewaltige Profite erzielen.

Graphik 1: Dynamik der Wahrnehmung von Risiken in Bulgarien 1992–2001

(Nationale Umfragen, Fünf-Punkte-Skala, Position 5 „Sehr schwerwiegendes Problem“, %)



Die diachronischen Daten zeigen allerdings auch, dass die öffentliche Meinung sich schon mit dem Stress der hohen Kriminalität abfindet, und dass die relative Bedeutung der Arbeitslosigkeit als Risiko steigt. Das ist keine spezifische Entwicklung für Bulgarien allein, sondern typisch auch für die meisten anderen osteuropäischen Länder. Die lokale Bedeutung dieses Prozesses besteht aber darin, dass im Fall von Arbeitslosigkeit – und besonders der sehr verbreiteten Langzeitarbeitslosigkeit – die Betroffenen und ihre Familien mit hoher Wahrscheinlichkeit in eine dauerhafte Misere absteigen.

Wenn man bedenkt, wie schnell sich die Einkommen unter den Bedingungen des Fehlens gesetzlich regulierter Mechanismen gegen schnelle Bereicherung differenziert haben, dann wird ersichtlich, warum die Empfindlichkeit gegenüber der Spaltung in Arm und Reich so intensiv ist. Angesichts der andauernden Verschlechterung des Lebensstandards breiter Schichten in Bulgarien ist es auch nicht verwunderlich, warum die Intensität dieser Empfindlichkeit zunimmt.

Die zwei angegebenen Indikatoren, deren Werte sich beständig vermindern, laden auch zu detaillierten diachronischen Interpretationen ein. Im Unterschied zu den Einschätzungen von Intellektuellen, die immer noch die intensive ideologische wie politische Konfrontation im Lande beklagen, zeigt die breite öffentliche Meinung eine klare Tendenz zu einem Rückgang dieser Intensität. Zwei Interpretationen sind hier zu erwähnen. **Erstens** ist die Tendenz zur Normalisierung der wertnormativen Situation und des institutionellen Netzwerks im Lande auf einer pluralistischen demokratischen Basis offensichtlich. Unter solchen Umständen ist der Rückgang der politischen Konfrontation leicht zu erklären. Die **zweite** Erklärung geht in eine ganz andere Richtung: Die starke organisierte Kriminalität, die Massenarbeitslosigkeit und die Verarmung bilden den Hintergrund einer sich in der bulgarischen Gesellschaft verfestigenden Enttäuschung über den Ablauf der Transformation. Sie führt zu politischer Apathie, die sich in einem zunehmenden Mangel an Interesse für die politischen Prozesse manifestiert. Auch diese Entwicklung kann man als eine Normalisierung des politischen Lebens auf einem niedrigen Niveau der politischen Aktivität interpretieren. Die Tendenz birgt aber Gefahren für die demokratische Teilnahme am Entscheidungsprozess und an der Kontrolle der Implementierung politischer Entscheidungen.

Genauso widersprüchlich ist die rapide Abnahme der Empfindlichkeit gegenüber den Risiken, die durch interethnische Spannungen verursacht werden. Die Tendenz ist generell nur zu begrüßen, da die Verhältnisse zwischen den bulgarischen und türkischen Ethnien gerade vor der Wende sehr angespannt waren. Die politischen Gründe dieser Spannung wurden im Laufe der Transformation beseitigt. Die Transformation hat allerdings zu einer umfassenden Marginalisierung der ethnischen Gruppe der Roma geführt. Da der Anteil dieser Gruppe in der Bevölkerung Bulgariens wächst, kann man Spannungen auf dieser Ba-

sis langfristig erwarten. Die sich schnell vermindernde Intensität der Empfindlichkeit gegenüber der interethnischen Problematik kann auch dazu verleiten, die sich so akkumulierenden Spannungen zu übersehen.

Die Suche nach Erklärungsmodellen

Die Vielschichtigkeit der angedeuteten Errungenschaften und Probleme in den osteuropäischen Transformationen macht ersichtlich, warum gerade angesichts dieser Prozesse die Bedeutung der vergleichenden soziologischen Forschung so dramatisch angestiegen ist. Kein Zweifel, die wichtigste bewegende Kraft der Transformationen in Osteuropa ist die Notwendigkeit für die Gesellschaften in der Region, sich an die ablaufende Globalisierung anzupassen. Man müsste also zuerst durch Vergleiche beweiskräftig lokalisieren, wo sie in den Globalisierungsprozessen stehen, damit die Erklärung und Prognose ihrer Entwicklungstendenzen möglich wird. Wenn man dieselbe Problematik von dem Standpunkt der gesellschaftlichen Vergleiche in der Region selbst betrachtet, merkt man gleich, dass sich die Geschwindigkeit und die Effekte der Anpassung verschiedener osteuropäischer Gesellschaften an die globalen Prozesse beträchtlich unterscheiden. Damit die Erfolge oder Misserfolge einzelner Gesellschaften in dieser Anpassung adäquat erklärt werden können, muss man die Ähnlichkeiten und Unterschiede einzelner Transformationsprozesse herausarbeiten. Diese Forschungsarbeit ist eine unentbehrliche Bedingung für die Steigerung der Qualität der soziologischen Forschung in der Region. Und sie trägt zur Rationalisierung des praktischen Entscheidungsprozesses aller Akteure bei, die in die osteuropäischen Transformationen involviert sind.

Die Frage stellt sich allerdings anders, wenn man den Versuch unternimmt, die begrifflichen Grundlagen der Vergleiche transparent zu machen. Bei einem solchen Anspruch stellt sich schnell heraus, dass auch interessante und weiterführende Vergleiche in der Tat keinen durchdachten begrifflichen Rahmen haben oder oft auf *ad hoc* erarbeiteten Begriffen basieren. Das mindert ihren Wert für die kumulative Entwicklung der soziologischen Erkenntnis beträchtlich. Deswegen hängt die Zukunft der vergleichenden soziologischen Erforschung osteuropäischer Transformationen sehr davon ab, wie die schon angesammelten empirischen Informationen begrifflich verarbeitet und wie die neuen empirischen Studien theoretisch geleitet werden. Eine produktive Perspektive sieht man in beiden Richtungen der Anwendung des begrifflichen Rahmens von globalen sozialen Trends (Genov 1999).

Die Liberalisierung von Handelspreisen, Devisenkursen, des Außenhandels usw. schon am Anfang der Reformen in den osteuropäischen Ländern – wie die Privatisierungswelle etwas später – signalisierten klar und eindeutig den Triumph liberaler Marktprinzipien. Ihr Wesen lässt sich unschwer zusammenfassen: Denken und Handeln fokussiert auf Akkumulation und Investition von Profit. Dieser kann allerdings nur selten, wenn überhaupt, als letzter Wert

gelten. Genauer gesagt, ist Profit unter normalen Umständen nur ein Mittel dafür, andere Ziele zu erreichen. Deswegen lässt sich die globale Tendenz zur Verbreitung des Geltungsbereiches von Marktprinzipien nach Osteuropa als ein Triumph des **instrumentellen Aktivismus** (der auf Profit ausgerichtet ist) deuten. Das ist zweifellos ein globaler Trend, dessen Behauptung mit einer Steigerung der Produktivität, der allgemeinen wirtschaftlichen Effizienz wie des Wohlstands breiter Schichten verbunden ist. Das besagt zumindest die Entwicklung der Gesellschaften im Zentrum der modernen Zivilisation – in Westeuropa und Nordamerika.

Die weltweite Verbreitung des auf Profit ausgerichteten instrumentellen Aktivismus hat allerdings Folgen, die aus wirtschaftlichen wie ethischen Gründen fragwürdig erscheinen. Dazu gehören die Rücksichtslosigkeit bei der Nutzung von natürlichen und sozialen Ressourcen und die verkürzte Zeitperspektive der Einschätzung sowie des Managements unerwünschter Konsequenzen des wirtschaftlichen Handelns. Man zählt zu solchen Folgen unter anderem die weitreichende Differenzierung von Eigentum und Einkommen, besonders wenn diese Differenzierung zu einer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Marginalisierung breiter Schichten führt.

All diese Voraussetzungen und Auswirkungen des instrumentellen Aktivismus sind schon mehrfach problematisiert worden, da sie zur Abweichung von den Prinzipien der **nachhaltigen Entwicklung** führen. Die Erfahrung aus den Transformationen in Osteuropa spricht in dieser Hinsicht eine sehr klare Sprache. Die Marginalisierung breiter Gruppen, die tiefgreifenden Probleme der lokalen Forschung und Entwicklung sowie des Bildungs- und Gesundheitswesens, die Belebung von ethnischen und religiösen Gegensätzen in der Region sind Prozesse, die auch langfristig Anpassungsschwierigkeiten an globale Trends verursachen werden. Die zukunftssträchteste Lösung wäre eine sorgfältige Balance zwischen der Verbreitung und Stärkung des instrumentellen Aktivismus und der praktischen Beachtung der Imperative der nachhaltigen Entwicklung.

Eine Voraussetzung für diese existenziell wichtige Balance wäre die fortschreitende **Rationalisierung von organisatorischen Strukturen und Funktionen** in den osteuropäischen Ländern. Tatsächlich ist dieser Prozess so umfassend und von solcher tiefgreifenden Bedeutung, dass man ihn als globalen Trend begrifflich erfassen kann. Die Transformationen in Osteuropa haben mit der Anpassung an diesen Trend viel zu tun. Manche Gesellschaften in der Region sind effektiver in der Übernahme von rationalisierten Mustern in ihrer Organisation von Wirtschaft, Politik und Kultur. Wegen technologischer oder wirtschaftlicher Rückständigkeit und traditioneller Organisationsformen von Politik und Kultur haben andere osteuropäische Gesellschaften beträchtliche Schwierigkeiten, sich den modernen Organisationsmustern anzupassen. Als Resultat entstehen dort unter dem Anpassungsdruck und dem Einfluss des instrumentellen Aktivismus **organisatorische**

Pathologien, die den Prozess der organisatorischen Rationalisierung unterminieren. Dazu gehören die kriminellen Tendenzen bei der Privatisierung, die verbreitete Korruption unter den schlecht bezahlten staatlichen Beamten wie die sich ständig wiederholenden Versuche, die organisatorischen Probleme durch bürokratische Intransparenz zu verschleiern und nicht durch Steigerung der Effizienz zu lösen. Solche organisatorische Pathologien stellen ein universelles Problem dar. Es wird in Osteuropa allerdings durch die Gleichzeitigkeit von tiefgreifenden Veränderungen in allen Sphären des sozialen Lebens verschärft sowie durch Fehler in der organisatorischen Rationalisierung. Die Lösung wäre also die permanente Wachsamkeit gegenüber möglichen Ursachen organisatorischer Pathologien und potentieller pathologischer Effekte der organisatorischen Rationalisierung. Max Weber hat klassische Warnungen dazu herausgearbeitet, die in der Interpretation und Leitung osteuropäischer Transformationen beachtet werden sollten.

Sowohl die Verbreitung des instrumentellen Aktivismus als auch die organisatorische Rationalisierung in Osteuropa setzen die Mitwirkung von Individuen voraus, auf die sie aber auch vielseitige Auswirkungen haben. Die Osteuropäer haben diesen Prozess massenhaft als eine seltene historische Chance zur Erweiterung der Möglichkeiten für individuelle Entwicklung und Selbstverwirklichung begriffen, als die Öffnung eines *window of opportunities*. Von der anderen Seite her gesehen sind in einer sehr kurzen Periode die individuellen Kapazitäten, diese neuen Möglichkeiten wahrzunehmen, in der Region beträchtlich gestiegen. So liefern die osteuropäischen Transformationen typische Beispiele für eine beschleunigte **Individualisierung**. Mit verschiedenen nationalen und regionalen Ausprägungen hat dieser Prozess globale Dimensionen. Er ist in allen gegenwärtigen Gesellschaften zu beobachten. Er hat aber sehr spezifische Züge in Osteuropa, das lange Zeit von einer kollektivistischen Ideologie und Politik dominiert war. Deswegen setzt sich dieser globale Trend in der Region sehr oft auf Kosten kollektiver Interessen und des **Gemeinwohls** durch. Das lässt sich besonders deutlich an den kriminellen Varianten der Privatisierung oder an dem rapiden Anstieg der allgemeinen Kriminalität feststellen. Andererseits haben die kollektiven Formen der Risikobewältigung in der Region sehr stark an Effektivität eingebüßt. So stellt sich heutzutage überall in Osteuropa die dringende Frage, wie die Erweiterung der Handlungsspielräume für Individuen mit einer Revitalisierung der Idee und der praktischen Handlungsstrategien des Gemeinwohls wieder in Einklang zu bringen ist, und wie ihre Einheit kognitiv, moralisch und emotional zu festigen wäre. Diese Aufgaben haben eine strategische Bedeutung, da sie mit der Integration und mit dem Innovationspotential der osteuropäischen Gesellschaften sehr viel zu tun haben.

Die Ausbalancierung von individuellen Interessen mit den Bedingungen und Organisationsformen des Gemeinwohls

stellt sich in der osteuropäischen Region als eine Aufgabe im Kontext eines im Wesentlichen schon vollzogenen Wandels ihrer kulturellen Basis. Weder in der offiziellen Ideologie noch im Massenbewusstsein stellt ein Kollektiv – Gesellschaft, Partei oder Staat – die Leitidee für das Handeln von Massen dar. Ganz im Gegenteil, die neuen Verfassungen und die institutionelle Praxis in der Region haben schon eine andere Dominante – die universellen Rechte des menschlichen Individuums. So hat sich auch in Osteuropa auf dieser Basis der globale Trend der **Universalisierung von wertnormativen Systemen** im wesentlichen durchgesetzt. Gerade in dieser Region konnte man aber im Laufe der 90er Jahre vielfältige Abweichungen von diesem Trend feststellen. Ethnische und religiöse Konfrontationen auch in der Form von Kriegshandlungen auf dem Gebiet des früheren Jugoslawiens und der früheren Sowjetunion haben klar gezeigt, dass der globale Trend einer wertnormativen Universalisierung Hand in Hand mit Erscheinungsformen des **wertnormativen Partikularismus** geht. Das Gleichgewicht zwischen der Universalisierung und Differenzierung von wertnormativen Systemen erweist sich als permanent problematisch auch in den bestintegrierten und funktionierenden Gesellschaften. Diese Aufgabe wird die Konsolidierung der osteuropäischen Transformationen auch weiterhin begleiten.

Mit der Tiefe und Geschwindigkeit der ablaufenden Veränderungen, mit dem breiten Spektrum von Ähnlichkeiten und Differenzen der Gesellschaften in der Region und mit der weltweiten Bedeutung der regionalen Prozesse stellt Osteuropa heutzutage den Idealfall für vergleichende soziologische Studien dar. Der Erkenntnisgewinn wird maxi-

miert, wenn bewusst empirische Forschung mit Bemühungen verbunden wird, adäquate theoretische Erklärungsschemata zu entwickeln und anzuwenden. Das ist keine Aufgabe, die ein für allemal gelöst werden kann. Im Gegenteil: Der rasche soziale Wandel in der Region wie weltweit bedingt, dass die Soziologen permanent vor diese Aufgabe gestellt werden. Die Erfahrung aus den vergleichenden Studien osteuropäischer Transformationen trägt schon jetzt dazu bei, die künftigen kognitiven wie praktischen Herausforderungen an die Soziologie rechtzeitig zu erkennen und effektiver zu bewältigen. Das gilt für die Erforschung der Beziehungen von Handlung und Struktur, Akteuren und Institutionen, von Prozessen auf Mikro-, Meso- und Makroebene des sozialen Lebens, aber auch für die Visionen, wie diese Beziehungen zu gestalten und zu leiten wären.

Nikolai Genov ist Universitätsprofessor für Soziologie am Osteuropa-Institut und am Institut für Soziologie der FU Berlin.

Literatur

- Genov, Nikolai (1999): *Managing Transformations in Eastern Europe*. Paris und Sofia, UNESCO/MOST und REGLO.
- Inkeles, Alex; Sasaki/Masamichi, Hrsg. (1996): *Comparing Nations and Cultures*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- UNECE (United Nations Economic Commission for Europe) (2002): *Economic Survey of Europe*. Genf und New York.
- UNDP (United Nations Development Programme) (2002): *Human Development Report*. New York und Oxford: Oxford University Press.
- The World Bank (2002): *Transition. The First Ten Years*. Washington, D.C.: The World Bank.

Poverty and Ethnicity in Six Post-Socialist Countries

Adrienne Czismady, Budapest

The transformation of Eastern European societies created laboratory conditions in the region. It became possible to carry out comparative studies, which had not been possible earlier. For instance, before the transformations it was difficult to answer the question whether the difference between Western societies and former socialist countries was mostly due to the different levels of economic development or to the different political systems. This made the comparative study of major social problems rather complicated. Poverty and ethnicity had and still have a very important place among these problems. This is the reason why a research group consisting of American and Eastern European sociologists, headed by Professor Iván Szelényi from Yale University, decided to study these problems. The present paper describes the first results of the activities of this research group.

Design and Organization of the Project

We attempted to answer our research questions with survey data and ethnographic case studies. With the support of the Ford Foundation, the research was conducted in six post-communist countries: Bulgaria, Hungary, Poland, Romania, Russia and Slovakia. These countries were selected based on theoretical considerations that had inspired our research. They can be considered as various ideal types of post-communist capitalisms. The countries also differ from each other concerning their ethnic composition.

The survey was conducted between autumn 1999 and spring 2000. In all countries the survey was conducted on the basis of a national representative sample. In Russia, we selected 2,500 individuals using the random method in parts of the country which are situated to the west from the Ural Mountains, while in all other countries the national random sample consisted of 1,000 individuals or households.¹ The randomly selected general population sample was supplemented with two randomly selected over-represented samples. Roma and extremely poor people were over-represented, because these two categories of population were important in verifying our theoretical hypotheses. Our survey was also supplemented with ethnographic studies. In all countries we selected two to three particularly poor settlements. The Ph.D. students of the national research groups prepared a sociography in these settlements. They made participating observations there. The reports on these sociographies can be found on the website of Yale University (www.yale.edu/ccr/).

After collecting the data and completing the sociography work, members of the national research groups spent one semester at Yale in order to analyse data jointly. This was made possible with the support of the Ford Foundation.

Between September 2000 and December 2001, three teams worked at Yale. Each team had between 6 to 8 members and American Ph.D. students studying at Yale also joined the analyses. In the fall semester of 2000, the main task was the comparison between countries. The team operating in the spring semester of 2001 compared ethnicity and poverty. The autumn semester of 2001 focused on feminisation of poverty in transition societies.

Theoretical Issues

In Eastern Europe both the extent of poverty and its nature are changing fast in the course of transition from state socialism to a market economy. Social scientists generally assumed that during socialism poverty was mainly determined by demographic factors. To simplify, families with many children as well as old and ailing people tended to be poor. According to certain observers, social position, ethnicity and gender are the main reasons for poverty in post-socialist times.

Furthermore, numerous researchers assert that some people might remain poor throughout their lives with the development of market economy in the region. Moreover, the poorest are segregated from the less poor in space more frequently than earlier. Therefore, in post-communism a new type of poverty can be observed. In other words, in the post communist period, a so-called underclass is developing. Especially, poverty and membership in ethnic groups are related and thus poverty concentrates in one or several ethnic groups of society. On the other hand, other researchers have found that not only certain ethnic groups are stricken more by poverty than the ethnic majority. There are a lot more women among the poor than men, i.e., poverty is feminising. The feminisation of poverty means that households, in which the head of the household is a woman, could become poor with higher probability than households with a man as the head of the household. Still another issue is that within poor households women bear the burden of poverty more than men. Finally, it seems that there are significant differences between countries concerning the extent, nature and dynamism of poverty in the post-socialist societies in Europe. Certain countries seem to follow neo-liberal reforms, as if they were on an evolutionary path towards a liberal market economy. Other countries were more careful in leaving behind the state socialist model and it seems that they are starting to develop a neo-patrimonial system of capitalism.

Social Determination of Poverty

Henryk Domański focused his analysis on the distribution of poverty within the social structure. To measure poverty he used the bottom fifty percent of mean family incomes

per capita as a poverty threshold. Following are some results of the regression analysis: Table 1.

Another line of the analysis was the effort to find evidence to prove the hypothesis that the underclass is constructed in the same way in Western and Eastern European countries. Poorly-educated are over-represented in the American and Western European underclass. Researchers have found that the basis of poverty there is the fact that individuals with a low level of education and training find it more difficult to get a stable job. Consequently, it is more probable that they would end up in the underclass or in unfavourable positions. (Ricketts/Sawhill 1988: 321, and Buckingham 1999: 57). Data in Table 1 show that low education plays a significant role in determining whether a household falls below the fifty-percent poverty line. The effect can be observed in all six countries. The risk to become poor among the highly educated is the lowest and increases with the decline of the level of education. With the exception of Poland and Russia where the curved line model applies, there is almost a straight-line connection between poverty and education.

According to Nicholas Lemann (1988: 81), the American underclass has become „a problem mainly for black people“. Generally, in the Western societies the most important feature of the underclass is that ethnic minorities are overrepresented in it. Indeed, belonging to an ethnic minority in Bulgaria, Hungary and Russia increases the chances of falling below the fifty-percent poverty line. However, in Poland and Slovakia one may observe the reverse effect. It can be assumed that in these countries the position of ethnic minorities is relatively better than that of the majority.

In Western societies there is a risk of becoming a member of the underclass primarily for residents living in the outskirts of towns. However, the poor in Eastern Europe live primarily in villages. The data of Table 1 indicate, with the exception of Hungary, that poverty is much more concentrated in rural areas than in city centres.

Poverty is determined most strongly by the position of the individual in the labour market. Table 1 shows that in all countries the probability of falling below the fifty-percent poverty line is the lowest among employees. The current status in the labour market of the interviewee was least important in Bulgaria, and most important in Hungary. The detrimental impact of long-term unemployment is less general in Eastern Europe. The data of Table 1 indicate that long-term unemployment increases the risks of poverty significantly only in Hungary.

In Bulgaria, Hungary and Poland there are no major differences between the poor and those, who belonged to labour related categories, such as intellectuals, workers, peasants and owners. Similar differences exist in Romania, Slovakia and Russia. On the basis of the results, it is not possible to give a final answer to the question as to what are the reasons for the development of the underclass. However, it is now clear in what directions the research should continue.

The Feminisation of Poverty

The fact that women are over-represented in the poor population has already been observed in developed and developing capitalist societies (Pearce 1978; Albelda and Tilly 1997). Éva Fodor wanted to demonstrate this phenomenon in relation to the countries of Eastern Europe, using the material of the research. She used four indicators to identify the poverty gap between sexes, which show: 1) the level of low nutrition, 2) possession of simple consumer articles, 3) the quality of housing, and 4) the subjective assessment of the interviewee about the financial position of his/her household. She also added the income-based poverty indicator to these four indicators (50% of median). On the basis of the analysis, Fodor found that while the adjusted per capita household income indicated a poverty gap between sexes only in Romania, other indicators complicated the picture. It showed feminisation of poverty in Bulgaria, Romania and Russia. Finally, she added a further complex absolute poverty indicator to the five indicators, which includes all indices with the exception of the housing index. As a result, it seems that Russian and Romanian women suffer from poverty most, followed by Bulgarian women. Certain signs indicate that a reverse poverty gap exists in Hungary and Poland.

The differences between countries are explained by wage discrimination on the labour market, quality and meaning of social rights as well as the situation of the economy. In countries where the wages of women are relatively high compared to men, or state benefits are generous and more people are saved from poverty, women are in a better situation both in an absolute sense and compared to men. It seems that this situation has occurred in countries where a market economy developed most rapidly and successfully. This might be a convincing relationship between the feminisation of poverty and economic development. The development of a market economy increased disparities between classes, however it contributed to the reduction of disparities between the sexes in East European poverty or in certain cases kept it at the same level. This holds true for the first ten years after the collapse of state socialism. According to optimists, women cannot afford to lose their advantages. According to pessimists, they cannot afford to keep them either.

How Do People Remember Socialism?

One of Szelényi's aims was to reconstruct memories of socialism. In the personal interviews we asked several questions about the extent of poverty experienced by the interviewees in the various stages of their lives. Using such retrospective questions of the past, we asked the interviewees whether they remembered themselves as poor at the age of 14. The same questions were asked for 1988 and 2000. Naturally, on the basis of the answers given to the questions we cannot reconstruct the history of socia-

Table 1: Coefficients from logistic regression models predicting poverty in six countries²

Independent variables	Bulgaria	Hungary	Poland	Romania	Russia	Slovakia
Sex (1=men)	0,89	1,41	0,85	1,01	0,64*	0,85
Education						
College	0,43*	0,42**	0,22*	0,52*	0,78	0,46*
Some college	0,82	0,72	0,77	0,53*	0,96	0,83
Secondary	0,90	0,90	1,09	0,65**	1,15	0,51**
Basic vocational	1,28	1,44*	1,90**	1,19**	1,06	0,82
Primary	1,22	1,50**	1,71*	1,86**	1,48**	1,60*
Some primary	2,02**	1,71**	1,64	2,61**	0,74	3,94**
Place of residence						
Rural areas	1,10	1,10	2,07**	1,79**	1,91**	1,10
City with 10.000–99.000 inhabitants	0,97	1,13	1,06	1,27	1,08	0,92
City above 100.000 inhabitants	0,97	1,18	0,75	0,79	1,05	0,89
Capital city	0,97	0,67**	1,06	0,56**	0,47**	1,11
Employed	0,52**	0,11**	0,14**	0,10**	0,28**	0,29**
Retired	0,71	0,17**	0,25**	0,26**	0,24**	0,36*
Pensioner	1,23	0,41**	0,59	0,33**	0,38**	0,93
Housewife	1,23	1,42	2,74*	1,75**	3,21**	2,10
Permanently unemployed	0,84	1,53*	0,59	1,09	0,88	1,45
Father unemployed	2,24**	0,96	1,83*	1,51	1,89**	1,35
Divorced	0,93	0,27**	0,47**	0,84	0,45**	0,49
Membership in ethnic minority	3,99*	2,07**	0,08	1,21	1,82**	0,93
Transfers	2,05**	2,08**	2,21**	2,96**	3,64**	2,69**
Chi-square/df	301/22	909/22	395/22	1042/22	699/22	320/22

Source: Domański, 2001. ** p< 0,01; * p<0,05.

lism: individuals still alive in the year 2000, who entered their 14th year of age in the fifties do not represent a sample of the population in the fifties or even a sample of those entering the 14th year of age at that point. However, their answers presented a very good overview about people's memory of socialism in the year 2000. Therefore, we did not wish to put together a history of socialism, but rather wanted to focus on the memory of the „survivors“ of socialism. Despite these restrictions, the results are extremely interesting.

Iván Szelényi's main findings were:

- (1) During socialism people experienced less relative deprivation and poverty. The sharp reduction of poverty occurs right after Stalinism, during the 1960s;
- (2) People experienced continued decline of poverty and relative deprivation during the 1980s as the first market-oriented reforms were implemented in some of the countries. The decline in the experience of poverty in countries with market reforms is at least as pronounced as in countries that resisted reforms;
- (3) During the post-Stalinist time people report a similar degree of poverty and relative deprivation in all countries. People in poorer countries experienced a sharper decline in poverty than those in well-to-do countries, thus it appears that cross-country differences narrowed somewhat during socialism.

During the post-communist epoch (in the year 2000) the countries we studied could be classified according to two categories. Some can be classified as a neo-patrimonial form of capitalism (Bulgaria, Romania, Russia) and others as neo-liberal regimes (Hungary, Poland and Slovakia). Szelényi found similar levels of poverty in the first group in 2000 (a third or a fifth of the respondents reported no experience with poverty at all) and in the second group, the proportion of respondents with similar answers was twice as large (between 60–75%).

Without exception, interviewees in all countries remembered that they had a better life in 1988 than in 2000. In addition, members of all countries in age-groups that had completed their 14th year before 1988, remembered that they were poorer at the age of 14 than in 1988. It was also remarkable that although remembering 1988, the interviewees reported on different standards of life: Hungarians remember less poverty than people living in the other countries; the Poles, Russians and Romanians depicted less rosy living conditions for 1988 than the Bulgarians or Slovaks did. In 1988 the differences between these countries were very small. According to the memories of our interviewees, in 1988 the former socialist countries were closer to each other concerning their standard of living than at the time when our interviewees were 14 years old. In summary, our interviewees experienced socialism

as a period during which the differences between countries did not disappear, but decreased.

Looking at the differences between countries, Szelényi tried to analyse what happened in the first decade of post-communism considering the aspects under scrutiny. In 1993 he conducted a joint research with Donald Treiman, asking the same questions about living conditions in the same countries for 1993 and 1988. Therefore, we shall now have an opportunity to analyse whether the situation of our interviewees deteriorated or improved between 1993 and 2000. Data indicate that in 1993, compared to 1988, people believed that their living conditions deteriorated more or less similarly in all countries. However, in the year 2000 the trend changed. In countries that had completed a neo-liberal reform (i.e. Poland and Hungary), the proportion of those who believed that their position had deteriorated since 1988 had slightly declined, while in the neo-patrimonial systems interviewees reported further considerable deterioration in their living conditions. Comparing the year 2000 to 1993, fewer people who lived in neo-liberal regimes thought that they lived under worse conditions than in

1988. In neo-patrimonial systems the proportion of interviewees, who gave such an answer significantly increased compared to 1993. In other words, concerning the „social price“ of transition, there were no major differences between the countries in 1993, whereas by the year 2000 a gap had opened between neo-liberal and neo-patrimonial capitalisms.

„Who Is Roma?“

The research activities of János Ladányi, Iván Szelényi, György Csepeli und Dávid Simon focus on answering the question of „Who is Roma?“ What is the number of Roma population in a given country, in a region of the world or in the entire world? To answer the question, the starting hypothesis of Ladányi/Szelényi is that all ethnic groups are a structure of the society. The borderline of all ethnic groups has faded. Who is „within“ and who is „outside“ this borderline greatly depends on who is doing the ethnic classification. György Csepeli and Dávid Simon found that the experience of being Roma is determined by the convergence of factors such as ancestry, mother tongue, neighborhood, and social bonds (Csepeli/Simon, 2001).

Table 2: Experience of poverty and experience of relative deprivation at age 14 by cohorts and by country (general population sample)

Country	Cohort ³	Degree of poverty (in %) ⁴			Altogether 100,0% (N)	Extent of relative deprivation(in %) ⁵			Altogether 100,0% (N)
		Very poor	Poor	Not Poor		Below average	Average	Above average	
Bulgaria	Pre-socialism	18,4	49,1	32,5	212	51,0	41,4	7,6	198
	Stalinism	11,7	48,0	40,2	179	44,9	48,3	6,8	183
	Socialism	3,1	18,1	78,8	590	19,4	58,9	21,7	576
	All %	8,0	30,3	61,8	981	30,8	53,2	16,0	952
Hungary	Pre-socialism	16,5	31,8	51,7	242	38,6	53,4	8,8	236
	Stalinism	16,3	34,1	49,6	123	42,2	53,7	4,1	115
	Socialism	3,4	15,5	81,1	567	16,1	74,5	9,4	565
	All %	8,5	22,2	69,3	932	25,2	66,4	8,4	922
Poland	Pre-socialism	35,4	27,8	36,7	158	48,1	44,2	7,7	154
	Stalinism	16,8	33,6	49,6	131	43,7	47,6	8,7	126
	Socialism	5,8	20,5	73,6	701	19,8	64,4	15,8	682
	All %	12,0	23,4	64,5	990	27,5	58,9	13,6	962
Romania	Pre-socialism	22,6	42,9	34,6	217	40,8	40,8	18,4	211
	Stalinism	13,4	45,9	40,7	172	44,6	42,3	13,1	168
	Socialism	6,2	29,2	64,5	660	21,1	57,9	21,0	653
	All %	10,8	34,8	54,4	1.049	29,0	51,8	19,2	1.032
Russia	Stalinism	33,0	45,6	21,4	927	58,9	34,7	6,4	900
	Socialism	3,8	39,7	56,5	1.441	19,2	65,2	15,6	1.409
	All	15,2	42,0	42,7	2.368	34,7	53,3	12,0	2.309
Slovakia	Pre-socialism	27,3	42,4	30,2	172	50,3	46,1	3,6	167
	Stalinism	11,8	40,9	47,2	127	35,9	58,6	5,5	128
	Socialism	2,7	24,6	72,7	692	15,1	76,0	8,9	662
	All %	8,2	29,8	62,1	991	24,1	68,4	7,5	957

Source: Szelényi, 2001

Table 3: Experience of poverty and experience of relative deprivation 1988 and 2000 (general population sample)

Country	Years	Experience of poverty in 1988 and 2000			Altogether 100.0% (N)	Experience of relative deprivation in 1988 and 2000			Altogether 100.0% (N)
		Very poor in %	Poor in %	Not poor in %		Below average income in %	Average income in %	Above average income in %	
Bulgaria	1988	1,7	13,0	85,4	909	16,0	56,7	27,3	894
	2000	15,9	50,3	33,8	1006	80,3	16,1	3,6	995
Hungary	1988	2,1	9,5	88,4	912	15,1	73,8	11,1	897
	2000	5,8	21,4	72,8	934	42,6	51,3	6,1	933
Poland	1988	2,5	17,3	80,2	828	15,0	67,6	17,4	814
	2000	5,1	23,9	70,9	994	42,6	48,3	9,1	976
Romania	1988	5,2	25,3	69,5	866	16,1	58,4	25,4	849
	2000	15,8	45,4	38,8	1.051	68,5	27,1	4,4	1.047
Russia	1988	2,0	25,1	72,9	2.371	12,9	69,8	17,3	2.329
	2000	7,1	68,4	24,5	2.375	73,5	24,2	2,3	2.358
Slovakia	1988	1,0	14,1	84,9	830	8,6	83,2	8,2	821
	2000	4,7	25,2	70,1	1.001	42,6	50,2	7,2	990

Source: Szelényi, 2001

The survey gave an ideal opportunity for empirical analysis of this question. During the survey, we asked all interviewees to which ethnic group they belonged on the basis of their origin (self-identification) and we also asked the interviewees whether the families, where they just finished an interview, were considered Roma or not (classification by interviewers, which was done twice during the survey, once during the screening questions, and once during the repeated interview).

With regard to the analysis of the two classifications by interviewers, the results indicated significant differences between the three countries concerning the consistency of classification. Table 5 shows that ethnic borders varied in strength in the various countries. The borderline separating Roma people from non-Roma individuals is much stronger in Bulgaria than in Hungary and Romania. While in Bulgaria the interviewers are very certain that their judgment is correct, in Hungary and Romania they are more uncertain about it. When Csepeli and Simon

Table 4: Economic policies, economic growth and social indicators⁶

Country	A	B	C ⁸	Survey data from 1993 and 2000 ⁷		
				D	E	F
Hungary	10.0	99	57	43	62	57
Poland	8.0	122	59	43	63	59
Bulgaria	5.0	67	68	80	69	84
Russia	2.0	57	60	74	65	79
Romania	6.0	70	–	69	–	76

A – Cumulative liberalization 1989–1999; **B** – Real GDP in 1999 (1988=100); **C** % of population reporting poverty⁸ in 1993; **D** – % of population reporting poverty in 2000; **E** – % of population reporting deteriorated living conditions in 1993; **F** – % of population reporting deteriorated living conditions in 2000.

Source: Szelényi, 2001

Table 5: Ethnic classification of respondents who were reported to be Roma during the screening interviews after completion of the (%)

Ethnic classification of respondents	Bulgaria	Hungary	Romania
2nd interviewer certain	87,2	48,5	37,5
2nd interviewer not certain	6,5	16,3	34,2
Non-gypsy by the 2nd interviewer	6,3	35,2	28,3
Gypsy by the 1st interviewer	100,0	100,0	100,0
N	524	481	368

Source: Ladányi/Szelényi, 2001

examined the factors that contributed to ethnic categorization by the interviewers, there were differences between both the three countries and two situations (screener and survey⁹). They investigated the discrepant cases when the first interviewer perceived the respondent as Roma and the second interviewer failed to do so. Analysis of these differences can help to understand the peculiarity of the construction of ethnicity of the second interviewer. In Bulgaria, because of the low degree of discrepancy (6%), this analysis does not yield any data of interest. In Romania, the attrition rates of color of skin and way of life were relatively higher than in Hungary. In the case of language, the tendency was just the opposite. Family name continued to be unnoticed.

In Romania the ethnical borderline seems ever more flexible than the one in Hungary. It is further strengthened by the review of the self-identification of interviewees. Of the people assumed to be Roma by the interviewers during the screening survey, 73,3% in Bulgaria, 36,8% in Hungary, and only 30,7 in Romania consider themselves Roma individuals. Therefore, the definition of Roma ethnicity significantly differs in countries, and it also depends on who is doing the classification. In Bulgaria, there is quite a high degree of agreement within the society as to who are Roma, and only the Muslim Gypsies intend to somewhat differentiate this uniform judgement of the society. On the other hand, in Hungary and Romania the majority of those

who are considered Roma by their environment in the society do not accept this judgement in a survey, and do not consider themselves Roma either.

The fact that the ethnic borderlines are laid down so clearly in Bulgaria is due to segregation and use of ethnic language, according to Ladányi and Szelényi. There is a considerable overlap between those considering themselves Roma and those living under ethnically segregated conditions. In general, those, whose mother tongue is Gypsy consider themselves Roma.

As it was stated by Ladányi and Szelényi, there are significant differences between the analysed countries in ethnic classification systems. The Bulgarian ethnic classification system is more stable and ethnic borderlines are more rigid than in the other two countries. At least with regard to the rigidity of ethnic borderlines, the Bulgarian system is more similar to the one known from the United States, while the Romanian and Hungarian systems remind more of the Brazilian one. This is even more remarkable because in this case it involves Roma classification, while in the American and Brazilian cases it is classification of black people. The current research does not support the earlier assumption, according to which and as a result of anthropological reasons, the classification system of black persons is much more rigid than that of Roma people. However, the fact that in ethnic classification anthropological, biological or

Table 6: Residential segregation of the neighborhood by countries in Roma over-sample (%)

Residential segregation	Bulgaria	Hungary	Romania
Gypsy settlement	56,2	11,6	10,9
Majority of the population is Roma	21,0	22,5	17,1
Majority of the population is non-Roma poor	11,7	26,0	27,4
No concentration of either poor or Roma	11,1	39,9	44,6
Total	100,0	100,0	100,0
N	524	481	368

Source: Ladányi/Szelényi, 2001

genetic factors have relatively little significance is mainly determined by social mechanisms.

The discourse in Hungary (both of society and experts) is relating the Roma to the issue of poverty. So, it is important to examine how society constructs the image of the poor and of Roma people. Csepeli and Simon used three models to explain the difference between being poor and being Roma. „Inconsistent ethnic categorization certainly is a function of the perceived ethnic character of the neighborhood. In the case of consistent outgroup categorization which does not correspond with the ingroup perspective the people believed to be Roma are not only living in Roma neighborhood but are subject of several social disadvantages such as low income, overcrowdedness and material deprivation. These people who deny to be Roma are not only perceived to be Roma but they tend to be more poor than the non-Roma poor. The stigma of poverty, however, was proved to be related most in the case of those who were willing to identify themselves as Roma.“ (Csepeli and Simon 2001)

The other very important theoretical issue is the underclass question. Iván Szelényi stated it in the following way: „Post-communism generated a qualitatively different experience in the life of Roma. Gypsies of course were always poor, but they may now have constituted an „underclass“ with the fall of communism. To formulate this theoretically: during pre-socialist times Gypsies constituted a pariah caste, or an under-caste. They were discriminated against, they were poor, but they lived in quite traditional communities and performed socio-economic functions, which were not well rewarded, but were seen as necessary. Socialism – to put it as simply as one can – proletarianized this pariah caste, included them into society, but slotted them into the very bottom of the social hierarchy. Discrimination persisted (though given the official anti-racism of the communist regimes was suppressed into a collective subconscious) and Gypsies had to perform the physically most demanding, dirty, unskilled manual tasks. They were, however, an integral part of society. During post-communist transformation the bottom fell out below the Roma. They are not in society any more. The ethnic majority sees the Roma as a nuisance, as a group, which could be disposed of. They are not simply poor. Society sees them as ‘useless’ – for the first time they constitute an underclass.“ (Szelényi, 2001: 60.)

Adrienne Czismady ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften.

References

- Albelda, Randy and Tilly, Chris 1997. *Glass Ceiling and Bottomless Pits: Women's Work, Women's Poverty*. Boston, MA: South End Press.
- Buckingham, Alan 1999. Is there an underclass in Britain? *British Journal of Sociology*, Vol. 50: 49–75.
- Csepeli, György 2001. Social Psychological Roots of Discrimination against the Roma minority in Eastern Europe. Paper presented at the joint meeting of the Law and Society Association and Research Committee on Sociology of Law held in Budapest, July 4–7, 2001.
- Csepeli, György and Simon, Dávid 2001: Discrimination against and its consequences on the Roma minority in Eastern and Central Europe.
- Czismady, Adrienne 2002. Central Issues in Hungarian Poverty Research. *International Social Science Council – CROP Newsletter*. Vol. 9, 4.
- Domański, Henryk 2001: Social Determinants of Poverty in Post-Communist Societies. *Review of Sociology* Vol. 7, 2, 37–60.
- Fodor, Éva 2001: The Feminization of Poverty in Six Post-State Socialist Societies. *Review of Sociol.* Vol. 7, 2, 91–107.
- Ladányi, János and Szelényi, Iván 2001: The Social Construction of Roma Ethnicity in Bulgaria, Romania and Hungary During Market Transition. *Review of Sociology* Vol. 7,2, 79–89.
- Lemann, Nicholas 1988. A culture of poverty created the black underclass. In Bender, D.-B. Leone (eds.): *In Poverty: Opposing Viewpoints*. St. Paul: Greenhaven, 80–85.
- Pearce, Diane 1978. The feminization of poverty: women's work, and welfare. *Urban and Social Change Review*, 11, 28–36.
- Ricketts, Erol and Sawhill, Isabell 1988: Defining and measuring underclass. *Journal of Policy Analysis and Management*, 7, 316–325.
- Szelényi, Iván 2001: Poverty under post-communist capitalism – the effects of class and ethnicity in a cross-national comparison. Paper presented at the conference „Unity and Diversity“, Bruges, October 29–30, 2001.
- ¹ The detailed description of sampling is included in *Review of Sociology* 7 (2001), 2.
- ² The logistic regression model in multiplicative form was fitted using the binary response coded poverty. The odds ratios (eb) represent the multiplicative effect of a one-unit change in the predictor variables on the odds of being in poverty: odds=1 indicate a lack of any effect, with values higher than 1 indicating a positive effect, and values below 1 indicating a negative effect on the predictor variables of poverty.
- ³ Cohorts were coded the following way. Those who turned 14 in 1948 or before are coded „pre-socialism“, those who were young adults between 1949–58 were coded „Stalinism“, others who turned 14 before 1988 were coded „socialism“.

- ⁴ „Degree of poverty“ variable is coded the following way. Those who reported „hunger“ are coded as „very poor“; those who reported poverty at least in one or a maximum of three of the other variables (other than hunger) were coded as „poor“, those who reported poverty in none of the four dimensions were coded „non poor.“
- ⁵ Extent of relative deprivation is coded the following way. „Far below average“ and „below average“ income was coded as „below average.“ „Far above average“ and „above average“ income was coded as „above average.“
- ⁶ Transition Report 2000, European Bank of Reconstruction and Development, p. 21 and p. 65.
- ⁷ Data from: Szelényi, Iván and Treiman, Donald J. 1993. Social Stratification in Eastern Europe After 1989, in: Transformation Processes in Eastern Europe (Proceedings of a Workshop held at the Dutch National Science Foundation, 3–4 Dec. 1992). The Hague; Emigh, Rebecca and Szelényi, Iván (ed.) 2001. Poverty, Ethnicity and Gender in Eastern Europe during Market Transition, Westport, CT.
- ⁸ We only have one measure of „poverty“ which was asked in identical ways in 1993 and 2000. We asked people whether their family earned average, above average or below average

incomes. In this instance we regard families, who reported earning below average income as „poor“, in the sense that they experience „relative deprivation“.

- ⁹ Of course, the interviewers in the two situations were different; they not necessarily met the same respondent but they did visit the same household.

NIKOLAI GENOV, ED.

**Advances in Sociological Knowledge
over Half a Century**

International Social Science Council
Paris 2002

ISBN 92-9107-003-3

Social Identities in Russia and Poland

Elena Danilova, Moscow

One of the fundamental questions that has emerged in the recent transformation of post-communist societies concerns the constitution of individuals' identifications with social groups and communities. The question refers to socio-cultural constructions such as ethnic groups or nation-states, social status position or marginal group, political and cultural affiliations etc. It is obvious that these multiple, overlapping, shared and contingent identities are changing under the new social and economic conditions. The relevance of the topic will be exemplified further on by the findings of a comparative study conducted in Russia and Poland¹. The study was aimed at assessing similar and specific features of social identities in both countries on the basis of data collected in the surveys of nationwide samples of adult population in Spring 1998².

The study is based on the concept of multidimensional social identity. Its guiding idea is that every society generates the sets of identities (social categories) which are functional for its development and survival as a social system. Identities are determined by social settings of attitudes and utilised by people for inter-group comparisons and as a basis for group loyalties. Thus, social identities determine the development of group bonds and solidarity. The study of social identity promotes the better understanding of society and its developmental potentials.

Taking these assumptions for granted, social categories that are at the focal point of current social transformation in both societies were examined. Careful specification allows to compare identities of Poles and Russians. The questionnaire included two main tools of recording social identities: the procedure of measuring individuals in-group solidarities or collective identities („We-identity“) and the procedure of choosing and sorting the relevant self-characteristics („I-sort-procedure“ related to „personal identity“).

The procedure of registering collective identities was based on measuring group proximity. The questionnaire contained the following question: „During our lives we meet various people. With some, we easily find a common language, an intellectual affinity, and we understand them. Others, in contrast, always remain strangers to us even though we may live alongside them. As for yourself, how often do you feel a closeness (a sense of community) to various groups of people about whom you could say, 'This is we'?" The respondents were asked to choose among three given answers. Possible responses were: „frequently“, „sometimes“, „hardly ever“, with the option „difficult to say“. The objects of identification were distributed beforehand among 24 categories of social groupings and communities.

„I-sort procedure“ means that each respondent was given cards with indication of various social categories, and was

asked to select particular social categories which she/he considered to be relevant and important to her-/himself. As a result, the interviewer has the number of selected categories for each respondent.

Who are „We“ in Russia and Poland?

Distribution and hierarchy of social identities

For societies in transformation, the answer to the question which groups and communities a person identifies as „his own“, and which ones he sees as in some way friendly or hostile becomes fundamentally important for an understanding of social bonds and resources. Here we examine collective identities. Dynamism and the multilayered nature of social relations in one way or another give rise to the need to order both dominant and peripheral „solidarities“. Given the fact that in general, Russians prefer to identify themselves within a wider range of groups and communities than Poles do, the hierarchies of collective identifications are basically quite similar (see picture 1).

The basic level of identities both in Russia and Poland is constituted by primary groups, groups of everyday contacts, i.e. family and friends. While Russians equally frequently choose both friends and family, Poles more often value family over friends. Russians in general more strongly identify themselves with „people of the common lifeview“, „people of the same age and generation“, as well as „people with the same income“, „work-mates“, „people of the same occupation“, „people living in the same city“, whereas among Poles these identifications do not have as wide a range. Such constructions as Soviet people, or advocates of PPR lay at the periphery of social identities.

However, there are some meaningful differences. Poles appraise solidarities within their national state and cultural tradition as well as with the rest of world, while Russians are more aware of ethnic identity and social surroundings.

Latent structures of We-identities

The factor analysis reveals quite similar structures for both Russian and Polish samples³. Four identities are very similar in the Polish and Russian samples, whereas two are slightly different (see Table 1). Similarities concern identifications within the close social milieu: family and friends, and work and occupation related groups. Two other factors obtained from both sets of data demonstrate similar associations with particular behavioural patterns and illustrate a dividing line between people with different experience of adaptation in both societies. One of them is an active strategy of the individuals with higher adaptive abilities and resources, who are relative „winners“ in the reforms. An alternative pattern is implicated by individuals who show a passive and politically alienated strategy, relative „losers“.

HIERARCHY OF SOCIAL IDENTIFICATIONS OF RUSSIANS AND POLES

<p style="text-align: center;">RUSSIA</p>	<p style="text-align: center;">POLAND</p>
<p>I (basic level)</p> <p style="text-align: right;">Friends</p> <p style="text-align: right;">Family</p> <p style="text-align: right;">People of the same life views</p> <p style="text-align: right;">People of the same age, generation</p> <p style="text-align: right;">People of the same level of well-being</p>	<p style="text-align: center;">%</p> <p style="text-align: center;">90</p> <p style="text-align: center;">80</p> <p style="text-align: center;">70</p> <p style="text-align: right;">Family</p> <p style="text-align: right;">Friends</p>
<p>II</p> <p style="text-align: right;">Work mates</p> <p style="text-align: right;">PEOPLE OF THE SAME ETHNIC GROUP</p> <p style="text-align: right;">People of the same occupation</p> <p style="text-align: right;">People from the same locality</p> <p>¥</p> <p style="text-align: right;">RUSSIANS (ROSSIYANE)</p>	<p style="text-align: right;">People of the same life views</p> <p style="text-align: center;">60</p> <p style="text-align: right;">People of the same level of well-being</p> <p style="text-align: right;">POLES</p> <p style="text-align: right;">People of the same age, generation</p> <p style="text-align: right;">FOLLOWERS OF THE NATIONAL TRADITIONS</p>
<p>III</p> <p style="text-align: right;">Advocates of local traditions</p> <p style="text-align: right;">FOLLOWERS OF THE NATIONAL TRADITIONS</p> <p style="text-align: right;">Losers during reforms</p>	<p style="text-align: center;">50</p> <p style="text-align: right;">Work mates</p> <p style="text-align: right;">People of the same occupation</p> <p style="text-align: right;">People from the same locality</p> <p style="text-align: center;">40</p> <p style="text-align: right;">PEOPLE OF THE SAME ETHNIC GROUP</p> <p style="text-align: right;">All of humankind</p> <p style="text-align: right;">Advocates of local traditions</p> <p style="text-align: right;">Losers during reforms</p> <p style="text-align: right;">People of the same political views</p>
<p>IV (periphery)</p> <p style="text-align: right;">People of the same political views</p> <p style="text-align: right;">SOVIET PEOPLE</p> <p style="text-align: right;">All of humankind</p>	<p style="text-align: center;">30</p> <p style="text-align: center;">20</p> <p style="text-align: center;">10</p> <p style="text-align: right;">Advocates of PPR</p>

Differences between the two societies are indicated by the remaining factors. Polish data reveal that the most solid and consistent factor of national identity is „Poles“. It is supported by „followers of national Polish traditions“, „people of the same ethnicity“, „people living in the same city (village)“, „people with the same income“ and „all of humankind“.

Russian identity is less consistent. „Russians“ do things together with „people living in the same locality“, „people of the same generation“, „people with the same income“. Ethnic and cultural components of national identity do not correlate with „Russians“. In comparison with Poland, where national identity is deeply rooted in tradition and religion, Russia presents a rather abstract up-rooted identity.

Still another bond of collective identities in Russia and Poland relates to the past. We label this factor as syndrome of deprivation and nostalgia for the socialist past. Fee-

lings of present-day deprivation and nostalgia for the socialist past as well as local patriotism unite people, who did not adjust to the changes in both societies. In the Russian data this particular factor correlates positively with the variable „followers of the national Russian traditions“.

Summing up, the populations of Russia and Poland generate quite similar bonds of collective identities. Identifications with the closest social milieu are the most prominent. The contact groups within both private and work-related domains play the dominant role in individuals' social environment in both societies. It must be pointed out, particularly for Russia, that the increasing differentiation of possessions and the demarcation in respect to ways of thinking and vital convictions have led to a sense of closeness to one's own generation.

Beyond this narrow circle of everyday practices, social space is formed on the basis of stereotypes and models as well as on the basis of contrasts and unstable categori-

Table 1: Factor structures of collective identities

Russia		Poland	
Primary groups		Primary groups	
Family	0,53	People of the same outlook on life	0,64
People of the same outlook on life	0,71	Family	0,66
Friends	0,65	Friends	0,69
Occupation related groups		Occupation related groups	
Work mates	0,80	Work mates	0,71
People of the same occupation	0,65	People of the same occupation	0,51
		People of the same age, generation	0,52
Active strategy		Active strategy	
Masters of own fate	0,60	Masters of own fate	0,59
Those who achieved success	0,70	Those who achieved success	0,67
Business people	0,75	Business people	0,65
		People of the same political views	0,53
Passive and politically alienated position		Passive and politically alienated position	
Those who prefer not to show up	0,57	People having no interest in politics	0,73
Those who believe that nothing depends on their own actions	0,72	Those who prefer not to show up	0,52
People having no interest in politics	0,72	Those who believe that nothing depends on their own actions	0,68
„We-Russians“		„We-Poles“	
Russians (citizens of Russia)	0,55	Poles	0,75
People living in the same city (village)	0,74	Followers of Polish national traditions	0,64
People of the same age, generation	0,68	People of the same ethnicity	0,59
People of the same income	0,63	People of the same income	0,55
		All of humankind	0,58
		People living in the same city (village)	0,64
Deprivation and nostalgia for the Soviet past		Deprivation and nostalgia for the socialist past	
Soviet people	0,62	Advocates of People's Republic	0,65
Those who find themselves in need	0,56	Those who find themselves in need	0,72
Followers of Russian national traditions	0,66	Supporters of local traditions	0,69
Supporters of local traditions	0,67		

sations, especially in respect to Russia. Solidarities with wide communities like citizenship and political preferences are most open to change. Solidarities of those who demonstrate the same active or passive life strategies, require adaptation to changing conditions, including a capacity for reshuffling of social identifications. The latter concerns mostly those individuals who have achieved better positions in the new economic structures. Those who still hold customary social identifications of Soviet people or advocate socialist Poland, regard themselves as being in a worse position – as „people in need“. In Russia the identity with Soviet people is deeper and in many respects differs from the socialist identity of Poles.

The main differences between Russian and Polish societies concern the identities, which establish the basis for national consolidation or refer to cultural and political traditions of the two countries. Another set of differences concern identities with the world. Poles demonstrate a consistent structure of national identity rooted in tradition and religion, which provide a wide basis for national consolidation. In Russia there is an absence of such cohesiveness. The split between civic, ethnic and cultural components that one can observe in factor structures, erodes the concept of national identity as it is understood in Polish society. A quite considerable part of Russians still hold to their identification as Soviet people, which in some sense substitutes the national identity. The development of the double reconstruction of national identities in Russia took place after a breakdown of national traditions and religion at the beginning of the twentieth century and after the collapse of the Soviet Union at its demise. During the communist era the national identity was substituted or superimposed by the supranational „Soviet“ identity, which still has some power of attraction for the elderly generation. The recent reconstruction reflects problems of nation-building in Russia. Historically, the national identity in Russia is strongly linked with the powerful state. However, contemporary Russia does not correspond to such an image. More than 40 percent of the Russian population selected identity of „a citizen of the country that has lost its great power“. There is also a split between various elites in Russian society, therefore a lack of a common national idea which could lead to consolidation of the multiethnic nation.

„Winners“ and „Losers“ of Transformation

How to measure the difference?

The question of how an individual copes with the hardships of transition is of special importance in comparative study. Relative „winners“ and relative „losers“ in transformation were defined in two ways: by comparing the currently occupied position with the position held some years ago and on the basis of an aggregated index covering feelings of success or optimism⁴. The first indicator shows subjective estimations of gains or losses during a five-

year period. According to this difference each sample was divided into three groups: the losers (negative dynamics of estimates), the stable group (no dynamics) and the winners (positive dynamics) (see Table 2). The results appeared clear-cut: in Russia there are more victims, in Poland – more winners.

One can observe a common declining tendency of the subjective prosperity estimates during a five-year period in both societies. However, the decline is more striking in Russia than in Poland. There is also a difference in proportion of people with a stable position – in Poland it is higher than in Russia.

Another indicator of social adaptation is the index of relative deprivation, which reflects the gap between one's level of achievements and level of aspirations. The former is constituted as a difference between the present and five years ago; estimates of one's prosperity, e.g. dynamic estimates in terms of whether losses or gains have been the result. The latter is a difference between one's present position and a position that one considers appropriate for oneself. Thus, the level of relative deprivation is accounted as a proportion between a level of achievements and a level of aspirations. The larger the gap, the higher the extent of relative deprivation. The average level of aspirations of Russians is slightly higher than that of Poles (7,49 and 7,12 respectively with significance $p < 0.0001$). The level of deprivation in Russia is two times higher than in Poland (-0,36 and -0,18 respectively).

Therefore, all indicators show that people in Russia were negatively affected by social changes to a greater extent than Poles. This is also evidence that the Russian society is still more unstable and dynamic. Instability and dynamism of Russian society coincide with bigger social mobility, which makes social adaptation more difficult. In particular, this applies to the criteria for individuals' estimation of their position within society and to the measurement of one's losses and gains.

Who are the „winners“ and „losers“ in both societies?

In both countries the groups of „winners“ and „losers“ have similar socio-demographic profiles. The experience of being a „winner“ depends on numerous social and demographic factors. Higher proportions of males, of younger people, of more educated people, of those with higher income, and of those who live in a medium and big

Table 2: Composition of the society by adaptation groups (in %)

Groups	Russia (N=1604)	Poland (N=1081)
Losers	57,2	42,1
Stable	23,8	33,0
Winners	19,0	24,9

cities belong to the „winners“. In Russia as compared to Poland, the dependence of being „winner“ upon socio-demographic factors is stronger. Age is one of the crucial factors influencing the assessment of one's capacities in both countries, but particularly in Russia. Experiences, habits and inclinations that depend to a large extent on old age appear to be a burden for individuals in both countries. The young age becomes one of the most important resources of an individual in the situation of rapid and extensive social change. On the contrary, in stable Western societies one may observe a modestly negative relation between age and symptoms of depression, as younger people usually have greater adaptation problems than older ones. Experience promotes further adaptation. In Russia and Poland, the experience gained in the era of socialism is rapidly becoming useless and hampers learning new adaptive behaviour. In this situation, young people have greater opportunity to develop effective strategies for coping with the reality.

In both countries the syndrome of „loser“ is related to low education, low social and vocational position and old age. However, in Russia it is additionally related to being female,

to the marital status, religious practices and area of residence.

In both societies there are more „winners“ among top-managers, skilled workers, students as well as among new social groups like entrepreneurs. The major difference is observed in the position of professionals. In Poland they are mostly „winners,“ while in Russia professionals are „losers“. In Poland individuals' professional achievements and abilities provide a substantial resource for adaptation and development. In Russia age, social status and material possessions are determinants of such resource. Hence, associations with „winners“ in the reforms in Poland are more relevant to the middle class, whereas to be „a winner“ in Russia is more appropriate to individuals of higher stratum.

*Identity matrices of „winners“ and „losers“
in Russia and Poland*

The comparison of „winner“ and „loser“ identities helps to understand what are the developmental resources and obstacles in each society under scrutiny (Table 4). The difference between losers and winners is higher in Russia

Table 3: Related identities of „winners“ and „losers“

Russia	Poland
Identities which mark social resources	
<p><i>Similar for both countries:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> (+) young person (+) a person with prospects (+) wealthy person (+) student/pupil (+) entrepreneur (+) employee of a particular enterprise 	
<p><i>Different:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> (+) a master of his/her own 	<ul style="list-style-type: none"> (+) member of intelligentsia (+) person of a particular profession
Identities which mark barriers of adaptation	
<p><i>Similar for both countries:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> (-) poor person (-) elder person (-) person without prospects (-) pensioner (-) „Soviet“ person or (-) advocate of People's Republic of Poland (-) peasant 	
<p><i>Different:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> (-) ordinary person (-) citizen of the country that is not a great power anymore (-) victim of reforms (-) advocate of the firm hand order (-) parenthood roles 	

than in Poland. The winners are the group characterising the developmental resources of society. Identities based on a higher self-esteem, such as being master of one's own fate, a person with prospects, a wealthy person as well as an entrepreneur or an employee of particular enterprise are important for „winners“. In Russia, the most important resources derive from personal properties⁵, such as young age and higher subjective evaluation (to be strong and rich). In Poland the resources are more socially based on professional achievements, although the personal characteristics are also important.

Identities of „losers“ mark barriers to adaptation, like old age and poor material conditions. In both societies these identities are politically affiliated to the advocates of the past. In Russia the connection is stronger. The more disturbing fact is that in Russia one can identify the parental roles among the barriers.

Who is a „typical person“ in Poland and in Russia?

A high percentage of respondents in both societies selected an important self-categorisation – „I am like all others“ means a „typical person“. This applies to 57 percent of the sample in Poland and 53 percent in Russia. However, correlation analysis reveals significant differences between Poland and Russia regarding the social and demographic profile of the „typical person“ and her/his characteristics. A typical person in Poland can be young and old, wealthy and not so wealthy, educated and less educated, a resident of cities and of rural areas. The „typical individual“ in contemporary Russia is different: she/he is more frequently a female than a male, an older person rather than young, less educated, an individual in inferior material conditions and residing in rural areas. The feeling of being a „typical person“ in Russia correlates strongly with parameters of social deprivation as well as identities deriving from the collapse of Communism.

Thus, in Poland there is a stable social and normative basis for one's feeling of being like all others and the „typical person“ is embedded in society. In Russia such a social basis is not yet established. The time that has passed since the collapse of the long-lasting Communist regime is

probably not long enough and the crisis has not been overcome yet. To be „typical“ still has Soviet sentiments. It is different in Poland, where the feeling of „being typical“ is harmonized with the majority of current social identities. They include belonging to the world. This self-consciousness of Poles may be one of the important factors which stabilize the construction of the new democratic social order in Poland. In Russia, the declared and accepted social identities do not seem to constitute social resource, which would promote alleviation of social tensions and help to mobilize activities focusing on the common welfare.

What Nations are Closer to Russians and Poles?

We assume that the character of national identity is conditioned also by attitudes toward other nations. How far or close do Russians and Poles feel towards other nations, how open are they to the world? Several parameters were used to measure geopolitical dimensions of identities, namely the matrix of nations regarded as close or distant, European vs. non European self-identity, openness vs. closeness to the world, evaluation of the role of the nation-state in the world. Our assumption was that every nation maintains its own hierarchy of „significant others“ which embodies national, ethnic and geopolitical formations.

Russians and Poles reveal similar dominant orientations towards the West. But the hierarchy of preferences is different. For Poles it goes like following: Americans, Germans, Russians; for Russians – Poles, Finns, Americans and Germans (Table 3).

The Poles express closeness to other nations as well to the whole world. Three quarters of them (75 percent) regard themselves close to all of humankind, while only 48 percent of Russians include themselves into the world community. As for European identity, 59 percent of Poles selected „being European“ as an important feature, which is more than two times higher than among Russians (26 percent). Russians, who define themselves as Europeans, feel more close to European nations, i.e. Poles, Finns, and then to Americans and Germans compared to other listed nations. Polish „Europeans“ do not reveal any deviance regarding the entire sample.

Table 4: Perception of other nations in (%)

Nations	Very close, rather close than distant		Very distant, rather distant than close	
	Russia	Polen	Russia	Poland
Americans	22	45	62	38
Germans	22	40	62	43
Poles/Russians	37	27	43	54
Finns	26	15	71	52
Chinese	13	4	69	71
Japanese	11	8	71	68

Territorial neighbourhood is a more significant factor for Russians (see Table 4). They recognise as „close“ even those nations that are ethnically and culturally distant, but operate in the domain of everyday contacts. Inhabitants of the Far East perceive the Japanese, the Chinese and Americans as closest neighbours. Those who live in Siberia and Kemerovo consider the Chinese as a close nation. They also choose the Poles; this can be explained by a large number of Poles that have lived in the region following the Russian civil war. People who live in the Urals, Bashkiria and the Central regions of Russia feel more distant from other nations. Those who live in the North and North-West of Russia identify more often with Finns than the rest of the respondents.

This provides ground for the assumption that basic criteria for estimation of closeness differ. Poles make their judgements from the standpoint of Western standards and values, while Russians living on the spatially huge territory take into consideration other criteria like neighbourhood or common historical fate and ethnic roots. Poles value the European identity, while Russians take the position of self-sufficiency and specificity of their country.

The socio-economic status of the respondents correlates with perceptions of other nations to a higher extent in Russia than in Poland. Age, education, and the subjective social and economic statuses in Russia have a strong association with the national identification. For example, elder Russians feel most distant from all the mentioned nations. Russians with a high estimation of their well-being identify more with Western nations, while those with lower estimates of well-being feel that they are totally distant from them. Successful people are cosmopolitans, losers demonstrate signs of xenophobia, particularly towards those nations they regard as threatening. Poles do not reveal such characteristics.

Summarising, one may say that the similarity of both Polish and Russian identities is in the dominance of the „West vector,“ which is expressed more evidently in Poland than in Russia. The differences between the two societies are numerous. They relate, first of all, to the higher differentiation in Russia in spatial, social, economic and even political terms. In Poland there is no such differentiation and the perception of other nations there corresponds to the primary values of the whole society as well as to national and European identities shared by the majority of the population. Moreover, the consistence of national identity and values coexists in Poland with openness to the whole world.

In Russia, identification with other nations is determined by the social and spatial differentiation of society. There is a gap regarding value systems between social groups that occupy different social positions and possess different resources. Those who are in upper positions, as for example elites and advanced groups, express their sympathy for

Western nations and Western values, while other groups of the population still feel distant towards the rest of world. This gap makes it difficult to develop a set of common values for all of Russian society based solely on Western ones.

Elena Danilova is Professor for Sociology at the Russian Academy of Sciences in Moscow.

- ¹ The research project was carried out by members of the Institute of Sociology, Russian Academy of Science (E. Danilova (head of the project), O. Dudchenko, S. Klimova, A. Mytil, V. Yadov) and the Institute of Sociology, Warsaw University (K. Kosela, M. Grabowska, T. Szawiel, E. Kolbowska). The project was supported by RRS grant, Soros Foundation.
- ² In Russia the survey was carried out by the VCIOM branch at Saint-Petersburg in April and May 1998 on N=1506. A quoted sample of adult population with a mean error of 3 % was used. In Poland the survey of the randomized sample of adult population was conducted in March 1998 on N=1107. The data were collected by Centrum Badania Opinii Społecznej.
- ³ The factor analysis was based on the procedure of OBLIMIN rotation. The six factors explaining in total more than 60 percent of variance were extracted (see table 8) for each sample.
- ⁴ Indicators for winners and losers were: self-evaluation by a ten-point scale and self-characteristics by chosen identities indicating social optimism. The question was the following: „You see this scale on which the point ‘10’ is the place attributed to people whom you personally regard as the most prosperous and point ‘1’ – the less prosperous. Please indicate the point which you consider as the most relevant for yourself at present time? 5 years ago? And which place you consider as the most appropriate for yourself?“

Social Sciences in Southeastern Europe

NIKOLAI GENOV AND ULRIKE BECKER, EDS.

International Social Science Council, Paris
Social Science Information Centre, Bonn/Berlin

Paris – Bonn 2001, ISBN 3-8206-0133-3

Paradigmenwechsel in den osteuropäischen Bildungssystemen

Ansätze einer ländervergleichenden Analyse

Ursula E. Frübis, Berlin

Im real existierenden Sozialismus war die Unterordnung der Bildung unter die Politik *der* Mechanismus, der die Dominanz einer homogenisierenden Ideologie im osteuropäischen Bildungssystem sicherte. Mit dem 1989 einsetzenden Paradigmenwechsel mussten scheinbar unveränderliche, verinnerlichte Bilder, an die sich die Menschen schon so sehr gewöhnt hatten, aufgegeben werden. In dem sich schnell und permanent wandelnden Lebensumfeld war dies nahezu zu einer Grundvoraussetzung geworden. Da ein Paradigmenwechsel – zumindest in den ersten Prozessphasen – in einem extrem hohen Maße mit Instabilität verbunden ist, wird gerade eine überzeugende Vision zu einem unverzichtbaren Bestandteil für die anstehenden Veränderungsprozesse. Visionen erleichtern erfahrungsgemäß allen Beteiligten den Umgang mit Unvorhersagbarkeit und Unabwägbarkeiten enorm. Welches waren die Visionen und Erwartungen der Osteuropäer an ein neues Bildungssystem? Die Frage lässt sich mit folgenden Stichworten beantworten. Neue, demokratische Spielregeln sollten eingeführt werden, die Autonomie der Universitäten war ein zentrales Thema und die Entpolitisierung der Bildungsinstitutionen und der Lehrinhalte spielte eine zentrale Rolle zusammen mit der Einführung neuer universitärer Organisations- und Verwaltungsformen.

Angesichts des anspruchsvollen Projekts der Europäischen Union, einen gemeinsamen europäischen Bildungsraum zu entwickeln, stellen sich in diesem Kontext Fragen, deren Relevanz bei weitem die Grenzen der osteuropäischen Region sprengt: Was ist aus den Wünschen und Hoffungen geworden? Was ist in der Zwischenzeit geschehen? Welches sind die Entwicklungsperspektiven der osteuropäischen Bildungssysteme? Neben zahlreichen Veränderungen in den verschiedenen Ländern ist die zentrale Frage nach *dem* neuen osteuropäischen Bildungsmodell weiterhin offen. Der Ungewissheit sind aber bereits klare Grenzen gesetzt. Um die Thematik noch klarer abzugrenzen, werde ich mich auf die Problematik des Hochschulwesens konzentrieren. Zwar ist die Reform der Universitätsstrukturen, die mit einer gleichzeitigen Neuorientierung innerhalb der wissenschaftlichen Disziplinen einherging, kaum erforscht, doch gewisse Struktur Tendenzen zeichnen sich ab.

Ein Ländervergleich bietet sich bei diesem Thema gerade zu an. Wenn der Vergleich von Wandlungsprozessen in verschiedenen Ländern zum Forschungsgegenstand gemacht wird, sollte man sich sicher sein, dass die notwendigen Voraussetzungen für eine Vergleichsstudie erfüllt sind. So sollen die Forschungsobjekte ähnlich genug sein oder aber sich ausreichend voneinander unterscheiden, um für einen vergleichenden Forschungsansatz passend und interessant zu sein. Beides trifft hier zu. Zwar unterschieden

sich die Bildungssysteme des sogenannten „sozialistischen Blocks“ stärker voneinander, als dies gemeinhin angenommen wurde, doch nach dem Kollaps setzten verstärkte Differenzierungsprozesse ein. Insbesondere die Bildungssysteme des tertiären Sektors mussten auf den Systemwandel innerhalb kürzester Zeit reagieren. Ihre vormalige Verankerung im politischen System ist die Gewähr für eine hinreichende Ähnlichkeit für den Vergleich.

Im Folgenden werden nach einer kurzen Darstellung der konkreten Reformmaßnahmen mit ihren positiven wie negativen Auswirkungen und der Beschreibung der inzwischen erkennbaren Struktur Tendenzen, die entlang ausgewählter Länderbeispiele verdeutlicht werden, erste Hypothesen für die weitere Erforschung dieser vielschichtigen Problematik formuliert.

Struktur Tendenzen vor und nach dem Umbruch des osteuropäischen Bildungssystems

Grundsätzlich waren die Bildungssysteme der Region binär strukturiert. Auf der einen Seite gab es die Universitäten und auf der anderen Seite die berufsbildenden Schulen. Die Forschung lag in der Verantwortung einzelner Abteilungen der Akademien der Wissenschaften. Das russische Modell der Akademie der Wissenschaften, welches auf die Satellitenstaaten übertragen wurde, ging auf die von Peter dem Großen 1725 in Russland gegründete Akademie der Wissenschaften zurück.

Nach 1989 lässt sich als hervorstechende Struktur Tendenz der Versuch einer Umstellung der Bildungslandschaft auf eine marktkonforme Angebotsstruktur erkennen. Das neoliberale Credo der Deregulierung und Privatisierung wurde beim Umbau der Bildungssysteme in Osteuropa ebenso angewandt wie insgesamt bei der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft. Bedenklich erscheint, dass diese Reformbemühungen ohne Absicherung durch funktionierende Institutionen und entsprechende kulturelle und soziale Verhältnisse – die auch Marktwirtschaften voraussetzen – geschehen sind.

Die Reform des Bildungssystems in Osteuropa kann in drei Phasen unterteilt werden. In der ersten Phase, Anfang der 90er Jahre, wurden die Notwendigkeit der Veränderungen und ihre Zielsetzungen heftig debattiert. Die Bedeutung von institutioneller Autonomie nach 40-jähriger staatlicher Unterordnung war in diesen Jahren ein zentrales Thema. In Polen fanden die Autonomiebestrebungen ihren konkreten Ausdruck in der raschen Gründung zahlreicher privater Ausbildungsinstitute im akademischen Bereich. 1996 waren bereits 48 private höhere Bildungseinrichtungen zugelassen, im Jahr 2000 waren es bereits rund

170 (Scott 2000: 364). Der disziplinäre Schwerpunkt der neuen privaten Einrichtungen liegt im Bereich der Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften (Management) und in verwandten Gebieten, wie der Finanzwirtschaft, dem Bankwesen und im Versicherungsbereich. Die neuen Einrichtungen sind vor allem in Warschau konzentriert. Trotz des Bedürfnisses nach Autonomie stehen die neuen polnischen privaten Bildungseinrichtungen unter staatlicher Aufsicht, so entscheiden staatliche Akkreditierungsbehörden über die Zulassung der Ausbildungs- und Forschungsinstitute. Den privaten Institutionen werden keinerlei staatliche Zuschüsse gewährt. Den Privaten stehen jedoch gesetzlich verankerte Steuererleichterungen zu.

In Bulgarien manifestierten sich die Forderungen nach Autonomie fast ausschließlich innerhalb der staatlichen Universitäten. Insgesamt wurden hier nur fünf private Hochschulen nach 1989/90 gegründet, von denen sich vier behaupten konnten (Scott 2000: 361). Die Forderung nach institutioneller Autonomie der Universitäten und ihre Umsetzung war hier, wie in Polen, Teil eines Demokratisierungs- und Modernisierungsprozesses, in dessen Verlauf es zu einer Entideologisierung der Lehr- und Forschungsinhalte, der Entwicklung neuer gesetzlicher Rahmenbedingungen, neuer Finanzierungsmöglichkeiten, aber auch zur Einführung neuer Management- und Verwaltungsformen, der Durchsetzung neuer Lehrpläne und -methoden und neuer internationaler Anbindungen im Lehr- und Forschungsbereich kam.

Auf den gesamten Prozesse wirkte sich die Verarmung der staatlichen Universitäten und Forschungseinrichtungen und die Abwanderung der Intelligenz in die Ökonomie, die Politik und ins westliche Ausland (*brain drain*) aus. Der daraus folgende Mangel an hochqualifiziertem wissenschaftlichem Personal wird auch beim Auf- und Ausbau der privaten Bildungsinstitute beklagt. Der massive Anstieg an Studierendenzahlen nach 1989/90 machte sich ebenfalls negativ bemerkbar. In Polen stieg die Zahl von geschätzten 506.000 Studierenden in 1989/90 auf 1,4 Mill. im Jahr 1999 an (Scott 2000: 364); in Bulgarien von 142.000 in den Jahren 1989/90 auf 245.000 im Zeitraum 1998–1999 (Scott: 2000: 361). Damit verbunden ist die starke Abnahme der Studierendenzahlen in den naturwissenschaftlichen Fächern und ein Anstieg der Studierendenzahlen in den Geistes- und Sozialwissenschaften um 300%.

In der zweiten Phase, die Mitte der 90er Jahre begann, zogen sich viele osteuropäische Bildungsreformer wieder von der Position des „liberalen Absolutismus“ zurück. Das Ideal einer autonomen Universität erwies sich als nicht praktikabel, so dass im Wechselspiel zwischen opportunistischen und utopischen Vorstellungen die Autonomieansprüche reduziert wurden. Ein neuer Pragmatismus hielt Einzug. Notwendig war nun eine Systematisierung und Institutionalisierung der postkommunistischen Reformen. In dieser Phase näherten sich die Bildungsreformen in beiden Teilen Europas – West- und Osteuropas – einander an, da beispielsweise das modularisierte BA/MA-Sys-

tem in beiden Teilen des Kontinents eingeführt und erweitert wird.

Zusammenfassend lassen sich regionenübergreifend folgende statistische Trends in der Entwicklung der osteuropäischen universitären Bildungssysteme nach 1989 feststellen.¹

- Ein starker Anstieg der Studierendenzahlen. Nach statistischen Angaben der UNECSO wuchs die Zahl der Studierenden innerhalb von nur sieben Jahren um 2/3 an.
- 1989 studierten noch 40% der Immatrikulierten naturwissenschaftliche Fächer. 1996 fiel die Zahl bereits um 10%. Während dieser Zeit stieg die Zahl der Studierenden in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern um das Dreifache – von 27% auf 43%. Der relative Anteil der Studierenden in den Erziehungswissenschaften, der Medizin und in den Ingenieurwissenschaften blieb ungefähr gleich.
- Der starke Anstieg der Studierendenzahlen wurde nicht von einer entsprechenden Zunahme beim wissenschaftlichen Personal begleitet. Die Gründe hierfür sind in den fehlenden Finanzmitteln und dem Mangel an qualifiziertem wissenschaftlichen Personal zu finden. Innerhalb der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften besteht teilweise ein großer Personalmangel, wohingegen in den Natur- und Ingenieurwissenschaften aufgrund der sinkenden Studierendenzahlen das Zahlenverhältnis zwischen Studierenden und wissenschaftlichem Personal ausgeglichen ist.
- Nach neueren Einschätzungen (Scott 2000: 396) kann davon ausgegangen werden, dass der Anstieg in den Studierendenzahlen aufgrund der Einführung von Studiengebühren zu einem Endpunkt gelangen wird.
- Die Anteil der Studentinnen ist gesunken – von 53,5% im Jahre 1989 auf 50,9% im Jahre 1996. Diese Situation steht im Kontrast zur westeuropäischen Entwicklung der letzten Jahre. Die Bildungsexpansion führte in diesem Teil Europas zu einer Zunahme von Studentinnen und Doktorandinnen.

Die seit 2000 einsetzende dritte Phase des Wandels der Bildungssysteme in Osteuropa ist im Kontext der Internationalisierung, Globalisierung und Europäisierung der osteuropäischen Universitäten zu sehen. Die verstärkte Internationalisierung und Globalisierung der Wissenssysteme führt zur Herausbildung neuer regionaler und globaler Anbindungen. Die Sphäre des Nationalen verliert zugunsten der regionalen und globalen Sphäre an Bedeutung. Der Globalisierungsdruck, der auf den Transformationsstaaten aufgrund von ökonomischen, sozialen und politischen Forderungen, Notwendigkeiten und Erwartungen lastet², geht mit einer gleichzeitigen Internationalisierung der Wissenssysteme einher. Die Globalisierung und die Internationalisierung der Universitätssysteme sind zwei Konzepte, die in der akademischen Diskussion ineinander übergehen.³ Ohne Zweifel sind die Universitäten heute Teil komplexer Beziehungen „(...) many based

on inequality, among academic systems, and also among people, in an increasingly differentiated and at the same time interrelated world knowledge system“ (Altbach, 1998).

Diese weitere Herausforderung, der die Bildungssysteme Osteuropas innerhalb kurzer Zeit ausgesetzt sind, wird durch die Partizipation der osteuropäischen Länder an verschiedenen internationalen Programmen und Projekten forciert. Die Schwierigkeiten, mit denen die osteuropäischen Länder konfrontiert werden, sind enorm. Auf der internationalen Ebene werden durch die von der Europäischen Union finanzierten Projekte des Wissenschafts- und Technologietransfers, durch die zunehmende Durchdringung der Gesellschaft mit Informations- und Kommunikationstechnologie (Informatisierung), den Aufbau von Partnerschaften innerhalb der alten und neuen Regionen und den Austausch von (internationalen) Arbeitstechniken ganz konkrete neue Vorgaben gemacht. Der Prozess der Globalisierung/Internationalisierung hat für die Bildungssysteme insgesamt weitreichende soziale, ökonomische, politische und kulturelle Konsequenzen. Wichtig ist dabei im Blick zu behalten, dass die Universität eine internationale Institution mit nach wie vor nationalen Wurzeln sein wird.

Unterschiedliche nationale Entwicklungspfade prägen die Entwicklung der westlichen Hochschulsysteme. Beim kontinentaleuropäischen Modell stand der Staat als entscheidender Akteur in der Verantwortung. Das Hochschulwesen wurde als Instrument angesehen, um nationale Politiken zu realisieren. Somit war der Nationalstaat der primäre Interessenvertreter (*stakeholder*) und Finanzier im Hochschulbereich. Das Hochschulsystem der Vereinigten Staaten legte hingegen seine Betonung auf die lokale Gemeinschaft (*local community*), innerhalb derer die Institutionen des Hochschulsystems fungierten. Das britische Modell hat für eine lange Zeit den akademischen Staat (*academic estate*) als Haupteinfluss betont. In ihrer Neuorientierung rekurrieren die osteuropäischen Staaten auf diese westlichen Modelle, freilich mit der Forderung nach einem radikalen Neuentwurf. So ist für Marek Kwiek, „the German-inspired nation-state-oriented and welfare-state-supported university (...) most probably beyond reach in any part of the world today. Thus no clear and consensual model for reforming higher education in the Region has been found after almost a decade of permanent reforms or reform attempts. Models provided are divergent: the very world we are living in is in the making“ (Kwiek 2001b).

So ist die Privatisierung der Universitäten in Osteuropa kein linearer und klarer Prozess. Diese Entwicklung ist zum Teil äußerst problematisch und enttäuschend verlaufen. Die Beschreibung der Gründung der ersten großen privaten Universität in Rumänien von Andrei Ple^ou ist sehr ernüchternd. Ein Mitglied der ehemaligen Nomenklatura mit Verbindung zum Geheimdienst wurde zum Gründer der Universität. Als Startkapital dienten unterschlagene Gelder und weitere Mittel aus amerikanischen Quellen. Auch andere Gründungen durch zwielichtige Charaktere, Unternehmer mit einer suspekten Vergangenheit oder einfache Abenteurer förderten kein Vertrauen in die neue Entwick-

lung. Von diesen Erfahrungen vollkommen unbeeinflusst, sieht Marek Kwiek für Polen allein in einer radikalen Privatisierung der schulischen und universitären Ausbildungssysteme einen Entwicklungsschritt. Seiner Meinung nach ist die Zukunft der öffentlichen wie auch der privaten Universitäten ungewiss, sowohl in finanzieller als auch gesetzlicher Hinsicht, doch sicher sei eines: der Rückgang staatlicher Unterstützung. Für Kwiek sind die osteuropäischen Länder den Herausforderungen im Bereich der Bildung kaum gewachsen. Als Grund führt er ihre historischen Erblasten (*legacies*) an. Für ihn handeln die Universitätsangehörigen nach wie vor eher mit Blick auf die Institutionen und die Regierung, als im Hinblick auf ihre zahlenden Kunden. Daraus folgert er: „higher education is asked to adapt to new societal needs, to be more responsive to the world around it, to be more market-, performance-, and student-oriented, to be more cost-effective, accountable to its stakeholders, as well as competitive with other providers (Kwiek 2001b).“

Die Lösung für die in der Tat zahlreichen Probleme der Bildungssysteme in der Privatisierung des Bildungswesens zu sehen, ist allerdings keiner neuer Ansatz. Bereits zur Zeit der westlichen Finanzkrisen in den 1980er Jahren haben sich Bildungsforscher verstärkt für das Konzept der Privatisierung ausgesprochen.⁴ Von der Privatisierung des Bildungswesens versprach man sich eine verbesserte ökonomische Leistungsfähigkeit und eine Steigerung der Ausbildungsqualität. Auch damals wurde das Reformversagen im Bildungsbereich zum Ausgangspunkt für die Privatisierung des Bildungssektors. Angesichts der Tatsache, dass sich private Hochschulen in Osteuropa nicht über Studiengebühren finanzieren lassen, erscheinen mir diese Vorstellungen als unrealistisch und unverantwortlich, zudem Kwiek die negativen Folgen, die mit der Einführung privater Universitäten verbunden sind, unerwähnt lässt. Die massenhafte Gründung privater Hochschulen blieb nicht ohne Konsequenzen für das gesamte Bildungssystem eines Landes. Beispielweise reagierten die staatlichen Universitäten Bulgariens auf die Einführung von Studiengebühren an den privaten Universitäten ebenfalls mit einer solchen Einführung, um einen Ausweg aus ihrer prekären finanziellen Situation zu finden. Darauf setzte ein ruinöser Wettbewerb in der Festsetzung von Studiengebühren ein. In der Konsequenz konnten immer weniger Studierende die Gebühren bezahlen. Die damit einhergehende Einführung zahlreicher neuer Studiengänge war nicht mit einer qualitativen Verbesserung der Lehre verbunden. Den Studierenden mit vermögenden Eltern bieten die privaten Universitäten einen Universitätsabschluss, der oft nicht den intellektuellen Leistungen der Studierenden entspricht. Den Professorinnen und Professoren verschaffen die privaten Universitäten die Möglichkeit eines Nebenverdienstes, zusätzlich zu ihren geringen Gehältern, die sie an den staatlichen Universitäten verdienen. „Until 1994, the corps of professors at the private universities consisted of practically the same people as at the state universities“ (Ple^ou 2002: 13).

Der Wunsch nach einer internationalen Anbindung der Bildungs- und Forschungssysteme setzte bereits unmittelbar nach 1989 in Osteuropa ein. Dabei spielten die EU-Programme „Tempus“ und „Erasmus“ eine wichtige Rolle. Des Weiteren verbindet sich die Reform der osteuropäischen Bildungssysteme mit dem Versuch, einen schnellen Anschluss an den Bologna-Prozess zu finden. Seit Ende der 90er Jahre strebt die EU-Kommission eine Angleichung der Politik im Bereich von Forschung und Hochschulwesen innerhalb der Mitgliedsstaaten wie auch in den assoziierten Staaten an. Im Mai 1998 haben sich der französische, italienische und englische Minister und die deutsche Ministerin für Bildung anlässlich des 800-jährigen Bestehens der Universität Sorbonne getroffen. Im Verlauf der Feierlichkeiten wurde auf der gleichzeitig stattfindenden Konferenz eine „Joint declaration on harmonisation of the architecture of the European higher education system (,Sorbonne Declaration‘)“ verabschiedet. Das Dokument tritt für eine offene europäische Bildungslandschaft und eine Harmonisierung der unterschiedlichen Lehrpläne und Hochschulabschlüsse ein. Die vier Minister verpflichteten sich zu „a common frame of reference, aimed at improving external recognition and facilitating student mobility as well as employability.“ Ein Jahr darauf trafen sich die Minister für Bildung aus 29 europäischen Ländern in Bologna. Auf die Sorbonne-Erklärung folgte die „Joint Declaration on the European Higher Education Area“. Der Bologna-Prozess fand hier seinen Anfang. Zu den unterzeichnenden Staaten der Erklärung von Bologna gehörten bereits zwei assoziierte Staaten – Bulgarien und Rumänien.

Auf einem dritten Arbeitstreffen in Prag wurden zwei Studien in Auftrag gegeben. Eine davon widmet sich explizit den bildungspolitischen Entwicklungen in den assoziierten Staaten. Die Studie zeigt, dass sich auch die osteuropäischen Länder in einem europaweiten Anpassungsprozess befinden. Die Stichwörter für diesen Prozess sind die Einführung von gestuften Studiengängen (BA/MA), die Anwendung des *European Credit Transfer System* (ECTS) und der Aufbau von Graduiertenprogrammen (*Graduate Schools*).

Die Restrukturierung der europäischen Bildungssysteme bedeutet für viele Staaten den Erlass von neuen Gesetzen und den Aufbau von neuen Strukturen. Allerdings wurden, wie bereits erwähnt, die Bildungssysteme der assoziierten Staaten bereits im Verlauf des politischen Umbruchs nach 1989 großen Veränderungen unterzogen. Diese tiefgehenden Reformprozesse wurden in den Transformationsländern aufgrund der Vorstellungen von internationalen Interessenvertretern (*stakeholder*) wie der Weltbank und der OECD begonnen. Ob die beiden sich überlagernden Bildungsreformansätze in den zu vergleichenden Ländern miteinander konform gehen oder ob sie eher Anlass zu Konflikten geben, wäre zu untersuchen.

Für solch eine Untersuchung muss das Konzept der Globalisierung/Internationalisierung und Europäisierung

der Bildungssysteme genauer definiert werden. Die folgenden **Fragestellungen** sollen als Ansporn dienen:

- Werden die osteuropäischen Universitäten die Reform Erfahrungen der letzten Jahre beim Anpassungsprozess an ein *interrelated world knowledge system* produktiv umsetzen können? Welche Rolle spielt dabei der Bologna-Prozess?
- Wie reagieren die Akteure des tertiären Bildungssektors auf diese Herausforderung? Wählen sie einen fördernden oder begrenzenden Ansatz? Wenden sie kohärente Strategien oder sporadische *ad-hoc*-Aktionen an? Wie können die jeweils gewählten Ansätze/Maßnahmen erklärt werden?
- Worin liegen die Unterschiede und Ähnlichkeiten bei den gewählten Reformansätzen in den einzelnen Ländern?
- Wie sehen die Möglichkeiten der Nationalstaaten aus, eine Balance zu schaffen zwischen der Berücksichtigung nationaler, kultureller und sozialer Ziele des jeweiligen Bildungssystems und der Erfordernis, im internationalen Wettbewerb der Bildungssysteme mitzuhalten?
- Werden Resistenzen gegen die Reformen aufgebaut, die dem Kultursystem des Landes geschuldet sind?
- Wie kommt das Bildungssystem seiner Aufgabe nach, den unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedürfnissen von Frauen und Männern gerecht zu werden?

All diese Forschungsfragen heben auf die unterschiedlichen Internationalisierungs- und Europäisierungsstrategien des sich wandelnden tertiären Bildungssektors in Osteuropa ab. Dazu kann man die folgenden **Hypothesen** formulieren:

Zu den Wechselbeziehungen: Bei der Verbesserung der ökonomischen Leistungsfähigkeit und der Steigerung der Ausbildungsqualität der osteuropäischen Bildungssysteme auf die Privatisierung des gesamten Bildungswesens zu fokussieren, wäre äußerst kurzsichtig. Vielmehr kommt es auf das Zusammenwirken von nationalen, internationalen und zwischenstaatlichen Einflüssen in der Entwicklung des Bildungssystems eines einzelnen Landes an.

Zum Differenzierungsprozess: Die Bildungssysteme in Osteuropa können keinesfalls als ein Block, wie vor 1989, angesehen werden. Mehr Wert muss auf die Analyse der Unterschiedlichkeit in den akademischen Bildungssystemen der Region gelegt werden. Deren Beziehungen zu staatlichen Stellen und anderen Interessenvertretern (Autonomieanspruch) – und hier im Besondern das Ausmaß struktureller Reformen und veränderter Beziehungen – sind wesentliche Parameter, die für eine Beurteilung herangezogen werden können.

Zur zeitlichen und regionalen Dimension: Der enorm kurze Zeitraum, innerhalb dessen auf die Umbrüche reagiert werden musste, ist ein wichtiger Faktor in den Wandlungsprozessen der osteuropäischen Hochschulsysteme. Die

in der Region mit unterschiedlichen Erfahrungen und Schlussfolgerungen verbundenen Autonomieanstrengungen im Bildungssektor könnten sich im Wettbewerb um einen Knotenpunkt im Netzwerk des *world knowledge system* als Reformvorteil erweisen. Es wird darauf ankommen, wie das in einer Art Laborsituation gewonnene Wissen gegenüber den festgelegteren westeuropäischen und US-amerikanischen Bildungssystemen ins Spiel gebracht wird.

Zur sozial-ökonomischen Dimension: Die Forderung nach einer offenen europäischen Bildungslandschaft wird, neben der schlechten ökonomischen Situation eines Landes, durch den dramatischen *brain drain*, der in Osteuropa ab 1989 einsetzte, problematisch. So ist die Abwanderung hochqualifizierter Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen bereits zu einem sehr ernstem wirtschaftlichen Problem in Osteuropa geworden. Die Emigration Hochqualifizierter hat einen negativen langfristigen Effekt auf die Einkommensentwicklung im Auswanderungsland. Wenn die europäische Union sich der Problematik des *brain drain*, *brain gain* und des *brain exchange* nicht annimmt, mindert dies die Realisierungschancen einer offenen europäischen Bildungslandschaft.

Geeignete Ansätze einer ländervergleichenden Bildungsforschung

Derzeit bestimmen Studien, die mit *policy*-Ansätzen arbeiten, das Feld. Doch sie decken nur den Teil der Fragestellungen ab, der sich insbesondere mit der Internationalisierung/ Globalisierung der Bildungsmärkte und -systeme beschäftigt. Wichtig ist, wie bereits erwähnt, eine genaue Begriffsklärung. Unter dem Konzept der Internationalisierung/Globalisierung im osteuropäischen Kontext kann durchaus etwas anderes verstanden werden, als beispiels-

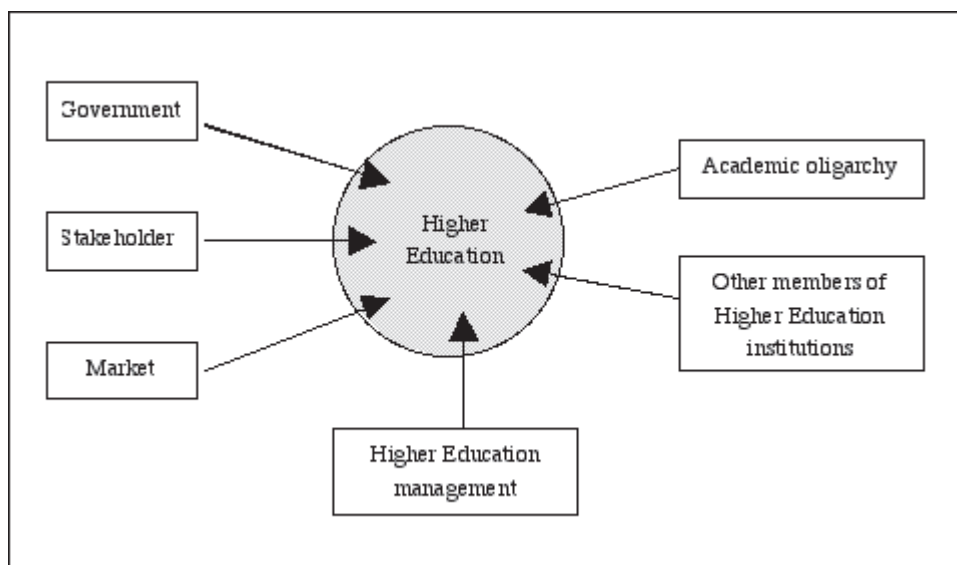
weise im westeuropäischen Kontext. Die Betonung der Internationalisierung der osteuropäischen Universitäten ist an eine ganz konkrete Erwartungshaltung gekoppelt. Die Schwierigkeit liegt darin, dass die Internationalisierungs- und Europäisierungsstrategien schwer auseinander zu halten sind.

Versuche, methodologische Grundlagen für die Untersuchung der quantitativen und qualitativen Veränderungen der Bildungssysteme im Kontext der Internationalisierung/ Globalisierung zu diskutieren, fehlen fast vollständig. Auf der Theorieebene kann auf das Modell von Ulrich Teichler zurückgegriffen werden.

Teichler identifiziert sechs entscheidende Kräfte, die auf das Bildungssystem einwirken (s. Schaubild). Zur Regierung, der „akademischen Oligarchie“ und dem Markt kommt eine vierte Macht, die schon längere Zeit eine wichtige Rolle im US-amerikanischen Bildungssystem innehat: die Manager der Universitäten. In den 70er Jahren wurde durch die Einführung der partizipativen Entscheidungsmodelle ein fünfter Einfluss legitimiert: die anderen Mitglieder in den Universitäten (manche Experten betrachten die Studierenden als eine spezifische Gruppe unter diesen). In den 80er Jahren stellten die neu eingeführten Managementmodelle ein Gegengewicht zur „akademischen Oligarchie“ dar, dies führte allerdings auch zu einem größeren Einfluss der Interessengruppen (*stakeholder*).

Analysen zum Verhältnis zwischen Universitäten und Regierung, die sich nur auf ein Land beziehen, bleiben unvollständig und begrenzt, wenn sie nicht explizit oder implizit andere Charakteristika des Universitätssystems oder weitere Charakteristika des Regierungssystems mit einbeziehen. Schon deshalb sind ländervergleichende Ansätze unverzichtbar, wenn makrogesellschaftliche Phänomene des akademischen Bildungssystems Forschungsgegenstand sein sollen.

Schaubild: Powers in higher Education (Teichler 1998)



Ursula E. Frübis ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Arbeitsbereichs Politik und Gesellschaft am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Literatur

- Altbach, Philip G. (1998), *Comparative Higher Education, Knowledge, the University and Development*, Greenwich, CT/London.
- vom Bruch, Rüdiger (2002): Geschichte der europäischen Universitäten. Ihre Rolle zwischen Legitimierung von Herrschaft und gesellschaftlicher Modernisierung, in: Brix, Emil; Nautz, Jürgen (Hg.), *Universitäten in der Zivilgesellschaft*, Wien.
- Hankiss, Elemér (2002): Brilliant Ideas or Brilliant Errors? Twelve Years of Social Science Research in Eastern Europe, in: *Handbook on Economics, Political Science and Sociology (1989–2001)*, Kaase, Max; Sparschuh, Vera, co-ed. Wenniger, Agnieszka, Social Science Information Centre (IZ)/Collegium Budapest.
- Kwiek, Marek (2001a): The Internationalization and Globalization of Higher Education in Central and Eastern Europe, in: *Society for Research into Higher Education International News*, 47.
- Kwiek, Marek (2001b): Transformations of Higher Education in Central and Eastern Europe: Social and Cultural Dimensions, in: *Higher Education in Europe*, Vol. XXVI, 3, 39–51.
- Pleu, Andrei (2002): Financing Difference: Fostering the Social Sciences in the Field of Tension between Homogenization and Differentiation, in: *Handbook on Economics, Political Science and Sociology (1989–2001)*, a.a.O., 12–16.
- Scott, Peter (2000): Higher Education in Central and Eastern Europe: An Analytical Report, in: Barrows, Leland Conley (eds.), *Studies on Higher Education*, Unesco, Bucharest, 341–405.
- Teichler, Ulrich (1998): Europäische Hochschulsysteme. Die Beharrlichkeit vielfältiger Modelle, Frankfurt/M./New York.
- Yelland, Richard (2002): Supranational Organizations and Transnational Education, in: *Higher Education in Europe*. Vol. XXV, 3.

¹ Die folgenden Angaben beziehen sich auf Statistiken der UNESCO.

² Marek Kwiek (2001b) warnt vor der Unterschätzung der Auswirkungen der Globalisierung auf Osteuropa und stellt fest, „although the countries of Central and Eastern Europe do not feel these pressures yet, higher education there is likely to be affected by globalization-related processes soon. (...) Higher education is doubly affected right now: by the local post-1989 transformations and by deeper and long-lasting global transformations. To neglect any of the two level of analysis is to misunderstand a decade of failed attempts of reforming higher education systems in this part of the world“, S. 39.

³ Zur Unterscheidung der beiden Konzepte werden in der gegenwärtigen Literatur verschiedene Interpretationen vorgeschlagen. Zum einen wird die Globalisierung als ein *top-down*-Prozess angesehen, der von Nationalstaaten nicht kontrolliert werden kann, oder als ein *bottom-up*-Prozess, den die Staaten selbst mitgestalten. Das Konzept der Internationalisierung ist nach Yelland (2000) auf einen aktiven *bottom-up*-Ansatz ausgerichtet, während die Globalisierung sich mehr auf einen passiven *top-down*-Ansatz bezieht.

⁴ Siehe den Beitrag von Estelle James (1984), *Benefits and Costs of Privatized Public Services: Lessons from the Dutch Educational System: Comparative Education Review* 28 (November), 605–24.

Im Heft 18 erschienen u.a. folgende Beiträge:

- Holm Sundhausen:** Europa – Osteuropa – Balkan oder der „kleine“ historische Unterschied
- Kenneth Prewitt:** Area Studies Responding to Globalization: Redefining International Scholarship
- Heike Dörrenbächer:** Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde. Osteuropaforschung in Deutschland – neue Tendenzen
- Saskia Sassen:** The Subnational as a Site for Studying Globalization: Rediscovering Area Studies?
- Aurel Croissant:** Systemwechsel – als Forschungsthema noch aktuell?
- Manfred Sapper:** Ach, Osteuropa! Oder: Totgesagte leben länger. Essay über Definition und Wandel eines Raumes
- Klaus Segbers:** East European Studies in Transition. A Survey of Nine Institutes
- Carl Bethke/Anja Hennig:** Osteuropastudien international auf einen Blick
- Lenka Ritschny/Michael Samec:** Mit dem MA in die Zukunft? Das Konzept zum zukünftigen Master „Osteuropastudien“
- Anna Köbberling:** Digitales Lernen: Der Fernstudiengang East European Studies
- Christina Cathy Schütz:** „Gelebtes Osteuropa“ – das Studium am OEI aus amerikanischer Sicht
- Corinna Jentzsch:** Die Praktikumbörse Osteuropa – virtuelle Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis
- Rosalinde Sartorti:** Go East? Europäische Hochschulkooperation 2002
- Sandra Evans:** Der International Master of Russian Studies an der Europäischen Univ. in St. Petersburg
- Klaus Segbers:** City Regions as a Place of Governance
- Kerstin Imbusch:** Project: International Relations online
- Jordanka Telbizova-Sack:** Projekt: Religion und Konstituierung von Identitäten
- Franziska Müller/Ivan Brèiæ:** Studienreise nach Kroatien, Bosnien und Herzegowina
- Klaus Segbers:** ISA: International Relations or Comparative Politics?
- Agata Wenninger:** „State of Three Social Sciences Disciplines in Central and Eastern Europe“
- Lars Banzhaf:** Der Reiz der Provinz: Als Sprachlektor der Robert-Bosch-Stiftung in Samara
- Klaus Meyer:** 800 Jahre Riga
- Anja Hennig:** Humor ist, wenn man in Polen trotzdem lacht. Ein Akademiegespräch mit Grass, Michnik, Bartoszewski, Bednarz und Schwan
- Marek Canek:** PLOTKI – a Logical Evolution. Historical Perspective on a Central European Magazine

Osterweiterung der Europäischen Union: Elitenprojekt und soziale Ernüchterung

Miroslaw Matyja, Bern

Die Osterweiterung der EU wird weitreichende Konsequenzen für den Charakter und die Perspektiven der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Europa haben. Das Verhältnis zwischen Erweiterung einerseits und Vertiefung der Integration andererseits ist heute immer noch ungeklärt und schwierig vorauszu sehen. Es ist auch nicht erkennbar, ob und wie die EU der sich daraus ergebenden sozial- und regionalpolitischen Verantwortung gerecht werden will. Im Fall der Osterweiterung geht es nicht um die Aufnahme einzelner Mitgliedstaaten mit vergleichbarem wirtschaftlichen und sozialen Zuschnitt, sondern um die Zusammenführung zweier sehr unterschiedlicher Teile Europas.

Auch wenn die EU mit der wirtschaftlichen Integration einzelner weniger entwickelter Volkswirtschaften Erfahrungen vorweisen kann, fehlt es bisher an effizienten Instrumenten, um die gesamte mitteleuropäische Region mit einem deutlich geringeren Entwicklungsniveau als die ärmsten unter den EU-Ländern an das Wirtschaftsniveau der Union heranzuführen. Warum lassen sich unter diesen Umständen die EU-Mitgliedsländer, aber auch die mitteleuropäischen Länder (MOEL) auf den riskanten Osterweiterungsprozess ein? Diese Frage ist nur zu beantworten, wenn man sich ernsthaft mit den hinter dem Prozess stehenden Interessen und Beweggründen beschäftigt.

Die Rolle der Eliten im Prozess der Osterweiterung

Bei Eliten handelt es sich um „(...) all diejenigen Personen, die über längere Zeit auf Grund bestimmter Handlungsressourcen und besonderen, in der Regel privilegierten Handlungschancen, Adressaten spezifischer Erwartungen größerer Bezugsgruppen sind und deren Entscheidungshandeln oder Situationsdeutungen für größere Bevölkerungsgruppen handlungsrelevant oder meinungsbildend werden“ (Sterbling 2001: 41–42). Politische Eliten werden verstanden als führende Machtkreise, insbesondere die Vertreter der höheren Bürokratie oder führenden Gremien der politischen Gruppierungen. Es sind meinungsbildende Kreise und Autoritäten, die mit den einzelnen ideologischen Richtungen verbunden sind (Zarnowski 2000: 264). In historischen Schlüsselsituationen beteiligen sich bestimmte Elitengruppen an der Entwicklung und Übernahme neuer politischer und kultureller Ideen und Verhaltensmuster und an der Durchsetzung institutioneller Innovationen. Sie treten auf als Träger neuer institutioneller Ordnungen und von Modernisierungsvorgängen.

Das Ende der kommunistischen Diktaturen ist nicht zuletzt das Ergebnis der internen Auseinandersetzungen zwischen den Führungskräften im kommunistischen Herr-

schaftssystem und jüngeren, in die Elitenpositionen drängenden Funktionären und Technokraten der mittleren Ebene, deren weiterer Aufstieg durch die zunehmende Immobilität des Systems blockiert war. Ende der Achtzigerjahre kam es zu einem eliteninternen Konflikt zwischen ideologisch geprägten Machteliten und technokratisch orientierten Funktionseliten. Beim Systemwechsel fand in allen ehemaligen kommunistischen Ländern ein Elitenwechsel statt, aber die neuen Eliten stammen zum großen Teil aus den privilegierten Bevölkerungskreisen des alten Systems. Die Herausbildung alternativer Eliten war weitgehend eingeschränkt, da die Aufstiegsprozesse vor dem Umbruch politisch reguliert und von ideologischer Konformität abhängig waren.

Betrachtet man die Rolle der Eliten im gegenwärtigen Modernisierungs- und Transformationsprozess, bemerkt man eine weitgehende Öffnung und Hinwendung zum Westen mit der Option des Beitritts in die Europäische Union und NATO.

Die bisherigen Debatten über die Osterweiterung werden bis heute vornehmlich von den politischen Eliten und Experten geführt, die eine breite öffentliche Diskussion in den eigenen Ländern lancieren. Sie sind sich darüber im klaren, daß in ihrer Öffentlichkeit nur dann eine breite Zustimmung für die Osterweiterung zu erreichen sein wird, wenn diese sich in die Logik der bisherigen Integration in Europa einfügt, indem sie eine weitgehende Öffnung zur Europäischen Union anstreben. Sie setzen sich dabei für die Übernahme demokratischer, marktwirtschaftlicher und pluralistischer Ordnungsmuster ein und stellen sich als Vertreter universalistischer Werte dar. Deswegen setzen die westorientierten Eliten in den mittel- und osteuropäischen Staaten auf die zugleich mobilisierende und integrierende Kraft des Leitbildes „Europa“ oder „Zurück nach Europa“, um für den Transformations- und Modernisierungskurs in ihren Bevölkerungen Akzeptanz zu schaffen.

So gesehen liegt der Strategie und Politik der Osterweiterung vor allem ein politisches Konzept zugrunde, dessen Ziel ist es, einerseits für die westeuropäischen Länder die Angst vor der Öffnung der Europäischen Union nach Osten zu minimieren und andererseits den mittel- und osteuropäischen Ländern die Osterweiterung schmackhaft zu machen (vgl. Watson 2000). Doch ein Vergleich der Ziele und Motive, welche die westeuropäischen und die mitteleuropäischen Staaten mit der Osterweiterung verknüpfen, zeigt, dass diese sehr unterschiedlich sind.

Während das gemeinsame Ziel der Erweiterungspolitik der EU-Staaten darin besteht, kontinental und global mehr Macht und Handlungsfähigkeit ohne Verlust an Sicherheit und eigener Identität zu erreichen, ist die Politik der

mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten primär darauf gerichtet, die Folgen der Transformations- und Modernisierungskrise zu überwinden und eine möglichst schnelle Eingliederung in die westeuropäische Gemeinschaft zu erreichen (Brusis 2001: 53–60).

Bei den Motiven der Osterweiterung ist auf beiden Seiten eine starke Asymmetrie zugunsten der Europäischen Union auffällig. Für die westeuropäischen Eliten steht außer Frage, daß mittel- und osteuropäische Kandidaten den *acquis communautaire* und die Beitrittsbedingungen ausnahmslos übernehmen. Die mittel- und osteuropäischen Eliten ihrerseits akzeptieren die von der Europäischen Union vorgegebene Richtung der europäischen Entwicklung. Da sie keine andere Wahl haben, nehmen sie die Integrationspolitik der EU in Kauf. Die EU stellt die derzeitigen Bewerberländer vor die Herausforderung, sich an den Normen der EU-Mitgliedsstaaten messen lassen zu müssen (vgl. Matyja 2002: 8). Diese Normen sind unterdessen viel höher als die, an denen seinerzeit Griechenland, Portugal und Spanien gemessen wurden. Sie erweitern sich ständig, denn auch die Vertiefung der Europäischen Union schreitet voran. Und je lernwilliger die Beitrittskandidaten den Empfehlungen der Brüsseler Institutionen und dem Beispiel der westeuropäischen Länder folgen, desto sicherer können sie mit ihrer Unterstützung und Hilfe rechnen. Und erst dann, wenn sie alle erforderlichen Bedingungen aus eigener Kraft erfüllen, dürfen sie der EU beitreten.

In diesem Kontext muss man sich nach der Identität, Legitimität und Selbstachtung der MOEL nach dem Beitritt fragen. Manövrieren sie sich nicht in die Rolle des Schülers des westeuropäischen Lehrers, von dessen Anerkennung weitgehend ihr Schicksal abhängt? Um die politische Macht in den eigenen Ländern zu gewinnen bzw. zu behaupten, akzeptieren die westorientierten Reformeliten in den Kandidatenländern kompromisslos die Dominanz der EU-Staaten.

Was auf den ersten Blick wie eine fast alternativlose politische Strategie aussieht, hat seine politischen Schwächen. Langsam zeigen sich die Grenzen der Hegemoniepolitik der westeuropäischen Staaten und der westeuropäisch orientierten Strategie der mittelosteuropäischen Eliten. Das Gefühl von Skepsis und Unsicherheit nimmt in den MOEL zu, der Prozess der Erweiterung wird als Bedrohung lokaler Wirtschaftsinteressen und der eigenen Identität wahrgenommen (Ackermann 2001: 3–5). Es ist auch immer schwieriger zu glauben, dass die Osterweiterung ein Gewinnspiel ist, bei dem alle gewinnen können. Trotz dieses unbefriedigenden Tatbestands verbreiten viele funktionäre und politische Verantwortliche Erweiterungs-optimismus und stützen sich auf Wirtschaftsprognosen, die positive Effekte der Osterweiterung postulieren. Dabei sind seriöse Prognosen über einen Zeitraum von mehreren Jahren selbst für die heutigen Mitgliedstaaten kaum machbar.

Wie sich die Relevanz und der politische Einfluss der Eliten weiterentwickeln wird, hängt unter anderem vom Fort-

gang der Modernisierungsprozesse in den einzelnen MOEL ab. Nicht zu vergessen ist dabei die Bedeutung der Eigeninteressen der Elitengruppen. Der Niedergang der kommunistischen Herrschaft wurde von eliteninternen Auseinandersetzungen mit angetrieben, die mit dem Drang auf die Elitenposten begründet waren. Auch in der gegenwärtigen Situation kann man wohl feststellen, dass die Eigeninteressen der verschiedenen Elitengruppen letztlich ihr politisches Verhalten bestimmen und die weiteren Modernisierungsprozesse noch keineswegs endgültig definiert sind.

Gefahr einer sozialen Ernüchterung?

Der Unterschied zwischen Beitritt und Integration im Prozess der Osterweiterung wird oft unterschätzt. Der Beitritt ist eine Abfolge formaler Verfügungen über die einseitige Inkorporierung festgelegter Normen (*acquis communautaire*) in das Rechtssystem der Beitrittsländer. Integration dagegen wird im weiteren Sinne als Konvergenzprozess verstanden, der einen strukturellen Wandel als Grundlage für Wirtschaftswachstum verlangt (vgl. Langewiesche/Tóth 2002: 89–108). So verstandene Integration ist ein Prozess, der in partnerschaftlicher Zusammenarbeit und auch mit Hilfe bilateraler Vereinbarungen mit den EU-Ländern organisiert werden muss (vgl. Mayer/Scharrer 1997). Dabei sollte man den Schwerpunkt auf die Strukturpolitik und weniger auf diplomatische Anstrengungen legen, um eine möglichst breite Integration zu bestmöglichen Bedingungen auszuhandeln. Man darf dabei nicht vergessen, dass die Unterschiede zwischen den einzelnen Beitrittsländern nicht zu unterschätzen sind: Zum Beispiel bezüglich der Landwirtschaft, des Bruttosozialprodukts pro Kopf oder der wirtschaftlichen Struktur (Laws 2001: 127–154).

Die Integration, im Sinne der Öffnung der Wirtschaft für freie Waren-, Kapital- und Dienstleistungsströme, ist in den MOEL bereits nach den Assoziierungsabkommen mit der EU zustande gekommen und ihre Wirtschaft ist seit längerer Zeit für den freien Wettbewerb offen (vgl. Heitzer-Susa 2001). Die damit verbundene Herausforderung benötigt nicht nur Beitrittsverhandlungen und Strukturfonds zur Vorbereitung auf den Beitritt, sondern eine nachhaltige Strukturpolitik (vgl. Laws 2001). Das heisst, dass Mittel aus den Strukturfonds nicht nur für die Beitrittsvorbereitungen, sondern auch für die Umstrukturierung und Entwicklung verwendet werden sollen. Wenn auch die Integration und Erweiterung wirtschaftlich mittlerweile schon sehr weit fortgeschritten sind, sind sie jedoch politisch und sozial noch nicht eingebunden. Dabei wird immer klarer, dass die grundlegenden Hindernisse für die Integration der MOEL in die EU und die Defizite in der Vorbereitung dieser Länder auf den Beitritt vor allem das Resultat politischer und sozialer Faktoren sind. Das Beispiel Portugals und Spaniens hat in der Vergangenheit gezeigt, wie wichtig die politische und soziale Integration in Europa für diese Länder war.

Erstmals in der Geschichte der europäischen Integration soll es im Fall der Osterweiterung finanziell zu einer „Null-

runde“ kommen, was bedeutet, dass eine relative Aufstockung des EU-Haushalts nicht geplant ist. Die Beitrittsländer sollen den Besitzstand der EU übernehmen, der mit einem Katalog von detaillierten Forderungen und Regelungen in den zukünftigen neuen EU-Ländern verbunden ist. Dieser Katalog muss noch vor dem Beitritt in jedem Einzelfall von der EU-Kommission abgesegnet werden. Tatsache ist aber, dass die vorrangig durch ökonomische Interessen motivierte Osterweiterung von den Bevölkerungen der Beitrittsländer mit hohen sozialen Kosten bezahlt werden muss (Langewiesche/Tóth 2002: 32–54). Sie werden auch die zusätzlich benötigten Ressourcen nach erfolgreichem Beitritt aufbringen müssen. Die wichtigsten sozialen Anpassungsmaßnahmen wurden dabei in den MOEL noch nicht durchgeführt. Die Einkommensschere zwischen einer kleinen Oberschicht und einer immer größer werdenden Gruppe, die am Rande des Existenzminimums oder in Armut lebt, öffnet sich ständig weiter. Zu den Transformationsverlierern gehören hauptsächlich Bewohner von Krisenregionen, alleinstehende Frauen, Familien mit nur einem Einkommen, Rentner und Angehörige ethnischer Minderheiten (vgl. Regulska 2001).

Die ungelösten sozialen Probleme zeigen deutlich, wie fragwürdig die einseitige Übertragung westeuropäischer Politikmuster auf einen sozial und kulturell andersartigen Kontext in den MOEL sein kann. Die westeuropäischen Staaten verdrängen (oder vergessen sogar) die Tatsache, daß sich diese Muster in ihren Gesellschaften in zunehmendem Maße als wirtschafts- wie gesellschaftspolitisch problematisch erweisen. In allen Mitgliedsländern gibt es eine Konvergenz der Krisenphänomene: strukturelle Arbeitslosigkeit, Krise der Arbeitsgesellschaft, Finanzkrise der sozialen Sicherungssysteme, öffentliche Verschuldung, Zunahme der sozialen und regionalen Disparitäten, unbewältigte Vereinbarkeit ökonomischer und ökologischer Herausforderungen, Legitimationsdefizite der politischen Systeme, Unreformierbarkeit der Bildungssysteme, soziale Probleme der Großstädte usw. Die Integration Europas als Basis für ein friedliches Zusammenleben der Völker hat nur dann einen Sinn, wenn sich die Europäische Union nicht nur zu einer Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch zu einer Sozialunion weiterentwickelt. Sozialpolitik nach der Osterweiterung muß Vorrang in der Europäischen Union erhalten, wobei die wichtigsten Ziele sind:

- Sinnvolle und existenzsichernde Arbeit für alle Menschen in der EU;
- Bildung, Erziehung und soziale Sicherheit für alle Menschen in der EU;
- Auf- und Ausbau des sozialen Dialogs zwischen den Sozialpartnern;
- Förderung der Gleichheit zwischen Männern und Frauen;
- eine humane und integrationsfördernde Einwanderungs- und Asylpolitik der EU.

Eine stärkere Befürwortung des EU-Beitritts wird davon abhängen, ob es gelingt, der Bevölkerung in den MOEL

die oben genannten Ziele glaubhaft zu vermitteln. Was bedeutet dies für die gesellschaftlichen Grundlagen des Einigungsprozesses, nun nicht nur aus west-, vielmehr aus gesamteuropäischer Perspektive? Sollte dieser Prozess tatsächlich zur Zersetzung der sozialen Kohäsion beitragen, dann wird seine Legitimität, früher oder später, gewaltigen Schaden nehmen. Alle institutionellen Probleme, auf die sich die Aufmerksamkeit wieder einmal zuzuspitzen scheint, müssen dem gegenüber verblassen.

Zudem ist das europäische Modell des Sozialstaats aufgrund des Globalisierungsdrucks und des demographischen Wandels immer stärker umstritten. Die Europäische Union ist entweder als Ganzes oder in Gestalt ihrer multinationalen Konzerne voll in den Transnationalisierungsprozess des Weltkapitalismus eingebunden und damit integraler Bestandteil eines globalen Markts, dem sich kein Mitgliedsland entziehen kann. Welche Interaktionen sich hier vollziehen und was sie für den gesamteuropäischen Einigungsprozess bedeuten, ist weitgehend unbekannt oder wird auch verdrängt. Die oft von der Politik verbreitete Behauptung, dass Globalisierung und Regionalisierung letztlich einander harmonische Prozesse darstellen, gehört ergänzende, zu den sozial teuer bezahlten Illusionen.

Dezentralisierung in der EU als Chance für den Erweiterungsprozess

Ich habe auf die Tatsache hingewiesen, dass die Europäische Union nicht nur ein Markt oder eine einheitliche Währung ist; ihr unterliegt eine soziale und politische Vision. Was bedeutet schließlich die Errichtung des EU-Binnenmarktes, wenn er die Arbeitslosigkeit nicht verringert und den beteiligten Nationalstaaten die Kontrolle über die Wirtschaft entzieht? Deswegen ist zu betonen, dass die Europäische Union spätestens mit ihrer Öffnung gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten vor einem Paradigmenwechsel steht.

Es besteht sicher ein Spannungsfeld zwischen der Förderung von Demokratie und der Entwicklung der EU im Hinblick auf die künftige Vertiefung der Integration in Europa. Die Europäische Union hat bereits ein Entwicklungsstadium erreicht, in dem es im Interesse einer Neuorientierung angebracht erscheint, sich endgültig von der Form eines europäischen Bundesstaates zu verabschieden und ein offenes Mehrebenensystem von Institutionen zu gestalten (vgl. Grande/Jachtenfuchs 2000). Viele Argumente sprechen für eine stärkere Dezentralisierung der ausführenden Aufgaben und der Institutionen im System der EU. Nur so wird es möglich sein, die größer werdende innere Vielfalt an Kultur, Interessen und Entwicklung nach der Osterweiterung produktiv zu verarbeiten und in einer entsprechenden Integrationslogik zusammenzuführen.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die dezentralen Strukturen im europäischen Mehrebenensystem durch die Institutionenordnung der Mitgliedstaaten geprägt werden, müssen bei der Bewertung der Demokratie in der

EU nationale Unterschiede berücksichtigt werden. Hieraus ergibt sich ein grundlegendes Gleichgewicht zwischen den Organen, die das europäische Recht setzen, das in einer spezifischen Teilung von legislativer und exekutiver Gewalt und einer Verpflichtung zur Zusammenarbeit zum Ausdruck kommt. Mehrebenensysteme konzentrieren sich auf die gegenseitige Abhängigkeit und Interaktion der verschiedenen Entscheidungsträger und politischen Akteure auf allen Ebenen und tragen dazu bei, die Bedingungen für diese Zusammenarbeit zu vertiefen.

Bei Mehrebenensystemen liegt das Schwergewicht auch auf der Mitwirkung nichtstaatlicher Akteure, deren Einbindung in die Entscheidungsprozesse der Gemeinschaft sich immer mehr als eine Voraussetzung für den Erfolg dieser Prozesse und die Akzeptanz der Regeln erweist. Die Herausbildung verknüpfter Politikarenen mit mehreren Integrationskernen verpflichtet dazu, von der Mentalität der zentralen Steuerung in Brüssel definitiv Abschied zu nehmen (Oberender 2001: 47). Das würde zugleich bedeuten, endlich auf die generelle Einführung von Mehrheitsbeschlüssen und auf die Übertragung nationalstaatlicher Kompetenzen auf die Organe der Union zu verzichten. Da langfristig im institutionellen System der EU die Staaten politisch dominant bleiben werden, sind diese auch gefordert, innovative Abstimmungsprozeduren zu entwickeln, die eine tragfähige Konsensbildung zwischen den einzelnen Akteuren erlauben.

Voraussetzungen der politischen Union sind die Offenheit der nationalen Systeme und eine eigene Regelungskompetenz der Institutionen und der politischen Akteure. Dieses Konzept eignet sich besonders zur Vertiefung des europäischen Demokratiemodells, da es die Vielfalt der öffentlichen und privaten Entscheidungszentren berücksichtigt. In diesem Konzept wird auch darauf hingewiesen, wie wichtig Legitimität für die Mitwirkung der Bürger und die Berücksichtigung der geographischen, kulturellen und sprachlichen Unterschiede ist. Ein solches entwicklungs-offenes Konzept wäre auch die Chance für die Kandidatenländer aus Mittel- und Osteuropa, die in diesem Fall nicht gezwungen wären, die westeuropäischen Muster obligatorisch zu übernehmen. Auch wenn der Nationalstaat langfristig der unverzichtbare Ankerpunkt in einem Mehrebenensystem bleibt, wäre eine klarere Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den regionalen, nationalstaatlichen und Unionsebenen wünschbar. Innerhalb dieser Ebenen entfaltet sich Politik, deren Aufgabe es wäre, die Kontakte mit anderen Politikebenen zu knüpfen (vgl. Gehring 2000: 77–112).

Ein Mehrebenensystem, geprägt von verschiedenen Identitäten und Entwicklungsgeschwindigkeiten, sollte das alleinige Kriterium für die Beitrittsentscheidung der osteuropäischen Kandidatenländer sein. Dies bedarf der institutionellen Absicherung und einer inneren demokratischen Verfassung. Die Menschen im ehemaligen Ostblock reagieren allergisch gegen jeden Versuch, ihnen einen fremden Willen aufzuzwingen. In diesem Zusammenhang muss

gerade in Ostmitteleuropa ein politisches Phänomen volle Aufmerksamkeit finden: das wachsende Selbstbewusstsein bislang unterdrückter Volksgruppen, die nun ihr Recht auf Selbstbestimmung geltend machen. Dadurch sollte ein zu großer Einfluss der EU auf die nationalen Belange eingedämmt werden. Der Maßstab wäre dann nicht die möglichst fleißige Übernahme des westeuropäischen Modells, sondern die authentische Demokratisierung in Übereinstimmung mit der Geschichte und der Kultur des jeweiligen Beitrittslandes.

Fazit

Der Osterweiterungsprozess der Europäischen Union ist aus wirtschaftlicher und politischer, aber insbesondere sozialer Perspektive problematisch und riskant. Dieser Prozess ist ein Vorgang, der vor allem durch die politischen Eliten mit selten optimalen Lösungen ausgehandelt wird. Das Hauptproblem der Osterweiterung besteht im Entwicklungsgefälle zwischen West- und Mitteleuropa und in der völlig ungenügenden Ausgestaltung ihrer sozialen Dimension.

Angesichts der ungelösten Probleme wird deutlich, wie fragwürdig und umstritten es ist, westeuropäische Muster auf Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der MOEL blind zu übertragen. Andererseits ist die Europäische Union selbst in einem Umbruch, wichtige institutionelle Veränderungen stehen aus und eine substanzielle, demokratische und soziale Reform der EU, wie sie für die Osterweiterung notwendig wäre, wird dauernd hinausgeschoben. Die Größe der Aufgaben und Herausforderungen im bisherigen Modus der Osterweiterung scheint schlicht nicht zu bewältigen zu sein.

Der EU-Beitritt der MOEL verursacht indirekt den Abschied von der Idee eines europäischen Bundesstaates und verlangt eine Neuorientierung des politischen Systems der Union mit mehreren Politikebenen. Eine solche institutionelle Neugestaltung kann helfen, die beitriftswilligen Länder als gleichberechtigte Mitglieder in absehbarer Zeit in die EU vollständig zu integrieren.

Dr. Miroslaw Matyja ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Universitätsbibliothek in Bern.

Literaturverzeichnis

- Ackermann, Ulrike, 2001: Ein samtener Vorhang vor der Osterweiterung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, Nr. 15, 3–5.
- Brusis, Martin, 2001: Europäische und nationale Identität in den Beitrittsdiskursen Mittel- und Osteuropas, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 14, H. 4: Der EU-Koloss: demokratiefreie Zone, 53–60.
- Gehring, Thomas, 2000: Die Bedeutung spezialisierter Entscheidungsprozesse für die Problemlösungsfähigkeit der Europäischen Union, in: Grande, Edgar/Jachtenfuchs, Markus

- (Hrsg.): Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem, Baden-Baden, S. 77–112.
- Grande, Edgar/Jachtenfuchs, Markus (Hrsg.), 2000: Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem, Baden-Baden.
- Heitzer-Susa, Elke, 2001: Die ökonomische Dimension der EU-Osterweiterung, Baden-Baden.
- Langewiesche, Renate/Tóth, András (Hrsg.), 2002: Die Einheit Europas. Zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dimension der EU-Erweiterung, Münster.
- Laws, Carmen, 2001: Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union – eine institutionenökonomische Analyse am Beispiel der Agenda 2000, Regensburg.
- Matyja, Miroslaw, 2002: Probleme der Osterweiterung, in: Europäische Zeitung, Nr. 7, 8.
- Mayer, Otto G./Scharrer, Hans-Eckart (Hrsg.), 1997: Osterweiterung der Europäischen Union: sind die mittel- und osteuropäischen Länder und die EU reif für die Erweiterung? Baden-Baden.
- Nutzinger, Hans G. (Hrsg.), 2000: Osterweiterung und Transformationskrisen, Berlin.
- Oberender, Peter O. (Hrsg.), 2001: Osterweiterung der EU und Transformation als Herausforderungen, Bayreuth.
- Regulska, Joanna, 2001: Vergeschlechtliche Integration in Europa, neue Formen der Exklusion, in: Berliner Journal für Soziologie, H. 1 Gender in Transition 11, 51–62.
- Sterbling, Anton, 2001: Intellektuelle, Eliten, Institutionenwandel. Untersuchungen zu Rumänien und Südosteuropa, Hamburg.
- Watson, P., 2000: Politics, policy and identity: EU eastern enlargement and East-West differences, in: Journal of European Public Policy, vol. 7, no. 3, 369–384.
- Zarnowski, Janusz, 1996–97: Die polnische politische Elite (1914–1939), in: Colloquia. Journal of Central European History, vol. III–IV, no. 1–2, 264–274.

Russland und Europa: Alte und neue Fragestellungen

Valerij Afanas'ev, Moskau

Im 19. Jahrhundert hat man von Russland und Europa¹ gesprochen, im 20. Jahrhundert spricht man von Russland und dem Westen². Der Europa-Begriff hat sich verändert: Europa wird nicht mehr als eigenständige politische Größe definiert, sondern nur als Teilstück der westlichen Zivilisation. Das drückt sich immer wieder deutlich in den wiederholten Bekenntnissen europäischer Politiker zur transatlantischen Solidarität aus. Auch der Russland-Begriff hat sich verändert: Im 19. Jh. ist es das Russische Reich, am Ende des 20. Jh. die Russische Föderation.

Diese Tatsachen gilt es beim wissenschaftlichen Gebrauch der Begriffe Europa und Russland zu berücksichtigen. Um mögliche Missverständnisse zu vermeiden, beginne ich mit der Definition dieser Begriffe. Sie kann nach unterschiedlichen Kriterien erfolgen: geografischen, ethnischen, religiösen oder kulturellen. Für meine Analyse sind die politischen Strukturen von zentraler Bedeutung. Mit Europa meine ich vor allem die politische Struktur der westeuropäischen Staaten³. Russland ist für mich die politische Struktur desjenigen Staatsgebildes, das sich nach der Auflösung des Russischen Reiches gebildet hat und heute mit den sogenannten GUS-Staaten fast identisch ist.

Das politische System Europas

Hier wird die geschichtliche Dynamik des politischen Systems Europa mit der des politischen Systems Russland verglichen. Der Vergleich zeigt, dass sich beide politischen Systeme in einem unterschiedlichen Stadium der historischen Entwicklung befinden, was die Übertragung politischer Normen von einem System auf das andere wesentlich erschwert.

Das politische System Europas ist im Laufe von Jahrhunderten zustande gekommen. Den Rahmen dafür hat das Imperium Karls des Großen geschaffen. In den darauffolgenden Jahrhunderten haben sich Europas Grenzen nur unwesentlich verschoben. Die Entwicklung erfolgte in Richtung Absonderung. Es bildeten sich einzelne Nationalstaaten. In der Herauskristallisierung des europäischen Gleichgewichts hat dieses System seinen Höhepunkt gefunden. Fünf damals ungefähr gleiche Staaten waren sich einig in der Sorge, keinen Staat die Vorherrschaft erlangen zu lassen. Falls ein Staat wegen einer günstigen Konstellation zur Hegemonie strebte, bildeten die anderen Staaten gegen den Hegemon Koalitionen, um die alte Machtbalance wiederherzustellen.

Im 19. Jh. geriet dieses System in eine Krise. Sie wurde durch den Vorherrschaftsanspruch Frankreichs ausgelöst, und nur mit Hilfe von außen (durch Russland) konnte das alte System wieder hergestellt werden. Dasselbe wiederholte sich im 20. Jh. mit dem Hegemoniestreben Deutschlands. Noch einmal müssen sich äußere Mächte (USA und

Russland) einmischen, um in Europa ein Gleichgewicht zu schaffen. Nach dem II. Weltkrieg spielten die USA eine führende Rolle in der europäischen Politik, und damit begann der Prozess der europäischen Einigung, der nichts anderes ist, als die langsame Auflösung der alten Nationalstaaten und die Herausbildung von gemeinsamen europäischen politischen Strukturen. Heute hat Westeuropa in der EU eine dynamische politische Form gefunden. Dynamisch heißt, dass die Form sich ständig verändert und sich in einem Prozess der Erweiterung befindet.

So kann man sehen, dass die politische Struktur Europas drei Etappen durchlaufen hat: Imperium, Gleichgewicht der Nationalstaaten und die EU. Die politische Struktur Europas hat sich im Laufe der Zeit formiert und konsolidiert. Ohne diese Dynamik der geschichtlichen Entwicklung im Auge zu behalten, ist es unmöglich, die moderne politischen Konstellationen zu verstehen.

Wenn man die Entwicklung der politischen Struktur Europas und Russlands vergleicht, sieht man deutliche Unterschiede: Europa einigt sich, aber Russland teilt sich. Das russische Reich Peters des Großen hat sich gewaltig ausgebreitet. Seit dieser Zeit erlebt Russland eine Epoche der Teilung, die bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Die Sowjetunion stellt dabei nur eine Übergangsform dar, die sowohl einige Elemente vom alten Reich übernommen als auch neue nationale Prinzipien in das politische Leben Russlands eingeführt hat.

Der Unterschied in der Dynamik der politischen Strukturen Europas und Russlands wird besonders deutlich, wenn man die 15 Republiken der Sowjetunion mit den 15 Staaten der EU vergleicht. Die Republiken haben sich zu unabhängigen Staaten entwickelt, die EU-Staaten bauen langsam ihre Unabhängigkeit ab, bis hin zur Abgabe von politischen Kompetenzen nach Brüssel, die früher unabdingbare Elemente ihrer staatlichen Souveränität waren. Das bestätigt die These, dass Europa und Russland zwei unabhängige politische Systeme bilden, die eine unterschiedliche historische Dynamik haben.

Ist Russland ein Teil Europas?

Trotz dieser offensichtlichen Tatsache gibt es sowohl in Russland als auch in Europa Theoretiker, die behaupten, dass EU und Russische Föderation ein einheitliches politisches System bilden können, das Gesamt- oder Großeuropa heißen soll. Besonders viel ist davon im heutigen Russland die Rede, wo seit der Perestrojka-Zeit vom Aufbau eines „Gesamteuropäischen Hauses“ die Rede ist. Die Idee hat nicht nur bei den prominenten Wissenschaftlern der Gorbachev-Stiftung⁴ ihren festen Platz gefunden, sondern auch bei solch bekannten Experten für die Beziehungen zwischen EU und Russland vom Europa-Institut der

Russischen Akademie der Wissenschaften wie Jurij Borko⁵ und Igor Maksimiëv. Nach diesem Standpunkt kann und soll die Russische Föderation in die modernen politischen Strukturen Europas (EU) eingegliedert werden.

Die sogenannten Neo-Eurasier, die momentan die Opposition der demokratischen politischen Kräfte in Moskau bilden, argumentieren dagegen. Hier könnte man als Wortführer Alexander Panarin⁶ und Alexander Dugin⁷ nennen. Assen Ignatow beschreibt die Position von Alexander Panarin folgenderweise: „Der Weg Russlands nach Westen, seine Integration in Europa sei möglich, aber in einer ganz anderen Weise, als man sich vorstellt. Die Anhänger der Europäisierung übersehen, dass Russland kein ethnischer ‚Staat der Russen‘ ist, sondern eine ‚besondere Zivilisation.‘ (...) Das ist nicht das ‚Zweite Europa‘, sondern das Dritte Rom, das Erbe von Byzanz.“ Somit sei der Weg nach Europa – ganz entgegen den Vorstellungen der Westler – nur als der Weg einer geopolitischen Revanche unter dem Zeichen des slawisch-orthodoxen Messianismus möglich. „Hier steckt das wahre Paradox der Geschichte. Diejenigen, die kategorisch auf den Eintritt Russlands in Europa beharren und den Weg nach Europa predigen, wissen noch nicht, dass Russland nicht als zweitrangiges, abhängiges und Europa nachahmendes Land dahin gehen kann.“⁸

Im Westen ist der andere Standpunkt mehr verbreitet, nämlich die Idee, dass Russland – aus welchen Gründen auch immer – den Rahmen der EU sprengen würde. Diese Meinung vertritt zum Beispiel Manfred Peter⁹. Er geht davon aus, dass Europa und Russland zwei unabhängige politische Gebilde sind, die nur Kontakte auf bilateraler Ebene haben können, und zwar auf mehr oder weniger gleichem Niveau. Viele europäische Autoren betrachten die Problematik leider mit der schlecht verdeckten Hoffnung, Russland dabei als minderwertigen Partner zu sehen. Sie suchen Argumente dafür in der politischen und wirtschaftlichen Situation des heutigen Russland. Dieser Wunsch verbirgt sich zum Beispiel in der Formulierung „Russland in die EU einzubinden“.¹⁰

Eine Zwischenposition vertritt der Leiter der Russlandabteilung der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, Heinz Timmermann. Er spricht über den Beitritt Russlands zur EU in sehr langer Perspektive: „Hochrangige russische Politiker, auch Jelzin, haben wiederholt die Frage nach einer EU-Vollmitgliedschaft aufgeworfen. Da eine solche Perspektive auf absehbare Zeit unrealistisch scheint, empfiehlt es sich aus politisch-psychologischen Gründen, wenigstens ein Verhältnis *sui generis* in Aussicht zu stellen.“¹¹

Eine extreme Position in der Frage des politischen Verhältnisses zwischen EU und Russland nimmt Helmut Wagner ein. Er vertritt der Meinung, dass die Russische Föderation reale Chancen hat, EU-Vollmitglied zu werden. Um nach Europa zu kommen, muss sie den europäischen Normen entsprechen, was nicht den Verlust eigener russischer Mentalität bedeute¹², denn die EU garantiere den Schutz der nationalen Identität für alle ihre Nationen¹³. Das sei der

einzig vernünftige Ausweg, sonst werde Russland „verraten und verkauft“. Russland stehe vor der Wahl, entweder mit China oder mit Europa ein politisches Bündnis einzugehen, aber nach „seinen eigenen Interessen“ bleibe eigentlich nur die EU-Alternative.

Nach Wagners Meinung soll Russland dabei aus dem „GUS-Projekt“ aussteigen und in die EU kommen: „Only such a change of the Russian policy, away from the CIS and closer to the European Union, would create the necessary basis for realistic considerations to move from the Partnership and Cooperation Agreement towards a confederation agreement.“¹⁴ Dieser Vertrag könnte als Zwischenstufe für die volle EU-Mitgliedschaft angesehen werden.

Dabei sieht Helmut Wagner keinen entscheidenden Grund, warum Russland nicht in einen föderal organisierten europäischen Staatenverbund aller europäischen Nationen passen sollte. Nach seiner Meinung bringt dies ganz neue Möglichkeiten in der politischen Gestaltung des europäischen Kontinents mit sich und eröffnet den Weg zum „Ver-einten Europa“ ohne Grenzen: „The Centers of Russia – Moscow, St. Petersburg, Ekaterinburg, Vladivostok and Kaliningrad/Königsberg – would once again be European centers, without losing their specific Russian nature. This would be beneficial as a whole. In a united Europe, for Russia, Helsinki, Tallinn, Riga, Vilnius, Warsaw, Kiev, Odessa or Chisinau, would no longer be the ‘near-abroad’ and Berlin, Prague, Vienna, Paris, London and Madrid, would not stand for ‘far-abroad’ It would be ‘inland’ and nothing else. Russia would live under the protective European umbrella. It would have equal rights and duties like the other, and it would use the same currency. There would be no need for Russia to conquer Kiev and the Holy Mountain of Athos. Even Constantinople/Istanbul would belong to the same state community as Russia. The ancient Russian dreams could, or certainly would come true, without blood, only if Russia wants to. A unified Europe is a the way to this goal.“¹⁵

In Deutschland und den anderen EU-Ländern wird Russland nach wie vor als europäische Peripherie betrachtet, es kann deshalb in dieser Sichtweise in Europa keine wichtige Rolle spielen. So schreibt Gerhard Simon: „Die Randlage (Russlands – V.A.) und die kulturelle Anbindung an das griechische Byzanz sind die Gründe dafür, dass wesentliche Entwicklungen und Institutionen des mittelalterlichen Europas sich in Russland nicht entfalten können.“¹⁶ „Russland bleibt deshalb auf absehbare Zeit eine Kultur am Rande Europas.“¹⁷ Gerhard Simon ist der Meinung, dass Russland selbst daran Schuld trägt, weil es sich nicht in die westliche Welt integrieren wolle.¹⁸

Viele deutsche Autoren, die dieselbe Meinung vertreten, betonen die Besonderheiten Russlands und der russischen Kultur.¹⁹ Karl Schlögel sieht die Besonderheit Russlands in dessen Stellung zwischen Europa und Asien: „Der Doppelcharakter, der dualistische, ja gesplittete Charakter Russlands, zugleich zu Europa zu gehören und ihm fern zu sein, durchzieht das ganze Nachdenken Russlands über

sich selbst bis auf den heutigen Tag“.²⁰ Der Gedanke ist nicht neu, zum Beispiel hat Oswald Spengler die Idee schon früher formuliert.²¹ Man spricht manchmal sogar von russischer Schizophrenie, weil jedes Volk, welches geographisch gesehen eine Zwischenlage besitzt, dazu verurteilt ist. Aber die Besonderheiten der russischen Kultur festzustellen ist nicht Aufgabe dieser Arbeit. Für uns ist das Verhältnis zwischen Europa und Russland nur insofern interessant, als es die Beziehungen zwischen den beiden politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Welten betrifft.

Statt zu fragen, ob Russland zu Europa gehört, sollte man die Frage stellen, inwieweit Europa zu Russland gehört? Denn seit dem 19. Jahrhundert mischt sich Russland in europäische Angelegenheiten (Anti-Napoleon- und Anti-Hitler-Koalitionen) und immer standen Russen auf der Siegerseite. Das darf man nicht außer Acht lassen, auch wenn sich heute die Russische Föderation in einer tiefen Krise befindet. Deshalb kann man sagen, dass der europäische Teil des eurasischen Kontinents mindestens teilweise seit dem Zweiten Weltkrieg unter dem Einfluss Russlands steht. Ein Symbol dieses historischen Umschwungs war die Teilnahme des russischen Zaren an der Militärparade in Paris im Jahre 1814. Seitdem hat Russland Europa als Teil von sich selbst gesehen. Es sah so aus, als ob Russland dadurch auf dem ganzen Kontinent herrschte.

Russland und Europa im russischen Denken

Das Verhältnis zwischen Russland und Europa stellt ein zentrales Problem des russischen Denkens dar. Nach Nikolaj Berdjajev war das Thema „Russland und Europa“ das Hauptthema des 19. Jahrhunderts, welches die „russische Idee und die russische Berufung am meisten charakterisiert“.²² Auch heute ist es von aktueller Bedeutung. Die politischen Diskussionen über die Erweiterung der Europäischen Union stoßen auf die alte Frage: Wo liegt die Grenze Europas? Um diese Frage zu beantworten, muss man sich der Geschichte zuwenden und die Beziehungen zwischen Russland und Europa in einem breiteren Zusammenhang betrachten. Dann kommt man zur Feststellung, dass diese Grenze Osteuropa ist. In Osteuropa liegt nicht nur die politische Grenze Westeuropas, sondern auch seine ethnische, kulturelle und geographische Grenze. Die ethnische Grenze ist die zwischen Germanen und Slawen. Die kulturelle Grenze ist die zwischen Katholizismus und Orthodoxie. Die geographische Grenze liegt zwischen den mitteldeutschen Höhenzügen und der großen russischen Ebene, die sich bis nach China ausdehnt.

So wie sich die Besonderheiten Osteuropas aus seiner Lage zwischen Russland und Europa ergeben, so resultieren die Besonderheiten Russlands aus seiner Lage zwischen Europa und Asien. Europa und Asien (China) haben in dieser Hinsicht mehr gemeinsam als Europa und Russland. Petr Êaadaev sah die Lage Russlands zwischen den beiden großen Weltteilen, dem Orient und dem Okzident derart, dass es sich gleichsam mit dem einen Arm auf China und mit dem anderen auf Deutschland stütze. Fedor Dostoevskij

schrrieb: „Einem echten Russen ist Europa und das Geschick der ganzen großen arischen Rasse ebenso teuer wie Russland selbst“.²³ Nach seiner Meinung ist Asien für Russland ebenfalls sehr wichtig, „weil Russland nicht nur in Europa liegt, sondern auch in Asien.“²⁴ Die Westler haben die Zukunft Russlands in seiner Zugehörigkeit zu Europa gesehen. Die Slawophilen haben über Russlands zivilisatorische Sendung in Asien gesprochen, aber beide waren der Meinung, dass Russland und Europa zwei verschiedene Welten sind. Russland ist im weiteren Sinne eine selbständige politische Welt mit ihren eigenen religiösen, wirtschaftlichen und sozialen Werten. Wenn man von dieser Annahme ausgeht, dann ist die Frage, ob Russland zu Europa gehört oder nicht, absurd. In dieser Fragestellung verbirgt sich der Wunsch, Russland als europäisches Einflussgebiet zu betrachten.

In Laufe der Zeit hat Russland bestimmte Erfahrungen gesammelt, die es von Europa unterscheiden²⁵. Die russische Geschichte kennt viele Ereignisse, die ihr Gesicht geprägt haben. Eine besondere Rolle spielt aber dabei das Bekenntnis zum Christentum im Jahre 998, das 300 Jahre währende mongolische Joch und die Reformen Peters des Großen. Russland hat seinen eigenen Standard entwickelt, der kaum zum europäischen passt. Und umgekehrt lassen sich die europäischen Normen nur sehr schwer auf russischen Boden verwirklichen.

Russland kann aus verschiedenen Gründen nicht nach europäischen Normen und Standards existieren, weil es seine eigenen hat, die seiner geschichtlichen, geographischen und kulturellen Lage entsprechen. Der neueste Versuch, Russland zu europäisieren, zeigt sehr deutlich, dass Russland beim besten Willen nicht europäisch sein kann. Andererseits ist für jeden Europäer klar, dass Russland nicht in das klein gewordene Europa „passt“. Deshalb bleiben die Ansprüche mancher russischer Politiker auf einen gleichberechtigten Platz Russlands unter den europäischen Nationen unverstündlich²⁶. Dieses „Dabei-Sein-Wollen“ Russlands führt auch heute noch manche Theoretiker dazu, zu glauben, dass Russland nach wie vor Teil der europäischen Staatenordnung sei. So schreibt Karl Schlögel: „Ich glaube, dass man der Sache näher kommt, wenn man die russische Entwicklung im Kontext der europäischen Dynamik und Krise sieht“.²⁷ Dieser eurozentristische Standpunkt, der zu falschen Einschätzungen bezüglich der Zugehörigkeit Russlands zu Europa führt, wird heute auch von vielen russischen Politikern geteilt.

Nach den Napoleonischen Kriegen haben sich die kulturellen Kontakte zwischen Europa und Russland intensiver entwickelt. Diese Kontakte sind in das Bewusstsein der Völker eingedrungen und haben in der wissenschaftlichen Literatur Spuren hinterlassen. Leider haben diese Kontakte hauptsächlich negative Eindrücke hervorgerufen, wie Wolfgang Geier betont: „Seit etwa einem halben Jahrtausend bestehen Beziehungen und Wahrnehmungen zwischen Russland und Europa. [Sie sind geprägt] von Unwissen über das Gegenüber, von Mißtrauen und Ab-

neigung, Furcht und Angst, Haß und Feindschaft, von Vorurteilen und Nachreden“.²⁸

Heute, in der Zeit der Globalisierung, haben die alten, teilweise nationalbedingten Vorurteile ihre Bedeutung verloren. Die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit moderner Nationen führt zu neuen Einschätzungen fremder Kulturen und Völker.

Russische Föderation als Nationalstaat

Geschichtlich gesehen bedeutete „Russland“ zunächst „Russisches Reich“, heute „Russländische Föderation“. Wenn P. Stykow schreibt: „Russland ist gegenwärtig ein Land, das in jeder Hinsicht auf der Suche nach sich selbst ist, nach seiner politischen Gestalt und Rolle ebenso wie nach seinem ökonomischen Potential, nach seinem historischen Bild und Erbe, nach seinen ethnischen und kulturellen, geistigen und religiösen Grundlagen. Auf der Suche nach einem Nationalstaat und der dazugehörigen russischen Nation“,²⁹ – so meint er „Russische Föderation“ als neuen Nationalstaat, der ein ganz anderer Staat als das Russische Reich im 19. Jahrhundert ist.

Für das Verständnis der russischen Geschichte ist es wichtig zu wissen, dass die sogenannte „staatliche Periode“ (Nikolaj Danilevskij) in Russland abgeschlossen ist³⁰. Das Imperium war der Höhepunkt der politischen Entwicklung in Russland. Es hat die politischen Rahmenbedingungen geschaffen, in denen heute die historische Entwicklung nach innen geht, d.h. in Richtung Demokratisierung und Schaffung neuer Nationalstaaten. Schon Petr Ėaadaev war davon überzeugt, dass die politische Ausdehnung des Imperiums nicht mehr die höchste Priorität habe, sondern die aktive Teilnahme Russlands an der Weltkultur³¹.

Die Sowjetperiode der russischen Geschichte lässt sich als ein Übergang vom alten Russischen Imperium zur Epoche von Nationalstaaten verstehen. Die neuen Nationalstaaten (erst Polen, dann Finnland, nach 1991 die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken) sind auf dem Boden des alten Russischen Imperiums entstanden. Sie bilden einen selbständigen Kulturkreis. Für den Kulturkreis ist folgende ethnische Struktur typisch: die Slawen mischen sich mit der Urbevölkerung (Finnen und Turanier), wie es in Europa Germanen und Kelten getan haben.

Sprache und nicht mehr Religion wird als wichtigstes Bindeglied der Gemeinschaft angesehen. Die nationale Problematik ist im Raum der ehemaligen Sowjetunion heute sehr aktuell, weil die Prozesse der Nationsbildung noch nicht abgeschlossen sind. Die Sowjetunion kann als Übergangsform zwischen dem alten Imperium und den modernen Nationalstaaten betrachtet werden. In der Sowjetzeit hat die marxistische Ideologie die Rolle des Glaubens gespielt. Der Kommunismus war die Zwischenform: eine Mischung zwischen alten imperialen und neuen nationalen politischen Formen. Die Auflösung des Russischen Reiches und das Entstehen von neuen Nationalstaaten ist ein und derselbe Prozess. An die Stelle eines alten imperialen

Staates tritt eine Konföderation von neuen unabhängigen Nationalstaaten. Die Konföderation war zuerst stark zentralistisch (Sowjetunion), jetzt ist die Verbindung lockerer geworden (GUS). Dieser Prozess verläuft unter ständigen Reformen. Von der Bauernreform bis zu Gorbachevs Perestrojka ist das Paradigma des politischen Handelns dasselbe geblieben.

Die demokratischen Reformen der 90er Jahre haben die Prozesse der Nationenbildung verstärkt. Viele Völker des ehemaligen sowjetischen Einflussbereichs verfolgen die Idee der Bildung eines eigenen Nationalstaates. Als Ergebnis dieses langen geschichtlichen Prozesses, der schon im 19. Jahrhundert mit dem polnischen Aufstand begann, kommt es zur Formierung neuer Nationalstaaten auf dem Territorium des alten Russischen Imperiums. Die Sowjetunion kann man in dieser Hinsicht als den vergeblichen Versuch, die Prozesse der Auflösung des Imperiums zu stoppen, betrachten. An die Stelle der alten Religion treten nach der Periode der internationalen marxistischen Ideologie heute nationalistische Ideen. Für die neue Epoche sind Individualismus und Rationalismus typisch, dem im sozialen Bereich der Übergang von der „Gemeinschaft“ zur „Gesellschaft“ (Tönnies) entspricht. Russland gelangte dadurch in den Augen der Slawophilen und Eurasier nach einem jahrhundertlangen „organischen Wachstum“ in eine Phase des Verfalls.

Als einen ersten Ausdruck dieses gesellschaftlichen Verfalls kann man bereits die Spaltung der ehemaligen russischen Elite in Westler und Slawophile ansehen, die sich gegenseitig bekämpften und das Land innen- und außenpolitisch lähmten³². Im späteren Bürgerkrieg von 1917–1921, in dem die Kommunisten die Rolle der Westler übernahmen, standen sich die beiden politischen Lager unversöhnlich gegenüber und ruinierten in ihrem Kampf das Land. Diese historischen Ereignisse sind von Lev Gumilev so interpretiert worden, dass Russland in eine Krisensituation (Umbruchphase) geraten sei³³. Diese politischen Prozesse spielten sich vor dem Hintergrund einer forcierten Urbanisierung Russlands ab. Die alten Klassen, der Adel und die Bauern, sind gewaltsam enteignet und vernichtet worden. Die neue Klasse wurde von der besitzlosen städtischen Bevölkerung gebildet.

Seit 1861 hat es in Russland bis zum heutigen Tage permanente Reformen gegeben. Die erste Reform 1861 hat die Leibeigenschaft der Bauern aufgehoben. Etwas später kam es zu Reformen im Bildungs-, Verwaltungs- und Gerichtswesen. Stolypin hat Anfang des 20. Jh. die große Agrarreform durchgeführt. Die kommunistischen Reformen nach 1917 haben das Land völlig verändert. Die Reformen, die Michail Gorbachev in den 80er Jahren eingeleitet hat, waren einer der letzten großen Reformversuche. Am Anfang des 19. Jahrhunderts war Russland ein Agrarland. Heute, am Anfang des 21. Jh., lebt die Mehrheit der russischen Bevölkerung in den Städten. Diese wichtige geschichtliche Umwälzung, die in den letzten 200 Jahren in Russland stattfand, hat zwar das ganze gesellschaftliche Leben des Landes verändert, aber die rationalistisch-reformistische Phi-

losophie, die im 19. Jh. formuliert wurde, hat sich bis heute erhalten. Sie bildet derzeit den Boden für neue Reformen. Die alten Parteien sind wieder da. Die Westler sind heute die Demokraten, die Slawophilen die Patrioten, und die Neo-Eurasier spielen die Vermittlungsrolle wie einstmals die Bodenständigen.

Dr. Valerij Afanas'ev ist Dozent an der Fakultät für Politische Wissenschaften der Internationalen Unabhängigen Universität für Ökologie und Politologie in Moskau.

- ¹ Vgl. E. Carr, *Russia and Europe as a Theme of Russian History*, London 1956; Ivan Kirejevski, *Rußland und Europa*, Stuttgart 1948; Tomas Masaryk, *Rußland und Europa*, Jena 1913; Alexander von Schelting, *Rußland und Europa im europäischen Geschichtsdenken*, Bern 1948; Nikolaj Danilevskij, *Rossija i Evropa*, St. Petersburg 1889; Arnold Jaggi, *Rußland und Europa in Geschichte und Gegenwart*, Bern 1951; Wolfgang Geier, *Rußland und Europa: Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis*, Wiesbaden 1996.
- ² Vgl. Reinhard C. Meier-Walser/Tanja Wagensohn (Hrsg.), *Russland und der Westen*, München 1999; Cristoph Royen, *Der Westen und Russland – Lehren aus der Krise*, in: *Osteuropa* 1/1999, S. 79–88; Alexander von Schelting, *Rußland und der Westen im russischen Geschichtsdenken der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Berlin 1989; Manfred Huterer/Claus Krumrei, *Russland und der Westen: Eine schwierige Integrationsaufgabe*, in: *Internat. Politik* 10/2001, S. 27–34.
- ³ So auch Assen Ignatow: „Wenn weiterhin die Rede von Europa ist, wird man darunter in der Regel ‘Westeuropa’ verstehen, worauf die Russen den Begriff ‘Europa’ reduzieren. (Assen Ignatow, *Das russische Europa-Bild heute: Ambivalenzen der politischen und kulturellen Perzeption*, in: *Berichte des BIOst* 48/1997, S. 5).
- ⁴ Vgl. Michail Gorbaëv, *Evropa v XXI veke*, in: *Sovremennaja Evropa* 1/2002, S. 1–16.
- ⁵ Jurij Borko, *Kommt es zur Partnerschaft?* In: Jurij Borko/Heinz Timmermann, *Russland und die Europäische Union – Eine widersprüchliche Zwischenbilanz*, *Berichte des BIOst* 3/1999, S. 14.
- ⁶ Alexander Panarin, *Rossija v ciklach mirovoj istorii*, Moskva 1999.
- ⁷ Alexander Dugin, *Osnovy geopolitiki*, Moskva 2001.
- ⁸ Assen Ignatow, a.a.O., S. 14.
- ⁹ Vgl. Manfred Peter, *Russlands Platz in Europa*, Berlin 2001.
- ¹⁰ Vgl. Heinz Timmermann, *Strategische Partnerschaft: Wie kann die EU Russland stärker einbinden?* In: *Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell*, 12. April 2002, S. 1–12.
- ¹¹ Heinz Timmermann, *Impulse, Rückschläge und Chancen für eine Partnerschaft*, in: Jurij Borko/Heinz Timmermann, a.a.O., S. 21.
- ¹² Vor allem bedeutet es den Abschied von „alter imperialer Mentalität“.
- ¹³ Er schreibt: „Die europäische Staatengemeinschaft bietet Russland als seinem Mitglied nicht nur die Möglichkeit, sondern auch Garantie, seine eigene Existenz zu sichern und seine Identität zu bewahren.“
- ¹⁴ Helmut Wagner, *The Changing Relationship between Europe and Russia from the Perspective of the Whole Europe*, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Ed.), *The Future of Russia and its Relations with the European Union and the Baltic States*, Tartu 2000, S. 119.
- ¹⁵ Ebd., S. 123.
- ¹⁶ Gerhard Simon, *Russland und die Grenzen Europas*, in: *Osteuropa* 11–12/1999 (49), S. 1095.
- ¹⁷ Ebd., S. 1107.
- ¹⁸ Ebd., S. 1106.
- ¹⁹ Manfred Peter schreibt von drei russischen Seelen: einer euroasiatischen, einer slawisch-orthodoxen und einer europäisch-westlichen. (Manfred Peter, *Russlands Platz in Europa*, Berlin 2001, S. 162.) Ich glaube, dass es in Wirklichkeit nur eine eurasische Seele gibt, die manchmal europäisch, manchmal aber asiatisch aussieht, was oft als Doppelantlitz Russland bezeichnet wird.
- ²⁰ Karl Schlögel, *Ein Sonderweg Rußlands?* In: Hans-Georg Wehling (Hrsg.), *Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS): Entstehung – Entwicklung – Probleme*, Stuttgart; Berlin; Köln 1992, S. 45.
- ²¹ Oswald Spengler, *Das Doppelantlitz Rußlands und die deutschen Ostprobleme*, in: Oswald Spengler, *Politische Schriften*, München 1932.
- ²² Vgl. Nikolai Berdjajev, *Die russische Idee*, Sankt Augustin 1983, S. 30.
- ²³ F.M. Dostojewski, *Tagebuch eines Schriftstellers*, Darmstadt 1963, S. 504–505.
- ²⁴ Ebd., S. 584.
- ²⁵ Vgl.: Valerij Afanas'ev, *Natürliche und kulturelle Besonderheiten Russlands in seinem Verhältnis zu Europa*, in: *Berliner Osteuropa Info* 14/2000, S. 54.
- ²⁶ Dies reicht von Gorbaëvs Projekt des „europäischen Hauses“ bis zu El'cins und Javlinskis Europa-Politik. Margareta Mommsen schreibt in ihrem Aufsatz „Russland und Europa“: „Im direktem Zusammenhang mit diesen Weichenstellungen formulierte Jelzin die zitierte Erklärung, dass Russland die Absicht verfolge, als Vollmitglied in die EU einzutreten“ (Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Europa-Handbuch*, Bonn 1999, S. 664).
- ²⁷ Karl Schlögel, a.a.O., S. 48.
- ²⁸ Wolfgang Geier, *Rußland und Europa: Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis*. Wiesbaden 1996, S. 1.
- ²⁹ Pavel Stykov, *Slawophile und Westler: Die unendliche Diskussion*, in: Michael Brie, Ewald Böhlke (Hrsg.), *Rußland wieder im Dunkel*, Berlin 1992, S. 202.
- ³⁰ Nikolaj Danilevskij, *Rossija i Evropa*, St. Peterburg 1998, S. 384.
- ³¹ Pjotr Tschadajew, *Apologie eines Wahnsinnigen*, Leipzig 1992, S. 87.
- ³² Zu einem anderen Urteil ist Vladimir Solov'ev am Ende des 19. Jh. gelangt. Er hielt die politische Lage Russlands für so gefestigt, dass er meinte, es könne konsequenterweise auf eine große, ausgreifende Außenpolitik verzichten (vgl. Vladimir Solov'ev, *Soëinenija*, Moskau 1993, S. 14).
- ³³ Lev Gumilev, *Etnogenez i biosfera zemli*. M. 1993, S. 237.

Jugendgerichtsbarkeit in Russland

Entstehungsaussichten und Entwicklungsalternativen in rechtsvergleichender Betrachtung

Irina Predeina, Saratov/Colchester

Fast täglich liest man in den Zeitungen oder erfährt durch andere Medien, dass junge Menschen Straftaten begehen.¹ Viel seltener ist die Rede davon, dass sich die übergroße Mehrzahl von ihnen nach der Überwindung dieses schwierigen Entwicklungsabschnitts wieder stabilisiert und nicht mehr straffällig wird. Warum also werden diese Jugendlichen auf ihrem Lebensweg oft allein gelassen?

Die Diskussion in der russischen rechtswissenschaftlichen und soziologischen Literatur über die Notwendigkeit der Schaffung einer speziellen Jugendgerichtsbarkeit, die einen maximalen Schutz der Rechte und gesetzlichen Interessen der Jugendlichen gewährleistet, dauert an.² Das Institut der *juvenile justice*³ bzw. der Jugendgerichtsbarkeit wurde in Russland 1910 eingeführt, jedoch schon 1918 wieder abgeschafft. Da in dieser kurzen Zeit nur wenig praktische Erfahrung gesammelt werden konnte, ist man in der heutigen Reformdiskussion fast allein auf Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungen als Entscheidungshilfe angewiesen. Der namhafte russische Jugendprozessrechtler P. Ljublinskij hat in den 20er Jahren die Ergebnisse seiner vieljährigen Forschungen zur Jugendkriminalität vor und nach der Einführung der Jugendgerichtsbarkeit in Russland zusammengefasst.⁴ Sie belegen die historische Bedeutung der Jugendgerichte und die Notwendigkeit ihrer Wiedergeburt in Russland.

Die Existenz und die vergleichbare Effizienz des Instituts der Jugendgerichtsbarkeit in den meisten Staaten der Welt zeugen von einem allgemeinen Sieg humaner Tendenzen in Rechtstheorie und Rechtsprechung. Die spezielle prozessrechtliche Zuständigkeit in Jugendstrafsachen wurde in den einzelnen Staaten unterschiedlich ausgeformt. In einer ganzen Reihe von Staaten existiert ein selbständiges Jugendgerichtssystem⁵. So bestimmt § 33 des deutschen Jugendgerichtsgesetzes (JGG), dass über Verfehlungen Jugendlicher die Jugendgerichte entscheiden. In Deutschland wird als Jugendgericht grundsätzlich das Jugendschöffengericht (ein Strafrichter, zwei Jugendschöffen) tätig; wenn nur die Anwendung von Erziehungs- oder Zuchtmitteln zu erwarten ist – der Jugendrichter als Einzelrichter. Dem Jugendrichter in Deutschland z.B. obliegen alle Aufgaben, die auch ein Richter beim Amtsgericht im Strafverfahren wahrnimmt (§ 34 JGG). Zur Entscheidungsfindung bedient sich das Jugendgericht der ihm zur Verfügung stehenden speziellen Hilfsbehörde, wie etwa in Deutschland der Jugendgerichtshilfe. Aus dem erzieherischen Leitgedanken der Jugendrechtstheorie ergeben sich erhebliche Besonderheiten im Ablauf des Verfahrens.⁶

Selbständige Jugendgerichte wurden aber nicht überall geschaffen. In verschiedenen Staaten wendet das allgemeine Strafgericht auf Jugendliche lediglich ein spezielles Jugendverfahrensrecht an, d.h. die allgemeine Gerichtsbesetzung nimmt als ergänzende Aufgabe die Durchführung von Jugendgerichtsverfahren wahr.⁷ Obwohl also die konkreten Ausprägungen der Jugendgerichtsbarkeit in den einzelnen Staaten sehr vielfältig sind, seien die allgemeinen Verfahrensbesonderheiten hervorgehoben. In erster Linie ist dies die spezielle Verfahrensordnung, der folgende Grundsätze zugrunde liegen:

1. Primäres Erziehungsziel des Verfahrens;
2. Berücksichtigung der altersmäßigen Besonderheiten der Jugendlichen;
3. Besondere Anforderungen an den Jugendrichter;
4. Ausschluss der Öffentlichkeit im Jugendgerichtsverfahren;
5. Prinzip des individuellen Herangehens;
6. Soziale Einbettung der Jugendgerichtsordnung⁸ (Beteiligung der unabhängigen Hilfsbehörden);
7. Schutz der Rechte des Jugendlichen.

Bei Russland handelt es sich um einen typischen Vertreter jener wenigen Staaten, in denen bisher überhaupt keine Jugendgerichtsbarkeit in irgendeiner Form existiert. Die neue russische Strafprozessordnung vom 18. Dezember 2001 (StPO RF), die zum 1. Juli 2002 in Kraft treten wird, enthält in ihrem Kapitel 50 (Verfahren gegen Jugendliche) zwar Regeln, die den Vorschriften ausländischer Modelle der Jugendgerichtsbarkeit ähneln, die Jugendgerichtsbarkeit fällt jedoch in die Zuständigkeit der allgemeinen Strafgerichte und wird nach den allgemeinen Verfahrensgrundsätzen ausgeübt.

Das primäre Erziehungsziel des Jugendgerichtsverfahrens äußert sich in den Besonderheiten des Verfahrensablaufs und in den Rechtsfolgen. Beides ist sowohl in ausländischen Gesetzgebungen als auch in der russischen Gesetzgebung vorgesehen.

Der Grundsatz der Berücksichtigung der altersmäßigen Besonderheiten der Jugendlichen ist eng mit dem Begriff der Minderjährigkeit verbunden. Dabei geht es um eine Mündigkeitsgrenze, die durch eine gesetzlich bestimmte Altersstufe und den Reifegrad des Jugendlichen bestimmt wird. Das Alter für das Erreichen der Volljährigkeit wird von den nationalen Gesetzgebungen verschieden festgelegt. Gem. Art. 420 StPO RF gilt als Minderjährige/r eine Person, die das 14., jedoch noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet hat. Dies korrespondiert mit der UN-Konven-

tion über die Rechte der Kinder vom 20. November 1989, die eine Volljährigkeitsgrenze von 18 Jahren vorsieht, soweit in nationalen Gesetzen nichts anderes bestimmt ist. Das deutsche JGG sieht unterschiedliche Regelungen für Jugendliche (14- bis 18-jährige) und für Heranwachsende (18- bis 21-jährige) vor. Trotz dieser Unterschiede zwischen den Regelungen verschiedener Staaten besteht allgemein Einigkeit über die Kriterien hinsichtlich des geforderten Reifegrades. Maßgeblich ist das Vermögen eines Menschen, sich seiner Tat in vollem Maße bewusst zu sein und nach dieser Einsicht zu handeln. Die gesetzlich festgelegten Altersstufen und das Vorliegen der erforderlichen Reife fallen nicht notwendig zusammen. Das Vorliegen der erforderlichen Reife wird vom Jugendgericht beurteilt.

Hohe Anforderungen werden an die Lebenserfahrung und die Ausbildung der Richter gestellt. Der Jugendrichter soll nicht nur ein Jurist mit langjähriger Berufserfahrung, sondern auch ein Mensch sein, der jugenderzieherische Erfahrung besitzt. So verlangt § 37 des deutschen JGG von den Richtern bei den Jugendgerichten erzieherische Befähigung und Erfahrung in der Jugenderziehung. Von besonderem Nutzen sind Kenntnisse auf den Gebieten der Pädagogik, der Jugendpsychologie, der Psychiatrie, der Soziologie und der Kriminologie.⁹ Einen großen Nachteil der russischen Jugendgerichtsbarkeit in ihrer gegenwärtigen Gestalt stellt in diesem Zusammenhang zweifellos das Fehlen einer speziellen Qualifizierung und Ausbildung der mit Jugendstrafsachen befassten Richter dar.

Im Gegensatz zum allgemeinen Strafverfahren sind die Verhandlungen vor den Jugendgerichten in der Regel nicht öffentlich: So ist gem. § 48 Abs. 1 JGG die Verhandlung gegen Jugendliche vor dem erkennenden Gericht einschließlich der Verkündung der Entscheidung nicht öffentlich. Sind in dem Verfahren auch Heranwachsende oder Erwachsene angeklagt, so ist die Verhandlung gem. § 48 Abs. 3 JGG öffentlich. Jedoch kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden, wenn dies im Interesse der Erziehung jugendlicher Angeklagter geboten ist. In Russland sieht Art. 241 StPO RF den Ausschluss der Öffentlichkeit als Ausnahme vom Öffentlichkeitsgrundsatz im Strafverfahrensrecht lediglich dann vor, wenn der Jugendliche zur Zeit des Verfahrens das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und das Gericht bzw. der Richter dementsprechend entschieden hat.¹⁰ Dies steht im Widerspruch zu völkerrechtlichen Normen des Jugendprozessrechts (Art. 8 der Mindestgrundsätze der Vereinten Nationen für die Jugendgerichtsbarkeit)¹¹, die den Ausschluss der Öffentlichkeit im Jugendgerichtsverfahren für ein unabdingbares Recht der Jugendlichen erklären. Nach dem Abkommen, dem u.a. Russland und Deutschland angehören, sind in Jugendgerichtsverfahren keine Pressevertreter zugelassen, die Anwesenheit der Öffentlichkeit im Gerichtssaal ist auf die Eltern bzw. gesetzlichen Vertreter sowie gegebenenfalls auch auf die Vertreter der Jugendwohlfahrtsbehörden zu begrenzen. Außerdem ist es untersagt, Angaben über beteiligte Jugendliche und eine Sachlage öffentlich bekannt zu machen.

Der Grundsatz der Individualisierung findet im russischen Jugendstrafprozess fast keine Anwendung. Entsprechende gesetzliche Bestimmungen fehlen. Die zuständigen Richter der russischen allgemeinen Gerichte verfügen in der Regel nicht über Kenntnisse der Jugendpsychologie oder Pädagogik. Eine individuelle Betreuung Jugendlicher im russischen Strafprozessrecht ist nicht gewährleistet, weil die russische StPO allgemein keine Normen enthält, welche die Anwendung spezieller Methoden einer gründlichen Persönlichkeitserforschung im oder außerhalb des Rahmens eines Gerichtsverfahrens vorschreiben würden. Dagegen enthält das Strafprozessrecht der meisten Länder Normen, die etwa konkrete Maßnahmen des Richters zur Entwicklung vertrauensvoller Beziehungen zu dem beschuldigten Jugendlichen, Methoden der Erforschung des Tatbestandes, das Gebot einer für den Jugendlichen verständlichen Sprache im Gerichtsverfahren oder die Hinzuziehung der speziellen Hilfsbehörden bei der Persönlichkeitserforschung der Jugendlichen regeln. Im deutschen Jugendstrafverfahren z.B. werden die persönliche Entwicklung, die derzeitige Situation und die Probleme der jungen Menschen stärker berücksichtigt als im Strafverfahren gegen Erwachsene. Das JGG sieht neben der Verhängung einer Jugendstrafe auch die Anwendung von Zuchtmitteln (Verwarnung, Auflagen, Jugendarrest) und Erziehungsmaßnahmen (Weisungen, Erziehungsbeistandschaft, Heimerziehung) sowie sanktionsbegleitende Betreuungsangebote für diese jungen Menschen vor. Außerdem ist die Jugendgerichtshilfe in das Verfahren einbezogen, deren Träger die Jugendämter sind. Die Vertreter der Jugendgerichtshilfe bringen die erzieherischen, sozialen und fürsorglichen Gesichtspunkte im Verfahren vor den Jugendgerichten zur Geltung (§ 38 JGG). Dies ist die wichtigste Garantie eines erfolgreichen individuellen Herangehens und gewährleistet die Beachtung des Prinzips der sozialen Einbettung der Jugendgerichtsordnung.

Der Grundsatz des besonderen Schutzes der Rechte Jugendlicher im Jugendstrafverfahren wird in Deutschland durch die Existenz und die Tätigkeit der Jugendverteidiger¹², der Jugendstaatsanwaltschaft (§ 36 JGG), der Jugendgerichtshilfe (§ 38 JGG) sowie durch die eigenständige Stellung der Erziehungsberechtigten und gesetzlichen Vertreter als Prozessbeteiligte (§ 67 JGG)¹³ gewährleistet. Die russische Gesetzgebung sieht in Art. 51 StPO RF lediglich die Pflichtbeteiligung eines Verteidigers am Jugendstrafverfahren vor.

Aufgrund dieser Darlegungen erscheint es notwendig, das geltende russische Recht in Übereinstimmung mit internationalen Rechtsnormen¹⁴ zu bringen. In erster Linie ist jedoch eine Richtungsbestimmung der Entwicklung der Jugendgerichtsbarkeit in Russland erforderlich. In der rechtswissenschaftlichen Literatur wird die Jugendgerichtsbarkeit häufig mit einem Jugendgerichtswesen gleichgesetzt.¹⁵ So wird z.B. in dem von russischen Fachleuten ausgearbeiteten Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes¹⁶ der Vorrang des gerichtlichen Schutzes der Rech-

te und gesetzlichen Interessen der Jugendlichen proklamiert (Art. 5), was im Einklang mit den UN-Jugendverfahrensstandardregeln stünde. Schon die Konzeption der Gerichtsreform von 1991¹⁷ hat die Einrichtung von Jugendgerichten in Russland vorgesehen. Obwohl der genannte Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes u.a. die Zustimmung eines von der EU organisierten, den Problemen der Jugendgerichtsbarkeit gewidmeten internationalen Symposiums im November 1995 fand,¹⁸ wurde er bisher nicht in die Staatsduma eingebracht. Andere Entwürfe wurden ausgearbeitet.¹⁹ Alle diese Reformvorhaben sehen die Einrichtung von speziellen Jugendgerichten vor. Dies ist aber nur ein Teilaspekt der Schaffung einer Jugendgerichtsbarkeit. Es sei darauf hingewiesen, dass eine effiziente Tätigkeit der Jugendgerichte und die Gewährleistung eines wirksamen Schutzes der Rechte der Jugendlichen funktionierende Sozial- und Hilfsbehörden mit Jugend-spezialisierung²⁰ voraussetzen.

Bestes Beispiel dafür ist die Jugendgerichtshilfe in Deutschland. Ihre frühe Beteiligung ist in § 38 JGG vorgeschrieben und gewährleistet die Objektivität des Jugendgerichtsverfahrens und soll der Begründung der gerichtlichen Entscheidung dienen.²¹ Sie unterstützt zu diesem Zweck die Strafverfolgungsbehörden durch Erforschung der Persönlichkeit, der Entwicklung und der Umwelt des Beschuldigten und äußert sich zu den Maßnahmen, die zu ergreifen sind. In die Hauptverhandlung soll derjenige Vertreter der Jugendgerichtshilfe entsandt werden, der die Nachforschungen angestellt hat. Die ausführliche gesetzliche Regulierung der besonderen Rechtsverhältnisse im Jugendstrafverfahren, die Existenz spezieller Abteilungen in Polizei und Staatsanwaltschaft, der Jugendgerichte sowie der Jugendgerichtshilfe in Deutschland gewährleisten einen wirksamen Schutz der Rechte junger Menschen im Strafverfahren. Die Notwendigkeit der Schaffung ähnlicher Jugendgerichtshilfebehörden in Russland folgt sowohl direkt aus Art. 425 StPO RF, der die Beteiligung von Pädagogen und Psychologen am Jugendgerichtsverfahren vorsieht, als auch aus dem Föderalen Gesetz „Über die Grundlagen der Vorbeugung der Verwahrlosung der Jugendlichen und der Jugendkriminalität“ vom 24. Juni 1999.²² Außerdem setzt sie die grundlegende Umgestaltung der Tätigkeit der bestehenden beteiligten Behörden voraus. Das Jugendgericht ist zweckmäßig in seiner untrennbaren Verbindung mit den speziellen Hilfsbehörden und Struktureinheiten der anderen Rechtsschutzorgane. Sie alle gewährleisten den Schutz der Rechte und Interessen der Jugendlichen sowie die Einhaltung der internationalen Grundlagen der Jugendgerichtsbarkeit.

Ohne Zweifel stößt die Schaffung eines institutionalisierten Jugendgerichtssystems in der russischen Gegenwart auf gewaltige praktische Schwierigkeiten. Sie erfordert beträchtliche Geldausgaben und einen großen Fachkräfteaufwand. In dieser Hinsicht erscheint die Einrichtung eines speziellen Gerichtskollegiums bei den ordentlichen Gerichten als gegenwärtig realistischere Variante. Die Wiedererrichtung des russischen Jugendgerichtswesens

findet nicht nur positive Resonanz in wissenschaftlichen Kreisen, ist juristisch und historisch fundiert, sondern ist in Anbetracht der Aktualität der Probleme des gerichtlichen Schutzes der Rechte Jugendlicher und des Beitritts Russlands zu entsprechenden internationalen Abkommen auch notwendig. Im übrigen erscheint die Reform auch praktisch durchführbar. Es geht um die Jugend, um Russlands zukünftige Generation. Um ihrer Zukunft willen sollte man keine Ausgaben scheuen.

Irina Predeina ist Aspirantin (Doktorandin) der Staatsakademie für Rechtswissenschaft Saratov und hielt sich im Wintersemester 2001/02 als DAAD-Stipendiatin am Arbeitsbereich Recht und Wirtschaft des Osteuropa-Instituts auf. Derzeit setzt sie ihre Forschungen an der University of Essex, Colchester fort.

- ¹ Im Jahr 2001 wurde die Zahl verwahrloster bzw. obdachloser Kinder in Russland mit ca. vier Mio. angegeben, die Zahl ungebildeter Kinder mit ca. zwei Mio., die jugendlicher Straffälliger mit ca. 500.000.
- ² Vgl. nur Pravosudie po delam nesovershennoletnich: Perspektivy razvitija/Sbornik stat'ej, Vypusk 1 [Rechtsprechung in Sachen Minderjähriger: Entwicklungsperspektiven/ Sammelband, Ausg. 1], Moskau 1999, S. 11; Zašita interesov sem'i i prav nesovershennoletnich/ Sbornik stat'ej [Schutz der Interessen der Familie und der Rechte Minderjähriger/ Sammelband], Samara 2000, S. 189; Mel'nikova, E.B., Juvenal'naja justicija: specifika realizacii sudebnoj vlasti/Gosudarstvo i pravo na rube'e vekov, Materialy Vserossijskoj konferencii [Jugendgerichtsbarkeit: Spezifik der Umsetzung judikativer Gewalt/ Staat und Recht an der Grenze zwischen zwei Jahrhunderten, Materialien einer Allrussischen Konferenz], Moskau 2001; Maksudov, R./Fljamer, M., Juvenal'naja justicija: tendencii v mire i perspektivy v Rossii/ Vosstanovitel'noe pravosudie dlja nesovershennoletnich i social'naja rabota [Jugendgerichtsbarkeit: Internationale Tendenzen und Perspektiven in Russland/Wiederherstellende Rechtsprechung für Minderjährige und Sozialarbeit] (Karnozovaja, L.M., Red.), Moskau 2001.
- ³ Morris, A./ Giller, H., Understanding Juvenile Justice, London/ New York 1987.
- ⁴ Ljublinskij, P.I., Bor'ba s prestupnost'ju v detskom i junoskeskom vozraste [Der Kampf mit der Kriminalität im Kindes- und Heranwachsendenalter], 1923.
- ⁵ Selbständige Jugendgerichte existierten schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts, u.a. in den USA, in Kanada, Belgien, England und Wales, Frankreich, den Niederlanden, Russland, Rumänien, Österreich, Ungarn und Ägypten.
- ⁶ Vgl. nur Mel'nikova, E.B., Juvenal'naja justicija: problemy ugolovnogogo prava, ugolovnogogo processa i kriminologii/ Učebnoe posobie [Jugendgerichtsbarkeit: Probleme des Strafrechts, des Strafprozessrechts und der Kriminologie/ Lehrmittel], Moskau 2000.
- ⁷ So z.B. in Irland, Italien und der Schweiz.
- ⁸ Zum Beispiel Mel'nikova, E.B., S. 15.
- ⁹ Zum Beispiel Eisenberg, Ulrich, Jugendgerichtsgesetz, 8. Aufl., München 2000, S. 382.
- ¹⁰ Dieselbe Regelung enthält auch Art. 18 der derzeit noch geltenden StPO der RSFSR von 1960. Sie findet jedoch in der Praxis selten Anwendung.

- ¹¹ United Nations Standard Minimum Rules for the Administration of Juvenile Justice – „The Beijing Rules“ [1985], G.A. res. 40/33, annex, 40 U.N. GAOR Supp. (No. 53) at 207, U.N. Doc. A/40/53; dazu Schüler-Springorum, ZStW 99 (1987), 809.
- ¹² Für eine fachliche Spezialisierung des Jugendverteidigers z.B.: Schaffstein, Friedrich/ Beulke, Werner, Jugendstrafrecht, 13. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln 1998, S. 200.
- ¹³ Albrecht, Peter-Alexis, Jugendstrafrecht, 3. Aufl., München 2000, S. 351.
- ¹⁴ United Nations Standard Minimum Rules for the Administration of Juvenile Justice – „The Beijing Rules“ [1985]; United Nations Guidelines for the Prevention of Juvenile Delinquency – „The Riyadh Guidelines“ [1990], G.A. res. 45/112, annex, 45 U.N. GAOR Supp. (No. 49A) at 201, U.N. Doc. A/45/49.
- ¹⁵ Zum Beispiel Mel'nikova, E.B.; Vetrova, G.N.; Sluckij, E.G.; Skomarcev, I.V. u.a.
- ¹⁶ Zum Beispiel Mel'nikova, E.B./Vetrova, G.N., Zakon o juvenil'noj justicii v Rossijskoj Federacii (projekt) [Gesetz über die Jugendgerichtsbarkeit in der RF (Entwurf)], Pravozaščitnik 1996, Nr. 2. Dieser Entwurf nahm die Hauptpunkte des noch im Jahre 1991 im Obersten Sowjet der RSFSR angefertigten Entwurfs eines Gesetzes „Über die Gerichte in Sachen der Familie und Minderjähriger“ auf, nach denen ein Jugendgericht nicht nur bei Straftaten und Ordnungswidrigkeiten Minderjähriger zuständig sein soll, sondern auch in Zivilsachen im Zusammenhang mit der Erziehung und Sorge für Kinder sowie bei Straftaten Erwachsener, in deren Folge die normale Kindesentwicklung gestört wird.
- ¹⁷ Sudebnaja reforma v Rossii/ Sbornik stat'ej [Gerichtsreform in Russland/Sammelband], Moskau 1992
- ¹⁸ Stanovlenie sudebnoj vlasti v obnovljajuščejsja Rossii/ Sbornik stat'ej [Das Entstehen der judikativen Gewalt im sich erneuernden Russland/ Sammelband], Moskau 1997, S. 50.
- ¹⁹ Vgl. u.a. Ermakov, V.D., Prezentacija avtorskogo proekta federal'nogo zakona „Osnovy zakonodatel'stvo juvenil'noj justicii RF“/ Materialy me•dunarodnoj konferencii, Problemy soveršenstvovanija pravosudija v otnošenii nesoveršennoletnich v Rossii i me•dunarodnyj opyt sozdanija juvenil'noj justicii [Presentation des Autorentwurfs eines Föderalen Gesetzes „Über die Grundlagen der Gesetzgebung über die Jugendgerichtsbarkeit der RF“, Materialien einer internationalen Konferenz, Probleme der Vervollkommnung der Gerichtsbarkeit hinsichtlich Minderjähriger in Russland und die internationalen Erfahrungen bei der Schaffung einer Jugendgerichtsbarkeit]; Sankt Petersburg 2000.
- ²⁰ Zu Jugendbehörden in Deutschland vgl. §§ 69–72, 82, 83 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII.
- ²¹ Korth, Manfred, Jugendgerichtshilfe, Augsburg 1995, S. 101.
- ²² Vgl. Ugolovnaja justicija: problemy me•dunarodnogo sotrudničestva: me•dunarodnyj nauèno-issledovatel'skij proekt [Strafgerichtsbarkeit: Probleme der internationalen Zusammenarbeit: Ein internationales wissenschaftliches Forschungsprojekt], Moskau 1995, S. 149.

HERWIG ROGGMANN/PETAR SARCEVIC (Hg.)

**National Security Interests
and International Criminal Justice**

The Hague • London • Boston
(Kluwer Law) 2002

Die Geschichte der ungarischen Philosophie als eine Geschichte der Rezeption

László Percz, Budapest

Den Zustand der ungarischen Philosophie kann man durch zwei alte Redewendungen erläutern. Die eine besagt, es gäbe zwar ungarische Philosophen, eine ungarische Philosophie existiere aber nicht. Laut der anderen reicht in einer gewissen Epoche die Geschichte der ungarischen Philosophie von Bacon bis Kant. Diese zwei Gedanken hängen eng miteinander zusammen. Einerseits soll es also eine ungarische Philosophie geben: Die wissenschaftlichen Einrichtungen und Bildungsinstitutionen des philosophischen Lebens existieren, und die Philosophen in diesen Institutionen üben ihre Tätigkeit aus. Andererseits soll eine ungarische Philosophie doch nicht existieren: Die ungarische Philosophiegeschichte ist nämlich eine Rezeptionsgeschichte, d.h., es handelt sich in den meisten Fällen um nichts anderes als eine Übernahme und eine Rezeption der großen westlichen Richtungen und um den Versuch, sie einzubürgern.

In meinem kurzen Resümee erörtere ich den letzteren, d.h. den rezeptionsgeschichtlichen Charakter der ungarischen Philosophiegeschichte. In diesem Sinne, das möchte ich besonders betonen, ist die Geschichte der ungarischen Philosophie auch als die Übernahme, der Empfang und der Einbürgerungsversuch der fremden geistigen Strömungen zu beschreiben. Wirklich originelle Werke wurden im institutionellen System der ungarischen Philosophie nur in eher geringem Maße geboren. Die Relevanz der einzelnen heimischen philosophischen Werke rührt deswegen bloß von der Lebendigkeit und Schnelligkeit sowie von der Selbstständigkeit und Originalität der Rezeption her. Infolgedessen ist die Darstellung der ungarischen Philosophiegeschichte sozusagen die Schilderung der Wirkungsgeschichte der westlichen (vor allem deutschen) Philosophie in Ungarn. Ob der ungarischen Philosophie Massenprodukte des Provinzialismus oder lokale Werte entspringen, kann durch den Vergleich der lokalen Werke mit den gültigen Modellen beurteilt werden. Die Geschichte der ungarischen Philosophie besteht in der oft einfallslosen Nachahmung, seltener in der schöpferischen Adaptation und mitunter in den spannenden Vorläuferarbeiten der westlichen bzw. deutschen Muster.

Meinen Gedankengang gliedere ich in drei Teile. Zuerst erörtere ich die Entwicklung des institutionellen Systems der ungarischen Philosophie. Ich versuche zu belegen, dass die fremden philosophischen Vorbilder in jeder Periode der Entwicklung eine ausschlaggebende Rolle spielten. Zweitens versuche ich einen zusammenfassenden Überblick über die verschiedenen philosophischen Strömungen, die in der ungarischen Philosophiegeschichte zu finden sind. Ich bin bestrebt nachzuweisen, dass in der heimischen Philosophie vom Cartesianismus bis zur Postmo-

derne alle Richtungen vertreten sind. Drittens und letztens werfe ich einen Blick auf die bedeutendsten ungarischen philosophischen Arbeiten. Ich versuche zu beweisen, dass diese Arbeiten mit den damaligen Strömungen eng verbunden sind: Sie stellen deren kreative Adaptationen bzw. spannende Vorläuferwerke dar.

Die Entfaltung des institutionellen Systems der ungarischen Philosophie

Wenn die Rede von der Entfaltung des institutionellen Systems der ungarischen Philosophie ist, dann müssen drei Perioden Erwähnung finden: die Mitte des 17. Jh., das Ende des 18. Jh. und der Anfang des 19. Jh. sowie der Wechsel vom 19. ins 20. Jh. Mitte des 17. Jh. entsteht die erste philosophische Arbeit in ungarischer Sprache; Ende des 18. und Anfang des 19. Jh. finden diejenigen Diskussionen statt, die innerhalb der ungarischen Kultur die Problematik der Philosophie zum ersten Mal thematisieren; und schließlich – an der Wende zum 20. Jh. – geht der letzte Ausbau des bürgerlichen institutionellen Systems der ungarischen Philosophie zu Ende. In allen drei Perioden spielt die Rezeption der zeitgenössischen europäischen Richtungen eine entscheidende Rolle.

Mitte des 17. Jh., entstand, wie bekannt, die erste philosophische Arbeit in ungarischer Sprache, die *Magyar encyclopaedia* (1655) von János Apáczai Csere (1625–1659). Dieses Werk, das in Holland geschrieben und in Utrecht veröffentlicht wurde, ist eigentlich ein Kompendium: Es fasst die damaligen wissenschaftlichen Kenntnisse für den Schulgebrauch zusammen. Sein philosophisches Kapitel ist nichts anderes als die Übersetzung bzw. die Zusammenfassung der Erkenntnistheorie von Descartes. Das Unterfangen bleibt allerdings erfolglos: Unsere wissenschaftliche Sprache wird sich nicht diesem Versuch gemäß entwickeln, auf das Buch folgt über ein Jahrhundert lang keine philosophische Arbeit in ungarischer Sprache.

Die philosophische Erneuerung, die Ende des 18. und Anfang des 19. Jh. stattfindet, verbindet sich mit der Rezeption des zeitgenössischen deutschen Idealismus. Diese Rezeption erfolgt im Rahmen der Kant- und Hegel-Diskussionen, die über mehr als ein halbes Jahrhundert hinweg andauern. Die frühere Kant-Diskussion ist vor allem noch ein konfessioneller Konflikt, die spätere Hegel-Diskussion wiederum wird von der nationalen Besinnungsbewegung der Romantik determiniert. Für beide Diskussionen ist es charakteristisch, dass das autonome philosophische Medium fehlt: Die Rezeption der philosophischen Gedanken verfügt in dieser Periode noch nicht über eine Sphäre. Sie ist daher von anderen Dimensionen, vor allem

von Moral und Politik bestimmt. Die Relevanz der Diskussionen besteht jedoch in der Institutionalisierung der heimischen Philosophie: In ihrer Spur wird die Philosophie in der Gesamtheit der Kultur zum ersten Mal selbständig thematisiert, zudem wird die Terminologie der ungarischen Philosophie weiter konsolidiert.

Der Übergang vom 19. ins 20. Jh. führt letztendlich den Ausbau des bürgerlichen institutionellen Systems der heimischen Philosophie herbei. Dadurch erlangt das philosophische Leben im gesamten Geistesleben einen selbständigen Platz, die Infrastruktur der Philosophie wird etabliert, die Fachsprache der Philosophie erlebt eine Modernisierung. In diesem Prozeß spielt eine bedeutende Persönlichkeit dieses Zeitalters, Bernát Alexander (1850–1927), eine ausschlaggebende Rolle. Er ist nicht nur ein Denker, sondern in erster Linie ein Initiator. Er ist ein wirkungsvoller Lehrer, hervorragender Redakteur, renommierter Publizist und produktiver Übersetzer. Bei der Verbreitung des wissenschaftlichen philosophischen Denkens in Ungarn ist die akademische Publikationsreihe, *Filozófiai Írók Tára* [Philosophische Bibliothek], die er mit József Bánóczy zusammen redigiert und von 1881 bis 1919 in 29 Bänden veröffentlicht, von entscheidender Relevanz. Diese Serie gibt zum ersten Mal die Klassiker der Philosophiegeschichte von Platon bis Schopenhauer in ungarischer Sprache wieder.

Die verschiedenen Richtungen in der ungarischen Philosophiegeschichte

In der ungarischen Philosophie sind alle Richtungen vom Cartesianismus bis zur Postmoderne vertreten. Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit möchte ich zum Beispiel die folgenden hervorheben: den Hegelianismus, den Positivismus, den Neokantianismus, die Ideengeschichte, die verschiedenen Variationen des Marxismus und des Postmarxismus.

Der Cartesianismus und der Hegelianismus wurden bereits erwähnt. Der eine spielt bei Apáczai eine Rolle, während der andere bei den Hegel-Diskussionen von Belang ist. Auch einer der bedeutendsten Denker um die Mitte des 19. Jh., János Erdélyi (1814–1868), ist Hegelianer. Die Philosophen, die im institutionellen System der Philosophie, das sich in der zweiten Hälfte des 19. Jh. und um die Jahrhundertwende etablierte, arbeiten, schließen sich zuerst den verschiedenen Arten des Positivismus, später den unterschiedlichen Varianten des Neokantianismus an. Der erste System- und Schulgründer der ungarischen philosophischen Tradition (falls es überhaupt eine solche gibt), der bescheidene Kathederphilosoph der Jahrhundertwende Károly Böhm (1846–1911), ist anfangs ein positivistischer Denker, der später zu einem neokantianischen Wertphilosophen wird. Der bedeutendste Charakter der ungarischen Kathederphilosophie Ákos Pauler (1876–1933) macht während seiner langen Laufbahn alles durch. Er beginnt seinen Weg als Positivist, später wird er Neokantianer, danach verweilt er bei der platonischen reinen

Logik, am Ende wendet er sich der aristotelianistisch-scholastischen Richtung zu. Der talentierteste Philosoph der Zwischenkriegszeit wiederum, Lajos Prohászka (1897–1963), adaptiert die Ideengeschichte.

In der ungarischen Rezeptionsgeschichte stellt die Beschäftigung mit dem Marxismus ein selbständiges Kapitel dar. Zur Zeit des Kommunismus wird die offizielle Version des Marxismus, der Marxismus-Leninismus, d.h. der sog. „Sowjetmarxismus“, in der ungarischen Philosophie dominant. Der sog. „Sowjetmarxismus“ ist keine philosophische Richtung, sondern die Legitimationsideologie des kommunistischen Regimes. Seine Aufgabe als Monopolidologie besteht darin, die Herrschaft der kommunistischen Partei zu legitimieren. Um sie zu betreiben und zu verbreiten, wird ein umfangreiches institutionelles System ins Leben gerufen, wodurch ein reales philosophisches Leben entsteht, und zwar mit gemeinsamer Thematik, eigenem Sprachgebrauch und einheitlichem Empfängerkreis. Eine determinierende Tatsache der ungarischen Rezeption des Marxismus ist, dass der größte Marxist Ungarns, Georg (György) Lukács (1885–1971), zugleich auch die größte Charakterfigur der gesamten ungarischen philosophischen Tradition darstellt.

Die „postmarxistische“ Kondition der Philosophie, die sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus herausbildet, wird ebenfalls von fremden Strömungen bestimmt. Nach dem Ende der marxistischen Ideologie kehren die ungarischen Philosophen zu keiner typisch ungarischen philosophischen Tradition zurück. Die philosophische Orientierung schließt sich wieder den zeitgenössischen westlichen Richtungen an, von denen die drei wichtigsten die analytisch-philosophische, die kontinental-phänomenologisch-hermeneutische und die postmoderne Herangehensweise sind.

Die bedeutendsten ungarischen Arbeiten

Ich habe in der Einleitung bereits erwähnt, dass die Relevanz der einzelnen heimischen philosophischen Arbeiten in der ungarischen, von der Rezeption gekennzeichneten Philosophiegeschichte eigentlich von der Lebendigkeit und Schnelligkeit sowie der Selbständigkeit und Originalität der Übernahme herrührt.

Um diese These zu beweisen, können zahlreiche Beispiele genannt werden. Die bedeutendsten Werke der ungarischen Philosophie sind Fallbeispiele für eine schnelle und originelle Rezeption, für eine kreative Adaptation der westlichen Muster sowie für spannende Vorläuferwerke. Einer der größten Denker gegen Ende des 19. Jh., der ausgezeichnete Kathederphilosoph und bescheidene Begründer eines späten philosophischen Systems, Károly Böhm, erarbeitet eine Wertphilosophie, die mit den Intentionen der neokantianischen Badener Schule verwandt ist. Das psychologische Werk des Philosophen und Psychologen der Jahrhundertwende Jenő Posch (1859–1923) ist ein Vorläuferwerk der amerikanischen Richtung des Behavior-

alismus. Der hervorragende Philosoph des Jahrhundertanfangs Menyhért Palágyi (1859–1924), der später in Deutschland als Melchior Palagyí publiziert, orientiert sich mit seinen Studien über die Raum-Zeit-Theorie an der Relativitätstheorie von Einstein.

Die These trifft auch für die allerbedeutendsten Persönlichkeiten der ungarischen Philosophie, József Eötvös und Georg Lukács, zu. József Eötvös (1813–1871) ist vielleicht der wichtigste Denker des 19. Jahrhunderts. In seinem Hauptwerk „Der Einfluss der herrschenden Ideen des 19. Jahrhunderts auf den Staat“ (1851–1854), das ursprünglich in deutscher Sprache geschrieben und veröffentlicht wurde, wird eine soziologische Begriffsanalyse der Ideen Freiheit, Gleichheit und Nationalität durchgeführt. Sein Werk gehört zu den auch international herausragenden Manifestationen der zeitgenössischen Selbstreflexionen des Liberalismus. Georg (György) Lukács ist zweifelsohne der relevanteste ungarische Philosoph des 20. Jahrhunderts. Seine prämarxistischen und frühmarxistischen Werke, die er in seiner Jugend geschrieben hat, sind hervorragende Arbeiten der europäischen Philosophie. Sein Essayband „Die Seele und die Formen“ (1911) ist möglicherweise die erste existentialistische Arbeit. Sein Buch über Dostojewski „Die Theorie des Romans“ (1916) ist eine exzellente Arbeit der geistesgeschichtlichen Strömung. Seine marxistische Artikelsammlung „Geschichte und Klassenbewusstsein“ (1923) stellt in der ungarischen Philosophie das belangvollste Werk des 20. Jh. dar, das von Heidegger bis zu den Denkern der Frankfurter Schule zahlreiche Philosophen grundlegend beeinflusst hat, dar.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die herausragendsten Leistungen der ungarischen Philosophiegeschichte von denjenigen Denkern erbracht wurden, die

die im Westen entstandenen Gedanken nicht nur empfangen, sondern auch gleichwertig umgestaltet. Ein junger zeitgenössischer Philosoph aus Ungarn, Balázs Mezei, schildert in seinem Buch über den tschechischen Philosophen Jan Patočka die Metapher „Brücke“. Die Denker der kleinen Kulturen – so Mezei – schlagen Brücken zwischen den kleinen einheimischen Kulturen und der großen westlichen Kultur. Die bedeutsamsten von ihnen sind jedoch diejenigen, deren Brücken nicht nur in einer Richtung, sondern in beiden Richtungen befahren werden können. Die herausragendsten ungarischen Philosophen haben solche Brücken gebaut.

László Percz ist Universitätsdozent an der Technischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Universität Budapest. Er beschäftigt sich mit der Geschichte der Philosophie in Ungarn.

Literatur

- Dahm, Helmut und Assen Ignatow (Hrsg.): Geschichte der philosophischen Traditionen Osteuropas, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1996.
- Hanak, Tibor: Geschichte der Philosophie in Ungarn. Ein Grundriß, München: Dr. Rudolf Trofenik, 1990.
- Hell, Judit; Lendvai, L. Ferenc und László Percz: Magyar filozófia a XX. században. [Ungarische Philosophie im 20. Jahrhundert] Teil 1, Teil 2, Budapest: Áron Kiadó, 2000, 2001.
- Mezei, Balázs: A lélek és a másík. Jan Patočka és a fenomenológia [Die Seele und das andere. Jan Patočka und die Phänomenologie], Budapest: Atlantisz, 1998.
- Steindler, Larry: Ungarische Philosophie im Spiegel ihrer Geschichtsschreibung, Freiburg/München: Verlag Karl Alber, 1988.

Besuchen Sie die Homepage des Osteuropa-Instituts!

<http://www.oei.fu-berlin.de>

Hier erfahren Sie mehr über die
Schwerpunktgebiete und Kontaktadressen unserer MitarbeiterInnen,
Veranstaltungstermine, osteuropabezogene Internetquellen usw.

Außerdem erhalten Sie Einblick in das aktuelle
Kommentierte Vorlesungsverzeichnis und andere Publikationen des OEI.

Strategien gemeinsamer Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland

Andreas Goldthau, Tjumen

Die Außenpolitiken Russlands und der Europäischen Union befinden sich in einem Zustand der Neuorientierung. Russland begann unter der Putin-Administration seine strategischen Interessen und seine außenpolitische Zielsetzung neu auszurichten. Eine sich entwickelnde Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) und die sich abzeichnende Osterweiterung verändern Stellung und Selbstverständnis der Union als Akteur im Internationalen System. Die „Gemeinsame Strategie der EU für Russland“ sowie die „Mittelfristige Strategie hinsichtlich der Beziehungen der Russländischen Föderation zur EU“ legen Ziele und Prioritäten der gegenseitigen Beziehungen fest. Hier definiert die Gemeinsame Strategie der EU als vordringliches Ziel Russlands Integration in einen Gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum. In der neuen außenpolitischen Doktrin Russlands rücken die Beziehungen zur EU an erste Stelle.

Diese Neuausrichtung außenpolitischer Präferenzen erfordert eine Untersuchung der Inhalte und Strategien gegenseitiger Beziehungen. Was bedeutet das Ziel eines gemeinsamen europäischen Raumes für die zukünftigen Beziehungen beider Partner in Politik, Wirtschaft und Kultur? Welche Strategien der Kooperation erweisen sich als operativ, um anstehende Fragen, aber auch Konsequenzen der EU-Osterweiterung zu lösen? Sind Modelle einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik erkennbar? Und sind die existierenden Politikinstrumente geeignet, auf die sich ergebenden Herausforderungen adäquate Antworten zu geben?

Die Internationale Konferenz „Russia and the European Union. Strategies of Interaction“, die vom 17.–19. April 2002 in Ekaterinburg, Russländische Föderation (RF) stattfand, unterwarf die genannten Bereiche gegenseitiger Beziehungen auf einer breit angelegten Plattform von Vertretern westlicher und russischer Wissenschaft, Politik und Administration einer prinzipiellen, kritischen und konstruktiven Untersuchung. Die Konferenz wurde organisiert vom Fachlektorenprogramm der Robert-Bosch-Stiftung, dem *Civic Education Project* der Soros-Stiftung und der Fakultät für Internationale Beziehungen der Staatlichen Ural-Universität Ekaterinburg. Zudem bestand eine Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung, dem Goethe-Institut und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD). Gastgebende Institution war die Staatliche Ural-Universität, die ihre Konferenzsäle sowie Räume für die Seminare und Workshops zur Verfügung stellte.

Hundertfünfzig registrierte Teilnehmer¹ aus insgesamt 14 Ländern, darunter USA, Kanada, Deutschland, Belgien, England, Norwegen und Finnland, aus den MOE-Staaten und den Ländern der ehemaligen SU wie der Ukraine,

Georgien und dem Baltikum sowie aus den verschiedenen Regionen Russlands diskutierten aus geschichts-, politik-wirtschafts-, kultur- und rechtswissenschaftlicher Perspektive ausgewählte Themenfelder. Die Organisatoren der Konferenz wählten hierfür einen betont breiten und daher interdisziplinären Ansatz, um alle Aspekte der behandelten Problembereiche abdecken zu können. Referenten aus *think tanks* wie dem *Center for European Policy Studies* (Brüssel) oder dem Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP, Berlin), Forschungs- und Beratungsinstituten wie dem *Institute of Europe* (Moskau) oder *Rand Europe* (Leiden), aus der Wissenschaft sowie Vertreter des Oblast Sverdlovsk, der NATO und der EU diskutierten in Panel-Diskussionen und leiteten Präsentationen und Diskussionen in den Arbeitsgruppen.

Die Veranstalter verfolgten mit der Ausrichtung der Konferenz zwei Ziele. Einerseits sollten Wissenschaftler und Praktiker aus EU und Russland auf einer gemeinsamen Plattform versammelt werden. Es sollten dabei gegenwärtige Strategien und Politikinstrumente kritisch untersucht und Ansätze zukünftiger Interaktion diskutiert werden. Da die Konferenz Vertreter aus Wissenschaft, Administration, Politik, zivilen Institutionen und nationaler wie europäischer Exekutive zusammenführte, wurden Ergebnisse erwartet, die nicht von reinem akademischen Wert sein sollten, sondern vielmehr praktische Impulse für die Gestaltung zukünftiger Beziehungen geben sollten. Andererseits sollten mit der Veranstaltung die Fachrichtungen „Europäische Studien“ und „Mittel- und Osteuropäische Studien“ in den russischen Provinzen unterstützt werden. Diese bislang in den russischen Sozialwissenschaften generell noch stark unterrepräsentierten Disziplinen werden nahezu ausschließlich in den Zentren Moskau und St. Petersburg gelehrt und finden nur schwer Eingang in die stark historisch geprägten Fakultäten für Internationale Beziehungen dezentraler Universitäten. Mit *Stanford-in-Berlin* sowie dem *Vienna-Illinois Exchange Program* konnte eine Zusammenarbeit etabliert werden, um auch auf studentischer Ebene die Konferenz zu internationalisieren. Am Rande der Konferenz fand, organisiert vom *Vienna-Illinois Exchange Program*, eine Internetgestützte Web-Konferenz mit europäischen und US-amerikanischen Universitäten zu aktuellen Themen der Internationalen Beziehungen statt.

Aus verschiedenen Gründen erschien es sinnvoll, diese Konferenz in Ekaterinburg durchzuführen. Da die Europa-Forschung stark von den beiden Hauptstädten dominiert wird, konnte mit dem Veranstaltungsort außerhalb Moskaus und St. Petersburgs den Wissenschaftlern an

den Universitäten in den Provinzen mehr Gehör verschafft werden. Zum anderen erschien Ekaterinburg im Vergleich zu Hauptstädten anderer Oblast geeigneter: die oft als „dritte Metropole Russlands“ bezeichnete Großstadt ist als ehemaliges „Sverdlovsk“ traditionell ein Zentrum der russischen Wissenschaften. Hier befindet sich eine der wichtigsten Juristenschmieden Russlands, die Uraler Staatliche Juristische Akademie, sowie an der Staatlichen Ural-Universität eine der größten Fakultäten für Internationale Beziehungen der RF. Der Sverdlovsker Oblast kann als pluralistischer und internationaler als viele andere Regionen der RF gelten. Trotz seines Status als ehemals geschlossene Stadt entwickelte Ekaterinburg – und hier insbesondere seine zahlreichen Hochschulen – seit den frühen Neunzigerjahren eine Vielzahl internationaler Kontakte. So befinden sich in Ekaterinburg Generalkonsulate der USA und Großbritanniens, europäische Kulturinstitute, zahlreiche Repräsentationen politischer Stiftungen und Internationaler Organisationen sowie Informations- und Dokumentationszentren des Europarates und der Europäischen Union.

Nach einleitenden Worten von Valeri Mikhailenko, Dekan der Fakultät für Internationale Beziehungen an der Staatlichen Ural-Universität, Larissa Deriglazova, Koordinatorin des *Civic Education Projects* in Sibirien, Vladimir Bykodorov, Ural-Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung, sowie Eric Wrasse, Lektorenprogramm der Robert-Bosch-Stiftung, eröffnete Prof. Helmut Hubel (Universität Jena) den ersten Konferenztag. Sein Eröffnungsbeitrag bot eine Übersicht über die Problemfelder und Chancen der Beziehungen zwischen Russland und der EU und präsentierte pointierte Thesen zur Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Auf diese Thesen bezugnehmend diskutierte anschließend unter der Leitung von Stephan DeSpiegeleire (*Rand Europe*) ein Eröffnungspanel bestehend aus Michael Emerson (*Centre for European Policy Studies/CEPS*, Brüssel), Iris Kempe (Centrum für Angewandte Politikforschung/CAP, München), Alexander Rahr (DGAP Berlin) und Ulrich Brückner (*Stanford University Berlin*). Michael Emerson regte an, über die Rolle des „Elephanten EU“ und des „Bären Russland“ mit Hinblick auf einen „Falken USA“ nachzudenken, mithin die transatlantische Bedeutung der beiderseitigen Beziehungen nicht aus den Augen zu verlieren. Iris Kempe zielte insbesondere auf den Aspekt der technischen Hilfe der EU (TACIS), die zwar einen bedeutenden Beitrag leiste, jedoch aufgrund des beschränkten finanziellen Volumens nicht das Potenzial habe, zum Einflussfaktor der EU auf Russland zu werden. Ulrich Brückner führte an, dass ein wichtiger Aspekt der Beziehungen die beiderseitige Perzeption sei, da sie politikrelevante Präferenzen bestimme. Er begrüßte daher die Berücksichtigung dieses Aspektes in einem eigenen Panel. Alexander Rahr unterstrich die Rolle, die Deutschland für die Entwicklung der Beziehungen zwischen EU und Russland spielen kann. Diese Diskussion wurde in der letzten Stunde der Vormittagssitzung durch die Diskussionsleitung für das Auditorium geöffnet und erfuhr lebhaftige Teilnahme.

Der Nachmittag des ersten Konferenztages gliederte sich in vier Arbeitsgruppen, welche die Schwerpunktbereiche der Konferenz, Sicherheits-, Wirtschafts- und Internationale Politik sowie kulturelle Aspekte der Beziehungen zwischen Russland und der EU abdeckten. Ziel der Arbeitsgruppen des ersten Tages war es, den wissenschaftlichen Arbeiten und Diskussionsbeiträgen von Promovierenden und Postgraduierten besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Zu diesem Zweck leiteten zwei Experten – je einer aus Russland und der EU – die jeweiligen Sektionen, deren Beiträge ausschließlich von Doktoranden stammten.

Die Sektion „EU-Osterweiterung und ihre Konsequenzen für Russland“ wurde geleitet von Ulrich Brückner (s.o.) und Dmitry Polyvianny, (Staatliche Universität Ivanovo). Die Teilnehmer stellten sich unter anderem Fragen nach der Entwicklung horizontaler Transportwege im Europäischen Norden als Einfallstor für eine Russländische Integration in die EU (Katri Pynnöniemi, Finnisches Institut für Auswärtige Beziehungen), nach der Strategischen Partnerschaft mit Russland sowie der *northern dimension* (Marius Vahl, CEPS, Brüssel), nach semipermeablen Grenzregimen eines Neuen Europa zu Russland (Rolf Peter und Volker Weichsel, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung) oder nach einer möglichen Erweiterung der Schengenzone nach Osten (Vitaly Merkushev, Staatliche Ural-Universität Ekaterinburg).

Die zweite Sektion beschäftigte sich mit „Ökonomischen Aspekten der Beziehungen zwischen EU und Russland“. Diese Arbeitsgruppe wurde geleitet von Iris Kempe (CAP, München) und Tatiana Butsyk (*World Trade Organization Information Center*, Moskau). Die Teilnehmer dieser Sektion diskutierten unter anderem über Perspektiven des TACIS-Programms im Bereich der Rechtsberatung (Christian Reitemeier, TACIS-Regionalbüro Moskau), über regionale Außenwirtschaftsbeziehungen russischer Regionen anhand von verschiedenen Fallstudien wie der Tomsker Region (Ksenia Arkhipova, Staatliche Universität Tomsk), über die Rolle der EU in den Beitrittsverhandlungen Russlands zur WTO (Tatiana Butsyk) den Einfluss von EU-Prinzipien auf Antimonopol-Maßnahmen in Russland (Elena Kolodina, Staatliche Universität Mari) oder indirekte Fiskalpolitik in den NIS-Staaten (Sergei Fominikh, ebd.).

Stephan DeSpiegeleire (*Rand Europe*) und Richard Rousseau (*University of Quebec/Staatliche Universität Tbilisi*), leiteten die dritte Arbeitsgruppe „Politische und sicherheitspolitische Aspekte der Beziehungen zwischen Russland und der EU“. In dieser Arbeitsgruppe dominierten kurze Beiträge, der Schwerpunkt lag auf Diskussion. Themen waren unter anderem die russischen Interessen in der Entwicklung der GASP der EU (Vasilis Vourkoutiotis, Staatliche Universität St. Petersburg), Kaliningrad als eine mögliche Pilotregion für russisch-deutsche Beziehungen (Katrin Bastian, Humboldt-Universität zu Berlin), Perspektiven militärischer Kooperation zwischen der EU und Russland (Dmitry Pobedash, Staatliche Ural-Universität, Ekate-

rinburg), die Russische Diplomatie in der Kosovo-Krise (Kujtese Bejtullahu, *Stanford University Berlin*) oder Fragen zur internationalen rechtlichen Stellung der EU im Bereich der Sicherheitspolitik (Vassili Goubarev, Staatliche Uraler Rechtsakademie, Ekaterinburg).

Eine vierte Arbeitsgruppe befasste sich mit kulturellen und bildungsbezogenen Aspekten der Beziehungen zwischen EU und Russland. Hier leiteten Andreas Umland (Harvard University) und Tatiana Tregoubova (Forschungsinstitut für Berufliche Bildung, Kazan) die Sektion. Die Beiträge dieses Panels reichten von der Russisch-Orthodoxen Kirche als einem nicht-traditionellen Akteur in den beidseitigen Beziehungen (Egor Bystrov, Staatliche Universität Tjumen), dem Einfluss der Russischen Orthodoxie auf die Politikformulierung gegenüber dem Westen (Natalia Diatlova, ebd.), der Entwicklung multikulturell ausgerichteter Ausbildung als einem Mittel russisch-europäischer Annäherung (Olga Salnikova, Staatlich-Technische Universität Omsk), der Zivilgesellschaft in der ehemaligen Sowjetunion (Ayman Salem, Staatliche Universität Tbilisi) bis hin zu Genderfragen in der russischen Zivilgesellschaft (Asja Bondarenko, Staatliche Ural-Universität, Ekaterinburg).

Der zweite Konferenztag wurde mit Begrüßungsworten von Falk Bomsdorf, Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung sowie von Vincent Piket, Stellvertreter der Leiter der Vertretung der EU in der Russländischen Föderation, eingeleitet. Hieran schloss sich das Eröffnungspanel des zweiten Tages. Rolf Welberts, Direktor des NATO-Informationsbüros in Moskau, referierte zu Perspektiven der Kooperation zwischen Russland und NATO, gefolgt von Viktor Koksharov, Ministerium für Internationale und Außenwirtschaftliche Beziehungen des Sverdlovsker Oblast, der in seinen Beitrag die Möglichkeiten der Kooperation zwischen Regionen Europas und Russlands untersuchte. Michael Emerson (CEPS, Brüssel) präsentierte eine Analyse von *policy*-Schwerpunkten der Beziehung zwischen dem modernen Staat Russland und dem postmodernen Staatengebilde EU, von Umweltpolitik über die Öl- und Gaswirtschaft hin zu Fragen der Sicherheit auf dem Balkan. Olga Butorina (*Institute of Europe*, Moskau) fragte nach Möglichkeiten der Integration Russlands in die EU und resümierte, dass eine Integration vom russischen Standpunkt aus sowohl in kultureller als auch in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht unvorteilhaft wäre. Juri Borko, Präsident der Vereinigung für Europastudien in Russland, schloss die Beiträge mit einer kritischen Evaluation der russischen Europapolitik ab. Sein Beitrag zielte insbes. auf eine Gegenüberstellung von politischer Rhetorik und realem Handeln in der russischen Außenpolitik ab. Die anschließende Diskussion mit dem Auditorium wurde von Valeri Mikhailenko (s.o.) geleitet.

Die nachmittäglichen Arbeitsgruppen des zweiten Tages widmeten sich dem Themenbereich „Perzeption, Identität und Toleranz“. Zielgruppe dieser Arbeitsgruppen waren – im Gegensatz zum ersten Tag – Experten aus Wissenschaft und Praxis. So beschäftigte sich die erste Sektion mit „Eu-

ropäischer Identität und russischer Mentalität“, geleitet von Prof. Strovsky von der Staatlichen Ural-Universität. Probleme nationalstaatlicher Identität Russlands in einem globalen Kontext (Lyubov A. Fadeev, Staatliche Universität Perm) wurden ebenso diskutiert wie Fragen der „kulturellen Kompatibilität“ in den verschiedenen Strategien gemeinsamer Beziehungen (Alexandr Medvedev, Staatliche Ural-Universität). Perzeption und Identität als Einflussfaktoren für Präferenzen in den beiderseitigen Politikformulierungen wurden unter anderem in einem Beitrag zu Elementen europäischer Identität in der „Russischen Idee“ (Dmitry V. Bugrov, Staatliche Ural-Universität) sowie in einer Analyse des Russlandbildes im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ (Klaus Fuchs, Vytautas-Magnus-Universität, Estland) vertieft.

Eine zweite Arbeitsgruppe trug den Titel „Russland und die EU in der Neuen Weltordnung. Perspektiven einer toleranten Welt“ und sollte eine kulturtheoretische Analyse von Veränderungen im Internationalen System nach dem 11. September leisten. Diese Arbeitsgruppe wurde von Prof. Kamynin von der Staatlichen Ural-Universität geleitet. Nach einer Einführung in das Konzept der Toleranz in den Internationalen Beziehungen durch Valeri Mikhailenko (s.o.) trug Andreas Umland (Harvard University) unter dem Titel „Festung Europa“ zu faschistischen Visionen eines Vereinten Europa in Russland und dem Westen vor. Alexander G. Nesterov (Stellvertreter der Leiter des EU-Dokumentationszentrums Ekaterinburg) schloss hier thematisch mit seinem Vortrag zur „Idee Europa“ in den gegenwärtigen radikalen Bewegungen Europas an. Technischen Fragestellungen widmete sich unter anderem Zhanna G. Kaleeva, (Staatliches Technisches Institut Orsk), die zu Problemen der Entwicklung eines „gemeinsamen Informationsraumes“ zwischen der EU und Russland referierte. Zum Phänomen Terrorismus in der Informationswirtschaft gab Valeri B. Petuhov, (Staatliche Technische Universität Uljanovsk) einen Beitrag, in dem er einen Vergleich zwischen russischer und europäischer Informationsverbreitung und -nutzung Ende des 20. Jh. bis heute anstellte. Ein weiterer Schwerpunkt der Sektion waren ethnisch-kulturelle Aspekte. So referierte Alexei V. Antoshin (Staatliche Ural-Universität) zur Bedeutung russischer Emigration nach dem zweiten Weltkrieg für Europa, und Valeri P. Lyubin, (Institut für Wissenschaftliche Information in den Sozialwissenschaften, Moskau) analysierte ein weithin unbekanntes Projekt jüdischer Staatsgründung auf deutschem Territorium.

Parallel zu den Arbeitsgruppen fand unter der Leitung von Michael Emerson ein Panel statt, das in einzelnen Experten-Beiträgen die Thematiken der Arbeitsgruppen des ersten Tages aufgriff. In seinem Beitrag warnte Ulrich Brückner (s.o.) vor der Fehleinschätzung, die EU als Hort der Stabilität und Sicherheit anzusehen. Da diese nach ihrer Osterweiterung ein neues Gesicht habe und zu neuen Machtverteilungen führe, werde sie auch Einfluss auf die Politikpräferenzen der EU gegenüber Russland haben. Boris Kuznetsov (*Centre for Integration Research and Projects*,

St. Petersburg) lenkte den Blick auf St. Petersburg als einen wirtschaftsgeographisch und kulturell geeigneten Ort russländisch-europäischer Integration, dessen Potenzial in der Wissenschaft noch unterschätzt werde. Dmitri Danilov (*Institute of Europe*, Moskau) plädierte für ein Überdenken der europäischen Sicherheitsarchitektur mit einer veränderten Rolle der NATO und einer engen Einbindung Russlands. Iris Kempe (CAP, München) präsentierte eine Kosten-Nutzen-Rechnung der EU-Unterstützung im russischen Transformationsprozess. Alexander Rahr (DGAP, Berlin) führte an, dass mit Russlands Politik nach dem 11. September nun eine Gelegenheit für eine verstärkte europäisch-russische Kooperation auch in Zentralasien und dem Kaspischen Meer gegeben sei. Beate Helbig (Ruhr-Universität Bochum) fragte in ihrem Beitrag, wie viel Sprachvielfalt Europa braucht und untersuchte Ziele, Strategien und Perspektiven des Multilingualismus und Multikulturalismus in der EU. Die zahlreichen Fragen aus dem Publikum moderierten Emerson und Brückner.

Am Abend fand konferenzbegleitend eine *webchat*-Konferenz mit den Universitäten FU Berlin, Wien, Chicago und Illinois statt. Themen waren die Beziehungen zwischen der EU, den GUS-Staaten und den USA mit folgenden Schwerpunkten: Konflikte innerhalb der WTO, Allianz gegen den Terrorismus und der Konflikt im Nahen Osten. Der *webchat* wurde inhaltlich konzipiert und geleitet von Bruce Murray (Universität Wien/*University of Illinois*). Diese erste netzgestützte Konferenz an der Universität Ekaterinburg erweiterte einerseits den „Interaktionsradius“ der Konferenz und legte gleichzeitig einen weiteren Grundstein für die Internationalisierung der russischen Hochschulausbildung im Bereich der Internationalen Beziehungen.

Der dritte Konferenztag wurde mit einer Plenarsitzung zur „Europäischen Dimension in der Russländischen Außenpolitik“ eröffnet. Alexandr A. Medvedev, (Außenministerium der RF) präsentierte einen Eröffnungsbeitrag zu diesem Thema. Artem V. Malign (Staatliches Institut für Internationale Beziehungen/MGIMO, Moskau) stellte in seinem Vortrag insbesondere auf die Beziehungen zwischen EU und Russland vor dem Hintergrund eines sich institutionell und geographisch wandelnden Europas ab. Dmitry A. Danilov (*Institute of Europe*, Moskau) analysierte Möglichkeiten russischer Außenpolitik, Sicherheitsstrategien in einem „erweiterten Europa“ zu entwickeln. Rudolf G. Pihoya (Russländische Akademie für Öffentliche Verwaltung beim Russländischen Präsidenten) stellte die Frage nach den Gründen für das Auseinanderbrechen der Sowjetunion vor dem Kontext eines sich wandelnden Europa. Vladimir N. Brovkin (*American University*/Staatliche Ural-Universität) untersuchte die Beziehungen zwischen der EU und den USA nach dem 11. September und analysierte Möglichkeiten russländischer Außenpolitik in dem nun veränderten internationalen System.

Die erste nachmittägliche Arbeitsgruppe widmete sich Russland und der EU in einem neuen internationalen Umfeld, im Gegensatz zum zweiten Konferenztag allerdings nun mit einer betont außen- und sicherheitspolitischen Ausrich-

tung. Während Natoly G. Chevtaev und Iouri S. Kiriakov (Staatliche Ural-Universität, Ekaterinburg) in ihrem Beitrag die Sicherheitsprobleme in einem „erweiterten Europa“ skizzierten, stellte Valeri Mikhailenko (Staatliche Ural-Universität, Ekaterinburg) auf die Unabdingbarkeit sicherheitspolitischer Entscheidungen für Russland und die EU nach dem 11. September sowie deren Konsequenzen für beide Akteure ab. Eine historische Perspektive bot u.a. Oksana G. Lekarenko (Staatliche Universität Tomsk), die die Position der USA zur westeuropäischen politischen und militärischen Integration zwischen den Fünfziger- und Neunzigerjahren des 20. Jh. untersuchte. Iouri L. Govorov (Staatliche Universität Kemerovo) wies auf die Korrelation europäischer und asiatischer Einflussvektoren in der Geschichte der Außenpolitik Russlands hin. Den außenpolitischen Positionen der verschiedenen Fraktionen sowie der Abgeordnetengruppen der Staatsduma hinsichtlich der Europäischen Union widmete sich darüber hinaus ein Beitrag von Leonid Y. Goussev (MGIMO, Moskau).

Die zweite Arbeitsgruppe hatte „Regionale Aspekte der Beziehungen zwischen EU und Russland“ zum Thema. Juri A. Borko (*Institute of Europe*, Moskau) und Olga V. Butorina (ebd.) befassten sich mit ökonomischen und währungspolitischen Problemen in den Beziehungen zwischen der EU und Russland. Mikhail I. Maslennikov (Institut für Wirtschaft, Uraler Zweigstelle der Russländischen Akademie der Wissenschaften) und Leonid Y. Strovsky (Uraler Technische Universität) wiesen auf die Dynamiken der Wirtschaftsbeziehungen der Uralregion mit der Europäischen Union hin. Zu rechtlichen Aspekten regionaler Wirtschaftsbeziehungen referierte Elena G. Shablova (Uraler Staatliche Technische Universität). Wirtschaftsgeographische Aspekte standen unter anderem im Beitrag von Anatoly V. Stepanov (Staatliche Ural-Universität, Ekaterinburg) im Vordergrund, der einen Vergleich der Transformationsprozesse in Russland und Deutschland vornahm. Vladimir L. Bersenev (ebd.) fragte nach möglichen Lehren aus der regionalen europäischen Integration für die Überwindung des fragmentierten Wirtschaftsraumes des Uraler Gebiets. Ilya E. Gimadi und Nina N. Nesterova (Institut für Wirtschaft, Uraler Zweigstelle der Russländischen Akademie der Wissenschaften) untersuchten die Möglichkeiten der Angleichung der Transport- und Logistik-Systeme der Uralregion und der EU, um technische Hindernisse bei wechselseitigem Güter- und Dienstleistungsverkehr zu beseitigen. Irina V. Shugurova (Staatliche Rechtsakademie Saratov) verglich das europäische und das eurasisches Patentsystem und fokussierte hierbei auf europäische Erfahrungen im eurasischen Rechtsraum.

Der dritte Konferenztag schloss mit einer Plenarsitzung und kurzen Abschlusspräsentationen. Andreas Goldthau (Lektorenprogramm der Robert-Bosch-Stiftung) wies auf die Bedeutung von Interaktion im Prozess internationaler Beziehungen hin. Die Identitäten der Akteure – ein bestimmender Faktor in der Formulierung von Politikpräferenzen – erführen durch Veranstaltungen wie die internationale Ekaterinburger Konferenz ein *reshaping*, was eine Verän-

derung der gegenseitigen Wahrnehmungen bewirke. Valeri Mikhailenko (Staatliche Ural-Universität) präsentierte Thesen und Handlungsvorschläge zu zukünftigen Beziehungen zwischen Russland und der EU auf akademischer Ebene. Die Konferenz schloss mit einem Bankett im Festsaal der Staatlichen Ural-Universität.

Als Fazit der Konferenz kann festgehalten werden, dass Strategien gegenseitiger Beziehungen auf der jeweiligen Interaktionsebene betrachtet werden müssen. Während international gesehen die Interessen des modernen Staates Russland auf das postmoderne Staatengebilde EU (Emerson) treffen, sind die regionalen Beziehungen ein Ansatzpunkt fruchtbarer Interaktion. Gegenseitige Perzeption und kulturelle Faktoren stellen dabei einen wichtigen Aspekt in den Beziehungen dar. Diese Konferenz, die als der Beginn einer Veranstaltungsreihe geplant ist, die sich – in Seminaren und Foren in den NIS-Staaten – mit dem Thema der Interaktion zwischen Russland und der EU be-

schäftigen wird, kann als guter Ansatzpunkt für eine weitere furchtbare Zusammenarbeit zwischen den drei beteiligten Stiftungen sowie dem russländischen Wissenschaftsbetrieb angesehen werden.

Auf der Webseite der Konferenz, www.europe-russia-conference.org, können Informationen über Programm und Teilnehmer abgerufen sowie die präsentierten Papiere heruntergeladen werden.

Andreas Goldthau ist Dipl.-Politologe und seit September 2001 tätig als Visiting Lecturer der Robert-Bosch-Stiftung an der Staatlichen Universität Tjumen.

¹ Anm. der Redaktion: Die – nicht immer konsequente – Schreibweise russischer Eigennamen ist aus dem Konferenzprogramm übernommen.

Jedwabne: Nach der Wahrheit die geistige Befreiung? Diskussion zu den veröffentlichten Forschungsergebnissen des polnischen Instituts für Nationales Gedenken

Anja Hennig, Berlin

Mit der offiziellen Trauerfeier am 10. Juli 2001 zum Gedenken an die jüdischen Opfer der Pogrome vom 10. Juli 1941 in den ostpolnischen Ortschaften Jedwabne und Radziłów verstummte auch die größte geschichtspolitische Kontroverse in Polen.¹ Sie war im November 2000 in Reaktion auf das sechs Monate zuvor erschienene Buch „Nachbarn“ (Sąsiedzi) entbrannt. Darin hatte der in New York lehrende polnische Geschichtswissenschaftler Jan T. Gross Quellen dokumentiert und auf essayistische Weise kommentiert, die belegen, dass im Laufe des 10. Juli 1941 über 1 000 polnische Juden in Jedwabne von ihren nichtjüdischen Nachbarn malträtiert, in eine Scheune gedrängt und dort verbrannt wurden.² Zeitlicher Kontext war der deutsch-russische Krieg, in dessen Verlauf die deutsche Wehrmacht Ende Juni 1941 in die zuvor sowjetisch besetzten Gebiete und somit auch nach Jedwabne einmarschiert war.

Bereits im August 2000 war in Reaktion auf die Publikation von Gross vom Institut für Nationales Gedenken (IPN) ein staatliches Ermittlungsverfahren angestrengt worden, um den Fällen nachzugehen. Seitdem verfolgte man die Recherchen mit Spannung. Mitte Dezember 2002 nun hat das IPN die Arbeitsergebnisse von insgesamt 30 Historikern und Juristen über die Morde an polnischen Juden unter polnischer Beteiligung in der Region von Białystok der Öffentlichkeit präsentiert. Entstanden ist ein mehr als 1.500 Seiten umfassendes zweibändiges Werk mit dem Titel *Um Jedwabne (Wokół Jedwabnego)*. In dem ersten Band „Studien“ (Studia) werden in insgesamt neun Artikeln auf Basis neuer Quellen einzelne Aspekte in der Zeit von 1939 bis 1941 analysiert. Der zweite Band enthält über 440 Dokumente, insbesondere Prozessakten, aus polnischen, weißrussischen, israelischen und deutschen Archiven.³

Öffentliche Reaktionen

Die mediale Öffentlichkeit reagierte diesmal erstaunlich zurückhaltend auf die Publikation. Und das, obwohl die Nachforschungen zu dem bestürzenden Ergebnis kamen, dass es in über 20 ostpolnischen Ortschaften gezielte Pogrome gegen Juden gab. Jedwabne, Radziłów und Wasosz waren also keine Ausnahmen. Auch stellte sich heraus, dass von 1944 bis 1960 einige Tausend Polen als Kollaborateure vor Gericht standen. Verschwiegene Fakten, die das kollektive Selbstverständnis, eine Nation der Opfer und frei von Kollaboration gewesen zu sein, ins Wanken bringen.

Vor diesem Hintergrund war die Diskussionsveranstaltung

am 18. Dezember 2002 im Słubicer Collegium Polonicum unweit von Frankfurt/Oder ein bemerkenswertes Ereignis. Bemerkenswert auch deshalb, da mit dem Autor von „Nachbarn“ Jan T. Gross, dem ökumenisch engagierten Pater Stanisław Musiał, dem Direktor des Jüdischen Historischen Instituts Feliks Tych und dem Co-Autor der genannten IPN-Bände Dariusz Libionka zentrale Akteure der Jedwabne-Debatte auf dem Podium saßen. Von deutscher Seite war der Hamburger Historiker Frank Golczewski, Herausgeber der Jahrbücher zur Geschichte Osteuropas, anwesend. Die Moderation übernahm die Organisatorin Ruth Henning von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin/Brandenburg.

Es war keine Diskussion der Kontroversen. Das wundert nicht, da prominente Kritiker, wie etwa der Geschichtswissenschaftler und Hauptgegner von Gross, Strzembosz, nicht geladen waren. Jener wäre sicherlich auch gar nicht gekommen, da er sich bereits auf der offiziellen Buchpräsentation in Warschau geweigert hatte, zu der IPN-Publikation Stellung zu nehmen.⁴

Es war vor allem eine Diskussion über das, was wohl nie ganz zu klären sein wird: über die Gründe für das Handeln und für das Schweigen danach. Im Folgenden werde ich einige relevante Punkte herausgreifen und die Diskussion aus zwei Perspektiven betrachten. Ähnlich wie bei der deutschen Kontroverse um die Wehrmachtsausstellung geht es auf historischer Ebene um die Aussagekraft und den Wahrheitsgehalt von Fakten. Hier sind vorwiegend Historiker/innen gefragt, diese in den jeweiligen zeitlichen Kontext einzuordnen und zu bewerten. Geschichtspolitisch interessiert aber auch, welche Konsequenzen die öffentliche Umdeutung von nationaler Geschichte für die polnische Gesellschaft hat. Dabei wird abschließend auch ein kurzer Blick auf Deutschland geworfen.

Neue Erkenntnisse?

Ein vor dem Hintergrund der vergangenen Debatte wichtiges Ergebnis ist zunächst, dass die IPN-Nachforschungen die Recherchen von Gross bestätigen. Gross war insbesondere vorgeworfen worden, oberflächlich, unkritisch und nur fragmentarisch Quellen auszuwerten und sie seiner Argumentation zu Grunde zu legen. Er selbst hatte sein Vorgehen, historische Dokumente als geschlossene Erzählungen zu betrachten, verteidigt (und tat es auch auf dem Podium). Sein Buch basiert vornehmlich auf zwei nach 1945 verfassten Berichten von Juden, die jene Pogrome in Jedwabne und Radziłów überlebten. Als Historiker, so Gross, könne man zwar nur annähernd das Grauen erfassen, über das bewusst Zeugnis abgelegt wurde. Aber

auch wenn ein Bericht konstruiert sei, lasse er sich „vom Wesen her doch als wahrhaftig lesen“. Gleichzeitig zeigte er sich erleichtert, von offizieller Seite bestätigt worden zu sein. Noch mehr erschrecke ihn jedoch, nun die wirklichen Dimensionen der Verbrechen zu kennen. Libionka betonte dabei, dass viele Fragen während des zweijährigen Ermittlungsverfahrens noch nicht beantwortet werden konnten. Vielmehr handle es sich um einen ersten Versuch, sich der Thematik differenziert zu nähern. Dabei hätten einige Erkenntnisse die Forscher überrascht.

So war unbekannt, dass zwischen 1945 und 1970 über 60 Prozesse gegen Polen wegen Verbrechen an Juden stattfanden. Es waren zivil- und strafrechtliche Prozesse, die in der Provinz abgehalten wurden und ohne weitere öffentliche Anteilnahme verliefen. Tych wies darauf hin, dass insbesondere während des Stalinismus die Gerichte ein gezieltes Interesse hatten, dass nicht publik wurde, welche Polen Täter und welche Opfer waren. Von jüdischen Opfern sprach man nicht explizit. Deren Zeugnisse befanden sich vor allem in dem bis heute noch vollständig zu erfassenden Archiv des Jüdischen Historischen Instituts. Es rankt sich also auch um die neuen Fakten eine Geschichte des Verschweigens, oder – wie es Golczewski formulierte – dessen, was von wem zu welcher Zeit bzw. in welchem politischen System gesagt werden konnte und was nicht. Eine Geschichte, die es noch zu weiter durchdringen gilt.

Dazu gehört auch, dass es so gut wie keine Kirchendokumente gibt. So seien etwa in der Kirchenchronik von Jedwabne die Seiten der Einträge um 1941 herausgerissen. „Die Kirche“, so fasste es Musiał schlicht, „hat geschwiegen. Auch in der Folgezeit“. Libionka, der in seinem Beitrag für den IPN-Band die Rolle der Kirche untersuchte,⁵ hob hervor, dass insbesondere die Geistlichen antijüdisches Gedankengut im gesellschaftlichen Bewusstsein festigten und die Pogrome zugelassen hätten. Die katholische Kirche stand dabei als patriotische Instanz in einem symbiotischen Verhältnis zur national-konservativen, antisemitischen Endecja, der Vorkriegspartei von Roman Dmowski, deren Anhängerschaft in der Region weiterhin sehr stark war.

Gründe und Einflussfaktoren

Die Frage der polnischen Täterschaft im Kontext der deutschen Besatzung war einer der umstrittensten Aspekte in der Jedwabne-Kontroverse von 2000/2001. Wie schon bei Gross der Bericht von Szmul Wasserstajn, so bestätigen auch die neuen Forschungen, dass in einigen Fällen „normale“ Dorfbewohner aus freien Stücken jüdische Nachbarn ermordet haben. In anderen Fällen geschah es auf deutsche Anweisung oder in der Zusammenarbeit mit SS-Männern. Welche Faktoren motivierten zu diesem nachlesbar grausigen Handeln? Es ist eine Frage, die sich wohl ebenso wenig im Fall der deutschen Täterschaft vollständig beantworten lässt. Aber sie bewegt, da sie im polnischen Kontext bisher nie gestellt wurde und gängige Geschichtsbilder hinterfragt. Die diskutierten Gründe

lassen sich hier folgendermaßen zusammenfassen: 1. die Demoralisierung durch die deutsche Besatzung; 2. der ohnehin vorherrschende und kirchlich getragene Antisemitismus; 3. die regionale Besonderheit durch die vorangegangene sowjetische Besatzung, die starke Präsenz von Endecja sowie ein hoher jüdischer Bevölkerungsanteil, und 4. schlichtweg Neid und Plünderungswille. Sie müssen, so das naheliegende Fazit, in ihrer Wirkung als Konglomerat betrachtet werden.

Versucht man dennoch eine Gewichtung dieser Faktoren, so überzeugte die These von Tych. Demnach wäre es ohne die deutsche Okkupations- und Rassenpolitik trotz des in der Vorkriegszeit erstarkten polnischen Antisemitismus nie zur Ermordung der jüdischen Bevölkerung von polnischer Seite gekommen. Erst das öffentlich propagierte und unsanktionierte Töten von Juden habe Teile der polnischen Bevölkerung demoralisiert und die Rahmenbedingungen für ein selbstmotiviertes Handeln geschaffen. Sieht man darin auch ein anomisches Verhältnis zu fremdem Eigentum begründet, so ließen sich die Pogrome nicht nur als rassistisch motiviert, sondern auch als Raubmord begreifen.

Schwieriger scheint es, die Bedeutung des regionalen Faktor zu bestimmen. Bisher sieht es so aus, dass unter der Beteiligung von Polen begangene antijüdische Pogrome nur in den Gebieten stattgefunden haben, die von 1939 bis Juni 1941 sowjetisch besetzt waren. Hier fällt die erwähnte Präsenz der antikommunistischen Endecja zusammen mit dem auch in „Nachbarn“ thematisierten antisemitischen Stereotyp eines vermeintlich symbiotischen Verhältnis von Kommunismus und Judentum. Dass dieses verbreitete Vorurteil erst Recht seine Wirkung zeigte, als unter den 20 Monaten sowjetischer Besatzung einige wenige Juden administrative Ämter bekleideten, fand auf dem Podium vorsichtige Zustimmung. Es ist ein schwieriges Kapitel, das zum Teil akribische Rechnerei erfordert. Bis heute ist die Tatsache, dass (prozentual sehr wenige) Polen mit jüdischem Hintergrund auch nach 1945 im stalinistischen Apparat tätig waren, ein zentrales Argument von Antisemiten.

Bedeutung für das gesellschaftliche Bewusstsein?

In der Einleitung zum ersten IPN-Band stellt Paweł Machcewicz rhetorisch die Frage: „Werden wir nach Jedwabne so auf die Geschichte Polens schauen können, wie vorher?“⁶ Die Antwort lautet wohl „Nein“ und Musiał gab eine eigenwillig hoffnungsvolle Begründung: „Den Mythos, die Polen seien die einzigen gewesen, die sauber waren und nicht mit den Nazis kooperierten, hat Gross zerstört und haben die IPN-Publikationen endgültig zu den Akten gelegt. Diese Wahrheit gibt uns ein geistiges Aufatmen. Es gibt nichts mehr zu verbergen, wir sind so, wie wir sind.“ Sicherlich erleben nicht alle Polen diese Bestätigung der Wahrheit als geistige Befreiung. Es seien, so Libionka, bereits drei antisemitisch einzustufende

Bücher zu Jedwabne erschienen, die leider bisher niemand rezensiert habe. Beruft man sich auf die in der *Gazeta Wyborcza* veröffentlichten aktuellen Umfrageergebnisse des Meinungsforschungsinstitutes OBOB zum „Wissen über Jedwabne“, so meinen immerhin 83% der Befragten, dass es gut war, über die Verbrechen öffentlich zu sprechen. Auch geht daraus hervor, dass in den Schulen demnächst das Problem der Kollaboration in die Lehrpläne integriert wird. Wie wichtig die Schule ist, zeigt, dass das allgemeine Wissen über Jedwabne hingegen gering und sehr vom Bildungsgrad abhängig ist.⁷ Studien über die gesellschaftliche Bedeutung der Jedwabne-Debatte sind mit Ausnahme eines Artikel bisher nicht erschienen. Auch vermutet Libionka, dass es infolge der IPN-Publikationen keine neue Debatte geben wird. Optimistisch zeigte sich aber Tych hinsichtlich ihrer Langzeitwirkung: Die jüngeren Generationen würden mit einem korrigierten Geschichtsbild aufwachsen.

Dabei, so sei hier ergänzt, tragen gesellschaftliche Akteure und Politiker/innen mit ihren Geschichtsdeutungen und deren Vermittlung eine große Verantwortung. Man denke etwa an die eingangs erwähnte Gedenkfeier, auf der Kwaśniewski sich im Namen des polnischen Volkes für die Verbrechen entschuldigte. Die Reaktionen zeigten, dass sie von der gesellschaftlichen Basis nicht unbedingt mitgetragen wurde. Und das scheint für die Akzeptanz eines nicht unwesentlich erweiterten nationalen Geschichtsbildes problematisch. Machcewicz konstatiert in der genannten Einleitung die Tendenz, sich in Diskurs und Wissenschaft nun vornehmlich auf die polnische Mittäterschaft zu konzentrieren und mahnt zur ausgleichenden Perspektive⁸. Vergleichbar gab es in Deutschland schon vor Längerem den Hinweis auf die Notwendigkeit eines – in diesem Fall – pluralen öffentlichen Gedenkens in Deutschland, das verschiedene Perspektiven integriert.⁹ Wie schwierig das ist und wie unsäglich diese Diskussion zum Teil verläuft, zeigte ja die Walsler-Bubis-Kontroverse oder der Streit um das Holocaust-Mahnmal. Insofern stimmte eine Bemerkung aus dem Stübicer Publikum nachdenklich: Es sei

jetzt wohl an der Zeit, dass sich die Deutschen als Opfer entdeckten und die Polen als Täter. Beispiele finden sich in der Tat reichlich. So etwa die Vertriebenenthematik, das Medieninteresse an Stalingrad oder die neue bzw. erneute Perspektive auf die Bombardierung Deutschlands im „Spiegel“. Es bleibt zu hoffen, dass in beiden Ländern die Revision von Geschichte nicht primär politischen Zielen folgt.

Anja Hennig ist Diplompolitologin und Lehrbeauftragte am OEI der FU Berlin.

¹ Eine umfassende Dokumentation in deutscher Übersetzung hat Ruth Henning herausgegeben: *Deutsch-polnisches Informationsbulletin Transodra*, Nr. 23, Dezember 2001, Deutsch-polnische Gesellschaft Brandenburg e.V., Potsdam.

² Vgl. Gross, Jan T. (2001): *Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne*. München: C.H. Beck, 195 Seiten.

³ *Tygodnik Powszechny*, 10.11.2002.

⁴ *Gazeta Wyborcza*, 13.12.2002.

⁵ Libionka, Dariusz (2002): *Duchowieństwo diecezji łomżyńskiej wobec antysemityzmu i zagłady Żydów*. (Die Geistlichkeit der Diözese von Łomża gegenüber dem Antisemitismus und der Ermordung von Juden.), in: Kieres, Leon (Hg.): *Wokół Jedwabnego*, Bd. 1, Warschau: IPN.

⁶ Machcewicz, Paweł (2002): *Wokół Jedwabnego (Um Jedwabne)*, in: Kieres, a.a.O., S. 10.

⁷ *Gazeta Wyborcza*, 13.12.2002.

⁸ Machcewicz, a.a.O., S. 13.

⁹ So etwa Steinbach, Peter (1997): *Die Vergegenwärtigung von Vergangenheitem. Zum Spannungsverhältnis zwischen individueller Erinnerung und öffentlichem Gedenken*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B3–4, S. 3–13, oder Assmann, Aleida (1999): *Zwischen Gedächtnis und Geschichte*. In: Assmann, Aleida; Frevert, Ute: *Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit*. Stuttgart: DVA, S. 21–97.

Kroatisch-Serbischer Historikerdialog: Ein Schritt zur Vergangenheitsbewältigung?

Ivan Brčić, Berlin

In Konfliktsituationen nimmt das Interesse der Öffentlichkeit für die betroffenen Regionen schlagartig zu, anschließend nimmt es ebenso schlagartig wieder ab. Das ist keine neue Erkenntnis. Aber trotzdem: Wenn ein Land, wie das ehemalige Jugoslawien in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts, von blutigen Kriegen heimgesucht wird, sind die Medien voll von den grausamen Ereignissen.

Nun gibt es aus der Region auch positive Meldungen zu verbuchen. Seit 1998 findet ein kroatisch-serbischer Historikerdialog (*Dijalog povijesničara-istoričara*) statt: eine Analogie zu den Kontakten zwischen deutschen und polnischen bzw. deutschen und französischen Kollegen nach dem Zweiten Weltkrieg. Ist es nicht bemerkenswert, dass sich „die Feinde von gestern“ nun an einen Tisch zusammensetzen und über verschiedene Ereignisse ihrer Geschichte und Zukunft debattieren? Ja, sogar viel früher als ihre deutschen, französischen bzw. polnischen Kollegen. Aber wer nimmt diese Nachrichten wahr? Das ehemalige Jugoslawien ist offenbar keine Krisenregion mehr und die Presse verhält sich dementsprechend. So viel zum Problem „Medienberichterstattung“.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass vor und während der Kriege auch serbische bzw. kroatische Historiker an der Inszenierung der Kriege beteiligt waren. Das Memorandum der Serbischen Akademien der Wissenschaften und Künste (SANU) von 1986 stellt ein Negativbeispiel dar. Die Verfasser „legten das ideologische Fundament für den Wandel der serbischen Politik“¹ und sind somit mitverantwortlich für die nachfolgenden Kriege. Nun begegnen sich kroatische und serbische Historiker und sollen dabei noch produktiv sein. Ist es noch zu früh für die Entdeckung der historiographischen *terrae incognitae*? 1998 wurde der Historikerdialog durch die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNSt) ins Leben gerufen. Dialoge sind, so der Präsident des jugoslawischen Parlamentsbürgerrates Dragoljub Mićunović, „eine gute Form, miteinander offen zu diskutieren“ und verwies auf den Monolog, welcher charakteristisch für autoritäre Regime sei und keinen Raum für den Dialog zulässt². Sowohl national gesinnte als auch oppositionelle Historiker sind aufgefordert, sich zu beteiligen. Das nicht viele national gefärbte Historiker der Einladung folgten, braucht hier nicht näher erläutert zu werden. Bis zum Jahr 2000 fanden Dialoge auf „neutralen“ Boden, im ungarischen Pécs, statt und aus wohlwollenden Gründen hinter verschlossenen Türen. Nicht wenige Male kam es vor, dass seitens des Tudjman- bzw. Milošević-Regimes die Teilnehmer als unzuverlässige Elemente oder zu Heimatverrätern abgestempelt wurden. Nach den politischen Veränderungen in Kroatien und Jugoslawien (Serbien und Montenegro) im Jahre 2000

wurden Sitzungen in Herceg-Novi, Zagreb und im diesen Jahr in Belgrad abgehalten. Ziel dieser Dialogreihe ist es zum einen, die verlorengegangenen Kontakte zwischen den Historikern der beiden Nachbarstaaten, die in der jüngsten Vergangenheit in einen blutigen Konflikt verwickelt waren, wieder zu etablieren und neue Wege des Gedankenaustausches zu eröffnen. Hiermit wurde von der FNSt ein wissenschaftlicher Dialog und seriöse historische Forschungen zu den besonderen kontroversen Themen der gemeinsamen Geschichte von Kroaten und Serben initiiert. Die Historiker diskutieren im Rahmen von fünf Arbeitsgruppen kontroverse Themenbereiche wie die „Menschlichen Verluste in Kroatien und Serbien im Verlaufe des 20. Jahrhunderts“, „Eliten und Modernisierung“, „Die Lage der ethnischen Minderheiten“, die „Nationale Identitätsbildung bei Serben und Kroaten“ sowie „Anfänge der Demokratisierung und Dezentralisierung Jugoslawiens zwischen 1965 und 1974“. Sogar die jüngsten Kriege wurde zum Gegenstand des Dialogs.

Der amtierende kroatische Präsident Mesić betonte während seiner Eröffnungsrede zum vorletzten 6. Kroatisch-Serbischen Dialog in Zagreb (2001): „Ich muss feststellen, dass die Geschichtswissenschaft im vergangenen Jahrzehnt bewusst und systematisch missbraucht worden ist. (...) Man hat gelogen und betrogen – alles zur Erreichung politischer Ziele. Generationen von jungen Leuten sind irreführt worden: Man hat die Saat für zukünftige Konflikte gesät“³.

Damit sind wir bei einem weiteren Problem des Historikerdialogs angelangt: Der Beteiligung von Historikern bei der Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft zu politischen Zwecken. Es genügt, in die kroatischen bzw. serbischen Geschichts-Schulbücher zu schauen, um einen Einblick in die ideologisierte Geschichte und nationalisierte Geschichtsschreibung zu bekommen⁴. Die eigene nationale Geschichte wird als etwas „Heiliges“ und „Besseres“ dargestellt, während die „anderen“ uns immer „Leid zugefügt haben“. Solchen Stereotypen und Mythen werden junge Menschen regelrecht ausgesetzt⁵. Die Belgrader Historikerin Olivera Milosavljević vertritt die Meinung, dass Stereotypen nicht auf Nationen, nicht auf „die Serben“ oder „die Kroaten“, sondern nur auf einzelne Individuen angewandt werden dürfen⁶.

Ein großer Teil der Öffentlichkeit in Serbien und Kroatien, so der Zagreber Prof. Ivo Goldstein, betrachtet die Dialogreihe als ein politisches Ereignis. Sie ist es u.a. auch deshalb, weil die Mythen der Vergangenheit die letzten Kriege und die Politik bestimmt und dadurch die eigentlichen Probleme verdeckt haben⁷.

Wie schwierig die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist, zeigten beim Belgrader Dialog die unvermeidlichen Emotionsausbrüche. Vor allem dann, wenn es um die jüngsten Kriege sowie um die Zeit des Zweiten Weltkriegs und danach geht. Ein sehr umstrittenes Thema ist beispielsweise die Zahl der Ermordeten im Ustascha-KZ Jasenovac seitens des faschistischen Regimes in Kroatien. Die jugoslawische bzw. serbische Historiographie trieb die Zahlen bis auf eine Million, und serbische Nationalisten versuchten damit, den Kroaten das Etikett einer genocidal nation aufzudrücken. Andererseits versuchten kroatische Nationalisten, diese Zahl klein zu reden, ja sogar den Genozid an den Serben zu negieren. Beim Belgrader Dialog kamen beide Seiten überein, dass sich die Zahl der Umgekommen etwa auf 60.000 bis 80.000 belaufen müsste, was nur die schon Jahre zuvor von Žerjavić und Kočević als zuverlässig errechneten Daten bestätigt⁸. Ein weiterer umstrittener Punkt betrifft Titos Idee des „Jugoslawismus“. Der Belgrader Historiker Predrag Marković stellt die These auf, dass Tito schon 1964 „die Idee des Jugoslawismus aufgegeben [hatte], und die Nationalfrage seither eingefroren war“. Bis 1964, so Marković weiter, hatte Tito den Jugoslawismus als nationale Identität verstanden, welcher durch die Verschmelzung der vorhandenen Nationen zustande kommen sollte. Prof. Milosavljević hält diese These für unhaltbar und betrachtet sie als politisch motiviert, weil sie den jugoslawischen Zentralismus und Unitarismus rechtfertigte und dadurch auch serbische Interessen begünstigte⁹.

Doch diese und viele andere Themen müssen noch wissenschaftlich untersucht werden, und es bleibt zu hoffen, dass die Historiographie in der Zukunft nicht mehr zu politischen Zwecken missbraucht wird. Es liegt u.a. an diesen Historikerdialogen, inwieweit sie einen Beitrag zur wissenschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Aufklärung der serbisch bzw. kroatischen Geschichte leisten können. Bisher sind sechs Tagungsbände des Historikerdialogs erschienen, welche in der Bibliothek des Osteuropa-Instituts der FU Berlin eingesehen werden können.

Ivan Brčić studiert Osteuropastudien, Neuere Geschichte und Soziologie am Osteuropa-Institut der FU Berlin. Er nahm im Rahmen seines Praktikums bei der Friedrich-Naumann-Stiftung in Zagreb als Assistent am 7. Kroatisch-Serbischen Historikerdialog vom 19.–22. September 2002 in Belgrad teil.

- ¹ Vgl. Sundhussen, Holm, Kriegserinnerung als Gesamtkunstwerk und Tatmotiv: Sechshundertzehn Jahre Kosovo-Krieg (1389–1999), in: Bergau, Dietrich (Hg.): Der Krieg in religiösen und nationalen Deutungen der Neuzeit, Tübingen 2001. S. 32.
- ² Aus Mićunovićs Eröffnungsrede des 7. Kroatisch-Serbischen Historikerdialogs in Belgrad am 20.09.2002; vgl. hierzu Politički upotrebljavana nauka, in der serbischen Tageszeitung DANAS vom 21.–22. September 2002.
- ³ Ansprache des kroatischen Präsidenten anlässlich der Eröffnung des 6. Historikerdialogs in Zagreb 2001, in: Fleck, Hans-Georg/Graovac, Igor (Hrsg.): 6. Dijalog Povijesničara-istoričara, Zagreb 2002. S. 27–33.
- ⁴ Inzwischen haben sich die Inhalte der Schulbücher etwas geändert. Doch die Situation ist trotzdem nicht ideal. In Kroatien existieren fünf verschiedene Geschichtsschulbücher. Es liegt an den Lehrern, die Auswahl für den Unterricht zu treffen. In Serbien gibt es nur ein bzw. zwei. Siehe hierzu das Interview zwischen Prof. Ivo Goldstein und Prof. Olivera Milosavljević, abgedruckt in der Zagreber Zeitschrift für Kultur und gesellschaftliche Ereignisse Zarez vom 26. September 2002 (www.zarez.hr).
- ⁵ Vgl. hierzu: Stojanović, Dubravka: Konstrukcija prošlosti – slučaj srpskih udžbenika istorije; Prlender, Ivica: Hrvatski udžbenici za povijest stanje i nakane, in: Fleck, Hans-Georg/Graovac, Igor (Hrsg.): 4. Dijalog povijesničara-istoričara, Zagreb 2001. S. 31–59.
- ⁶ Vgl. Milosavljević, Olivera: Metodološki problemi izučavanja stereotipa Srba o Hrvatima i Hrvata o Srbima, in: Fleck/Graovac, a.a.O., S. 171ff.
- ⁷ Vgl. Goldstein, Ivo: Govor u ime sudionika 6. skupa, in: Fleck, Hans-Georg/Graovac, Igor (Hrsg.): 6. Dijalog povijesničara-istoričara, Zagreb 2002. S. 33–35.
- ⁸ Vgl. Žerjavić, Vladimir: Opsesije i megalomanije oko Jasenovca u Drugom svjetskom ratu. Zagreb 1992; Koevi, Bogoljub: Žrtve Drugog svjetskog rata u Jugoslaviji. 2. Aufl., Sarajevo 1990.
- ⁹ Vgl. Žal što Ranković nije uhitio Tita, Kardelja i Bakarića, in: Večernji List, kroatische Tageszeitung vom 28.09.2002 sowie: Marković, Predrag: Titova shvatanja nacionalnog i jugoslovenskog identiteta, in: Fleck, Hans-Georg/Graovac, Igor (Hrsg.): 2. Dijalog povijesničara-istoričara. Zagreb 2000.



SVEUČILIŠTE U SPLITU

Pravni Fakultet Split
Ulica domovinskog rata 8
21000 Split / Croatia
Tel. / Fax 00385/21/355-605
E-Mail: intercentar@pravst.hr

Zentrum
für deutsches, kroatisches, europäisches
Recht und Rechtsvergleichung

Centar
za njemačko, hrvatsko, europsko
i komparativno pravo

Split/Berlin

Leiter: Prof. Dr. Herwig Roggemann
Stellv. Leiter: Prof. Dr. Arsen Bačić



FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

Osteuropa-Institut
Garystr. 55, 14195 Berlin
Tel. 0049/30/838 5 7110
Fax 0049/30/838 5 0862
E-Mail: zentrum@zedat.fu-berlin.de

Interuniversitäres Rechtszentrum Split/Berlin

Herwig Roggemann, Berlin

Gründung

Das Zentrum für deutsches, kroatisches, europäisches Recht und Rechtsvergleichung wurde Anfang des Jahres 2000 aufgrund eines Kooperationsvertrages zwischen der Freien Universität Berlin (Osteuropa-Institut) und der Universität Split (Juristische Fakultät) gegründet und im Mai 2000 im Beisein der Staatssekretäre des Ministeriums für Wissenschaft und Technologie und des Ministeriums für Justiz, Zagreb, und des Leiters der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Berlin, an der Juristischen Fakultät Split eröffnet.

Aufgaben und Ziele

Das Zentrum dient der Vermittlung und dem Austausch von Informationen und Arbeitserfahrungen aus der Rechtswissenschaft, Rechtswissenschaft und Rechtspraxis des deutschen, kroatischen und europäischen Rechts und der Rechtsvergleichung. Adressaten sind Rechtswissenschaftler, Studierende und Nachwuchsjuristen sowie Rechtspraktiker aus Justiz, Verwaltung und Wirtschaft.

Das Zentrum will mit seiner Arbeit einen Beitrag zur Förderung der internationalen rechtlichen Zusammenarbeit, zur Stabilisierung und zum Ausbau rechtsstaatlicher Strukturen in Südosteuropa, zur Heranführung des Juristennachwuchses an das Europarecht und wichtige europäische Institutionen und damit zur Integration des südosteuropäischen Rechtsraums in die Europäische Union leisten.

Regionale Arbeitsschwerpunkte sind Kroatien und Deutschland, doch werden auch Bosnien und Herzegowina sowie Bulgarien und andere angrenzende Länder in unterschiedlichem Umfang in das Kooperationsprogramm einbezogen.

Arbeitsprogramm

Das Arbeitsprogramm des Zentrums hat vier Schwerpunkte:

- (1) Lehr-, Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen

- (2) Stipendiatenprogramm für Wissenschaftler, Rechtspolitiker und Nachwuchsjuristen
- (3) Unterstützung und Mitwirkung an Forschungs- und Beratungsprojekten
- (4) Aufbau und Unterstützung von Handbibliotheken sowie Erarbeitung und Herausgabe mehrsprachigen Informationsmaterials in Form von Arbeitspapieren, Seminarmaterialien und Übersetzungen.

Themenfelder und Arbeitsbereiche

Die Aktivitäten des Zentrums konzentrieren sich auf ausgewählte Themenschwerpunkte aus folgenden Rechtsbereichen:

- (1) Verfassungsrecht, Verfassungsvergleich, Öffentliches Recht
- (2) Zivil- und Wirtschaftsrecht
- (3) Europarecht, Europäische Institutionen, insbesondere Europäische Gerichtshöfe
- (4) Justizrecht und Strafrecht, insbesondere Internationales Strafrecht
- (5) Rechtsvergleichung, Internationales Recht, Internationale Organisationen.

Veranstaltungen und Einzelthemen

Lehr- und Fortbildungsveranstaltungen des Zentrums finden statt in Form mehrstündiger, ein- oder mehrtägiger Colloquien (Vorlesungen mit anschließender Diskussion), einzelner Vortragsveranstaltungen sowie mehrstündiger Seminare. Daneben führen der Leiter und Mitarbeiter des Zentrums einzelne Vortrags- und Informationsveranstaltungen sowie Stipendiatenberatungen durch und unterstützen organisatorisch und finanziell die jährlich unter der Leitung der Professoren Čizmić und Pokrovac stattfindenden Deutsch-Kroatischen Juristensymposien.

Bisher wurden in zahlreichen (bis Ende 2002 rund 20) Colloquien sowie in Seminarsitzungen mit deutschen und europäischen Referenten u.a. folgende Themen behandelt (gefördert mit Mitteln des „Stabilitätspaktes für Südosteuropa“ vom Deutschen Akademischen Austauschdienst

(DAAD)).

(1) Verfassungsrecht, Verfassungsvergleichung, Öffentliches Recht

- das Rechtsstaatsprinzip im deutschen Verfassungsrecht
- das Bundesverfassungsgericht anhand einer Analyse ausgewählter Entscheidungen
- Sozialstaatsprinzip und Wirtschaftsverfassung in Deutschland
- Grundprinzipien der Wirtschaftsverfassung in Deutschland und Europa
- verfassungsrechtliche Grundlagen und strafrechtliche Grenzen der Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit aus rechtsvergleichender Sicht

(2) Zivil- und Wirtschaftsrecht

- Privatisierung und öffentliche Unternehmen – Grundlagen und Grenzen im deutschen und europäischen Recht
- Unrecht und Wiedergutmachung – NS-Zwangsarbeiter aus Südosteuropa und die deutsche Sozialrechtsprechung
- Grundlagen des Unternehmenssteuerrechts in Deutschland und in der EU
- Privatisierungsverfahren und Privatisierungsinstitutionen in Deutschland, Ost- und Südosteuropa aus vergleichender Sicht
- Grundfragen und aktuelle Entwicklungen des deutschen und europäischen Arbeitsrechts
- Schuldrecht, Währungsrecht und Internationales Privatrecht

(3) Europarecht, Europäische Institutionen, insbesondere Europäische Gerichtshöfe

- Bundesstaat und Europäische Verfassung
- der Vertrag von Nizza 2001 und die Rechtsentwicklung der Europäischen Union
- die Steuerrechtsprechung des EuGH
- der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte – Rechtsgrundlagen, Zuständigkeit und neuere Entscheidungen
- die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Verhältnis zu ost- und südosteuropäischen Staaten, insbes. Kroatien
- das Europäische Parlament – Rechtsgrundlagen, Organisation, Zuständigkeit
- der Europarat – Rechtsgrundlagen, Organisation, Tätigkeit und Bedeutung für Mittel- und Osteuropa
- die Osterweiterung der Europäischen Union – politische und rechtliche Probleme und Perspektiven
- Freizügigkeit von Unionsbürgern und die Rechtslage in Drittstaaten

(4) Justizrecht und Strafrecht, insbesondere Internationales Strafrecht

- Grundlagen und Entwicklung des Internat. Strafrechts und der Internationalen Strafgerichtsbarkeit
- der Jugoslawien-Strafgerichtshof der UN (ICTY) in Den Haag – Rechtsgrundlagen, Zuständigkeit und

neuere Entscheidungen

- die Entscheidungstätigkeit des Jugoslawiengerichtshofs in Den Haag und ihre Rezeption in Kroatien und anderen postjugoslawischen Ländern
- der ständige Internationale Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag – Bedeutung und Probleme
- politischer Systemwandel, Systemunrecht und Strafrecht – Rechtsfragen der Vergangenheitsverarbeitung in Deutschland und anderen europäischen Staaten
- Einführung in das deutsche und das Internationale Strafrecht anhand von Gerichtsentscheidungen

(5) Rechtsvergleichung, Internationales Recht, Internationale Organisationen

- der Menschenrechtsschutz im UN-System
- die UNESCO – Rechtsgrundlagen, Organisation, Aktivitäten
- Internationalisierung des Universitätsstudiums in Deutschland und Europa
- Grundlagen des Internationalen Seerechts, insbesondere der Hoheits- und Nutzungsgrenzen
- Aufgaben und Methoden der Rechtsvergleichung

Die vorgenannten Themen werden in zyklischer Form mit wechselnden Schwerpunkten und verschiedenen Dozenten angeboten.

Dozenten

Zum Lehrprogramm des Zentrums haben von deutscher Seite u.a. beigetragen:

- Prof. Dr. Klaus Adomeit, Freie Universität Berlin (Arbeitsrecht, Bürgerliches Recht, Rechtslehre)
- Prof. Dr. Hans-Jürgen Bartsch, Straßburg/Berlin (Europarecht, Internationale Organisationen, Strafrecht)
- Prof. Dr. Alexander Demandt, FU Berlin, (Alte Geschichte, Spätantike, Diokletian)
- Prof. Dr. Gisela Klann-Delius, Vizepräs. FU Berlin (Philologie, Linguistik)
- Prof. Dr. Helmut Grothe, FU Berlin (Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht, Rechtsvergleichung)
- Prof. Dr. Klaus Hüfner, FU Berlin (Internationale Organisationen, UNESCO)
- Prof. Dr. Klaus Kleine, Universität Göttingen (Deutsches und internationales Steuerrecht)
- Prof. Dr. Philipp Kunig, Dekan der FU Berlin (Verfassungsrecht, Völkerrecht, Öffentliches Recht, Umweltrecht)
- Prof. Dr. Helmut Lecheler, FU Berlin (Öffentliches Recht, Verfassungsrecht, Europarecht)
- Dr. Manfred Peter, Direktor im Europäischen Parlament, Luxemburg/Straßburg (Europarecht, Europ. Instit.)
- Prof. Dr. Herwig Roggemann, FU Berlin (Rechtsvergleichung, Osteuroparecht, Strafr, VerfahrensR, Internat. Strafr)
- Prof. Dr. Dian Schefold, Universität Bremen (Verfas-

sungsrecht, Öffentliches Recht, Europarecht)

- Prof. Dr. Klaus Sieveking, Universität Bremen (Sozialrecht, Arbeitsrecht, Europarecht)

Von kroatischer und bulgarischer Seite wirkten u.a. mit:

- Prof. Dr. Arsen Bačić, Juristische Fakultät der Universität Split (Verfassungsrecht, Verfassungsvergl., Europarecht)
- Prof. Dr. Vesna Barić-Punda, Jur. Fak. der Universität Split (Öffentliches Recht, InternatR, Internat. Seerecht)
- Prof. Dr. Jozo Čizmić, Prodekan Jur. Fak. der Universität Split (Zivilprozessrecht, gewerblicher Rechtsschutz, Grundbuchrecht, Seeprozessrecht, Europarecht)
- Prof. Dr. Emil Konstantinov, Institut für Rechtswissenschaften der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften Sofia (Völkerrecht, Menschenrechte, Rechtsvergleichung)
- Prof. Dr. Branimir Lukšić, Ök. Fak. Split, Präsident des Reg.-Bez. Split (Handelsrecht, Seerecht, Rechtstheorie)
- Prof. Dr. Ivo Pavić, Ökon. Fak. und Rektor der Universität Split (Betriebswirtschaft, Transformationsforschung)
- Prof. Dr. Zoran Pokrovac, Jur. Fak. der Universität Split (Gesellschaftsrecht, Investitionsrecht, Rechtstheorie)
- Prof. Dr. Branko Smerdel, Jur. Fak. der Universität Zagreb (Verfassungsrecht, Rechtsvergleichung)
- Prof. Dr. Ivo Šimunović, Ökon. Fak. der Universität Split (Volkswirtschaft, Regionalforschung Split/Dalmatien)
- Prof. Dr. Eugenij Tančev, Jur. Fak. Universität Sofia, Rechtberater des Staatspräsidenten (Verfassungsrecht, Europarecht)
- Prof. Dr. Nina Vajiæ, Jur. Fak. der Univ. Zagreb/Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (Verfassungsrecht, Menschenrechte, Europarecht).

Seminar

Als ständige Veranstaltung des Zentrums findet unter Leitung von Prof. Dr. Herwig Roggemann ein Seminar „Einführung in das deutsche und europäische Recht und die Rechtsvergleichung“ statt.

In diesem Seminar, das sich vor allem an Studierende, Absolventen und Assistenten der Juristischen Fakultät Split wendet, aber auch Rechtspraktikern und anderen Interessenten offen steht, werden grundlegende und aktuelle Entscheidungen des deutschen Bundesgerichtshofes, des Bundesverfassungsgerichts und der Europäischen Gerichtshöfe in Luxemburg und Straßburg analysiert, anhand deutscher und europäischer Rechtstexte und ausgewählter Literatur Fragen aus dem nationalen und internationalen Strafrecht, Justizrecht, vergleichenden Verfassungsrecht und Europarecht diskutiert und Methodenprobleme und Falllösungen erarbeitet.

Das Seminar dient auch der Vorbereitung und Nacharbeitung von mehrsprachigen Materialien zu den Colloquien sowie dem Gespräch mit den auswärtigen Gastdozenten des Zentrums in kleinem Kreise.

Die Diskussion deutscher Rechtstexte mit kroatischer Übersetzung dient für die kroatischen Teilnehmer zugleich der Einführung in die deutsche Rechtsterminologie.

Die Mitarbeit deutscher Referendare im Rahmen der Wahlstation ihrer Justizausbildung gibt Gelegenheit, im Seminar Fragen der Justizausbildung in Deutschland, Kroatien und anderen europäischen Ländern aus vergleichender Sicht kritisch zu diskutieren und einen Erfahrungsaustausch deutscher Referendare und kroatischer Justizanwälte zu organisieren.

Das Seminar findet in deutscher, englischer und kroatischer Sprache statt.

Arbeitspapiere

In der Reihe der Arbeitspapiere des Zentrums sind teils in deutscher, teils auch in kroatischer und englischer Sprache die folgenden Hefte erschienen:

Heft 1: Beiträge zum europäischen und internationalen Recht

Heft 2: Unrecht und Wiedergutmachung – NS-Zwangsarbeiter aus Ost- und Südosteuropa

Heft 3: Rechtsstaat und Wirtschaftsverfassung in Deutschland und Europa

Heft 4: Europarecht und europäische Institutionen.

In Vorbereitung Heft 5: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte.

Diese Hefte enthalten Beiträge und Materialien der Gastdozenten und Mitarbeiter und dienen in kleiner Auflage den Veranstaltungsteilnehmern zur Vor- und Nachbereitung und anderen Interessenten zur weiteren Information.

Stipendiaten

Kurzzeitstipendien (von zwei Wochen bis zu zwei oder drei Monaten) sind bisher (bis Ende 2002) von 15 Nachwuchswissenschaftlern (Dozenten, Assistenten, Absolventen, davon zwölf aus Kroatien und drei aus Bulgarien) an der Freien Universität Berlin wahrgenommen worden.

Sie dienen neben der Vervollkommnung deutscher Sprach- und Rechtskenntnisse dem Besuch von Lehrveranstaltungen, der Durchführung von Informationsgesprächen mit deutschen Rechtswissenschaftlern sowie der Vorbereitung von Magister- und Diplomarbeiten sowie eigenen Forschungsvorhaben.

Bearbeitet wurden u.a. folgende Themen:

Der Handelskauf im deutschen und kroatischen Recht; das Recht der Kapitalgesellschaften im deutschen und europäischen Recht; aktuelle Entwicklungen des gewerblichen Rechtsschutzes im deutschen Recht; Sportrecht in Deutschland und Kroatien; wirtschaftsrechtliche Grundlagen des Europarechts; die allgemeinen Grundsätze des

Zivilprozessrechts in Deutschland und Bulgarien; das Recht der öffentlichen Unternehmen in Deutschland und Bulgarien; aktuelle Entwicklungen des internationalen Strafrechts und der internationalen Strafgerichtsbarkeit; Produzentenhaftung im deutschen, kroatischen und europäischen Recht; Methodenprobleme richterlicher Entscheidungsgründung.

Organisation – Information – Kooperation

Das Interuniversitäre Rechtszentrum wird von Prof. Dr. Herwig Roggemann, Freie Universität Berlin, geleitet. Stellvertretender Leiter auf kroatischer Seite ist Prof. Dr. Arsen Bačić. Den Leitern steht ein wissenschaftlicher Beirat zur Seite, der aus Prof. Dr. Philipp Kunig und Prof. Dr. Helmut Grothe, Freie Universität Berlin, sowie Prof. Dr. Jozo Čizmić und Prof. Dr. Zoran Pokrovac, Juristische Fakultät Split, besteht.

An der Erledigung der Verwaltungsarbeiten sind neben dem Leiter Frau Kornelia Valjan, Dipl. iur., Frau Diana Sirišćević, Dipl. iur. und derzeit Herr Rechtsreferendar Darko Završak, M.A. beteiligt.

Die Veranstaltungen des Zentrums werden in vier jährlichen in der Regel zweiwöchigen Arbeitsperioden (Ende Februar/Anfang März, Ende April/Anf. Mai, Ende September/Anf. Oktober, Ende November/Anf. Dezember) durchgeführt.

Dem Zentrum, seinen Mitarbeitern, Teilnehmern und Stipendiaten stehen zur Verfügung: ein Arbeitsraum an der Freien Universität Berlin:

Anschrift: Osteuropainstitut der FU Berlin, Garystr. 55, D-14195 Berlin, Zi.117, Telefon: 0049/30/838 533 80 oder 838 57 110, Fax: 0049/30/838 537 88 oder 838 508 62, E-Mail: zentrum@zedat.fu-berlin.de

und an der Juristischen Fakultät der Universität Split: Anschrift: Ulica domovinskog rata 8, HR-21000 Split, Zi. 64,

Telefon/Fax: 00385/21/ 355 605,

E-Mail: intercentar@pravst.hr.

Die Handbibliothek befindet sich im Arbeitsraum des Zentrums in Split.

Informationen bieten auch folgende Webseiten:

www.intercentar.de (deutsch);

www.intercentar.hr (kroatisch).

In Erfüllung seiner Aufgaben arbeitet das Zentrum mit staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, Wirtschaftsunternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland, Kroatien und anderen Ländern zusammen.

Finanzierung und Sponsoren

Die Finanzierung des Zentrums erfolgt im wesentlichen aus Drittmitteln der Freien Universität Berlin, die vom Leiter eingeworben und mit der Drittmittelstelle der Freien Universität abgerechnet werden.

Die Hauptfinanzierung wird derzeit vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) in Bonn getragen.

Auch Wirtschaftsunternehmen (z.B. Daimler-Chrysler) und Anwaltskanzleien haben durch Zuwendungen zur Arbeit des Zentrums beigetragen.

Weitere Institutionen, Unternehmen sowie interessierte Privatpersonen sind herzlich eingeladen, von der Möglichkeit steuerbegünstigter Wissenschaftsförderung Gebrauch zu machen und damit die deutsch-kroatische und deutsch-bulgarische Zusammenarbeit sowie die Heranführung Südosteuropas an die Europäische Union zu fördern.

Abzugsfähige Spendenbescheinigungen erteilt die Drittmittelstelle des Präsidenten der Freien Universität Berlin.

Weitere Auskünfte: Diana Nikolova, Osteuropa-Institut der FU Berlin, Tel.: 0049/30/8385 3380, Fax: 8385 3788.

Slivenko und andere vs. Lettland, 14. November 2001 Ein Tag am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Straßburg*

Axel Bormann und Stefan Hanisch, Berlin

Einleitung

Der ursprüngliche Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wurde 1959 in Straßburg geschaffen, um sich mit Beschwerden über die Verletzung von Bestimmungen der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (Europäische Menschenrechtskonvention, EMRK) zu befassen. Ende 1998 wurde das Doppelsystem aus der ehemaligen Kommission für Menschenrechte und dem noch nicht ständig tagenden Gerichtshof durch einen „Vollzeitgerichtshof“ ersetzt.¹ Das Ziel dieser von den Staats- und Regierungschefs der im Europarat vertretenen Staaten auf ihrem Gipfel am 9. Oktober 1993 in Wien beschlossenen Reform war es, die Effizienz der Schutzmechanismen zu verbessern und die Verfahrensdauer zu verkürzen. Eine Revision des Verfahrens war aufgrund der steigenden Zahl der Beschwerden, ihrer wachsenden Komplexität und der Erweiterung der Zahl der Mitglieder des Europarats sowie immer länger dauernder Verfahren dringend notwendig geworden.²

Der neue Europäische Gerichtshof für Menschenrechte nahm seine Arbeit am 1. Nov. 1998 mit dem Inkrafttreten des 11. Zusatzprotokolls zur EMRK auf. Jeder Mitgliedsstaat entsendet einen Richter zum Gerichtshof,³ wobei es auf dessen Staatsangehörigkeit nicht ankommt. Die Richter werden durch die parlamentarische Versammlung des Europarats für sechs Jahre gewählt. Die Amtszeit der Hälfte der bei der ersten Wahl gewählten Richter endete nach drei Jahren, d.h. Ende 2001, um sicherzustellen, dass die Hälfte der Richter alle drei Jahre neu gewählt wird.⁴

Zu den Eigenheiten des Verfahrens zählt, dass wegen des Vorrangs einer einvernehmlichen Beilegung von Streitigkeiten nur ein Bruchteil der Beschwerden in einer Entscheidung des Gerichts mündet. Im Jahr 2000 wurden 6.769 Beschwerden entweder gestrichen oder als unzulässig abgewiesen, 1.082 für zulässig erklärt, jedoch nur in 695 Fällen ergingen Urteile.⁵ Die Unterwerfung unter die Rechtsprechung des Gerichtshofes folgt nicht automatisch aus der Mitgliedschaft eines Staates im Europarat. Vielmehr bedarf es dazu der Ratifizierung des 11. Zusatzprotokolls zur EMRK.⁶

Der Gerichtshof und die damit verbundene Möglichkeit der Anrufung einer internationalen, unabhängigen Instanz nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges hat für die Bürger der osteuropäischen Reformstaaten angesichts der Tatsache, dass in der Rechtspraxis nicht überall rechtsstaatliche Verfahren garantiert sind, und angesichts weit verbreiteter sachfremder Beeinflussung der Justiz⁷ sowie mangelnder Inkorporierung und Anwendung der Normen der EMRK⁸ besondere Bedeutung. Nicht zuletzt stärkt die Rechtsprechung des Gerichtshofes diese Länder in ihrer Entwicklung zu demokratischen Rechtsstaaten.

Davon zeugt die große Anzahl der beim Gerichtshof eingehenden Beschwerden aus diesen Ländern⁹, aber auch die Vielzahl der dort zur Tätigkeit des Gerichtshofes veröffentlichten juristischen Ratgeber, wissenschaftlichen Monographien¹⁰, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel¹¹ sowie wissenschaftlicher Konferenzen zu diesem Thema¹². So ist z.B. in Russland, das am 28. Februar 1996 der EMRK beitrug und diese am 5. Mai 1998 ratifizierte, das Wissen um die Möglichkeit einer Beschwerde in Straßburg – ungeachtet des immer noch unbefriedigenden Wissensstandes bezüglich der EMRK und anderer internationaler Menschenrechtsverträge, insbesondere in der russischen Provinz¹³ – Bestandteil des öffentlichen Bewusstseins geworden. Nach den Worten des russischen Anwalts A. Asnis, der mit seinem Partner V. Portnov neben der Familie Slivenko noch zwei weitere russische Antragsteller bei Beschwerden gegen die Republik Lettland vor dem EGMR vertritt, ist dieser Rechtsweg ein „Trumpf, der bei jeder Gelegenheit und fast nach jedem Gerichtsurteil, das eine der Streitparteien und ihre Anwälte nicht befriedigt, ausgespielt wird“.¹⁴ Andererseits ist das Wissen über das Verfahren und andere Details der Arbeit des Gerichtshofes außerordentlich schwach entwickelt.¹⁵ So wird von vielen, u.a. auch von Anwälten, verkannt, dass es sich beim Gerichtshof nicht um eine Superrevisionsinstanz, deren Maßstäbe nationales Recht darstellt, sondern um ein Gericht handelt, das konkrete Verletzungen der EMRK feststellt.¹⁶

Andererseits konfrontiert der Beitritt der postsozialistischen Reformstaaten zur EMRK und das damit verbundene stete Anwachsen der Mitgliederzahl von 23 im Jahre 1989 auf nunmehr 43 auch den Gerichtshof mit völlig neuen sachverhaltlichen und technischen Problemen, die es zu bewältigen gilt.¹⁷

Sachverhalt und Anträge¹⁸

Der Fall Slivenko betrifft eine Beschwerde gem. Art. 34 EMRK gegen die Republik Lettland¹⁹, die dem Gerichtshof von Tatjana Slivenko, ihrem Ehemann Nikolaj Slivenko und deren gemeinsamer Tochter Karina Slivenko vorgelegt wurde.

Bei den drei Beschwerdeführern handelt es sich um ethnische Russen. T. Slivenko wurde 1959 in Estland geboren und zog im Alter von einem Monat mit ihren Eltern nach Lettland. N. Slivenko, geboren 1952 und Offizier der ehemaligen sowjetischen Armee, wurde 1977 nach Lettland versetzt und heiratete 1980 seine jetzige Ehefrau. Ihre Tochter K. Slivenko wurde 1981 geboren. Die Familie hatte ihren ständigen Wohnsitz in Riga, Lettland. Gegenwärtig lebt sie in Kursk, Russland.

Nach der staatlichen Unabhängigkeit Lettlands im Jahre 1991 wurden die Eltern von T. Slivenko, sie selbst und ihre Tochter in das lettische Melderegister als „ehemalige Bürger der UdSSR“ eingetragen. 1994 schied N. Slivenko, zu diesem Zeitpunkt russischer Staatsbürger, aus der nunmehr russischen Armee aus und ersuchte am 7. Oktober 1994 um eine Aufenthaltsgenehmigung in Lettland. Die zuständige lettische Behörde für Staatsbürgerschaft und Migration verweigerte diese mit dem Hinweis, dass ehemalige Offiziere der sowjetischen Armee und ihre Familienangehörigen gemäß dem russisch-lettischen Abkommen über den Abzug der russischen Truppen aus Lettland vom 30. April 1994 das Land zu verlassen hätten. Am 29. November 1994 strich dieselbe Behörde T. und K. Slivenko aus dem lettischen Einwohnermelderegister.

N. Slivenko klagte gegen die Ablehnung der Aufenthaltsgenehmigung und verlor in zweiter Instanz. Gegen dieses Urteil legte er kein Rechtsmittel ein.

In der Folge wurde gegen die Beschwerdeführerinnen am 20. August 1996 eine Abschiebeanordnung erlassen. Am 22. August 1996 wurde ein Räumungsbefehl erteilt, der jedoch nicht vollstreckt wurde.

N. Slivenko reiste 1996 nach Russland aus. Die beiden Frauen hingegen verblieben in Lettland. T. Slivenko erhob in ihrem und ihrer Tochter Namen Klage gegen diese behördlichen Maßnahmen. Das Oberste Gericht befand jedoch am 29. Juli 1998 letztinstanzlich, dass beide Frauen als Teil der Familie von N. Slivenko das Land zu verlassen hätten.

Auf der Grundlage der nun rechtskräftigen Abschiebeanordnung vom 20. August 1996 wurden die beiden Frauen am 29. Oktober 1998 kurzzeitig in Abschiebehaft genommen. Am 16. März 1999 wurde die Wohnung der Eltern von T. Slivenko polizeilich durchsucht. Am selben Tag wurde K. Slivenko abermals verhaftet und 30 Stunden in Abschiebehaft gehalten.

1999 wurden die beiden Frauen informiert, dass sie Lettland mit sofortiger Wirkung zu verlassen hätten. Sie reisten daraufhin am 11. Juli 1999 zu N. Slivenko aus. Zu diesem Zeitpunkt hatte K. Slivenko ihre Sekundarschulbildung in Lettland beendet.

Bis zum 20. August 2001 war es T. Slivenko und ihrer Tochter aufgrund der Abschiebeanordnung untersagt, ihre in Lettland verbliebenen kranken und pflegebedürftigen Eltern zu besuchen. Seitdem ist es ihnen möglich, Besuchervisita für Lettland zu erhalten, die ihnen einen Aufenthalt von nicht mehr als 90 Tagen pro Jahr gestatten. N. Slivenko, der das Land freiwillig verließ, konnte Lettland in den Jahren 1996–2001 mehrmals besuchen.

Am 28. Januar 1999 reichten die Slivenkos beim EGMR eine Beschwerde ein, in der sie vortragen, in folgenden Rechten der EMRK verletzt zu sein:

- Alle drei Beschwerdeführer hinsichtlich ihrer Ausweisung aus Lettland und deren Begleitumständen: Verletzung von Art. 8 (Recht auf Achtung des Familienlebens); Art. 14 (Diskriminierungsverbot) in Verbindung mit Art. 8;

Art. 6 (Recht auf ein faires Verfahren); Art. 13 (Recht auf wirksame Beschwerde) EMRK; Art. 1 (Schutz des Eigentums) des 1. Zusatzprotokolls zur EMRK;

- T. und K. Slivenko hinsichtlich ihrer Haft: Verletzung von Art. 5 Abs. 1 und 4 (Recht auf Sicherheit und Freiheit); hinsichtlich ihrer Ausweisung: Verletzung von Art. 2 (Freizügigkeit), Art. 3 (Verbot der Ausweisung eigener Staatsbürger), Art. 4 (Verbot der Kollektivausweisung ausländischer Personen) des 4. Zusatzprotokolls zur EMRK; Verletzung eines Rechts aus Art. 3 EMRK (Verbot unmenschlicher und erniedrigender Behandlung);
- K. Slivenko hinsichtlich der Hinderung, ihrer Ausbildung am Gymnasium adäquat nachgehen zu können: Verletzung von Art. 2 (Recht auf Bildung) des 1. Zusatzprotokolls zur EMRK.

Am 23. April 2001 erklärte die Russische Föderation ihren Wunsch, gemäß Art. 36 Abs. 1 EMRK als dritte Partei einbezogen zu werden.²⁰ Am 14. Juni 2001 entschied die befassende Kammer, das Verfahren der Großen Kammer vorzulegen. Das Verfahren ist in zweifacher Hinsicht bedeutsam, nämlich erstens, dass Russland erstmals als dritte Partei zur Verteidigung der Rechte seiner Staatsbürger vor einem internationalen Gericht auftritt und, zweitens, dass von dem Ausgang des Verfahrens das Schicksal weiterer 19 beim Gerichtshof gegen Lettland anhängiger Beschwerden russischer Staatsbürger bzw. ethnischer Russen abhängt, die teilweise derzeit vom Sekretariat des Gerichtshofes nicht bearbeitet werden.²¹

Die Verhandlung

Der Fall wurde vor der Großen Kammer²² verhandelt, die aus 17 Richtern besteht. Diese ist gegenüber der Besetzung der normalen Kammern, in denen sieben Richter entscheiden, erheblich erweitert.²³ In Fällen, in denen die anhängige Rechtssache schwerwiegende Fragen zur Auslegung der Konvention oder der ergänzenden Protokolle aufwirft oder aber nicht auszuschließen ist, dass die Entscheidung zu einer Abweichung von früheren Entscheidungen des Gerichtshofes führt, kann die eigentlich zuständige Kammer die Sache an die Große Kammer verweisen. Dass dies im Fall Slivenko geschehen ist, spricht für die erhebliche Bedeutung des Falles aus der Sicht des Gerichtshofes.²⁴

Anders als unter dem Gesichtspunkt einer möglichen Befangenheit zu erwarten wäre, gehört der Richter des beklagten Staates, hier also Lettlands, von Amts wegen der jeweiligen Großen Kammer an.²⁵ Jedoch soll sich der betreffende Richter aus der Kammer zurückziehen, sofern er etwa als Berater der Regierung des beklagten Staates im Vorfeld des Verfahrens aufgetreten ist.²⁶ Er wird dann, ebenso wie in Fällen einer sonstigen Verhinderung²⁷, durch einen anderen Richter des Gerichtshofes oder aber, sollte der betreffende Staat dies wünschen, durch eine andere vom jeweiligen Mitgliedsstaat zu benennende Persönlichkeit ersetzt. Diese nimmt an der Verhandlung als *ad-hoc*-Richter teil.²⁸ Im Verfahren Slivenko u.a. ist der estnische Richter Maruste als *ad-hoc*-Richter beteiligt.

Die Verhandlung begann mit den Stellungnahmen der

Parteien. Zwei der Beschwerdeführer, Frau T. Slivenko und ihre Tochter K. Slivenko, waren eigens aus Russland angereist. Sie wurden vertreten durch die Moskauer Rechtsanwälte Aleksandr Asnis und Vitalij Portnov. Anwesend war aufseiten der Beschwerdeführer des Weiteren als juristische Beraterin Frau T. Rybina. Die Russische Föderation, die als dritte Partei am Verfahren teilnimmt, war vertreten durch ihren Repräsentanten beim Gerichtshof, Herrn Pavel Laptev, sowie die Herren S. Volkovskij und S. Kulik als juristische Berater. Im Namen der lettischen Regierung nahmen deren Repräsentantin Frau Kristīne Maļinovska und als juristische Beraterin Frau A. Stahova an der Verhandlung teil.

Offizielle Gerichtssprachen sind lediglich Französisch und Englisch.²⁹ Daher ist der reguläre Übersetzungsaufwand (und damit auch die entsprechenden Kosten) deutlich geringer als bei den Institutionen der Europäischen Union.³⁰ Um die Beschwerdeführer, insbesondere bei Individualbeschwerden, nicht zu benachteiligen, kann der Gerichtshof auf Antrag gestatten, Schriftsätze in einer der jeweiligen Landessprachen einzureichen. Gleiches gilt für den mündlichen Vortrag beim Verhandlungstermin. Die Übersetzung erfolgt jedoch lediglich aus der Landessprache in Englisch oder Französisch.³¹ Für das Verständnis des Fortganges der Verhandlung sind die Parteien auf eigene Dolmetscher angewiesen. Dies führte im Fall Slivenko u.a. erkennbar dazu, dass die Beschwerdeführerinnen dem eigentlichen Verhandlungsgeschehen nicht direkt folgen konnten. Lediglich ihrem Anwalt Asnis wurde von einer eigenen Dolmetscherin gedolmetscht.

Als Vertreterin der lettischen Regierung trat Frau Kristīne Maļinovska auf, die zunächst durch ihr erkennbar junges Lebensalter von höchstens 25–27 Jahren überraschte. Tiefen Eindruck hinterließ sie darüber hinaus durch ihren in sehr gutem Englisch und juristisch stringent dargebotenen Vortrag des lettischen Standpunktes.

Dieser stützte sich auf folgende Argumente:

- Die von den Beschwerdeführern gerügten Maßnahmen wurden im Zuge der Implementierung eines völkerrechtlichen Vertrages vorgenommen, den Lettland vor der Ratifikation der EMRK geschlossen hat und dessen Vereinbarkeit mit der EMRK vom Gerichtshof nicht überprüft werden könne. Sollte das Gegenteil der Fall sein, seien die Beschwerden der Beschwerdeführer jedenfalls unzulässig.
- Während es sich bei den aus einem zerfallenen Bundesstaat hervorgegangenen Staaten normalerweise um Fälle der Staatensukzession (*state succession*) handle, verkörperten die drei baltischen Republiken, die 1940 von der Sowjetunion widerrechtlich besetzt wurden, Fälle der Staatenkontinuität (*state continuity*). Deshalb sei von einer Fortexistenz der ursprünglichen lettischen Staatsbürgerschaft auszugehen, die von der während der sowjetischen Besatzungszeit erworbenen Staatsbürgerschaft der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik wesensverschieden sei.

- Was N. Slivenko betrifft, so habe dieser Lettland schon 1996, bevor die EMRK in Lettland in Kraft trat, verlassen. Zudem hätte er den inländischen Rechtsweg gem. Art. 35 Abs. 1 EMRK nicht erschöpft.
- Die von den Beschwerdeführern gerügte Verletzung von Art. 8 EMRK (Achtung des Privat- und Familienlebens) sei mangels Eingriffs in den Schutzbereich nicht gegeben, hilfsweise nach Abs. 2 der Vorschrift gerechtfertigt. Die Beschwerdeführer unterlägen dem am 30. April 1994 zwischen der Russischen Föderation und Lettland geschlossenem Abkommen über den Abzug der russischen Truppen und seien namentlich in einer von der russischen Seite gefertigten Liste von Personen geführt worden, die in Ausführung dieses Abkommens Lettland zu verlassen hätten. Der Truppenabzug sollte zum 4. August 1994 abgeschlossen sein. Eine demokratische Erneuerung sei unmöglich, wenn Angehörige der ehemaligen Besatzungsarmee im Land verblieben. Von ihnen gehe insbes. in Krisenzeiten eine Gefahr für die nationale und öffentliche Sicherheit sowie für die staatliche Integrität Lettlands aus. Der Verbleib der Beschwerdeführer im Land stelle mithin eine Gefahr für die Stabilität der lettischen Demokratie dar.
- Was Art. 14 EMRK betrifft, so sei eine ungleiche Behandlung hinsichtlich des Status russischer Militärangehöriger und ihrer Familien gerechtfertigt, weil die Rückführung ausländischer Militärbasen für den Schutz der nationalen Sicherheit des unabhängigen Lettland unabdingbar gewesen sei.
- Lettland habe bei der Unterzeichnung der EMRK einen Vorbehalt gem. Art. 57 EMRK zu Art. 1 des 1. Zusatzprotokolls hinsichtlich bestimmter Restitutions- und Privatisierungsgesetze angebracht. Jedenfalls sei auch der Schutzbereich der Norm nicht einschlägig.
- Hinsichtlich der anderen Rechte und Freiheiten, deren Verletzung die Beschwerdeführerinnen behaupteten, sah Frau Maļinovska zumeist schon den Schutzbereich als nicht einschlägig an (Art. 4 des 4. Zusatzprotokolls; Art. 6 EMRK; Art. 3 des 4. Zusatzprotokolls) oder aber verneinte einen Eingriff (Art. 13; Art. 3 EMRK; Art. 2 des 4. Zusatzprotokolls; Art. 2 des 1. Zusatzprotokolls zur EMRK). Die Freiheitsentziehung sei rechtmäßig und auf gesetzlicher Grundlage erfolgt und damit gem. Art. 5 Abs. 1 lit. b EMRK gerechtfertigt gewesen, da es sich bei den beiden Frauen aus lettischer Sicht um illegale Immigranten gehandelt habe.

Zu verschiedenen Aspekten der von den Beschwerdeführerinnen vorgebrachten Rechtsverletzungen bezog die lettische Vertreterin keine Stellung. Dies betrifft u.a. den faktischen Entzug der Wohnung der Familie in Lettland, den die lettischen Behörden erreicht hatten, indem sie einfach andere Personen in der Wohnung polizeilich

meldeten und gleichzeitig die polizeiliche Anmeldung der Beschwerdeführerinnen aus dem Register entfernten. Frau Maļinovska äußerte sich dazu nur soweit, als sie ausführte, dass man die Beschwerdeführerinnen schließlich nicht mit Gewalt aus der Wohnung entfernt und ihren Aufenthalt damit faktisch weiter geduldet hätte. Ebenso äußerte sie sich nicht konkret zu den vonseiten der Beschwerdeführerinnen vorgetragenen Vorfällen während der kurzen Abschiebehafte (erniedrigende Behandlung, Vorenthalten der Möglichkeit einer Kontaktaufnahme mit einem Rechtsanwalt u.a.).

Der Prozessvertreter der Beschwerdeführer, der von der oben erwähnten Möglichkeit eines Vortrages in russischer Sprache Gebrauch machte, trug vor, dass die Beschwerdeführer trotz ihres langen Aufenthalts in Lettland zum Verlassen des Landes und ihrer Heimat gezwungen und darüber hinaus von den alten und hilfsbedürftigen Eltern T. Slivenkos getrennt worden wären. Er erläuterte die Begehren seiner Mandanten, ohne sich dabei in dem Maße wie die Vertreterin der Gegenseite in juristische Einzelheiten zu vertiefen. Ohnehin waren der Sachverhalt und die Ansicht der Beschwerdeführer aus der vorab veröffentlichten Pressemitteilung des Gerichtshofs bekannt, so dass der Auftritt von Herrn Asnis wenig Neues brachte. Im Gegensatz zur Vertreterin Lettlands ging er jedoch in seiner Stellungnahme ausführlich auf die behaupteten Rechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Internierung der beiden Frauen in Abschiebehafte ein. Insgesamt argumentierte er vornehmlich aus menschlicher Sicht und begab sich nicht in eine staats- bzw. völkerrechtliche Argumentation. Er charakterisierte den Zerfall der UdSSR als einen einmaligen Fall in der Rechtsgeschichte, der eine angemessene Lösung für die mit ihm verbundenen menschlichen Schicksale fordere.

Im Anschluss an die Ausführungen der Parteien stellten sieben Richter zusätzliche Fragen. Diese betrafen vor allem die Unterschiede in der ausländerrechtlichen Behandlung von (ehemaligen) russischen bzw. sowjetischen Militärangehörigen und Zivilisten in Lettland (Richter P. Lorenzen, Norwegen); die Existenz eines speziellen Melderegisters für russische bzw. sowjetische Militärangehörige (Richterin V. Strážnická, Slowakei) sowie verschiedener Rechtsregime für Militärangehörige und die normale Bevölkerung in Lettland bzw. in der Lettischen SSR (Richterin H. S. Greve, Dänemark); die damalige Praxis der Zuteilung von Wohnraum an russische bzw. sowjetische Militärangehörige (Richter I. Cabral Barreto, Portugal; Richterin Greve); die Integration der Beschwerdeführer in die lettische Gesellschaft (Richter Lorenzen); Einzelheiten zu der erwähnten, von russischer Seite gefertigten Liste von Personen, die in Ausführung des russisch-lettischen Truppenabzugsabkommens Lettland zu verlassen hätten, und zu weiteren speziellen Vereinbarungen zwischen Lettland und Russland zum Truppenabzug und dessen Umsetzung (Richter R. Maruste, Estland; Richter J. Makarczuk, Polen) sowie die Beschädigung von Eigentum der Beschwerdeführer durch die lettischen

Behörden bei ihrer Verhaftung bzw. nach ihrer Ausreise aus Lettland (Richter A. Kovler, Russland).

Es folgte eine Verhandlungspause. Anschließend antworteten die Parteien auf die Fragen, soweit die Beantwortung keine zusätzliche Vorbereitung oder die Beibringung von Dokumenten erforderte.

Frau Maļinovska erläuterte den lettischen Standpunkt, dass Ehefrau und Kind, obwohl sie im ersten Lebensjahr nach Lettland zuzogen bzw. in Lettland geboren wurden, nie in Russland gelebt hatten und folglich möglicherweise in den Genuss einer rechtlichen Privilegierung kommen könnten, rechtlich dem minderprivilegierten Manne folgen. Die Frage nach der Integration der Beschwerdeführerinnen in die lettische Gesellschaft beantwortete Frau Maļinovska mit einem einzigen Wort: „Nein.“ Zudem sei ihr nicht bekannt, dass die beiden der lettischen Sprache mächtig seien. In der Folge, insbesondere hinsichtlich der Liste vom 31. März 1994, verwies die lettische Vertreterin oftmals auf die beiden russischen Parteien, die besser in der Lage seien, die betreffenden Fragen zu beantworten. Sie verneinte Beschädigungen von Eigentum im Zusammenhang mit der Verhaftung und der Ausweisung der Beschwerdeführerinnen. Beide hätten die Wohnung freiwillig verlassen und – so wörtlich – die Wohnungstür hinter sich abgeschlossen. Auch an dieser Stelle ging sie nicht auf die vorherigen Ausführungen des Anwalts der Beschwerdeführer, Asnis, ein, nach denen massiv polizeilicher Zwang auf die beiden Frauen ausgeübt wurde.

Für die Beschwerdeführer bezog zu den aufgeworfenen Fragen Anwalt Portnov in russischer Sprache Stellung. Er beantwortete allerdings keine der Fragen direkt, sondern nahm in allen Fällen die vom Gericht gewährte Äußerungsfrist in Anspruch, da weitere Erkundigungen erforderlich seien.

Als Letzter äußerte sich der russische Repräsentant. Für seinen Vortrag war insbesondere kennzeichnend, dass er weniger auf die Fragen der Richter einging, als vielmehr die Gelegenheit nutzte, viele der schon in seiner einleitenden Einlassung vorgetragenen allgemeinen Äußerungen zur politischen Bedeutung des Falles und zu verschiedenen Aspekten der russisch-lettischen Beziehungen im Zusammenhang mit dem Truppenabzugsabkommen zu wiederholen und zu vertiefen.

Bedeutung des Falles

Wie oben angedeutet, spricht insbesondere die Übertragung des Falles auf die Große Kammer für die dem Fall seitens des EGMR beigemessene rechtliche Bedeutung. Ein Hinweis auf die politische Bedeutung des Falles war das rege Medieninteresse, das sich in der Anwesenheit mehrerer, vor allem russischer Kamerateams und einer intensiven Interviewtätigkeit vor und nach der Verhandlung sowie in der Verhandlungspause zeigte.

Jedoch ist zu bedenken, dass der Sachentscheidung eine Zulässigkeitsprüfung vorausgeht, die auch in Fällen wie dem von uns beobachteten prozessualen Stadium häufig zu

Lasten der Kläger ausgeht. Sollte die Kammer die Klage dagegen für zulässig halten, so ist mit einem Urteil gleichwohl nicht vor Mitte des Jahres 2002 zu rechnen.

Für Russland als drittbeteiligte Seite bot sich durch den Fall eine reizvolle Möglichkeit, die in vielen Fällen sicher nicht unbegründeten Diskriminierungsvorwürfe hinsichtlich der russischen Minderheiten in den baltischen Staaten vor einem geeigneten Forum wieder einmal in die Öffentlichkeit zu tragen. Davon zeugen auch die zahlreichen den Streitfall begleitenden Meldungen in der russischen Presse und die Stellungnahmen der am Verfahren Beteiligten in Interviews³².

Für die baltischen Staaten und insbesondere Lettland sollte ein Urteil im Fall Slivenko hilfreich sein, um zwischen berechtigten nationalen Interessen einerseits und individuellem Menschenrechtsschutz andererseits zu einer ausgewogenen Politik gegenüber der russischen Minderheit zu finden.³³ Dass den EU-Aspiranten der politische Wille dazu nicht grundsätzlich fehlt, zeigen etwa die zahlreichen Nachbesserungen der jeweiligen Einbürgerungsgesetze, die sich in ihren ursprünglichen Fassungen noch die deutliche Kritik des Europarates und zahlreicher Menschenrechtsorganisationen zugezogen hatten.³⁴

Jedoch sollte zum anderen die praktische Bedeutung des Falles, insbesondere für die russische Minderheit, nicht überschätzt werden. Wie wir einem Gespräch mit einem der Richter nach der Verhandlung entnehmen konnten, ist mit einer Flut ähnlich zu entscheidender Anträge sowohl an den Gerichtshof als auch an die lettischen Behörden nicht zu rechnen, da für die meisten Betroffenen mit ähnlichem Schicksal die Rechtsmittelfristen verstrichen sein dürften. Immerhin 19 analoge Beschwerden aus Lettland liegen dem Gerichtshof aber vor. Zwei Fälle (Aleksandr Kolosovskij; Familie Sysoev), mit denen ebenfalls die Anwälte Asnis und Portnov betraut sind, sollen sich in einem „relativ fortgeschrittenen Stadium“ befinden. Beiden Verfahren ist Russland wie in der Sache Slivenko inzwischen als dritte Partei beigetreten.³⁵

Nachtrag

Am 23. Januar 2002 wurde die Beschwerde der Slivenkos für zulässig erklärt³⁶, soweit sie die von T. und K. Slivenko behaupteten Verletzungen der Artikel 5, 8 und 14 EMRK betrifft.

Als unzulässig abgewiesen wurden die Anträge hinsichtlich der anderen von T. und K. Slivenko behaupteten Verletzungen, weil nach Ansicht des Gerichts keine Eigentumsverletzungen stattfanden, die Beschwerdefrist verstrichen sei, der Schutzbereich der entsprechenden Normen der EMRK nicht eröffnet sei bzw. der Vortrag der Beschwerdeführerinnen unsubstantiiert war. Abgewiesen wurden ebenso die von N. Slivenko vorgebrachten Anträge, weil dessen Eigentum nicht verletzt worden sei und er Lettland verließ, noch bevor dort die EMRK am 27. Juni 1997 in Kraft trat.

Dem ging die Feststellung voraus, dass der Gerichtshof

entgegen dem lettischen Vortrag nicht gehindert sei, Maßnahmen, die im Zuge der Implementation des Truppenabzugsabkommens von 1994 vorgenommen wurden, auf ihre Vereinbarkeit mit den Rechten der EMRK zu überprüfen.

Anschließend hatten die Parteien drei Monate Zeit, sich gütlich zu einigen.³⁷ Es schien wahrscheinlich, dass Lettland bestrebt sei, eine gütliche Einigung herbeizuführen, um ein Urteil zugunsten der Slivenkos und damit einen prorussischen Präzedenzfall zu verhindern. Fraglich war, ob die Beschwerdeführer bei einem für sie vorteilhaften Angebot von lettischer Seite auf einem Urteil bestehen würden.³⁸

Da eine gütliche Einigung misslang, wird das Gericht nunmehr die Begründetheit der Beschwerden prüfen und ein Sachurteil abgeben. Dabei nahm der Fall eine unvorhergesehene Entwicklung: Die Beschwerdeführer und Russland beschuldigen die lettische Seite einer Fälschung der Unterschrift der Beschwerdeführerin T. Slivenko auf einem im Jahre 1993 ausgefüllten Formular des Einwohnermelderegisters, in dem diese nach lettischer Argumentation die ehemalige Zugehörigkeit ihres Mannes zur Sowjetarmee verschwiegen haben soll. Russland stellte einen Antrag auf unabhängige Prüfung aller Beweismittel, der am 26.07.2002 vom Gericht abgelehnt wurde.³⁹

Ein Sachurteil war bis Mitte Dezember 2002 noch nicht ergangen.

Ass. iur. Axel Bormann ist freier wissenschaftlicher Mitarbeiter des Interuniversitären Zentrums für deutsches, kroatisches, europäisches Recht und Rechtsvergleichung Split/Berlin und promoviert am Osteuropa-Institut der FU Berlin zum Thema „Die Rechtsprechung des EGMR zu Rumänien“.

Stefan Hanisch studiert Rechtswissenschaften, Osteuropastudien und Mittelasienswissenschaften an der FU Berlin und an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist studentischer Mitarbeiter am Arbeitsbereich Recht und Wirtschaft des Osteuropa-Instituts.

* Der Beitrag entstand im Rahmen des XII. Deutsch-Kroatischen Seminars des Interuniversitären Zentrums für deutsches, kroatisches, europäisches Recht und Rechtsvergleichung Split/Berlin. Vom 11.–18.11.2001 hielt sich eine Gruppe von vier kroatischen und drei deutschen Studenten und Doktoranden unter Leitung von Prof. Dr. Herwig Roggemann in Straßburg auf. Zweck des Seminars waren die Heranführung kroatischer und deutscher Nachwuchswissenschaftler an wichtige europäische Institutionen, die Herstellung wissenschaftlicher und persönlicher Kontakte sowie die Anbahnung von Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen studentischer und postgraduierter Berufspraktika. Am 14. und 15.11.2001 besuchte die Gruppe den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und war bei der öffentlichen Verhandlung in der Sache Slivenko u.a. gegen Lettland zugegen. Das Seminar wurde – wie auch das Zentrum – vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) mit Mitteln des

- „Stabilitätspaktes für Südosteuropa“ gefördert.
- ¹ Vgl. Art. 19 EMRK.
 - ² Vgl. Europarat (Hrsg.), *Der Europarat, Arbeit und Ergebnisse*, Jan.2001, S. 22f.; J. Meyer-Ladewig/H. Petzold, *Der neue ständige Gerichtshof für Menschenrechte*, NJW 1999, S.1165 f. mit Anhang; V. Schlette, *Europäischer Menschenrechtsschutz nach der Reform der EMRK*, JZ 1999, S. 219–226.
 - ³ Vgl. Art. 20 EMRK.
 - ⁴ Vgl. zur Richterwahl die Artikel 22 f. EMRK und Art. 2 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs vom 4. November 1998 (fortan: VerFO).
 - ⁵ Zur Streichung von Beschwerden vgl. Art. 37, zur Zulässigkeitsprüfung Art. 35 EMRK. Weitere statistische Angaben finden sich auf der Homepage des Gerichtshofes unter <http://www.echr.coe.int>. Dort lassen sich u.a. auch detaillierte Zahlen zu den Beschwerden gegen einzelne Staaten und die typischerweise gerügten Rechtsverletzungen finden.
 - ⁶ Art. 59 Abs. 3 EMRK. Die zuletzt (am 25.01.2001) beigetretenen Republiken Armenien und Aserbaidschan haben die EMRK und das betreffende Zusatzprotokoll am 26.04. bzw. am 15.04.2002 ratifiziert.
 - ⁷ Vgl. zu dem Problemkreis von Gerichtsverfassung und Rechtsschutz in den postsozialistischen Reformstaaten statt vieler: H. Roggemann (Hrsg.), *Die Verfassungen Mittel- und Osteuro-pas*, Berlin 1999, S. 110–129.
 - ⁸ Vgl. nur hinsichtlich Russlands und des Problems der Übereinstimmung von Verfassung und Gesetzgebung mit der EMRK und ihren Protokollen: S. Sirotkin, *Die neue russische Gesetzgebung und die EMRK*, *Moskovskij žurnal meždunarodnogo prava* 1994, Nr. 4, S. 28–34 (russ.); G.V. Ignatenko, *Die Verträge des Europarats und das Rechtssystem Russlands*, *Rossijskij juridičeskij žurnal* 1997, Nr. 1, S. 60–77 (russ.); S.G. Gorškova, *Die Standards des Europarats und die Gesetzgebung Russlands*, *Moskovskij žurnal meždunarodnogo prava* 1999, Nr. 2, S.161 ff. (russ.). Im Übrigen vgl. den Tagungsbericht von A. Umland, *Menschenrechtsschutz, Pro- vinzpolitik und westliche Institutionen im heutigen Russland*, *Osteuropa Recht* 2002, Nr. 1, S. 1–27, ab S. 11.
 - ⁹ So stammten 4.959 der 10.486 im Laufe des Jahres 2000 beim Gerichtshof neu eingereichten Beschwerden (47,29 %) aus den postsozialistischen Reformstaaten. U.a. gingen 80 Beschwerden aus Lettland, 183 aus Litauen, 46 aus Estland und 1.325 aus Russland ein. Vgl. die statistischen Angaben unter <http://www.echr.coe.int>.
 - ¹⁰ Beispielhaft und speziell für Russland seien hier genannt: *Der Europarat, Die Hauptrichtungen der Tätigkeit des Europarats und die Resultate*, Moskau 1996 (russ.); *Das Recht des Europarats, Dokumenten- und Materialsammlung*, Krasnodar 1996 (russ.); M.L. Entin, *Internationale Menschenrechtsgarantien, Die Erfahrungen des Europarats*, Moskau 1997 (russ.); M. Dzenis/R. Kej/E. Bredli, *Europäisches Recht im Bereich der Menschenrechte, Praxis und Kommentar*, Moskau 1997 (russ.); D. Gomi'en/D. Charris/L. Zvaak, *Die EMRK und die Europäische Sozialcharta, Recht und Praxis*, Moskau 1998 (russ.); *Evropejskij Sud po pravam čeloveka (EGMR), Ausgewählte Entscheidungen*, in 2 Bänden, Moskau 2000 (russ.); *Der EGMR: Das Verfahren einer Beschwerde*, Moskau 1999 (russ.); A.M.Erdelevskij, *Die Beschwerde beim EGMR*, Moskau 1999 (russ.); A. Azarov/V. Rojter/K.Chjufner, *Menschenrechtsschutz*, Moskau 2000 (russ.).
 - ¹¹ Wiederum für Russland vgl. neben den regelmäßigen Berichten der Tagespresse und der seit 1996 herausgegebenen Halbjahreszeitschrift „Sovet Evropy i Rossija“ („Der Europarat und Russland“) mit einer Auflage von 2000 Exemplaren u.a.: V.A. Kartaškin, *Russland und die Europäische Konvention*, *Moskovskij žurnal meždunarodnogo prava*, 1996, Nr. 3 (russ.); *Der Europarat und Russland (Rechtliche Aspekte)*, *Rossijskij juridičeskij žurnal* 1997, Nr. 1, S. 3–59 (russ.); R. Bernhardt, *Der EGMR in Straßburg, neue Etappe, neue Probleme*, *Gosudarstvo i pravo* 1999, Nr. 7 (russ.); E. Lipcer, *Wie wendet man sich bei Folter an den EMRK, Zaščita prav i svobod čeloveka, Vserossijskij žurnal regional'nych pravoznaščitnych organizacij (Menschenrechtsschutz, Allrussische Zeitschrift regionaler Menschenrechtsorganisationen)* 2000, Nr. 7, S. 25 (russ.); Ju. Berestnev, *Die Verbreitung von Entscheidungen des EGMR*, *Rossijskaja justicija* 2001, Nr. 3, S. 16–18 (russ.); N. Slavkina, *Die EMRK und die nationalen Gesetzgebungen*, *Vlast', Obščencional'nyj političeskij žurnal* 2000, Nr. 6, S. 29–34 (russ.); zuletzt den Beitrag des Präsidenten des EGMR Luzius Wildhaber in einer renommierten russischen Rechtszeitschrift: L. Vil'dchaber, *Der Präzedenzfall beim EGMR*, *Gosudarstvo i pravo* 2001, Nr.12, S. 5–17 (russ.). Vgl. auch die umfangreichen Hinweise auf Literatur und Internetquellen bei A.Umland, a.a.O. (s. Anm. 8).
 - ¹² Vgl. nur den Bericht von A. Umland, *Osteuropa Recht* 2002, Nr. 1, S. 1–27, sowie Hinweise auf frühere Konferenzen auf S. 8, Fn. 42.
 - ¹³ A.A. Azarov (Direktor der Moskauer Schule für Menschenrechte, Experte der Kommission für Menschenrechte beim Präsidenten der RF sowie Mitglied des Expertenrates beim Menschenrechtsbeauftragten der RF), vgl. A. Umland, a.a.O., Nr. 1, S. 11, 25.
 - ¹⁴ Vgl. Interview, *Rossijskaja gazeta* vom 24.01.2002, <http://www.rg.ru>.
 - ¹⁵ Ebd.; A. Umland, a.a.O.
 - ¹⁶ Vgl. Interview, *Rossijskaja gazeta* vom 24.01.2002, <http://www.rg.ru>.
 - ¹⁷ Vgl. nur E. Konstantinov, *Herausforderungen im Zusammenhang mit der Anwendung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)*, *Berliner Osteuropa Info* 14/2000, S. 31–33; ders., *Die Entwicklung des Schutzes der Menschenrechte nach der Reformierung des Kontrollmechanismus der Europäischen Menschenrechtskonvention*, in: M. Hofmann/H. Küpper (Hrsg.), *Kontinuität und Neubeginn, Staat und Recht in Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Festschrift für G. Brunner, Baden-Baden 2001, S. 561–571; Meyer-Ladewig/Petzold, NJW 1999, S. 1166.
 - ¹⁸ Vgl. die Pressemitteilungen des Gerichtshofs vom 14.11.2001 und 25.01.2002 unter <http://www.echr.coe.int> sowie Meldungen der russischen Presse.
 - ¹⁹ Lettland unterzeichnete die EMRK und das 11. Zusatzprotokoll am 10. Februar 1995. Die Ratifizierung erfolgte am 27. Juni 1996.
 - ²⁰ Dies geschah angeblich auf eine von T. Slivenko Präsident Putin vorgetragene Bitte hin, vgl. Interview mit T. Slivenko für den russischen Fernsehkanal ORT, unter <http://www.ort.ru>, 23.04.2001.
 - ²¹ ITAR-TASS, vgl. Meldungen auf <http://www.lenta.ru>, 14.11.2001; <http://www.strana.ru>, 13.11.2001.
 - ²² Zur Zusammensetzung der Großen Kammer vgl. Art. 27 Abs.

- 2, 3 EMRK; Art. 24 VerfO.
- ²³ Art. 27 Abs. 1 S. 1 EMRK.
- ²⁴ Die Verweisung an die Große Kammer erfolgt nach Art. 30 EMRK. Außerdem entscheidet die Große Kammer über Parteibeswerden nach ergangenem Urteil (Art. 43 EMRK). Diese Möglichkeit einer Urteilsbeschwerde ist jedoch ausdrücklich nur als Ausnahme vorgesehen, über deren Zulassung ein Ausschuss von fünf Richtern gesondert zu entscheiden hat. Schließlich entscheidet die Große Kammer auch über Gutachtenanträge des Ministerkomitees nach Art. 47 EMRK.
- ²⁵ Art. 27 Abs. 2 EMRK.
- ²⁶ Artikel 28 Abs. 2–4 VerfO. Weitere Gründe einer möglichen Befangenheit nennt Art. 27 VerfO.
- ²⁷ Hier wiederum nach Art. Art. 27 Abs. 2 EMRK.
- ²⁸ Art. 27 Abs. 2 EMRK; Artikel 24 Abs. 2 lit. b; 29; 30 VerfO. Zu unterscheiden vom *ad-hoc*-Richter sind die Ersatzrichter (*substitute judges*), von denen für jede große Kammer mindestens drei zu benennen sind (Art. 24 Abs. 1 VerfO).
- ²⁹ Art. 34 Abs. 1 der VerfO. Dieselbe Möglichkeit besteht auch für Vertragsparteien der EMRK. Diese müssen jedoch für eine Übersetzung selbst Sorge und auch die entsprechenden Kosten tragen (Art. 34 Abs. 4 VerfO).
- ³⁰ So verschlingt etwa beim Europäische Parlament dieser Teil der Ausgaben etwa 40% des Gesamthaushaltes der Institution. Vgl. Dazu: Th. Oppermann, Das Sprachenregime der EU – reformbedürftig? *Zeus* 2001, S. 1–21.
- ³¹ Art. 34 Abs. 3 VerfO.
- ³² Interview des russischen Repräsentanten Laptev für die Zeitung „Trud“, 16.11.2001.
- ³³ Am 09.04.2002 gab der EGMR in dem Verfahren Podkolzina gegen Lettland der Beschwerde einer weiteren Angehörigen der russischsprachigen Minderheit gegen Lettland statt, die eine Verletzung von Prot. 1 Art. 3 betraf. Die Entscheidung (Nr. 46726/99) ist abrufbar unter <http://hudoc.echr.coe.int>.
- ³⁴ In Anerkennung dieser und anderer Fortschritte wurde Lettland Anfang diesen Jahres aus dem besonderen Überwachungsverfahren des Europarates entlassen. So wurden etwa die zuvor vorgesehenen Altersquoten für die Staatsbürgerschaftsbewerber abgeschafft; daneben werden nach 1991 geborene Kinder nun automatisch lettische Staatsbürger.
- ³⁵ Vgl. Ju. Berestnev, *Rossijskaja justicija* 2002, Nr. 6, S. 71 sowie zum Gegenstand der Beschwerden: Interview mit A. Asnis, *Rossijskaja gazeta* vom 24.01.2002, <http://www.rg.ru>. Am 19.09.2002 fand die öffentliche Anhörung im Verfahren Sysoeva u.a. gegen Lettland statt, vgl. Presseerklärung vom 19.09.2002 unter <http://www.echr.coe.int/Eng/Press/2002/sept/HearingSisojevaandothers.htm>.
- ³⁶ Vgl. Presseerklärung vom 25.01.2002 unter: <http://w.echr.coe.int>. Die Entscheidung (Antrags-Nr. 48321/99) kann im Wortlaut unter <http://hudoc.echr.coe.int> nachgelesen werden. Zudem wurde sie in Russland vollständig veröffentlicht in der Regierungszeitung *Rossijskaja gazeta* am 16.02.2002 sowie teilweise in der renommierten *Rechtszeitschrift Rossijskaja justicija* 2002, Nr. 6, S. 71–76, eingeleitet von dem Stellvertreter des Chefs der Präsidialverwaltung Ju. Berestnev (S. 71) und kommentiert von A. Asnis/V. Portnov (S. 76–78).
- ³⁷ Vgl. insofern die Regelungen der Artikel 38, 39 EMRK.
- ³⁸ Interview mit dem Anwalt der Beschwerdeführer A. Asnis, *Rossijskaja gazeta* vom 24.01.2002, <http://www.rg.ru>.

³⁹ Vgl. *Bjuro pravovoj informacii*, http://www.bpi.ru/news_doc.asp?ob_no=9781&print=1; A. Asnis, vgl. *Pravda* vom 06.07.2002, <http://english.pravda.ru/society/2002/07/06/31947.html>.

DAAD-Förderprogramme schlagen Brücken zwischen Kroatien und Deutschland

Kornelia Valjan, Split

Als Stipendiatin des Zentrums für deutsches, kroatisches, europäisches Recht und Rechtsvergleichung habe ich im Jahre 2002 mit finanzieller Unterstützung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes zunächst in Berlin und sodann in Frankfurt am Main gearbeitet.

In Frankfurt war ich im *Croatian Desk* der internationalen Anwaltssozietät Haarmann Hemmelrath als Praktikantin bzw. Hospitantin beschäftigt. Durch die Arbeit in der Sozietät ergab sich die Möglichkeit, an Fällen zu arbeiten, für deren Lösung man sowohl Kenntnisse des kroatischen als auch des deutschen Rechts benötigt. Das hat mir besonders gut gefallen, denn so konnte ich mein Wissen über die Rechtsbeziehungen zwischen Deutschland und Kroatien erweitern und mein theoretisches Wissen in die Praxis umsetzen.

Schon während meines Studiums hatte ich den Wunsch, mich mit Rechtsvergleichung zu beschäftigen, sodass ich den Titel einer Diplomjuristin an der Juristischen Fakultät Split mit einer rechtsvergleichenden Arbeit zum Thema „Der Handelskauf im deutschen und kroatischen Recht“ erwarb. Zudem besuchte ich schon zuvor Seminare zur „Einführung in das deutsche Recht“, die im Zentrum für deutsches, kroatisches, europäisches Recht und Rechtsvergleichung unter der Leitung von Prof. Dr. Roggemann an der Juristischen Fakultät Split stattfinden. Durch die Teilnahme an diesen Seminaren konnte ich mein Wissen über das deutsche Rechtssystem erweitern. Das Zentrum veranstaltet auch zahlreiche Colloquien, an denen hervorragende deutsche und ausländische Rechtsexperten als Referenten teilnehmen. Das finde ich besonders wertvoll, da sich durch solche Veranstaltungen die Möglichkeit bietet, wichtige aktuelle Entwicklungen des deutschen und auch des europäischen Rechts kennen zu lernen. Nach diesen

Erfahrungen konnte ich mich mit Erfolg um ein Praktikum in einer internationalen Rechtsanwaltskanzlei bewerben.

Da die Sozietät auf Handels- und Gesellschaftsrecht spezialisiert ist, habe ich mich natürlich unter Verwendung von Fachliteratur auch vorwiegend damit beschäftigt. Die notwendige Literatur habe ich in der Bibliothek der Kanzlei gefunden. Besonders faszinierten mich die Gesetzessammlungen, wie z.B. der „Schönfelder“ und der „Sartorius“, in denen man an einem Ort die wichtigsten Gesetze und auch – schon eingearbeitet und entsprechend gekennzeichnet – die entsprechenden Änderungen finden kann. Etwas Vergleichbares gibt es in Kroatien leider nicht.

Ganz besonders erfreulich war, dass ich an Gesprächen mit Mandanten teilnehmen konnte, weil sich eine derartige Gelegenheit in großen Kanzleien selten ergibt.

Meine Aufenthalte in Berlin und Frankfurt waren wirklich eine besondere Erfahrung. Meine dort erworbenen Kenntnisse kann ich inzwischen in Split (Kroatien) bei meiner jetzigen Tätigkeit in einer Anwaltskanzlei und als Assistentin des Interuniversitären Rechtszentrums Split/Berlin gut anwenden.

Natürlich wäre das ohne die finanzielle Unterstützung durch den DAAD nicht realisierbar gewesen, dem ich auf diesem Wege herzlich danken möchte.

Nachdem ich persönlich die enorme Bereicherung eines solchen Auslandsaufenthalts erleben durfte, bin ich der Meinung, dass diese Förderprogramme für Juristen mit Unterstützung des DAAD auch in Zukunft auf jeden Fall weitergeführt werden sollten.

Kornelia Valjan arbeitet am Interuniversitären Rechtszentrum Split/Berlin.

Sprachstudienreise nach Kaliningrad

Corinna Jentzsch und Kirsten Schönefeld, Berlin

Vorgeschichte

Im Wintersemester 2001 veranstaltete Dr. Susanne Nies ein Seminar am Osteuropa-Institut zum Thema „Das Baltikum in der Internationalen Politik unter Berücksichtigung der Enklave Kaliningrad“. Der große Andrang im Seminar zeugte von einem regen Interesse bei den Studierenden.

Als Bestandteil dieser Veranstaltung war eine Studienreise nach Kaliningrad für Februar 2002 geplant. An der Kaliningrader Staatlichen Universität (KGU) wurden die Studierenden aus Berlin herzlich empfangen. Die deutsche Studentengruppe erregte großes Aufsehen in der Universität und bei den örtlichen Medienvertretern, die ausführlich über den Besuch berichteten. An der Euro Faculty (Europa-Fakultät) der KGU wurden Vorträge zur Erweiterung der NATO und der EU organisiert und es fanden verschiedene Gespräche mit deutschen und russischen Experten statt.

Vor Ort entstand die Idee, einen Intensivsprachkurs an der Kaliningrader Universität zu organisieren. Das Kaliningrader Gebiet ist die Berlin am nächstliegende russischsprachige Region: Das erspart den weiten Weg und hohe Fahrtkosten nach Petersburg oder Moskau. Die geographische Lage der russischen Enklave, ihre Geschichte und die sich daraus ergebende Problematik für die Osterweiterung der Europäischen Union ist besonders im letzten Jahr zum Thema des öffentlichen und akademischen Interesses geworden. Die malerische Landschaft der Ostseeküste kann zum Sprachunterricht ein angenehmer Ausgleich sein.

Frau Zabotkina, die Verantwortliche der Kaliningrader Universität für Internationale Beziehungen, zeigte sich interessiert an dieser Idee und bot eine Zusammenarbeit an. Die Universität bietet bereits Sprachkurse für ausländische Interessenten an. Bisher nahmen Studenten aus Kiel und Olsztyn an Sprachkursen teil. Deutsche Interessenten für den Sprachkurs, der ausschließlich über die Homepage der Osteuropa-Institutes und über einige E-Mail-Listen ausgeschrieben wurde, fanden sich schnell. Der Zuspruch übertraf eindeutig die Erwartungen. Zwei der Teilnehmerinnen erklärten sich bereit, Informationen über das Gebiet und die Geschichte zusammenzustellen sowie einige Programmpunkte vor Ort zu organisieren. Als Anregung dafür nutzen sie die Kontakte, die im Rahmen der Studienreise im Februar geknüpft wurden.

Der Intensivsprachkurs

Den Wünschen der Teilnehmer entsprechend wurden bereits im Vorfeld der Reise einige Gesprächs- und Besuchstermine organisiert, weitere kamen spontan

vor Ort dazu. So entwickelte sich das, was zunächst als Sprachkurs geplant war, zu einer integrierten Sprach- und Studienreise. Als eine Gruppe von 30, hauptsächlich Berliner Studierenden, am 15. August von Berlin mit dem Nachtzug nach Kaliningrad aufbrach, stand also bereits ein dicht gefülltes Programm neben dem Sprachkurs auf der Tagesordnung.

In Kaliningrad erfolgte die Unterbringung in dem zentral gelegenen Wohnheim Utanka. Dort stehen ausländischen Gästen auf einer mit Mitteln der Göttinger Universität modernisierten Etage Zimmer zur Verfügung. Der Sprachkurs fand täglich von 9 bis 14 Uhr in drei Gruppen in den Räumen der Philologischen Fakultät der KGU statt. Den Wünschen der Gruppe entsprechend wurden im Sprachkurs häufig aktuelle Zeitungsartikel über die Situation des Kaliningrader Gebietes behandelt.

Über die Qualität des Sprachkurses bestanden in der Gruppe geteilte Meinungen. Die Lehrerinnen verfügen über relativ wenig Erfahrungen im Unterrichten des Russischen als Fremdsprache. Die Tatsache, dass aufgrund der in der Gruppe unregelmäßig verteilten Sprachniveaus die Gruppe nicht in gleich große Lerngruppen aufgeteilt werden konnte, erschwerte den Unterricht. Hier gibt es, was Methodik und Didaktik, aber auch Organisation angeht, im Hinblick auf künftige Sprachkurse Verbesserungsbedarf. Sehr beeindruckt waren alle von dem Engagement und der Freundlichkeit der Lehrerinnen.

Durch Vermittlung von Mitarbeitern der KGU lernte die Gruppe bereits am erstem Abend bei einer Willkommensfeier Kaliningrader Studierende kennen. Die geknüpften Kontakte konnten während des zweiwöchigen Aufenthalts ausgebaut werden. Die Studenten begleiteten die Sprachkurssteilnehmer zu Gesprächen und auf den Ausflügen. Bei den Hausaufgaben waren sie eine willkommene Hilfe. So entstanden Freundschaften, die auch über das Ende des Aufenthalts bestehen geblieben sind. An den Nachmittagen standen Gesprächs- und Besuchstermine auf dem Programm. Dabei konnten die Teilnehmer vieles, was sie sich vorher über Kaliningrad angelesen hatten – etwa über den Stand der Visaverhandlungen zwischen Russland und der Europäischen Union oder den Umgang mit der Geschichte des Gebietes – live erleben und dabei das bisherige Wissen vertiefen bzw. korrigieren. Bei dieser Gelegenheit wurde auch einiges, was die meisten wohl nur aus der Theorie, also Seminaren und Vorlesungen über Russland kannten, greifbarer.

Das Treffen mit dem Duma-Abgeordneten und ehemaligen Gouverneur des Kaliningrader Gebietes, Herrn Matuschkin, und das Gespräch mit der Vizebürgermeisterin der Stadt, Silvia Gurowa, war hauptsächlich durch das Thema

„Visaverhandlungen“ geprägt. In den Positionen von Frau Gurowa und von Herrn Matuschkin wurde der Zentrum-Regionen-Konflikt der Russländischen Föderation deutlich. Beide lehnten die rigide Art der Verhandlungsführung der russischen Regierung mit der Europäischen Union in dieser Frage ab. Für sie war das Beharren auf Visafreiheit eine Politisierung der Frage, die den realen Bedürfnissen der Kaliningrader Bevölkerung in keiner Weise entspreche. Die Frage des Verhältnisses von Zentrum und Regionen wurde auch an anderer Stelle thematisiert. Bei unserem Treffen mit Peter Wunsche, dem Leiter des Deutsch-Russischen-Hauses in Kaliningrad, und Dr. Stefan Stein, dem Leiter der Delegation der deutschen Wirtschaft in Russland, kam der Einfluss der Putinschen Gebietsreform zur Sprache. Für Stein stellt die Schaffung des Verwaltungsbezirkes Nord-Ost ein weiteres Hindernis für einen wirtschaftlichen Aufschwung im Kaliningrader Gebiet dar. Seiner Meinung nach sei die Kaliningrader Wirtschaft nun nicht nur durch Einflussnahmen aus Moskau und durch die Eigeninteressen der lokalen Administration, sondern zusätzlich noch durch die Interessen des Petersburger Vertreters des Präsidenten eingeschränkt.

Im Rahmen des Aufenthaltes besuchten die Studierenden auch das Kaliningrader Gebietsarchiv. Die dort arbeitenden Historiker berichteten über die Geschichte des Gebietes nach dem Zweiten Weltkrieg. In dieser Zeit hatten Mitarbeiter des Archivs ebenso wie Privatpersonen versucht, die noch vorhandenen Bestände des alten Königsberger Archivs zu retten. Viele Dokumente wurden bis in die 80er Jahre in Privathaushalten oder Bibliotheken versteckt, sind jetzt aber wieder im Archiv zugänglich. Auch über die Besiedlung des Gebietes ab 1945 und den damaligen und heutigen Umgang mit der Geschichte wurde bei dem Besuch diskutiert.

Zum Schluss der Reise diskutierten die Studentinnen und Studenten aus Deutschland mit Mitgliedern der Kaliningrader Jugendassemblée. Kaliningrad ist eines der ca. zehn russischen Föderationssubjekte, die über eine Jugendassemblée verfügen. Die gewählten Mitglieder der Assemblée kommen paritätisch aus Schulen, der Universität, der Armee und den Jugendorganisationen der Parteien. Aufgabe der Assemblée ist es, jugendspezifische Interessen zu vertreten. Hierfür besitzt sie ein Vorschlagsrecht für Gesetzesprojekte in der Gebietsduma. Die Kontakte zu den jungen Abgeordneten konnten anlässlich einiger Treffen an den Abenden vertieft werden, wobei schnell – wie oft während des Aufenthaltes – sprachliche Barrieren und mentale Unterschiede zu Tage traten. Die Kommunikation war mithin nicht immer einfach.

Neben den zahlreichen Besuchsterminen, von denen hier nur einige wenige genannt werden können, gab es auch erholsame Momente – ein Ausflug auf die Kurische Nehrung und ein wunderschönes Wochenende im Ostseebad Svetlogorsk.

Zukunft des Projekts

Bereits bei der Organisation dieses ersten Sprachkurses entstand die Idee, daraus ein kontinuierliches Angebot zu entwickeln. Die positive Bewertung der Teilnehmer und das Interesse der Kaliningrader Universität bestärkten dieses Vorhaben. Die Studierenden bewerteten die Gespräche und Treffen mit verschiedenen Personen und Institutionen in Kaliningrad sehr positiv. Diese Programmpunkte könnten im nächsten Kurs besser inhaltlich vorbereitet und an spezifischen Themen ausgerichtet werden.

Die Zukunft Kaliningrads im künftig erweiterten Europa ist sehr ungewiss. Was diese vielbeschworene Formel einer „Pilotregion“ für die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Russländischen Föderation bedeutet, ist nach wie vor für beide unklar. Ein kleines Beispiel soll dies illustrieren: Im Oktober auf dem letzten Russland-EU-Gipfel wurde endgültig eine Regelung für die Visaproblematik beschlossen. Beim Kauf eines Zugtickets für eine Reise ins russische Mutterland werden die Daten des Käufers eingegeben, welche von den zuständigen Behörden geprüft werden. Erst anschließend erhält man das Ticket. Bisher weiß leider kein Kaliningrader Bürger, wo diese Zugtickets erhältlich sind, denn am Bahnhof werden sie nicht verkauft.

Im Kaliningrader Gebiet trifft man auf viele Themen: Soziale und wirtschaftliche Probleme, die politische Situation des Gebiets und das Verhältnis zum russischen Mutterland, die Präsenz des Militärs, die ethnische Zusammensetzung der Enklave usw. Die Geschichte des Gebiets und der Umgang damit beschäftigt nach wie vor Russen und Deutsche. Über diese Themen konnten sich die Teilnehmer des Sprachkurses vor Ort informieren. Die Probleme zu kennen ist eine Seite, aber sie hautnah vor Ort zu erleben – diese Erfahrung prägt intensiver, wie auch jeder Sprachkurs im Ziel-Land mehr Aussicht auf Erfolg verspricht. Dieser Sprachkurs mit integrierter Studienreise ist eine Ausnahmeerscheinung, aber sie drückt in besonders hohem Maß die Interessen der neuen europäischen Generationen aus.

Die Kaliningrader Staatliche Universität unterstützt die Fortsetzung des Kurses, und voraussichtlich wird der Kurs im August 2003 wieder stattfinden.

Bei Interesse können Sie sich bei der Praktikumsbörse des Osteuropa-Instituts melden: oeprakt@zedat.fu-berlin.de

Corinna Jentzsch betreut die Praktikumsbörse Osteuropa am Osteuropa-Institut der FU Berlin. Zusammen mit Frau Dr. Nies (s. BOI Nr. 18, S. 76) hat sie den Sprachkurs organisiert.

Kirsten Schönefeld studiert Sozialwissenschaften an der Humboldt Universität Berlin und nahm am Sprachkurs in Kaliningrad teil.

Buchbesprechung: Die bitteren Früchte hegemonialer Politik

Helmut Wagner, Berlin

Im Herbst 2002 ist unter dem Titel „Moskaus Griff nach der Weltmacht – Die bitteren Früchte hegemonialer Politik“ (E. S. Mittler & Sohn Verlag) ein ganz außerordentliches, fundamentales Buch zur sowjetischen Außenpolitik der Nachkriegszeit von dem heute 77-jährigen russischen Wissenschaftler und Quasi-Dissidenten Wjatscheslaw Daschtschew erschienen, das – bis auf ein fehlendes Register – hervorragend betreut ist. Es liegt bisher nur auf Deutsch vor, wird aber, wie Michail Gorbatschow in seiner einleitenden „Aufforderung zum Lesen“ schreibt, hoffentlich schon bald auch Lesern in Russland und anderen Ländern zugänglich sein.

Bereits auf den ersten Seiten des umfangreichen, 543 Seiten umfassenden Werkes sind die drei Themen benannt, um die das Buch kreist: Erstens um das, was der Autor als den Kern des Übels, das unheilvolle sowjetische „Streben nach Weltherrschaft“, angesehen hat, von dem Michail Gorbatschow sagt, dass es in dieser Art erstmals in der russischen Wissenschaft behandelt worden sei (S. 18); zweitens um die nach-stalinistische sowjetische Außenpolitik, deren „eindrucksvolle Analyse“ der ehemalige bundesdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher in seinem „Prolog“ dem Autor bescheinigt (S. 19); und schließlich, drittens, um den Gorbatschow zugesprochenen „Traum von der Einigung des Kontinents“, dieser „schönen Idee“, die dem Verfasser zufolge auf die Sternstunde ihrer Verwirklichung wartet (S. 15).

Auf den Gedanken, das Grundübel sowjetischer Außenpolitik in der von der Sowjetunion intendierten Welthegemonie zu erblicken, war der Autor, wie er schreibt, übrigens schon bei der Abfassung seines zweibändigen, 1973 erschienenen Werks über die Strategie der nationalsozialistischen Außenpolitik gelangt. In ihm hatte er dargelegt, wie „verhängnisvoll und verderblich sich diese Politik auf das Schicksal der europäischen Völker“, nicht zuletzt auch für Deutschland selbst, ausgewirkt hat. Insofern, als der Autor seine damals gewonnene Sicht nunmehr zum Ausgangspunkt seiner neueren Analysen gemacht hat, ist das neuerliche Werk eine Fortsetzung des alten. Wie er es sieht, war der „Expansion beider Diktatoren“ das hegemoniale Bestreben eigen, „den europäischen Völkern ihre Herrschaft aufzuzwingen“ (S. 21).

Daschtschew beruft sich bei seinen eigenen Bemühungen, alles in seinen Kräften Liegende getan zu haben, „um zur Befreiung meines Landes und der ostmitteleuropäischen Opfer des Stalinismus von der sowjetischen totalitären Herrschaft beizutragen“, ausdrücklich auf das Vorbild Ludwig Becks, des ehemaligen Chef des deutschen Generalstabes. Dieser hat seinen Versuch, „Hitlers selbstmörderischer Politik“ entgegenzutreten, mit seinem Leben bezahlt (S.

21 und S. 34ff.) – ein Schicksal, das Daschtschew in seiner offiziellen Funktion als Berater der sowjetischen Außenpolitik, nach allem, was geschehen war, mehrfach für sich selbst befürchtet haben mag.

Seinen eigenen Bekundungen zufolge hatte die praktisch im Alleingang von ihm entwickelte Alternative zur offiziellen sowjetischen Außenpolitik Anfang der 80er Jahre „klare Konturen“ (S. 22) angenommen. Sie bestand, kurz gesagt, darin, alles zu unternehmen, „um den Kalten Krieg und den Rüstungswettlauf allmählich einzustellen“. Der Kalte Krieg, das war seinerzeit seine feste Überzeugung, „könne beendet werden, wo er begonnen hatte – in Ostmitteleuropa. Dazu sei es aber notwendig, die hegemoniale Ausrichtung der sowjetischen Politik und die ihr zugrunde liegenden stalinistischen Dogmen aufzugeben, neue partnerschaftliche, gleichberechtigte Beziehungen mit den ostmitteleuropäischen Ländern herzustellen, zu einem neuen politischen Verhältnis mit dem Westen zu kommen und gemeinsam mit ihm die Schaffung einer friedlichen europäischen Ordnung ohne Trennungslinien, Einflusssphären, Dominanz und Gewalt in die Wege zu leiten“ (S. 22). Soweit die heutige Sicht des Autors.

Bei seinen Analysen der nationalsozialistischen wie der sowjetischen Außenpolitik glaubte er, etwas erkannt zu haben, was er als eine Gesetzmäßigkeit aller hegemonialen Politik bezeichnet hat, ihre „reflektierende und überschüssige Rückwirkung“ (S. 85ff. und 90ff.). Darunter hat er die Bildung von Gegenkoalitionen verstanden, durch welche die Intentionen hegemonialer Politik zunächst begrenzt und schließlich durch die Übermacht der anti-hegemonialen Mächtegruppe zum Scheitern verurteilt werden. Der Kernsatz dieser Gesetzmäßigkeit lautet in den Worten von Daschtschew: „Im Laufe der Zeit wird die ‚Gegenkoalition‘ dermaßen stark, dass die ihr widerstehende Macht und das von ihr geführte Bündnis nicht imstande sind, dem militärischen und wirtschaftlichen Zweikampf standzuhalten. Folglich birgt jedes Hegemoniestreben in sich den Keim seiner eigenen Niederlage. Davon zeugt die Erfahrung aller Weltkriege“, wozu Daschtschew auch den Kalten Krieg zählt (S. 86).

In der von Daschtschew vorgenommenen Analyse der sowjetischen Außenpolitik, insbesondere wo er in diese durch seine Analysen direkt involviert gewesen ist, geht es ihm vor allem um deren Tabus und deren Fernziele. Gegen sie hat der Autor, wie aus seinen hier vorgelegten geheimen Denkschriften und in Erinnerung gerufenen öffentlichen Auftritten unmittelbar hervorgeht, schon lange vor der Perestroika unermüdlich und mit großem Mut, wenn auch lange Zeit vergeblich angekämpft. Erst als Gorbatschow zunächst Erster Sekretär der KPdSU und

dann Präsident der Sowjetunion und Schewardnadse sowjetischer Außenminister geworden waren, hat sich das Blatt gewendet, haben seine Argumente Gehör gefunden. Das wird in den einzelnen Kapiteln dieses Buches eingehend beschrieben, angefangen von dem wahnwitzigen Streit um den Hitler-Stalin-Pakt bis hin zum plötzlichen Ende des Kalten Krieges, von dem „Dornenweg zur deutschen Einheit“ bis zum überraschenden Zerfall der Sowjetunion. Auf diese Episoden kann in diesem Rahmen leider nicht eingegangen werden, obwohl es höchst lohnend wäre, die internen Auseinandersetzungen in der sowjetischen Führungsspitze kennenzulernen. Zeigen sie doch, dass in ihr oft keineswegs Einigkeit herrschte, aber dass die Divergenzen in aller Regel systemkonform entschieden worden sind.

Erwähnt werden soll in diesem Zusammenhang nur ein Bekenntnis des Autors, das ihn von vielen seiner eigenen Landsleute, aber auch von anderen, Deutschen und Nicht-Deutschen, allezeit unterschieden hat. „Seit meinen Studententagen in den 50er Jahren konnte ich die Spaltung des deutschen Volkes nicht begreifen und weder politisch, noch strategisch, noch menschlich-moralisch rechtfertigen. Ich hielt sie für die Ursache des schlimmsten Übels nicht nur für die Deutschen, sondern auch für die Europäer insgesamt. Für mich war der Zustand der Teilung Deutschlands gefährlich für die europäische Entwicklung, und ich war fest davon überzeugt, dass dieser Zustand auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann, mit welchen Motiven und Ideen seine Anhänger und Hüter die gewaltsam geschaffene deutsche Zweistaatlichkeit auch immer zu begründen versuchten“ (S. 508).

Worauf ist diese ungewöhnlichen Sicht der „deutschen Frage“ zurückzuführen? Darauf hat Daschitschew im ersten Teile seines Buches eine Antwort gegeben. Sein Weltbild sei, schreibt er da, in hohem Maße durch die Lektüre der Schriften von Immanuel Kant (1724–1804), Carl von Clausewitz (1780–1831) und Ludwig Beck (1880–1944) geprägt worden (S. 30ff.). Somit hätte sein besonderer Bildungsweg ihm das mitgegeben, was ihn später ausgezeichnet hat: sein inniges, mitfühlendes Verständnis für das Schicksal der Deutschen. Daraufhin angesprochen, wie er sich fühle, da doch seine Erwartung bezüglich der deutschen Wiedervereinigung sich erfüllt hätte, hat er im „Neuen Deutschland“ vom 5.–6. Mai 2001 zu diesem von ihm ersehnten Gang der Weltgeschichte erklärt: „Ich war zufrieden, wurde doch das bestätigt, was schon immer meine Meinung war: Keine Idee, schon gar keine Ideologie, kann die Teilung einer großen Nation im Zentrum Europas rechtfertigen“ (S. 508).

Schließlich, spätestens in seinem „Epilog“, hat Daschitschew sich als das zu erkennen gegeben, wozu er gleichfalls im Laufe seines ereignisreichen Lebens geworden ist: ein überzeugter russischer Europäer. Das lässt nicht minder staunen, weil es davon im weiten Russland nicht allzu viele geben dürfte. Was hat er in seinem Buch zum

Zusammenschluss der Völker Europas zu sagen? „Gerade in der gesamteuropäischen Einigung sehe ich ein großes Konzept des 21. Jh. Das geeinte Europa, frei von Dominanz, von nationalen Egoismen und Trennungslinien, kann in die ganze Welt Frieden, Demokratie, Stabilität, Prosperität und Fortschritt ausstrahlen. Der Mensch kann sich in einem solchen Europa gemütlich und sicher fühlen. Es kommt darauf an, alle Hürden und Hindernisse für solch eine Gestaltung des europäischen Kontinents aus dem Wege zu räumen. Nur geeinigt kann Großeuropa seinen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Weltrang aufrechterhalten und den von Oswald Spengler vorausgesagten Niedergang vermeiden. Nur geeinigt kann Großeuropa anderen Weltzentren ebenbürtig sein und mit ihnen in allen Bereichen konkurrieren“ (S. 539). Wer hat je zuvor einen derartigen Toast auf Europa, auf Großeuropa ausgebracht? Die Schaffung Großeuropas, das ist, wenn ich recht sehe, seine Botschaft, sein ureigenes Vermächtnis!

Und wie wird es nach Daschitschew mit Russland weitergehen? Mit jenem Russland, von dem er sagt, dass kein „einziges Land in der Welt solch tragische Wenden und Erschütterungen in seiner Entwicklung erlebt hat, wie gerade Russland im 20. Jahrhundert“ (S. 509)? Es wird, erklärt er, seinen Präsidenten Wladimir Putin zitierend, Europa so nötig haben, wie dieses Russland brauchen wird: „Ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotentialen Russlands vereinigen wird“ (S. 539). Es ist nicht einmal auszuschließen, dass Wjatscheslaw Iwanowitsch denselben Gedanken anhängt, wie sie George W. Bush bei seinem letzten Besuch in Berlin vor dem deutschen Bundestag im Mai 2002 formuliert hat: „Another mission we share is to encourage the Russian people to find their future in Europe, and with America. Russia has its best chance since 1917 to become part of Europe’s family.“ Diese Worte des US-amerikanischen Präsidenten könnten programmatische Bedeutung haben oder doch bekommen!

Spricht Daschitschew doch selbst davon, dass die „freie Wirtschaftszone Kaliningrad-Königsberg“ als ein Raum gesamteuropäischer Zusammenarbeit und als Angelpunkt der „Annäherung und Anlehnung Russlands an die Europäische Union dienen“, und dass Russland in Zukunft einmal zu einem „untrennbaren Teil der europäischen Völkerfamilie werden könnte“ (S. 542). Es sind dies gewiss Gedanken, die weit in die Zukunft ausgreifen. Aber möglicherweise sind sie genauso wenig utopisch, wie es vor kaum 20 Jahren Daschitschews Vertrauen darauf gewesen ist, dass es alsbald ein Europa ohne Berliner Mauer und Stacheldraht, ohne feindliche Blöcke und rivalisierende Hegemonialmächte geben werde. Der Autor hat oft genug ein richtiges Gespür bewiesen.

Zuletzt noch die Frage: Was ist der Autor für ein Mensch, der, obwohl in die Sowjetunion hineingeboren, in ihr sozialisiert und dann über 20 Jahre lang im höchsten Gremium der sowjetischen Wissenschaft tätig, in der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, dennoch seinen eigenen Weg gegangen ist, sich nicht hat verbiegen und zerbrechen lassen? Von wieviel Irrtümern hat er sich im Laufe seines Lebens freigehalten oder ihnen doch widerstanden? Gewiss, den Verlust der Sowjetunion zu verschmerzen, ist ihm nicht leicht gefallen. Er hat ihren Zerfall jedoch nicht, wie manch andere, Gorbatschow angekreidet, sondern ihn darauf zurückgeführt, dass das totalitäre sowjetische System nicht „lebensfähig und zum Absterben verurteilt“ gewesen sei (S. 506), weil „Gewalt nach innen und Gewalt nach außen (...) die Bedingung seiner Existenz und die Ursache seines Zusammenbruches“ waren (S. 510).

Daschitschew hat sich – wie könnte es anders sein? – gelegentlich auch geirrt. So etwa als er sich am 27. November 1987 zu der Ansicht durchgerungen hatte, dass die Wiedervereinigung Deutschlands mit dessen Mitgliedschaft in der NATO „irreal“ sei (S. 376 und 378). Diese Sicht aber hat er weniger als drei Jahre später, am 10. Mai 1990, selbst widerrufen. Da setzte er sich in der *Komso-molskaja Prawda*, noch bevor Gorbatschow sich dazu bequemte, öffentlich für die Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO ein und erregte damit den Zorn des Außenministeriums der UdSSR (S. 493 und 497). So hat er auch, zumindest meines Wissens nach, die Ausführungen von Zbigniew Brzezinski überinterpretiert, wenn er diesem unterstellt, dass er sich langfristig gegen ein Aufrücken Europas zu einer Weltmacht ausgesprochen habe und, offenbar noch weitaus schlimmer, dass dieser Russland habe aufteilen und konföderieren wollen (S. 537f.); während Brzezinski Europa eine Weltmachtrolle doch nur für die Gegenwart, in seinem derzeitigen Zustand, abgesprochen und Russland lediglich die Fähigkeit nicht zugetraut hat, wieder zu einer Weltmacht aufzusteigen, woran doch Daschitschew selbst,

wie es aussieht, nicht recht zu glauben vermag (S. 538). Auch wird es den einen oder anderen arg verwundern, weshalb er, gemäß seiner sonstigen Art inkonsequenterweise, wie ich meine, ausgerechnet Jelzin alle Schuld am Unglück Russlands gibt – gleich nach Stalin habe dieser, lesen wir, die „schmachvollste und schändlichste Ära der ganzen russischen Geschichte“ geprägt und sei zugleich der „größte Konterrevolutionär und Abtrünnigste des 20. Jahrhunderts“ gewesen (S. 510ff. und 541), während es doch offensichtlich die überkommenen Strukturen und der Mangel an wirklichen Reformern gewesen sind, welche die wirtschaftliche Misere und die Verelendung breiter gesellschaftlicher Schichten verursacht haben. Diese Resultate gehen, wie in anderen ost- und mitteleuropäischen Staaten auch, eindeutig aufs Konto des *ancien régime*, sind also Altlasten. Sie waren, wie an den neuen Bundesländern bis heute zu ersehen, durch keine noch so geschickte oder ungeschickte Politik zu vermeiden.

Indes sprechen seine Einsichten und sein Mut für Daschitschew. Er war gewiss ein Außenseiter, gar ein „Dissident im System“, wie man ihn vielleicht am treffendsten charakterisieren könnte. Wobei beide Bezeichnungen, weil unter anormalen Verhältnissen erworben, Ehrentitel sind. Sie bringen seinen großen persönlichen Verdienst an dieser seiner nicht-konformistischen Haltung zum Ausdruck. Sein gut lesbares und äußerst lesenswertes Buch gehört jedenfalls zu den interessantesten, bedeutendsten und, wie ich nicht zögere hinzuzufügen, auch zukunftsweisendsten Dokumenten der neueren Zeitgeschichte.

Helmut Wagner ist Prof. em. am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität. Seine Hauptforschungsgebiete sind Osteuropa und die europäische Integration.

Ostblick – eine neue Perspektive für OsteuropaStudierende

Olaf Matthei, Berlin

Das historische Erinnerungsvermögen des Menschen ist kurz. Je kürzer die bewußt erlebten oder dokumentierten Abschnitte sind, die Menschen in gewissen Diskursen verbringen, desto schwieriger wird es sein, einen einigermaßen gleichmäßigen Wissensstand der Generationen zu gewährleisten. Setzt man die durchschnittliche Verweildauer von Studierenden an ihren Instituten bei ungefähr vier bis fünf Jahren an, so befindet man sich in so einem „kurzen Abschnitt“. Die Probleme, die mit dem Studium einhergehen, verhindern häufig das Erstellen und Führen von Chroniken des studentischen Lebens oder aber auch der „allgemeinen“ Situation an den Instituten. Zumal auch der/die durchschnittliche Lehrende meist nicht allzu lange am selben Ort verweilt.

So ist es auch verständlich, dass in unregelmäßigen Abständen Studierende aufschreiben, wenn es um solche Dinge wie die Umwandlung eines Lehrstuhls, die Abwicklung einer Fachbibliothek oder gar den Fortbestand eines ganzen Instituts geht. Meist müssen alle Beteiligten aufgrund des Informationsmissstands von vorne beginnen. Das kostet Zeit und Nerven. Ebenso mühsam ist es, die verschiedenen umherschwirrenden Gerüchte von den Tatsachen zu trennen, das Wissen der Einzelnen zu vereinen und zu einem sinnvollen Ganzen zusammenzusetzen.

Die Überlegungen, das Studieren in Deutschland wieder kostenpflichtig zu machen, sind hinlänglich bekannt. Schlagworte wie Studienkonto, Studienreform oder Verschulung des Studiums weisen auf einen Grundgedanken hin, der seit Jahren unterschwellig in den Gesprächen zur Universitätsreform mitschwingt: Wer gute Bildung will, soll auch dafür bezahlen; alles, was über die Grundbildung hinausgeht, sei eine Eigeninvestition in die Zukunft. Nur so und nicht anders könne man unser Hochschulsystem weiterhin im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig halten und verhindern, dass sich einzelne Studierende auf Kosten anderer ein einfaches Leben machen ...

Wettbewerb ist gut und wünschenswert, solange er mit fairen Mitteln faire Ergebnisse fördert. Bei all den derzeit laufenden Debatten sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass – so unmodern dieser Gedanke auch sein mag – soziale Gruppen aufeinander angewiesen sind; dass eine Gemeinschaft auch nur so lange funktioniert, wie die einzelnen Glieder sich auf einen sinnvollen, kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können und niemand über die Verhältnismäßigkeit hinaus bevorteilt wird. Das bedeutet konkret, dass eine möglichst breite Menge an Kräften gleiche Ausgangsbedingungen haben sollte, um eben auch ein höchstmögliches Maß an Kommunikation und Wissensbeschaffung möglich zu machen, das einzig und allein die Basis für positive wissenschaftliche Kommuni-

kation darstellt. Je kleiner die Gruppe derjenigen ist, aus denen eine Elite erwächst, umso eindimensionaler wird auch das Denken und Handeln der Elite sein.

Um hier nicht zum Spielball der Ökonomie zu werden – die Verteilungskämpfe innerhalb des Bildungssystems aufgrund der immer schlechter werdenden allgemeingesellschaftlichen Finanzlage sollen hier nicht ausgeführt werden – sind wir genötigt, wieder einmal mehr unsere universitäre Daseinsberechtigung unter Beweis zu stellen. Oberflächliche Reformen beseitigen noch nicht grundsätzliche Strukturprobleme, die eben stark abhängig von monetären Ressourcen sind. Es gestaltet sich immer einfach, indem man auf die Probleme Schwächerer aufmerksam macht, von den eigenen abzulenken. Nur macht der Sparrzwang schon seit langem auch nicht mehr vor den großen universitären Einrichtungen halt.

Brauchen Studierende eine Interessenvertretung?

Die Studierenden osteuropabezogener Fachrichtungen haben deutschlandweit und regional in Berlin-Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und in Mittel- und Norddeutschland die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens begriffen und sich in Initiativen zusammengeschlossen. Hierbei geht es in erster Linie um eine konstruktive und kritische Mitarbeit sowohl im Bereich der Hochschulpolitik als auch im Fachlichen, um die allgemein nicht besonders gute Lage unserer Teildisziplinen zumindest ein wenig zum Positiven zu verändern. Es herrscht vielerorts ein eklatanter Informationsmangel, der häufig noch von einer Sprachlosigkeit zwischen ProfessorInnen, akademischen und technischen MitarbeiterInnen und Studierenden geprägt ist. Man hat oft den Eindruck, dass viele ihr Studium nur noch danach gestalten, wie sie wo einen guten Job erlangen können, ohne sich dabei auch nur ein wenig für die Vorgänge an den Universitäten zu interessieren. Die Ursachen hierfür mögen vielschichtig sein und sowohl von Seiten der Studierenden als auch von Seiten der Lehrenden herrühren; sicher ist aber, dass eine Kooperation aller Teile der universitären Landschaft vonnöten ist, um gemeinsam die bereits begonnenen Reformen zu einem sinnvollen Ende zu bringen. Man darf nicht außer acht lassen, dass man an einem entscheidenden Punkt des Wandels der deutschen Bildungslandschaft angekommen ist, und dass auch unsere Arbeitsplätze von denen abhängen, die nach uns kommen werden. So einfach der Gedanke, so wenig scheint er sich doch im Denken und Handeln sowohl der EntscheidungsträgerInnen als auch der Studierenden durchzusetzen. Interne und externe Kommissionen arbeiten an vielen Instituten an der Umstrukturierung unserer Studiengänge.

Häufig ergeben sich aber auch bei den neuen Studienformen große Probleme. In unserem Falle ist aus studentischer Sicht vor allem der Spracherwerb problematisch. Es ist momentan schon schwierig genug, eine, geschweige denn mehrere osteuropäische Sprachen zu erlernen. Zum normalen Schulkanon gehört außer Russisch – das allerdings immer mehr abgebaut wird – noch vielleicht an einigen Schulen Polnisch und Tschechisch. An den meisten bundesdeutschen Schulen wird keine dieser Sprachen angeboten und bei den beiden letztgenannten handelt es sich auch innerhalb des Angebotes um einen kaum nennenswerten Anteil. Nimmt man nun, wie seit einigen Jahren vermehrt der Fall, den Sprachunterricht generell (man spricht von Externalisierung) aus dem Curriculum heraus, steigert dies die Attraktivität unserer ohnehin nicht „allzu angesehenen“ Fächer nicht gerade. Es wird schier unmöglich sein, weiterhin osteuropabezogene Studien als Studierende/r, der/die nicht MuttersprachlerIn ist oder über immens viel Geld verfügt, zu betreiben. Eine Sprache für den wissenschaftlichen Gebrauch kann man nicht mal so eben nebenbei lernen, in ein oder zwei größeren Ferienkursen. Das wissen wir, als diejenigen, die schon unter der jetzigen Situation leiden – und dieser Begriff ist hier nicht überzogen – nur allzu gut.

Wenn man ernsthafte Regionalkompetenz lediglich als Zusatzqualifikation ansieht, dann brauchen wir auch nicht weiter zu diskutieren, dann sollten wir eher ehrlich und schnell sofort alle betroffenen Studienrichtungen einstellen. Aber lehren nicht auch die Geschichtswissenschaft, die Politologie oder die Kulturwissenschaft am Beispiel von regional und kulturell eng abgegrenzten Räumen, meist am deutschen oder abendländischen?

Aufgabe und Selbstverständnis der Regionalinitiative Ostblick

Ostblick, die „RegionalInitiative OsteuropaStudierender“ setzt sich aus VertreterInnen der vier großen Berlin-Brandenburger Universitäten HU, FU, Uni Potsdam und Viadrina zusammen, die alle osteuropabezogene Fachrichtungen studieren oder diesen nahe stehen. Wir treffen in der Region auf relativ ähnliche Problemstellungen und konnten diese auch schon teilweise in gemeinsamen Projekten bearbeiten. Neben dem bereits erwähnten Problemfeld Spracherwerb, dass alle (!) für ihre Institute als das dringlichste ausmachen konnten, gilt es noch hauptsächlich an der Kommunikation und Zusammenarbeit der einzelnen Teile der Hochschulregion zu arbeiten. Die Schwächen der einzelnen Studiengänge könnten eigentlich durch eine vernünftige Auswahl des wirklich reichhaltigen – und hoffentlich noch lange so vielfältigen – Angebots in unserer Region wettgemacht werden. Wer einen Überblick hat, wie man was wo studieren kann, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, um Teilnahme- oder Leistungsscheine anerkannt zu bekommen, der könnte eigentlich recht schnell und gut studieren, zumal diese Konzentration an Hochschuleinrichtungen einzigartig in Deutschland ist.

Leider stellt dieser Punkt ein Kernproblem dar. Kaum jemand weiß um die Möglichkeiten, manche sind mit ihrem Studium fast fertig und erfahren zum ersten Mal von gewissen Sprachkursen oder interessanten Vorlesungen in mittelosteuropäischer Geschichte. Die Modularisierung der Studienfächer, die ja zur besseren Vergleichbarkeit von Studienleistungen dienen sollte und somit auch zum einfacheren Uni-Wechsel, führt aber, so unsere Beobachtungen, viele der alten Probleme fort. Wenn beispielsweise ein Kursmodul in einem Fach einen bestimmten Namen trägt, so hängt es weiter hin von der lehrenden Person ab, dieses mit Inhalten zu füllen, die unter Umständen an anderen Einrichtungen in vollkommen anderen Modulen angeboten würden. Oder die uneinheitliche Vergabe der sogenannten *Credit-Points* (CPs), wo manchmal eine absolute Unverhältnismäßigkeit zu beobachten ist, wie zum Beispiel an der Ruhr-Uni Bochum. Hier wurde vor einem Jahr ein B.A. Ost- und Westslawistik eingeführt. Wenn man als B.A.-Studierende/r ein Sprachmodul belegt und für dieses drei CPs erhält, kann es vorkommen, dass Studierende anderer Fachrichtungen, die dieses Modul nur als „Zusatzmodul“ belegen, für die gleiche Veranstaltung zehn CPs bekommen.

Eben diese Kleinigkeiten sind es, die den Studienalltag erschweren. Darum sind wir der Meinung, dass auch die Studierenden eine funktionierende Interessenvertretung brauchen. Die Fachschaften, die diese Rolle auf der untersten Ebene spielen sollten, sind häufig nicht in der Lage, über längere Zeit existierende Räte oder Initiativen ins Leben zu rufen, die sich um die studentischen Belange kümmern können. In einigen Bundesländern existieren nicht einmal verfasste Studierendenschaften und die ASten, die sich eigentlich der Vertretung der Studierenden innerhalb einer Universität und nach außen hin widmen sollten, zerfleischen sich im wahrsten Sinne des Wortes schon seit langem parteipolitisch.

Als positives Gegenstück zur Zerstrittenheit und zur Kommunikationslosigkeit innerhalb der Region veröffentlichte Ostblick im Oktober 2002 den ersten osteuropabezogenen Studienführer für Berlin und Brandenburg. Die Notwendigkeit einer solchen Veröffentlichung war den meisten schon seit mehreren Jahren bewusst. Einzig der glückliche Umstand der Initiativengründung hat uns nun in die Lage versetzt, diese Idee nach unseren Möglichkeiten umzusetzen. Dieser Studienführer soll nur am Anfang unserer Vernetzungsarbeit stehen. Neben den klassischen Osteuropafächern, wie Slawistik, Osteuropäische Geschichte oder Osteuropastudien sind auch andere Institute mit einem osteuropabezogenen Angebot vertreten. Der Studienführer soll regelmäßig zum Wintersemester und bei Aktualisierungsbedarf auch öfters im Jahr erscheinen. Die bisherige Resonanz war durchgehend positiv, bis hin zu Ergänzungsangeboten seitens verschiedener Lehrender der regionalen Hochschulen. Nicht zu verwechseln ist unser Studienführer mit dem Gemeinsamen Vorlesungsverzeichnis Osteuropa für Berlin und Brandenburg, das

vom OEI herausgegeben wird. Beide Schriften ergänzen sich in idealer Weise.

Ostblick versteht sich als das umfassende Band, das die einzelnen Fachschaften unserer Fachgebiete vereint und von studentischer Seite auch koordiniert. Ende 2002 haben wir Arbeits- und Koordinationsgruppen zu Studienreform, Spracherwerb und Hochschulpolitik gebildet, mit denen wir konstruktiv die studentische Perspektive in die Umgestaltungsprozesse an den Hochschulen einbringen wollen. Um dies umfassend leisten zu können, werden wir das vorhandene Wissen sammeln, in Datenbanken überführen und diese anhand von Erhebungen vervollständigen. Die einzelnen Bestrebungen in unserer Hochschulregion müssen auch im Detail kompatibel sein und koordiniert werden. Wir werden dies wenigstens von studentischer Seite angehen, damit unsere Fächer auch in Zukunft noch studierbar bleiben – vielleicht noch besser studierbar werden. Häufig ist die Informationslage zu Studienbeginn derart schlecht, dass die wenigsten wissen, worauf sie sich einlassen. Wer aber nicht weiß, worum es eigentlich geht – und meist dauert es mehr als fünf Semester, bis man sich die notwendigen Informationen zusammengesucht hat – der verliert wertvolle Zeit mit unnötigen Dingen. Eine starke Interessenvertretung, die sich auf detailliertes Wissen stützen kann, ist also notwendig, um das zu leisten, was die einzelnen Studienberatungen nicht imstande sein können zu leisten: Dem/Der Einzelnen eine gezielte Studieninformation an die Hand zu geben. Auch nach der Einführung der neuen Studienmodelle werden bestimmte Probleme – wie Studienfinanzierung, Mangel an Veranstaltungen etc. – nicht aus der Welt sein. Schließlich zeigen sich die Schwächen eines Systems erst während der Erprobung und die Reformen können nur die universitätsinternen Rahmenbedingungen verändern, nicht die sozialen Gegebenheiten des/r Einzelnen, den finanziellen Mangel oder die persönlichen Präferenzen der Lehrenden.

Ostblick e.V. – Regionalinitiative OsteuropaStudierender
Berlin-Brandenburg
c/o IOS e.V., Postfach 12 11 23, 10605 Berlin
Tel.: +49 160 911 30 389
info@ostblick.org
<http://www.ostblick.org>

Olaf Matthei ist Vorsitzender der Initiative Osteuropa-Studierender Deutschland (IOS) und studiert Polonistik und Osteuropastudien. Er ist studentische Hilfskraft für Öffentlichkeitsarbeit am OEI.

Im Heft 17 erschienen u.a. folgende Beiträge:

Holm Sundhaussen: Neue Untersuchungen zum destruktiven Potential von Sprache und zur Überlebensfähigkeit multilingualer Staaten

Zuzana Finger: Sprache und Politik im Kosovo

Barbara Kellner-Heinkele: „Biz Kimik?“ – das Problem mit der Bezeichnung der Staatssprache in der Republik Aserbaidschan

Brigitte Heuer: „Til tagdyr – ël tagdyr“: Das Schicksal der Sprache ist das Schicksal des Volkes – ein Jahrzehnt Sprachenpolitik im unabhängigen Kyrgyzstan

Siegfried Tornow: Unerwünschte Kontakte. Die rumänisch-slawischen Sprach- und Kulturbeziehungen und ihre Entwertung

Niklas Bernsand: Surzhyk and National Identity in Ukrainian Nationalist Language Ideology

Christoph Zürcher/Jan Koehler: Institutions & Organized Violence in Post-Socialist Societies

Raoul Eshelman: Der Performatismus oder: die Kulturentwicklung nach dem Ende der Postmoderne

Susanne Nies: Zeithorizonte in der Transitionsforschung und den internationalen Beziehungen.

Holm Sundhaussen: Forschungsaufenthalte ausländischer Gastwissenschaftler am AB Geschichte und Kultur des Osteuropa-Instituts

Tomasz Pszczołkowski: Lesekurse des Polnischen und Tschechischen für Deutschsprachige sowie des Deutschen für Polen und Tschechen

Mykola Movchan: Zehn Jahre der Unabhängigkeit. Die Ukraine und ihre Außenpolitik

Stefan Troebst: Die Autonomieregelung für Gagausien in der Republik Moldova – ein Vorbild zur Regelung ethnopolitischer Konflikte?

Nele Dröschner: Medienrecht und Medienwirklichkeit in Osteuropa – ein Workshopbericht

Klaus Müller: Internationales Symposium „Structural Changes in Post-Socialist Central Europe and the Actual Challenges of Modernization“

Aloys Henning: Zum XX. Internationalen Festival für orthodoxe Kirchenmusik in Hajnówka

Ursula Frübis: Strengthening Women's Rights in the Accession Process

Andreas Umland: Die Implementierung der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten in Russland

Einführungstage am Osteuropa-Institut

Jenni Winterhagen, Berlin

Am 9. und 10. Oktober 2002 fanden am Osteuropa-Institut (OEI) ergänzend zu der offiziellen Semesterauftaktveranstaltung studentische Einführungstage für Erstsemester statt. Durch diese Tage, die auf Initiative der studentischen Arbeitsgruppe der Ausbildungskommission stattfanden, sollte die Studienberatung am Institut erweitert und dadurch den Studierenden der Studienbeginn erleichtert werden. 15–20 Studierende informierten sich im Laufe der Veranstaltungsreihe über Studien- und Beratungsangebot sowie über die studentischen Aktivitäten am OEI und nutzten die Beratung zu den Problemen am Studienbeginn.

Nach einem ausführlichen gemeinsamen Frühstück wurden Schwierigkeiten bei der Studienorganisation besprochen und gemeinsam das Erstellen eines Stundenplans geübt. Im Anschluss wurde das Tutorium „Anleitung zu effektiven Studium“ vorgestellt. Am Nachmittag lernten die Studierenden die Homepage des Instituts, die Computerhilfe und bei einem Spaziergang das Unigelände und das Institut selbst kennen. Die Möglichkeiten und Probleme der Sprachausbildung in Berlin und Brandenburg standen

am folgenden Tag auf dem Programm, wie auch Tipps und Tricks zum Bafög-Antrag. Schließlich stellten sich auch Frauenbeauftragte, Praktikumsbörse, Ausbildungskommission sowie die studentische Initiative Ostblick und das Team des OEI-Café vor.

Die Einführungstage erwiesen sich als sinnvolles Instrument, die Studienberatung zu erweitern und den Studienbeginn zu erleichtern. Auch in diesem Jahr sollen die Einführungstage am Donnerstag und Freitag der letzten Semesterferienwoche wieder stattfinden, wobei Fragen der Sprachausbildung und zum Masterstudiengang im Mittelpunkt stehen werden.

Organisiert und präsentiert haben: Anja Hennig, Corinna Jentzsch, Franziska Müller, Jochen Aulbach, Jenni Winterhagen, Michael Samec, Olaf Matthei, Rosanna Dom, Sanela Bumbar.

***Jenni Winterhagen** studiert am OEI und ist Mitglied der Fachschaftsinitiative.*

50 + 1 Jahr und 1 Tag – Totgesagte leben länger **Verspätete Jubiläumsfeier am Osteuropa-Institut der FU Berlin**

Jochen Aulbach, Berlin

„Man soll die Feste feiern, wie sie fallen!“ Selten trifft dieses Motto besser zu, als auf die feierliche Diskussionsveranstaltung, die am 25. November 2002 im Osteuropa-Institut (OEI) stattfand. Denn der Anlass der Feier, das 50-jährige Bestehen des Institutes, lag eigentlich schon ein Jahr (und einen Tag) zurück. Doch am 24. November 2001 hatte es noch nicht viel Grund zu feiern gegeben, da in dieser Zeit das OEI gerade noch von der drohenden Schließung verschont geblieben war und personell einen historischen Tiefstand erreicht hatte. So verstrich dieses Jubiläum von den meisten unbemerkt und geriet beinahe in Vergessenheit, bis im Sommer 2002 einige Studierende auf dieses versäumte Jubiläumsdatum aufmerksam wurden, als sie für den von Ostblick e.V. (vgl. Artikel auf Seite 77) herausgegebenen Studienführer die Geschichte des Institutes recherchierten. Dabei entstand dann auch die spontane Idee, die Feier am 51. Jahrestag der Gründung unter studentischer Regie nachzuholen. Es gab nun gleich doppelten Grund zu feiern, denn neben dem Jubiläum stand auch ein Neuanfang an: Zum Wintersemester 2002/03 traten je ein neuer Professor für Soziologie und für Wirtschaft ihr Amt an und auch die Besetzung der zwei weiteren vakanten Lehrstühle, Recht und Kultur, wurde auf den Weg gebracht. Nachdem mit der Institutsleitung die organisatorischen Details und die Finanzierung abgesprochen waren, konnten Anfang November die konkreten Vorbereitungen zu diesem schon sehr bald bevorstehenden Ereignis beginnen. Auch wenn diese nicht immer einfach und von einigen Widrigkeiten begleitet waren (so musste zum Beispiel noch am Wochenende vor der Veranstaltung kurzfristig über private Beziehungen eine Mikrofonanlage beschafft werden, weil es über die Universität nicht möglich war, Beschallungstechnik zu bekommen!), so kam am Ende eine Veranstaltung zustande, wie sie sich am Anfang der Planung keiner der Beteiligten vorstellen konnte. Denn trotz der kurzfristigen Einladungen traf diese auf so großes öffentliches Interesse, dass die Kapazitätsgrenzen des Hörsaals A nur knapp unterschritten wurden. Ungefähr 100 Gäste fanden den Weg zu dieser Veranstaltung: Lehrende, Studierende und Ehemalige des OEI, Professoren anderer Universitäten, Vertreter der osteuropäischen Botschaften und anderer osteuropabezogener Institutionen sowie Freunde des OEI und Interessierte.

Mit einem kurzen Blick zurück in die wechselvolle Geschichte des Institutes (vgl. Artikel auf Seite 82) führte Ansgar Koch, studentischer Vertreter im Institutsrat, dann in den Abend ein. Anschließend nahmen die Gäste der Podiumsdiskussion den Faden auf, um aus verschiedenen Perspektiven die mögliche Zukunft des Institutes am Thema „Osteuropastudien in Berlin – Chancen und Herausforderungen in Lehre und Forschung für das Osteu-

ropa-Institut“ zu erörtern. Als institutsinterne Gäste waren der Vorsitzende des Institutsrates des OEI, Prof. Dr. Klaus Segbers, und die Studentin der Osteuropastudien und Mitglied der Ausbildungskommission des OEI, Jenni Winterhagen, vertreten. Für den unvoreingenommenen Blick von außen waren Dr. Andrea Rohde (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin), Uwe Rada (taz-Redakteur und Autor) sowie Dr. Helmut Domke (Ministerium der Justiz und für Europa-Angelegenheiten des Landes Brandenburg) eingeladen.

Quo vadis Osteuropa-Institut?

Zu Beginn der Diskussion stellte Moderator Oliver Rolle, Student der Rechts- und Politikwissenschaften an der FU Berlin, den Teilnehmern die unumgängliche Frage, worin sie Sinn und Zweck eines speziellen Osteuropa-Instituts und eines Osteuropastudiengangs sähen.

Klaus Segbers antwortete darauf, dass das OEI drei Aufgaben erfüllen müsse: Zum einen Ausbildung, zum zweiten Forschung und zum dritten die immer wichtiger werdende Beratungsfunktion für Politik, Wirtschaft und Medien. Diese drei Säulen betrachtete er als zusammengehörende Einheit, die die Arbeit des OEI rechtfertige. Inhaltlich sah er den Bedarf an wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit Osteuropa vor allem in der Untersuchung von Konflikten und Wandlungsprozessen, und zwar auch immer mehr vergleichend zwischen Osteuropa und anderen Teilen der Welt.

Aus der Sicht der Studierenden sah Jenni Winterhagen nach wie vor den Bedarf an einem solchen Studiengang darin begründet, dass es die Möglichkeit geben müsse, sich spezielle Kenntnisse zu der Region Osteuropa anzueignen. Jedoch nicht nur in Sprache, Kultur und Geschichte, sondern fächerübergreifend gerade auch in den „harten“ Disziplinen Wirtschafts-, Rechts-, Politik- und Sozialwissenschaften. Die Nachfrage nach Informationen aus diesen Bereichen sei sehr stark, gerade bei Studienanfängern, die durch eigene Erfahrungen bereits einen konkreten Bezug zu Osteuropa haben. An Angeboten dazu mangle es jedoch noch immer. Als eine der wichtigsten Qualifikationen, die die Absolventen des Osteuropastudiengangs im Vergleich zu anderen Sozialwissenschaftlern auf dem Arbeitsmarkt auszeichne, nannte Winterhagen die Ausbildung in osteuropäischen Sprachen. Um so dramatischer ist ihre Feststellung zu bewerten, dass gerade dieser Aspekt der Ausbildung nicht mehr ausreichend gewährleistet wird. In den vorwiegend nachgefragten Sprachen der EU-Beitrittsstaaten aus Ostmitteleuropa ist das Unterrichtsangebot vor allem an der FU, aber auch in ganz Berlin-Brandenburg sehr mangelhaft. Diese Einschätzungen wurden von allen Anwesenden auf dem Podium wiederholt mit großem Bedauern bestätigt, eine Lösung

konnten sie jedoch nicht anbieten. Vielmehr verwiesen Andrea Rohde sowie Klaus Segbers auf das nötige eigene Engagement der Studierenden. Segbers versprach von Seiten der Institutsleitung jedoch auch, sich zumindest für Kooperationen mit den anderen Universitäten in Berlin-Brandenburg einzusetzen.

Uwe Rada dagegen betonte noch einmal die besonderen Mängel der Ausbildung in der polnischen Sprache. Hier werde der Tatsache, dass die polnische Grenze nur wenige Kilometer entfernt sei, nicht genügend Rechnung getragen. Schon in der Schule gebe es kaum Möglichkeiten, Polnisch zu lernen, was auch darin begründet sei, dass in Berlin keine Polnischlehrer ausgebildet würden. Als ein weiteres Argument für die Notwendigkeit einer osteuropabezogenen Ausbildung nannte Rada den „Mangel an Begegnungskultur“: Im Gegensatz zu Reisen in das westeuropäische Ausland würden sich Manager vor der Fahrt in osteuropäische Länder nicht auf deren Kultur vorbereiten, sondern als „Entwicklungshelfer“ dorthin reisen. Dabei könnte gerade Berlin einiges von diesen Ländern lernen, da seiner Meinung nach diese Stadt, wie der Westen überhaupt, auch in einer Transformation stecke, sich dessen jedoch noch nicht bewusst sei, geschweige denn damit fertig werde.

Ein weiteres großes Thema war die Frage nach dem Verhältnis von Interdisziplinarität und Regionalbezug zu der verstärkten Ausbildung in einer „Mutterdisziplin“. Besonders Andrea Rohde und Helmut Domke betonten die Notwendigkeit einer irgendwie gearteten „Grund-“ beziehungsweise „Kernkompetenz“, zu der die „Osteuropa-Kompetenz“, vor allem in Form der Sprachenkenntnis, zusätzlich hinzukommen müsse. Auch Klaus Segbers sah hierin einen Mangel des bestehenden Magisterstudienganges, den er durch eine Verstärkung der „disziplinären Grundkompetenz“ beheben will. Dies werde nun im neuentwickelten Master-Studiengang verwirklicht, indem die „Osteuropa-Kompetenz“ hier nur die „Veredelung“ der in einem Bachelor-Studiengang der jeweiligen Disziplin erworbenen „Grundkompetenz“ darstellt. Dem konnte Jenni Winterhagen nicht voll zustimmen. Sie sah in diesem Konzept potentielle Probleme. Zum einen seien auch die sogenannten Mutterdisziplinen teilweise sehr uneinheitlich, vor allem die Kulturwissenschaft würde an jeder Universität anders verstanden. An der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder beispielsweise, die in der Diskussion oft lobend hervorgehoben wurde, werde sie sogar so weit aufgefasst, dass sie sich in ihrer disziplinären Breite kaum von der Konzeption der Osteuropastudien unterscheide. Winterhagen verwies noch einmal darauf, dass gerade die Interdisziplinarität den Reiz dieses Studienganges ausmache und vertrat die Meinung, wenn das Interesse dafür vorhanden ist, sei dies auch sinnvoll und müsse deshalb auch angeboten werden. Trotzdem werde man auch am Osteuropa-Institut nicht um die Modularisierung und die Einführung von Bachelor-/Master-Studiengängen herumkommen. Dabei sollte aber beachtet werden, dass weiterhin für die Interessierten auch im Grundstudium eine osteuropabezogene Ausbildung angeboten werde, die sich nicht nur auf philologische Studiengänge beschränkt.

Außerdem sah sie in den Planungen für den Master-Studiengang das Problem des Spracherwerbs noch einmal verschärft, da hier kaum mehr Platz sei für zusätzliche Aktivitäten wie Auslandsaufenthalte.

Auch Andrea Rohde bestätigte, dass hier Probleme entstehen könnten. Sie wies dann auf einen Widerspruch hin, der ihr im Zusammenhang mit der regionalen Schwerpunktsetzung am OEI aufgefallen war. Die diesbezügliche Empfehlung der Gutachterkommission, die Anfang 2001 das OEI evaluiert hatte, lautete ja, sich in der Forschung auf das engere Osteuropa, also auf Russland, Weißrussland und die Ukraine zu beschränken. Das Osteuropakonzept des Landes Berlin dagegen sehe, laut Rohde, genau das Gegenteil vor, nämlich von der Fokussierung auf Russland wegzukommen und sich mehr zu den EU-Beitrittsstaaten hinzuwenden.

Uwe Rada meinte ergänzend dazu, dass es eigentlich sogar ein integriertes Konzept für ganz Berlin-Brandenburg geben müsse, in dem die Forschungsaktivitäten der vier Universitäten mit osteuropabezogener Wissenschaft, Freie Universität und Humboldt Universität in Berlin sowie Universität Potsdam und Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, sinnvoll regional aufgeteilt würden, um Überschneidungen auf der einen und Lücken auf der anderen Seite zu vermeiden.

In diesem Bereich der Zusammenarbeit zwischen Berliner und Brandenburger Universitäten genauso wie zwischen den jeweiligen Verwaltungen sah Helmut Domke jedoch noch sehr große Defizite, die sicher auf den mangelnden Blick für die Großregion zurückzuführen seien. Diese fehlende Bereitschaft für Koordination zwischen Berlin und Brandenburg musste auch Rohde konstatieren, was sie darauf zurückführte, dass hier noch immer ein Konkurrenzdenken vorherrsche, das sich wohl erst ändern werde, wenn es – nach der Länderfusion – eine gemeinsame Zuständigkeit gebe. Hier lobte Domke das Vorbild der Studierenden, die mit der Gründung der Regionalinitiative Ostblick e.V. eine Vorreiterrolle bei der Kooperation übernommen hätten, und wünschte sich ähnliches für andere Ebenen.

Klaus Segbers antwortete auf die Fragestellung der regionalen Spezialisierung, dass die Beschränkung auf Russland und seine Nachbarländer nur für die Forschung gelte, und auch hier insofern nur eingeschränkt, dass vorhandene Kompetenzen, vor allem in Bezug auf den Balkan, selbstverständlich weiterhin genutzt würden. In der Lehre und auch in der Beratung müssten natürlich nach wie vor alle regionalen Teile Osteuropas abgedeckt werden, und dies würde vom Institut auch geleistet. Zum Thema der Universitäten in Berlin und Brandenburg meinte Segbers, dass in den nächsten Jahren einiges an Umstrukturierungen auf diese zukommen werde. Deshalb müsse jede einzelne Hochschule sich intensiv auf ihre jeweiligen Stärken besinnen. In diesem Zusammenhang müsse es das Ziel des OEI sein, mit dem nun schon begonnenen Neuaufbau so stark zu werden, dass die weitere Existenz des Instituts nicht mehr in Frage gestellt wird, unabhängig von den eventuell

zu erwartenden strukturellen Veränderungen in der gesamten Berlin-Brandenburger Hochschullandschaft.

Zum Abschluss, nachdem die Diskussion für das Publikum geöffnet worden war, meldete sich der neuberufene Professor für Wirtschaft Osteuropas, Dr. Schrettl, zu Wort und plädierte für einen zuversichtlicheren Blick in die Zukunft des OEI. Man müsse vom „Zoo-Prinzip“ wegkommen, bei dem man nur das fresse, was der Wärter über den Zaun wirft, und sich mehr dem „Serengeti-Prinzip“ zuwenden und fressen, was man erlegt!

Nach der Diskussion wurde der Abend dann durch einen feierlichen Empfang abgerundet, für den die Mitarbeiter des OEI-Studentencafé ein Büfett vorbereitet hatten, das

jeden professionellen Catering-Service hätte erblassen lassen. Bei Genuss verschiedener Getränke wurde die Gelegenheit rege genutzt, weiter über die zuvor aufgeworfenen Streitfragen zu diskutieren oder die angemahnten neuen Kontakte zu knüpfen.

***Jochen Aulbach** studiert an der FU-Berlin Osteuropastudien, Osteuropäische Geschichte und Publizistik. Er ist Mitglied von Ostblick e.V. und Mitorganisator der Jubiläumsveranstaltung.*

Rede anlässlich der Jubiläumsveranstaltung des Osteuropa-Instituts am 25.11.2002

Ansgar Koch, Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als studentischer Vertreter im Institutsrat des Osteuropa-Instituts (OEI) möchte ich Sie heute Abend ganz herzlich zu dieser Veranstaltung begrüßen. Ich freue mich sehr, dass wir heute Abend die Gelegenheit haben, – wenn auch mit eintägiger Verspätung – den 51. Gründungstag des OEI feiern zu können. Und es gibt dazu noch einen weiteren Anlass, der uns Studierende dazu bewogen hat, Sie heute zu dieser Feierstunde in unser Haus einzuladen: Das ist der erfreuliche Umstand, dass unser Institut zu Beginn des Wintersemesters nach einer langen „Durststrecke“ die Berufung von zwei Professoren auf seit längerem vakante Lehrstühle erleben durfte – Herrn Prof. Nikolai Genov, zuständig für Soziologie Osteuropas, und Herrn Prof. Wolfram Schrettl, für Wirtschaft Osteuropas. Wir Studierende sehen in diesen beiden Neuberufungen eine Botschaft für die inner- wie außeruniversitäre Öffentlichkeit, deren Signalwirkung nicht zu unterschätzen ist: Das OEI steht keineswegs – wie im vergangenen Jahrzehnt immer wieder gerüchteweise kolportiert wurde – unmittelbar vor der Schließung, sondern erhält vielmehr die Chance zu einem Neuanfang.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang einen kurzen Rückblick auf die wechselvolle Geschichte dieses Institutes: Gegründet am 24.11.1951, gehört das OEI zu den ältesten in der Bundesrepublik eröffneten Einrichtungen, die sich aus multidisziplinärer Perspektive mit der Region Osteuropa beschäftigen. Dass das Institut seinerzeit gerade in dieser Stadt angesiedelt wurde, ist freilich der besonderen politischen Situation und geographischen Lage Westberlins während des „Kalten Krieges“ zu verdanken. Da zudem die früheren Osteuropa-Institute im damaligen Breslau und Königsberg nicht mehr existierten, galt es, mit großzügiger Förderung von bundesdeutschen wie auch US-amerikanischen Institutionen, ein neues Zentrum deutscher Osteuropaforschung aufzubauen und Geschichte und Gegenwart der Länder Osteuropas zu erforschen. Ursprünglich ausgehend von den zwei „klassischen“ osteuropabezogenen Disziplinen Slavistik und Osteuropäische Geschichte sowie den Abteilungen für osteuropäische Wirtschaft und für osteuropäisches Recht wuchs das Institut im Laufe der 50er Jahre stetig und es wurden weitere Abteilungen eingerichtet – so für Soziologie, für Landeskunde und für Bildungswesen Osteuropas sowie 1960 für Balkanologie. Bald reichte der Platz in dem alten Institutsgebäude in der Ehrenbergstraße 35 nicht mehr aus, und im Juni 1961 bezog das OEI jenen Neubau in der Garystraße, in dem es sich heute noch befindet. In den 60er und 70er Jahren erlebte das OEI mit der Berufung weiterer Professoren, der Einrichtung eines Sonderforschungsbereichs sowie der Zusammenführung

der einzelnen Abteilungsbibliotheken im 1979 fertiggestellten Bibliotheksneubau eine wahre Blütezeit. In diesen Jahrzehnten genoss das OEI verglichen mit der gegenwärtigen Situation gerade im Hinblick auf die personelle Ausstattung Arbeitsbedingungen, die man angesichts der gegenwärtigen finanziellen Lage der Berliner Hochschulen kaum glauben mag: So waren im Jahre 1982 am OEI 30 Professoren, 43 wissenschaftliche Mitarbeiter und 47 nichtwissenschaftliche Mitarbeiter beschäftigt.

Mit Beginn der Perestrojka freilich war diese Zeit des unbeschweren Forschens und Lehrens für das Institut vorbei. Zuerst erlebte das OEI einen regelrechten Boom der Studierendenzahlen. So erhöhte sich in der Slawistik die Zahl der Studierenden von 1985 bis 1989 um mehr als 40 Prozent. Während des Studentenstreiks von 1988 wurde allerdings von Seiten der Studierenden der Wunsch artikuliert, über die klassischen Disziplinen Slawische Sprach- und Literaturwissenschaften sowie Osteuropäische Geschichte hinaus einen interdisziplinären und gegenwartsbezogenen Studiengang am OEI zu entwickeln, der die Möglichkeit bietet, parallel zum Studium einer traditionellen Disziplin regionalspezifische Kenntnisse über Osteuropa zu erwerben. Mit der Einrichtung des Magisterteilstudiengangs „Osteuropastudien“ wurde dieser Wunsch schließlich im Sommersemester 1991 realisiert. Der Studiengang wird in leicht modifizierter Form bis heute von unserem Institut angeboten. Fast gleichzeitig wurde infolge des Systemwechsels in Osteuropa jedoch die Existenz des Osteuropa-Instituts als Ganzes sowie auch des interdisziplinären Studiengangs immer wieder in Frage gestellt. So ist unser Institut seit 1992 bereits fünfmal von externen Gutachterkommissionen evaluiert worden, freilich mit ganz unterschiedlichen Ergebnissen. Als Resultat der ersten Evaluierung, in der sogar die Schließung des Institutes empfohlen worden war, wurde im Sommersemester 1993 ein Numerus Clausus für Osteuropastudien verhängt und die Zahl der Studienplätze für Erstsemester pro Jahr auf etwa 30 beschränkt, so dass das enorme studentische Interesse an dem neuen Studiengang erheblich gedämpft wurde (noch im WS 92/93 hatten sich über 120 Erstsemester für Osteuropastudien immatrikuliert). Einhergehend mit der wissenschaftlichen Infragestellung des Institutes und des Studiengangs wurde das Personal sukzessive abgebaut und – abgesehen von einer Ausnahme – sämtliche frei werdenden Professuren nicht mehr besetzt. Ende 1994 – mitten während der Kriege in Ex-Jugoslawien – wurde der Studiengang Balkanologie geschlossen und im Jahr 2000 dann auch die Slawistik an der FU, und die letzte besetzte Professur für slawische Sprachwissenschaft an die Humboldt-Universität übertragen. Die Soll-Zahl der am OEI angesiedelten Lehrstühle war bereits im Jahre

1996 auf sechs reduziert worden, besetzt waren in den vergangenen Semestern jedoch nur noch zwei Professuren – die Lehrstühle für Südosteuropäische Geschichte sowie für Politik Osteuropas.

Eine Kehrtwende wurde freilich mit dem positiven Gutachten der Neidhardt-Kommission im Jahre 2001 eingeleitet, in dessen Folge bereits die zwei erwähnten Professuren besetzt worden sind und für die beiden noch vakanten

Professuren für Kultur sowie für Recht Osteuropas eine Dachkommission gebildet worden ist. Welche Perspektiven sich für das OEI hiermit eröffnen, darüber soll nun auf unserem Podium diskutiert werden.

Ansgar Koch studiert am OEI und ist studentischer Vertreter im Institutsrat.

Herrn Professor Holm Sundhaussen zum 60. Geburtstag

Karl Nehring, München

Am 20. April 2002 fand aus Anlass des 60. Geburtstages von Holm Sundhaussen, Professor für Geschichte Südosteuropas am Osteuropa-Institut der FU, im Berliner Südost-Zentrum (Südost Europa Kultur e. V.) ein Symposium statt. Der Beitrag des Organizers des Symposiums wurde bereits im Heft 18 des Berliner Osteuropa Infos abgedruckt.¹ Nachstehend werden die Einführung in das Symposium sowie die drei anderen Symposiumsbeiträge dokumentiert.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich darf Sie im Namen von Frau Sundhaussen herzlich begrüßen und Ihnen danken, dass Sie den Weg zu dieser besonderen Veranstaltung gefunden haben. Unser aller Gruß und Glückwunsch gilt natürlich dem sexagenarius, Holm Sundhaussen, auf dessen Spuren wir heute wandeln werden. Da noch vier Freunde sich ausführlich dem Oeuvre des Jubilars und sein Bruder Ulf aus dem fernen Australien dem familiären Hintergrund widmen werden, erlauben Sie mir einige kurze Bemerkungen zur Vita des Herrn Sundhaussen.

Wir lernten uns vor 35 Jahren im Seminar von Georg Stadtmüller an der Universität München kennen, denn dort gab es zu jener Zeit den einzigen Lehrstuhl für Südosteuropäische Geschichte in Deutschland. Holm Sundhaussen fiel schon damals aus dem ohnehin leicht exotischen Rahmen derer heraus, die sich mit der Sprache und Kultur Jugoslawiens, Albaniens oder Ungarns beschäftigten. Er finanzierte sein Studium unter anderem durch das Verfassen von Hörspielen für den Sender Freies Berlin. Er verfügte über einen Volkswagen Standard mit Zwischengas und war Gründungsmitglied der Schwabinger Kommune Szabó. Dank seiner Fürsprache durfte auch ich bald an dem Kommuneleben teilhaben. Die in dieser Sturm- und Drang-Periode geführten nächtlichen Diskussionen erreichten oft ihren Höhepunkt, wenn Holm Sundhaussen sein Repertoire an jugoslawischen Partisanenliedern, an Brecht- oder Morgenstern-Gedichten vortrug. Dass sein künstlerisches Flair dabei besonders auf die Damenwelt großen Eindruck machte, sei nur am Rande erwähnt. Erwähnt seien auch seine häuslichen Fähigkeiten, sein Sinn für Übersicht und Ordnung. Er war immer aufgeräumt und kaum hörbar – und dennoch tat er Gutes, und seine Güte gipfelte in der Herstellung von Königsberger Klopfen.

Ein weiteres bis heute gültiges Kennzeichen ist die Sundhaussensche Mobilität. Im Rückblick erscheint es fast, als wäre er ständig in dem Archivreieck Wien–Belgrad–Budapest unterwegs gewesen. Wo immer man auftauchte, war Sundhaussen schon da. Seine Hilfsbereitschaft, für Freunde und Freundinnen Güter und milde Gaben nach Budapest zu transportieren, läutete in Ungarn den Beginn eines ökonomischen Transformationsprozesses ein.

Doch auch die Musen kamen bei seinen Reisen nicht zu kurz – von der serbischen Volksmusik bis zur Wiener Klassik. So entschied er sich in der Bukarester Oper für den Genuss der rumänischsprachigen Fassung der Zauberflöte und wird noch heute – unter Connaisseurs – um diesen Papagenul-Effekt beneidet.

Die Studentenzeit endete 1973 in München mit der Promotion, besser gesagt mit zwei Doktorarbeiten. Da der Doktorvater die zeitgeschichtliche Dissertation aus persönlichen Gründen abgelehnt hatte, war unser Jubilar gezwungen, in kurzer Zeit eine neue Dissertation über den Einfluss der Herderschen Ideen auf die Völker der Habsburger Monarchie zu verfassen. Diese eigenartigen Umstände führten dazu, dass der junge Herr Doktor bereits in nuce über eine Habilitationsschrift verfügte, und da ihm das Bohren dicker Bretter soviel Spaß machte, studierte er für den ökonomischen Teil seiner Habilitation noch flugs einige Semester Volkswirtschaft und Statistik in Innsbruck, denn die dortige Universität war damals durch das Zweitstudium von Franz-Josef Strauß als wahre Kaderschmiede berühmt geworden. Die Universitäten Hamburg und Göttingen – wo er sich 1981 habilitierte – waren die nächsten Stationen im bewegten Leben des Junggesellen.

Im Jahre 1982 begann seine zweite Münchner Periode mit zwei grundlegenden Synthesen: dem Erscheinen der „Geschichte Jugoslawiens“ und der Erscheinung von Gabriela Sundhaussen, genannt Bogga. Doch das junge Glück drohte jäh zu platzen, als sich eines nachts eine Pythonschlange im Türwinkel des ehelichen Schlafzimmers verfang. Dem beherzten Einsatz von Frau Sundhaussen und der kommunalen Feuerwehr ist schließlich zu verdanken, dass unser Jubilar 1988 den Ruf zum Professor für Südosteuropäische Geschichte am Osteuropa-Institut annehmen und die Freie Universität zum Mekka der Südosteuropahistoriker verwandeln konnte.

Die Konsolidierung der Sundhaussens in Berlin führte schließlich zu einer Immobilisierung in Form eines Fertighauses, das gekennzeichnet ist durch stilistische Reminiszenzen an Schloss Sanssouci. Gelebtes Geschichtsbewusstsein unseres Jubilars ist auch seine geographische Distanz zum wilhelminischen Pathos, zum Tag von Großbeeren, den das Ehepaar Sundhaussen seit 1996 alljährlich in Kleinbeeren begeht.

Lieber Holm, zum Schluss bleibt das Problem des Geburtstagsgeschenks. Soll es wissenschaftlich sein, soll es lyrisch sein? Es ist schwer, Deinen hohen Ansprüchen zu genügen. Also haben wir uns für beides entschieden: Die Wissenschaft muss sich mit einem handnummerierten Exemplar der Erstausgabe von Ernest Renans *Qu'est-ce qu'une nation?* begnügen. Und die Lyrik? Hier drängt sich ein Poème der großen Dichterin Julie Schrader – genannt der welfische Schwan – geradezu auf:

*„Von den Füßen zum Gesichte,
Von Berlin bis Budapest ...
Alles, alles ist Geschichte,
Die sich nicht mehr ändern lässt.“*

Dr. Karl Nehring ist Südosteuropa-Historiker sowie stellvertretender Direktor des Südost-Instituts München.

¹ Stefan Troebst: Südosteuropa als Geschichtsregion – in Sundhaussenscher Perspektive. In: Berliner Osteuropa Info 18/2002, S. 95–96.

Die Geschichte der Modernisierung Südosteuropas nach Holm Sundhaussen

Wolfgang Höpken, Braunschweig

Lieber Holm, liebe Bogga!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren!

Der Anlass, der uns heute hier zusammengeführt hat, ist Ihnen allen bekannt. Es geht um den 60. Geburtstag eines Freundes, Kollegen und Hochschullehrers, und ein solcher Anlass verleitet zur Jubiläumshetze. Wer Holm Sundhaussen kennt, der weiß freilich, dass ihm gestelztes Protokoll, dass ihm auch allzu viel Aufmerksamkeit um seine Person nicht liegt. Es ging und geht ihm in seiner Arbeit stets um die Sache, und daher soll es auch in meinem kurzen Beitrag nicht so sehr um die Person, sondern um eben diese Sache gehen – eine Sache, die unseren Jubilar seit nunmehr mehr als drei Jahrzehnten mit Leidenschaft und Engagement umtreibt, eine Sache, welche viele von uns hier im Saale mit ihm verbindet. Die Sache heißt Südosteuropaforschung, und auch auf die Gefahr hin, den an sich ja eher fröhlichen Anlass des heutigen Abends vielleicht mit zu viel Ernsthaftigkeit misszuverstehen, soll es um die Frage gehen, was Holm Sundhaussen zu ihr beigetragen hat – beigetragen nicht so sehr in den konkreten empirischen Ergebnissen seiner beeindruckend vielfältigen Arbeiten, sondern wo er mit diesen Arbeiten der Südosteuropa-Forschung weitertreibende Fragen und methodische Impulse gegeben hat.

Zu beginnen ist dabei mit einer Feststellung, die ihre Gültigkeit meines Erachtens nach nicht verloren hat und die gleichsam so etwas wie einen roten Faden darstellt, der die Sundhaussensche Beschäftigung mit der Region durchzieht – zu konstatieren nämlich ist das seltsam gespannte Verhältnis, der Graben gewissermaßen, welcher die historische Südosteuropa-Forschung lange Zeit von der allgemeinen Entwicklung der Zunft trennte und welcher, wie ich denke, auch heute noch nicht wirklich überwunden ist. Die historische Südosteuropa-Forschung hat sich zweifelsohne lange Zeit schwer getan, sich den Fragestellungen und methodischen Perspektiven der allgemeinen Geschichtswissenschaft anzuschließen, diese zu rezipieren und in einem komparativem Interesse für den eigenen Gegenstand nutzbar zu machen.

Dies zu ändern, dagegen anzuschreiben, scheint mir etwas zu sein, was geradezu programmatisch Sundhaussens Arbeiten prägt. Ein – verglichen mit seinen anderen Arbeiten – eher unpräziser, zudem nicht eben an prominentem Orte erschienener Aufsatz aus dem Jahre 1988 – sein Aufsatz „Von der Politikgeschichte zur Gesellschaftsgeschichte: Defizite und Aufgaben einer historischen Balkanforschung“¹ – lässt in der rückschauenden Lektüre aus meiner Sicht jene Linien erkennen, mit denen Sundhaussen damals nicht nur neue Ansprüche an die Zunft der Südosteuropa-Historiker formulierte, sondern die sich gleichsam als self-fulfilling prophecy durch seine eigenen Arbeiten

hindurch ziehen. Das Projekt einer Gesellschaftsgeschichte des Balkans – dies umschreibt gewissermaßen den Weg und das Ziel des Sundhaussenschen Oeuvres: Von einer zunächst noch stark ideengeschichtlich geprägten Beschäftigung mit dem Nationalismus in seiner Dissertation über Herder und die Südslawen hin zu einer sozialwissenschaftlich fundierten und angeleiteten Nationalismusforschung, die immer noch zu seinen prominenten Themen gehört; von einer „klassischen“ Wirtschaftsgeschichte in seinen Arbeiten zum Ustaša-Staat, zur frühneuzeitlichen Agrarverfassung Südosteuropas oder zur Preisrevolution im Osmanischen Reich hin zu einer sich an der *longue durée* interessiert zeigenden Entwicklungsgeschichte des Balkan, von einer an „Bielefelder“ Kategorien der Sozialgeschichte angelehnten Beschäftigung mit Gesellschaft, beispielsweise in den Arbeiten zur Sozialgeschichte Serbiens, hin zu einem sich gerade in jüngeren Arbeiten – etwa zu den nationalistischen Mythen – zunehmend auch der kulturellen und symbolischen Dimension historischer Realität offen zeigenden Konzept der Geschichtsbetrachtung: In diesen Linien seiner eigenen Forschungsentwicklung spiegelt sich der 1988 eingeforderte Anspruch an die historische Balkanforschung wider.

Zwei methodische Prinzipien leiteten alle seine Arbeiten stets an: Zum einen das Interesse an einer die großen Linien der Entwicklungsgeschichte des Balkans in den Blick nehmenden Geschichtsbetrachtung. Zum zweiten die implizit oder explizit stets vergleichende Perspektive, einer vergleichenden Perspektive als innerbalkanischer Vergleich, aber auch als steter Versuch der Einbettung der südosteuropäischen Geschichte in den Problemhorizont einer europäischen Geschichte.

Beides – und hier sehe ich den entscheidenden Beitrag Sundhaussens zu einer irgendwann einmal zu schreibenden Geschichte der deutschen Südosteuropaforschung – hat nicht nur eine Vielzahl an empirischen Studien zu lange vernachlässigten Fragen stimuliert, sondern vor allem der historischen Südosteuropaforschung als ganzer einen erheblichen methodischen Reflexionsschub verliehen. Dass die beiden methodischen Anliegen, denen sich Sundhaussen in seinen Arbeiten verschrieben hat, dabei zugleich auch Fallstricke und Gefahren bergen, das hat die seit längerem unabhängig von Südosteuropa in der Historikerzunft geführte Diskussion um Sozialgeschichte versus Kulturgeschichte, um Strukturgeschichte oder Historische Anthropologie, um Konstruktivismus versus Theorie deutlich gemacht. Zwei dieser Probleme, die sich meines Erachtens bei allem Zugewinn an Präzision auch in Sundhaussens Arbeiten bisweilen widerspiegeln, seien hier nur angedeutet.

Zum einen handelt es sich um das Problem der „großen Erzählung“, zu welcher die Suche nach der *longue durée*

und den großen Entwicklungslinien der Balkan-Geschichte verleitet. Wer aus heutiger Perspektive einzelne der Sundhaussenschen Arbeiten zur Modernisierungsgeschichte Südosteuropas liest (etwa den Aufsatz „Über Nutzen und Nachteil der phasenverschobenen Übernahme von Ergebnissen der agrarischen und industriellen Revolution“²), der erkennt – zumindest als underlying assumption – auch die Konturen eines vielleicht doch allzu sehr den fortschrittsoptimistischen Fallstricken der Modernisierungstheorie erliegenden Bildes. Und diese Gefährdung der Suche nach der „großen Erzählung“ ist vielleicht auch gar nicht zu umgehen, wenn man – wie Sundhausen dies nicht ohne gute Gründe tut – an dem Ziel der Suche nach den langen Wellen der Geschichte festhält. Das Einklagen der gesellschaftsgeschichtlichen Perspektive, die Suche nach der Lang- oder Kurzlebigkeit historischer Prägungen, nach Kontinuitäten und Brüchen, sie verführt, ja, sie verlangt vielleicht auch eben diese große Erzählung.

Zum zweiten – und dies hat die jüngste Kontroverse zwischen Sundhausen und Maria Todorova (eine der seltenen methodischen Kontroversen in unserem Fach im Übrigen) noch einmal deutlich gemacht – ist es sicherlich der Vergleich, von dem eigentlich alle seine Arbeiten getragen sind, der immer auch zugleich Probleme aufwirft. Er sei, so hat Sundhausen unlängst formuliert, kein Anhänger der „Varianten-Theorie“, welche in der Geschichte des Balkans lediglich eine unvollkommene und verspätete Europäische Geschichte zu erkennen glaubt, und er hat sich damit gegen den Verdacht einer allzu bedenkenlosen Unterordnung der Balkan-Geschichte unter ein westeuropazentristisches Modell des Geschichtsverlaufs zur Wehr gesetzt. Er hat dies sicherlich zu Recht getan, aber – und dies sollte bei Leibe nicht als vorwurfsvoller Unterton missgedeutet werden – dem methodischen Dilemma zwischen Vergleich und Eigen-Sinn, zwischen dem Vermessen der balkanischen Geschichte im Problemhorizont der europäischen Geschichte und dem Verstehen des Balkans aus sich heraus, müssen sich auch die Sundhaussenschen Arbeiten meines Erachtens stellen. Bei aller kategorialen wie empirischen Differenziertheit, mit der er diesen Vergleich implementiert – der Ansatz selbst steht immer in der Gefahr, im Ergebnis einer Balkan-Geschichte als Verlustgeschichte zu enden.

Die Kritik der kulturwissenschaftlichen Wende an der „klassischen Sozialgeschichte“ und ihren Narrationsprinzipien hat denn auch die Südosteuropa-Forschung erreicht, und implizit oder explizit damit auch jene Art der Südosteuropa-Forschung, wie sie Sundhausen betreibt. In der Grazer Schule um Karl Kaser hat sich so etwas wie die historisch-anthropologische Alternative zur Strukturorientiertheit und zum komparatistischen Erkenntnisinteresse Sundhaussenscher Herkunft gebildet. Auf das Soll und Haben beider Ansätze ist hier nicht einzugehen. Auffällig und durchaus ermutigend aber scheint mir eines zu sein: Die bisweilen verbissene Lagermentalität, mit welcher diese Kontroverse in der allgemeinen Historikerzunft bisweilen ausgetragen wird (ich erinnere an die jüngste Auseinandersetzung zwischen Hans Ulrich Wehler und Ute Daniel³), sie fehlte der Südosteuropa-Forschung. Dies liegt wohl nicht primär an dem schon personell intimeren

Charakter unseres Faches, sondern an etwas anderem: Kultur hat als Faktor gerade auch in einer sich sozialgeschichtlich verstehenden Südosteuropa-Forschung immer schon eine bedeutendere Rolle gespielt als dies in der vergleichenden Sozialgeschichte Bielefelder Couleur der Fall war. Sie spielte, und auch hier hat gerade Sundhausen wichtige Impulse vermittelt, eine ungleich stärkere Rolle als Variable im Erklärungstableau der südosteuropäischen Geschichte. Man denke auch hier etwa an Sundhaussens Arbeiten zur Agrarmodernisierung der Balkan-Staaten oder zur Bildungsgeschichte, in denen er gerade den kulturellen und mentalen Faktoren eine herausragende Bedeutung als Modernisierungsvariable beigemessen hat oder auch an sein jüngstes Interesse an der gesellschaftlichen Bedeutung des Religiösen für die Entwicklungsgeschichte des Balkan. Sein Verständnis von Gesellschaftsgeschichte des Balkan erweist sich so als ungleich leichter andockfähig an die Kultur als dies in der allgemeinen historischen Debatte der Fall zu sein scheint.

Und vielleicht ist dies ja ein Indiz dafür, dass sich damit erstmals das Verhältnis zwischen allgemeiner Geschichte und Südosteuropaforschung umdreht: Dass die Südosteuropa-Forschung methodisch flexibler, ja innovativer agiert als die allgemeine Zunft-Entwicklung. Dazu beigetragen zu haben, das wäre dann wohl das größte Verdienst, das man Sundhausen bescheinigen könnte.

Wir würdigen hier und heute nicht das Lebenswerk Holm Sundhaussens, denn dafür ist es, Gott sei Dank, zu früh. Es ist ein Zwischenresümee eines noch ungebrochen aktiven, diskussionsfreudigen und auch streitlustigen Wissenschaftlerlebens. Und so kann dieser Versuch eines Blicks auf Sundhaussens Beitrag zur Südosteuropa-Forschung denn auch guten Gewissens mit einem Wunsch an den Jubilar enden, dem Wunsche nämlich, jene Fragen, die er für uns alle, jüngere wie ältere, Nachwuchswissenschaftler und Arriviertere, in den vergangenen Jahren stets in so anregender und innovativer Weise angestoßen hat, mit uns auch in Zukunft mit gleichem Engagement und Leidenschaft in der Sache weiter zu diskutieren.

Wolfgang Höpken ist Professor für Ost- und Südosteuropäische Geschichte an der Universität Leipzig und Direktor des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig.

¹ Holm Sundhausen: Von der Politikgeschichte zur Gesellschaftsgeschichte: Defizite und Aufgaben einer historischen Balkanforschung. In: Südosteuropa-Mitteilungen 28 (1998), S. 333–339.

² H. Sundhausen: Die verpaßte Agrarrevolution. Aspekte der Entwicklungsblockaden in den Balkanländern vor 1945. In: Roland Schönfeld (Hrsg.): Industrialisierung und gesellschaftlicher Wandel in Südosteuropa. München 1989, S. 45–60.

³ Hans-Ulrich Wehler: Ein Kursbuch der Beliebigkeit. Eine neue Kulturgeschichte lässt viele Blumen blühen – aber die schönsten leider nicht. In: DIE ZEIT Nr. 31 vom 26. Juli 2001, S. 37–38; Ute Daniel: Kompendium Kulturgeschichte. Theorie, Praxis, Schlüsselwörter. Frankfurt/M. 2001.

Nationsbildung und Nationalismus in Südosteuropa aus Berliner Sicht

Fikret Adanır, Bochum

Lieber Holm, meine Damen und Herren,
Der Jubilar hat sich mit verschiedenen Aspekten von Nationsbildung und Nationalismus in Südosteuropa seit den frühen 70er Jahren intensiv befasst, und es kann ohne Übertreibung gesagt werden, dass die nationalstaatlichen Entwicklungen auf dem Balkan ebenso wie deren ethnonationalistische Auswüchse seit 1989 kaum einen profunderen Interpreten als Holm Sundhaussen gefunden haben.

Die Auseinandersetzung mit der Nationsbildung

Diese Beschäftigung mit einem derart komplexen Problem wie dem Prozess der Nationsbildung und -werdung schlug sich in einer großen Anzahl von Publikationen nieder, die ihre politische Aktualität und wissenschaftliche Relevanz noch lange bewahren werden. Ich selbst ziehe Holm Sundhaussens Studie über den „Einfluss der Herderschen Ideen auf die Nationsbildung bei den Völkern der Habsburger Monarchie“¹ immer wieder zu Rate und bin jedesmal von der Reife dieser Erstlingsarbeit beeindruckt. In dieser Phase war Sundhaussen noch vornehmlich damit befasst, eine gründliche Kritik an der bisherigen, vor allem deutschen Forschung zu üben, die in Anlehnung an Herder und diverse Vorstellungen der politischen Romantik der Konstituierung der Kulturnation Vorrang vor der Konstituierung der politischen Nation einzuräumen pflegte. In pointierter Abweichung von dem Typus der „erwachenden Sprachvölker“ wies Holm Sundhaussen auf die Tatsache hin, dass das Verlangen nach linguistischer Gleichberechtigung bloß als Artikulation einer sozialen Gruppe zu begreifen sei, „die sich in ihren Aufstiegs- und Entfaltungsmöglichkeiten behindert fühlte.“² Folgerichtig wurde dann die „Interferenz von geistig-kultureller und sozioökonomischer Sphäre“ zu der „eigentlichen Kernfrage der Nationsbildung“ erklärt³ und auf den entscheidenden Interessenkonflikt „zwischen den aufsteigenden Gruppen der ‚kleinen‘ und den arrivierten Gruppen der ‚herrschenden‘ Nation“ verwiesen, „der mit einem sprachlichen oder religiösen Unterschied zusammenfallen konnte.“⁴

Aufschwung der Nationalismusforschung

Der eigentliche Aufschwung der westlichen Nationalismusforschung fiel bekanntlich in die 80er Jahre, als Autoren wie Gellner, Anderson und Hobsbawm ihre theoretischen Hauptwerke vorlegten. In der nunmehr intensivierten Diskussion brauchte sich aber unser Jubilar keineswegs zu verstecken, vielmehr dürfte er sich ermuntert gefühlt haben. Denn die genannten Autoren „weisen die [romantische] Vorstellung zurück, Nationen seien konstante, in ihren wesentlichen Charakterzügen unveränderbare Entitäten. Sie alle betrachten Nationen als relativ junge historische Phänomene“, wie Holm Sundhaussen emphatisch herausstellte.⁵

Auch die Beziehung zwischen Ethnien und Nationen

wurde von ihm von nun an immer wieder thematisiert und möglichst präzise bestimmt: „Nationen gehen zwar zumeist aus älteren Ethnien hervor“, so Sundhaussen, „doch bedeutet dies nicht, dass die Ethnie eine bloße Vor- oder Frühform der Nation wäre, wie umgekehrt die Nation keine später oder höher entwickelte Form der Ethnie ist. (...) Es gibt Nationen, die sich aus mehreren Ethnien zusammensetzen; und es gibt alte, traditionsreiche Ethnien, die sich nie zu Nationen entwickelt haben.“⁶

Renaissance des Ethnonationalismus

Doch der Umbruch in Osteuropa führte zu einer veritablen Renaissance des Ethnonationalismus, was Sundhaussen geradezu herausforderte, seine bisherigen Überlegungen an den neuen Realitäten zu messen und gegebenenfalls neu zu akzentuieren. Ohne Frage, die Eliten hatten in Südosteuropa das ethnisch-objektiv begründete deutsche Nationsmodell übernommen. Ein solches Modell war aber gerade für diese Region nicht geeignet. Was „den Nationsbildungsprozessen in Südosteuropa ihre ungemene, bis zur Gegenwart anhaltende Dramatik verleiht, ist der Umstand, dass weite Teile der Region durch extreme ethnische Gemengelage charakterisiert sind. Die Konstruktion ‚kulturell-objektiver‘ Nationen in einer solchen Region stellte einen Sprengstoff ersten Ranges dar, denn sie implizierte die Entflechtung der ethnischen Gemengelage.“⁷ Es sind Formulierungen dieser Art, die Maria Todorova veranlasst haben, Sundhaussen vorzuhalten, er betrachte den Balkan als eine Region sui generis.⁸

Aber Sundhaussen bleibt seinen bisherigen nationalismusgeschichtlichen Interpretationen treu, indem er nunmehr sogar beginnt, das Recht auf Selbstbestimmung und auf Begründung eines eigenen Nationalstaats in Frage zu stellen. Denn „die ‚Legitimierung‘ moderner Staaten mit Hilfe der nationalen Selbstbestimmung zielte (und zielt) tendenziell auf die ethnische Homogenität der jeweiligen Bevölkerung, sofern die Nation nicht ‚politisch-subjektiv‘, sondern eben ‚kulturell-objektiv‘ verstanden ... wird.“⁹ Und „wer vermeintlich objektive Merkmale ins Zentrum des Nationsverständnisses rückt, kommt früher oder später gar nicht umhin, die Bevölkerung ethnischer Mischzonen durch eine Art nationaler Flurbereinigung auseinander zu dividieren“, was letztlich zu ethnischen Säuberungen führt.¹⁰

Ein besonderes Problem sei dabei, dass das Verständnis der Nation als kulturell-objektives Gebilde „weit in die Vergangenheit zurückprojiziert“ werde. Dies gehe Hand in Hand „mit der Propagierung identitätsstiftender Mythen und Legenden ..., die das Fundament des neuen Gemeinschaftsbewußtseins bildeten.“¹¹ Ein derartiger Nationalismus, der im östlichen Europa schon seinem Ursprung nach

elitär sei, könne keineswegs der Emanzipation des Bürgers dienen, wohl aber der Emanzipation einer kleinen Schicht, eben der neuen politischen und kulturellen Elite.

Dieser Nationalismus sei ferner grundsätzlich nach außen gerichtet, gegen die habsburgische oder osmanisch-türkische Fremdherrschaft, und dann auch gegen die Nachbarn und die eigenen Minderheiten. Auch nach erfolgter Nationsbildung habe man sich von dieser Außenorientierung nie richtig befreien können, und folglich sei der Nationalismus auf dem Balkan ein Herrschaftsinstrument geblieben.

Nicht zuletzt mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen in Palästina gewinnt in meinen Augen eine Beobachtung von Sundhaussen besondere Bedeutung, welche die komplizierte Beziehung zwischen vielfältigen Ängsten und Opfer-Mythen einerseits, und der Virulenz des durch diese Mythen stimulierten Nationalismus andererseits thematisiert.¹² Denn die „Angst, selber Opfer der Gewalt zu werden“, helfe „die psychologische Schwelle zu überwinden, die der Gewaltanwendung vorgeschaltet ist“.¹³

Diese Einsichten haben Sundhaussen dazu verholfen, überzeugende Analysen nicht nur der Problematik ethnischer Säuberungen in Bosnien-Herzegowina, sondern auch in Bezug auf das ebenso komplizierte Kosovo-Problem vorzulegen.¹⁴ Bei aller Betonung zivilgesellschaftlicher Defizite hat er sich dabei nicht dazu verleiten lassen, „das Ausmaß der Gewaltbereitschaft auf dem Balkan mentalitätsbedingt unter Hinweis auf ein ‚illyrisches Sozialparadigma‘ bzw. auf das patrilineare ‚balkanische Patriarchat‘, auf Männlichkeitskult, Tradierung heroischer Ideale, Türkenkampf, Partisanenkrieg usw. zu erklären“.¹⁵ Das bedeutet aber nicht, dass Strukturen im Konzept Sundhaussens keine Rolle spielen. Als Bewunderer von Fernand Braudel operiert er doch gern mit dessen Konzept von *longue durée*. Damit wird der Blick auf Kontinuitäten gelenkt, und deshalb ist es auch kaum zu übersehen, dass die ethnonationalistischen Auseinandersetzungen in Südosteuropa zu einem Gutteil auf Modernisierungsdefizite der Region zurückgeführt werden.

Trotzdem überwiegt die kulturell-politische Überdeterminierung. Folgende Feststellung ist für das Stadium, zu dem „Nationsbildung und Nationalismus in Südosteuropa aus Berliner Sicht“ inzwischen gelangt ist, durchaus bezeichnend:

Die Geschichte der Balkanländer während der letzten 100 Jahre wäre vermutlich anders verlaufen, wenn nicht das „deutsche“ Nationsverständnis mit dem „französischen“ Staatsverständnis, sondern umgekehrt das „französische“ Nations mit dem „deutschen“ Staatsverständnis kombiniert worden wäre. Konkret hätte dies bedeutet: Nation wird nicht als „Bluts“- , sondern als „Wahlverwandtschaft“ verstanden und der Staat wird nicht zentralistisch, sondern als Bundesstaat organisiert, so dass historisch gewachsene Regionen ein verbrieftes Mitspracherecht erhalten.

In der Realität ist das Gegenteil geschehen, und das 20. Jahrhundert scheint daher zu enden, wie es begonnen hat: Mit staatlicher Fragmentierung und fortschreitender „Balkanisierung“, mit ethnonationalen Bevölkerungsverschiebungen, Ausbreitung nationalistischer Gewalt und zunehmender ethnonationaler Schließung.¹⁶

Lieber Holm, das 20. Jahrhundert haben wir längst hinter uns gelassen. Ich wünsche mir, dass Du in den kommenden Jahrzehnten genug Anlass finden wirst, mit ebenso großem Engagement wie bisher ein optimistischeres Bild von den nationalen Verhältnissen in Südosteuropa zu entwerfen. In diesem Sinne wünsche ich Dir alles Gute.

Fikret Adanır ist Professor für Geschichte Südosteuropas unter besonderer Berücksichtigung der osmanisch-türkischen Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

¹ Holm Sundhaussen: Der Einfluss der Herderschen Ideen auf die Nationsbildung bei den Völkern der Habsburger Monarchie. München 1973.

² Holm Sundhaussen: Sozio-ökonomische und kulturelle Grundlagen der Nationsbildung in Ostmittel- und Südosteuropa. In: Deutsch-rumänisches Colloquium junger Historiker, Kulturhistoriker und Zeitgeschichtler. München 1974, S. 102.

³ Ebd., S. 98.

⁴ Ebd., S. 103.

⁵ Holm Sundhaussen: Nationsbildung und Nationalismus im Donau-Balkan-Raum. In: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 48 (1993), 234–235.

⁶ Ebd., S. 238.

⁷ Holm Sundhaussen: Ethnonationalismus in Aktion: Bemerkungen zum Ende Jugoslawiens. In: Geschichte und Gesellschaft 20 (1994), S. 402–423, hier S. 407.

⁸ Maria Todorova: Der Balkan als Analysekategorie: Grenzen, Raum, Zeit. In: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 470–492.

⁹ Holm Sundhaussen: Ethnonationalismus in Aktion, S. 408.

¹⁰ Ebd., S. 407.

¹¹ Ebd., S. 411.

¹² Ebd., S. 419.

¹³ Ebd., S. 422.

¹⁴ H. Sundhaussen: Kosovo: „Himmlisches Reich“ und irdischer Kriegsschauplatz. Kontroversen über Recht, Unrecht und Gerechtigkeit. In: Südosteuropa 48 (1999), S. 237–257. Vgl. auch ders.: Bevölkerungsverschiebungen in Südosteuropa seit der Nationalstaatswerdung (19./20. Jh.). In: Wolfgang Höpken (Hrsg.): Zwangsmigrationen in Mittel- und Südosteuropa. Leipzig 1996, S. 25–40 (=Comparativ 6 [1996], H. 1).

¹⁵ Holm Sundhaussen: Ethnonationalismus in Aktion, S. 421.

¹⁶ Holm Sundhaussen: Bevölkerungsverschiebungen in Südosteuropa, S. 38.

Holm Sundhaussen und die Geschichte Jugoslawiens

Karl-Heinz Schlarp, Dresden

Der 60. Geburtstag ist sicher ein guter Anlass, auf das Geleistete zurückzublicken, es einzuordnen und zu würdigen. Jugoslawien und seine Völker als zentraler Gegenstand der wissenschaftlichen Arbeit des Jubilars kann mit Fug und Recht als ein „weites Feld“ bezeichnet werden, und dennoch ist die Geschichte mittlerweile darüber hinweggegangen. Der Rückblick auf eine mehr als 30-jährige Beschäftigung mit Jugoslawien fällt nämlich zusammen mit dessen stillem Ende anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zur Gründung des Staatenbundes „Serbien und Montenegro“ am 14. März 2002. Nach mehr als zehn Jahren Lebensverlängerung als Rest-Staatsgebilde im Schatten der politischen und militärischen Auseinandersetzungen wurde nun auch der geschichtsträchtige Name aufgegeben. Damit ist der „Kampf um Titos Erbe“, fast 22 Jahre nach seinem Tod, entschieden, nachdem Kenner längst den Abgesang auf die gescheiterte Verheißung Jugoslawien angestimmt hatten. Holm Sundhaussens Interesse an Jugoslawien hat in der persönlichen Erinnerung aber auch eine lebensgeschichtliche Seite, die seit Anfang der 70er Jahre auf einer engen Verbindung zwischen Hamburg und München beruhte. Seine wissenschaftliche Beschäftigung mit Jugoslawien war zudem frühzeitig begleitet von persönlichen Eindrücken und Erfahrungen mit diesem Land und natürlich Kontakten zu Kollegen in Ljubljana, Zagreb und Belgrad. Holm Sundhaussen hat die räumliche Nähe von München aus ebenso genutzt wie die relative Freizügigkeit des Landes seit den 70er Jahren, um sich aus erster Hand ein Bild vom „Experiment Jugoslawien“ zu machen, das damals im Westen mit Interesse und Sympathie betrachtet wurde, und ein erweitertes Verständnis für die jugoslawischen Probleme zu gewinnen. Mich hat dieser vielseitige Zugang zu Jugoslawien sehr beeindruckt und wohl auch den Ausschlag gegeben, dass ich mich wissenschaftlich Südosteuropa zugewandt habe. Ebenso unvergessen sind mir die Streitgespräche mit unserem serbischen Freund Milija Pajević aus Kiel über die „jugoslawischen Verhältnisse“, zu denen sich später Wolfgang Höpken hinzugesellte, und nicht zuletzt die Abende, an denen Holm zu vorgerückter Stunde Partisanenlieder und jugoslawische Volksweisen anstimmte.

In München fand Holm Sundhaussen die besten Voraussetzungen für das Studium der Geschichte, Kultur und Sprachen Südosteuropas bei den damals renommiertesten Vertretern der Fachrichtung. Sein Forschungsinteresse richtete sich zunächst auf den von Hitler und Mussolini 1941 ins Leben gerufenen Unabhängigen Staat Kroatien (USK) und seine Rolle in der nationalsozialistischen Kriegspolitik sowie der Großraum- bzw. Kriegswirtschaft. Das Konzept einer deutschen Großraumwirtschaft und die Versuche einer ökonomischen Durchdringung der südosteuropäischen Agrarstaaten fanden in den 70er Jahren bei der Zeitgeschichtsforschung ebenso großes Interesse

wie Fragen der Besatzungsherrschaft des Dritten Reiches in Europa – unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ausbeutung. 1971–73 hat Holm Sundhaussen bereits drei Aufsätze – einer davon auf serbokroatisch – über deutsche Polizei- und Geheimdiensttätigkeit in Kroatien und Rekrutierungen für die SS sowie über Südosteuropa in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft am Beispiel des USK veröffentlicht, sich in weiteren Beiträgen aber auch mit den „wirtschaftsfriedlichen“ Expansionsversuchen in Richtung Südosten während der 30er Jahre befasst.

Die ersten wissenschaftlichen Gehversuche unseres Jubilars standen also in einem gewichtigen Forschungszusammenhang – mit einem Extra-Schwerpunkt „Jugoslawien und das Dritte Reich“ – und mussten sich sogar international bewähren. Beiträge aus der Bundesrepublik sahen sich nämlich mit Forschungen aus dem angelsächsischen Bereich, der DDR und aus Jugoslawien selbst konfrontiert. Besonders zu erwähnen wäre in diesem Zusammenhang die berühmte Belgrader Tagung vom September 1975 über „Jugoslawien und das Dritte Reich“, an der wir gemeinsam teilgenommen haben, und auf der die wichtigsten Fachleute aus ganz Europa sowie eine Reihe von Zeitzeugen vertreten waren. Dies war nicht nur eine sehr beeindruckende Veranstaltung mit einem pompösen Rahmenprogramm, es wurden auch manche Kontroversen ausgefochten – zumal zwischen westdeutschen und ostdeutschen bzw. jugoslawischen Kollegen. Holm Sundhaussens auf serbokroatisch vorgetragenes Referat über das deutsch-kroatische Clearing wurde als Forschungsbeitrag eines jungen deutschen Historikers zu einem speziellen Aspekt der wirtschaftlichen Ausbeutung mit Interesse und Wohlwollen aufgenommen. Im Tagungsband „The Third Reich and Yugoslavia 1933–1945“ ist der Beitrag dann in einer erweiterten Fassung auf Deutsch erschienen. In lebhafter Erinnerung ist mir Belgrad auch von einem gemeinsamen Archivaufenthalt im Sommer 1976 geblieben, den wir neben interessanten Gesprächen mit jugoslawischen Kollegen zu historisch inspirierten Ausflügen nach Novi Sad und Požarevac genutzt haben.

Trotz aller Anerkennung hat Holm Sundhaussen damals die für das Fortkommen eines jungen Wissenschaftlers unerfreuliche Erfahrung machen müssen, dass die Beschäftigung mit Deutschland und Jugoslawien während der Zeit des Dritten Reiches „heikel“ sein konnte, wenn unangenehme Wahrheiten auf die Empfindlichkeiten bestimmter Professoren stießen, die in der Kontinuität der Südostforschung seit der Zeit des Nationalsozialismus standen und kritische Stimmen zu bestimmten Vorgängen nur ungern hörten. Für Holm Sundhaussen bedeutete das, dass seine Forschungen über Kroatien im nationalsozialistischen Großraum von vornherein schlechte Aussichten hatten, zur Promotion angenommen zu werden. Aufgrund

von Vorarbeiten zum Thema „Herder und die Slawen“ gelang diese aber ohne großen Zeitverlust mit einer kulturhistorisch ausgerichteten Studie zur vergleichenden Nationalismusforschung. Nach dieser Erfahrung schien es unter den Münchner Gegebenheiten auch nicht ratsam, die Habilitation mit dem auf die wirtschaftlichen Aspekte beschränkten Kroatien-Thema anzustreben.

Von der zeitlichen Abfolge her sei noch erinnert an die Jahre 1973/74, als Holm Sundhaussen ein leider viel zu kurzes Gastspiel am Historischen Seminar in Hamburg hatte. Für mich war dies die Zeit des engsten Kontakts und des intensivsten Austauschs, der dazu führte, dass ich mich auf sein Anraten zur parallelen Bearbeitung des Themas „Wirtschaft und Besatzung in Serbien“ als Habilitationsschrift entschloss, obwohl unser gemeinsamer Chef, Klaus-Detlev Grothusen, eigentlich ein genuines Jugoslawien-Thema für mich vorgesehen hatte. Grothusen hat damals gerade den Jugoslawien-Band seines Südosteuropa-Handbuchs vorbereitet und daher auch die Aufmerksamkeit seiner Mitarbeiter auf Jugoslawien zu lenken versucht. Dabei zeigte sich Holm Sundhaussen in vielen Diskussionen als gestandener Jugoslawien-Kenner, der in der Argumentation oft die Oberhand behielt. Als Autor des ersten Handbuch-Bandes kam er gleichwohl nicht zum Zuge. Dafür hat er mit der Erstellung der Zeittafel einen ersten Schritt zur „Geschichte Jugoslawiens“ getan.

Bevor es jedoch zur Realisierung einer Überblicksgeschichte des jugoslawischen Staates kam, mussten die Forschungen über Kroatien im nationalsozialistischen Großraum abgeschlossen werden. Ausgehend von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der deutschen Hegemonie in Südosteuropa hat Holm Sundhaussen dabei die Ziele und die Praxis der deutschen Wirtschafts- und Ausbeutungspolitik im kroatischen Satellitenstaat sowie deren Auswirkungen auf die unterentwickelte kroatische Volkswirtschaft untersucht und ihre Grundlagen sowie die aus der faschistischen Neuordnung und einer verfehlten Politik resultierenden Produktionsschwierigkeiten und Marktstörungen erstmals umfassend aufgearbeitet. Danach überforderte die Einbeziehung Kroatiens in die deutsche Kriegsproduktion dessen wirtschaftliche Ressourcen völlig und brachte die Wirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs. Und je länger der Krieg dauerte, desto mehr entwickelte sich Kroatien zu einem reinen Zuschussgebiet. Das Fazit war, dass zum einen die Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im Zweiten Weltkrieg „ein krasses Beispiel für die Abhängigkeit der ökonomischen Entwicklung vom politischen Bezugssystem“ darstellt und zum anderen, „dass der Ausbeutung schwach industrialisierter Agrarländer enge ökonomische Grenzen gezogen sind und dass nach Überschreitung dieser Grenzen die Kosten schneller wachsen als der Nutzen“. Dass Holm Sundhaussen dabei die Auswirkungen innenpolitischer Faktoren und insbesondere des Partisanenkrieges gegenüber den strukturellen Schwächen der kroatischen Volkswirtschaft eher hintangestellt hat, ist teilweise von der Kritik moniert worden.

Unbestreitbar bleibt, dass die Konzeption der Großraum-Ergänzungswirtschaft auf einer völligen Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der südosteuropäischen Länder beruhte und diese nur durch einen Gütertransfer aus den besetzten westeuropäischen Ländern vor dem Ausbluten bewahrt werden konnten. Holm Sundhaussen hat darüber hinaus am Beispiel Kroatiens die destruktiven Folgen des direkten Eingriffs in das labile Gefüge eines Vielvölkerstaates sowie die Unfähigkeit aufgezeigt, das durch den Krieg verursachte Chaos zu meistern, fremde Ordnungsvorstellungen und Anforderungen mit den herrschenden Verhältnissen in Einklang zu bringen, und das „Scheitern einer Ausbeutungsstrategie“ (so der Untertitel) ebenso überzeugend begründet wie das unausweichliche Scheitern einer verfehlten Staatskonstruktion. Die Arbeit, mit der Holm Sundhaussen 1981 in Göttingen bei Gunnar Hering habilitiert wurde, hat jedenfalls Maßstäbe für alle weiteren Forschungen über die wirtschaftliche Großraumordnung des Dritten Reiches in Südosteuropa gesetzt. Aus diesem Zusammenhang sind außerdem noch kleinere Beiträge zur Judenvernichtung und zur Geschichte der Deutschen in Jugoslawien hervorgegangen.

Das Ende der Tito-Ära war für die Fachwelt außerhalb Jugoslawiens Anlass zur historischen Bestandsaufnahme des jugoslawischen Staates und damit auch zur Abfassung der „Geschichte Jugoslawiens 1918–1980“ von Holm Sundhaussen. Es gehört sicher zu den ebenso wichtigen wie schwierigen Aufgaben nicht nur des Osteuropa-Historikers, auch einmal eine zusammenfassende Darstellung der geschichtlichen Entwicklung und Komplexität seines ländermäßigen Forschungsschwerpunkts zu wagen. Immerhin haben auch die osteuropäischen Ländergeschichten seit Jahrzehnten eine gute Tradition, in die sich Holm Sundhaussen 1982 unter bedeutende Namen unseres Faches eingereiht hat. Eine Gesamtgeschichte Jugoslawiens in deutscher Sprache hatte es bis dahin noch nicht gegeben, allerdings war auch in Jugoslawien selbst ein derartiger Versuch erst zwei Jahre zuvor von Branko Petranović gewagt worden und im gesteckten politischen Rahmen ganz passabel ausgefallen. Das Problem einer solchen Darstellung – auch aus der Sicht eines Außenstehenden – war, dem interessierten Leser nicht nur Orientierung über die nationalen und politischen, die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und Konflikte zu geben, sondern auch die Einschnitte 1941/45, die Jahre des Bürgerkriegs, das problematische serbisch-kroatische Verhältnis, die Minderheitenfrage in der Zwischenkriegszeit, die Etablierung der kommunistischen Macht, die ökonomische Fragwürdigkeit des Selbstverwaltungssozialismus und vor allem die schwelende nationale Frage kritisch zu erörtern und in den Zusammenhang beider Teilgeschichten Jugoslawiens zu stellen. Dies hat Holm Sundhaussen konsequent getan und die Kontinuität der wichtigsten innenpolitischen Probleme zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Jugoslawien zum „roten Faden“ seiner Darstellung gemacht. Auf alle Fragen aus der jugoslawischen Geschichte konnte er natürlich nicht eingehen, auf viele hatte er keine gesicherten Antworten. Verständlicherweise liegen die Stärken dieses Buches im Bereich der eigenen Forschungsinter-

essen, und im Mittelpunkt steht der serbisch-kroatische Konflikt. Bei aller Unvollkommenheit, „das komplizierte Gewebe der jugoslawischen Geschichte zu entwirren“, ist Holm Sundhaussen hier eine gut verständliche Darstellung gelungen, die den Leser nicht überfordert und zuweilen sehr pointiert formuliert ist. Zwar musste mancher Sachverhalt vereinfacht wiedergegeben werden, die Grundprobleme Jugoslawiens, einschließlich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, werden dafür um so hartnäckiger verfolgt und dadurch das ungebrochene Spannungsverhältnis der so unterschiedlich geprägten südslawischen Teilgebiete durch sechs Jahrzehnte offengelegt.

Dass Jugoslawien in einer tiefen Krise steckte und weite Teile seiner Bevölkerung mit der inneren Verfassung des gemeinsamen Staates unzufrieden waren, war schon ein Jahrzehnt vor seinem Ende ebenso unübersehbar wie die Tatsache, dass sich auf dem Weg vom ersten zum dritten Jugoslawien – wenn man die Verfassung von 1974 als Veränderung der Staatskonstruktion nimmt – die innere staatliche Organisation sukzessive gelockert hat: vom unitaren über das föderale zum konföderalen Jugoslawien. Die treibende Kraft dieser Entwicklung waren die nationalen Sehnsüchte und Frustrationen der jugoslawischen Völker und die verschiedenen Befriedigungsversuche. Der Lockerungsprozess ging auch nach der Konföderalisierung weiter und endete in einer Austrittsbewegung aus dem gemeinsamen Staat. Den übrig gebliebenen Rumpfstaat benannte Slobodan Milošević 1992 in „Bundesrepublik Jugoslawien“ um. Der Staat Jugoslawien sollte einst das Nationalitätenproblem auf dem westlichen Balkan lösen, es war aber zugleich die Ursache für die anhaltende Instabilität jeder Lösung. Das lag nicht daran, dass die Lösung, der gemeinsame Staat in welcher Form auch immer, falsch gewesen wäre, sondern eher daran, dass die Problemlage hochkompliziert war. Dass sie eben, wie Holm Sundhaussen in Bezug auf die mangelnde Leistungsfähigkeit der kroatischen Wirtschaft während des Krieges nachzuweisen versucht hat, grundsätzlicher und struktureller Natur war, und dass daher die katastrophale Eskalation der nationalen Antagonismen zum Verständnis des Scheiterns auch des kommunistischen Jugoslawien und des Ausbruchs neuer blutiger Konflikte allein nicht ausreicht.

Dem gemeinsamen Staat, der als Dach über einem verschachtelten und verwinkelten Haus nach dem Ersten Weltkrieg vermutlich die einzig annehmbare Lösung darstellte, fehlten die einheitsstiftenden Kräfte, und die politische und wirtschaftliche Elite der drei führenden Völker war nicht in der Lage, einen die Einheit fördernden Modernisierungsprozeß in Gang zu setzen. Und auch der „Partisanen-Jugoslawismus“, verbunden mit der Hoffnung auf Erledigung der nationalen Frage durch Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft – von daher die weitgehenden Zugeständnisse an die nationalen Ideale – verhalfen dem transnationalen „Jugoslawentum“ nicht zum Durchbruch. Schließlich verstärkte die fragwürdige Verfassung von 1974, die durch Belebung des Föderalismus den Zusammenhalt festigen sollte, die zentrifugalen Tendenzen und markierte den Weg in den Zusammenbruch

des gemeinsamen Staates. Dies hat Holm Sundhaussen 1982 noch nicht ausdrücklich im Blick gehabt, und auch die verschärfende Wirkung des wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsgefälles von Norden nach Süden auf die nationalen Differenzen war so nicht abzusehen. Hierzu bedurfte es weiterer Wendepunkte, die das bevorstehende Ende Jugoslawiens markierten. Prognosen sind normalerweise auch nicht die Aufgabe des Historikers. Es war damals schon viel, dass in Anbetracht des hohen Ansehens, das Jugoslawien trotz Titos harter Diktatur genoß, die „Geschichte Jugoslawiens“ ein kritisches und ungeschminktes Jugoslawien-Bild vermittelte und für Studenten zu einem nützlichen Hilfsmittel werden sollte. Erst angesichts des drohenden Zerfalls Jugoslawiens dominierte die Perspektive einer „unbewältigten Vergangenheit“, d.h. die ungelöste bzw. „jugoslawisch“ nicht zu lösende nationale Frage. Diese Verschiebung der Perspektive durch das Ende des Kommunismus und der letzten Vielvölkerstaaten in Europa bewirkte schließlich ein gründliches Nachdenken über die Ursachen des Scheiterns und den Problemknoten des nationsintegrativen Versuchs der Südslawen, woraus sich auch eine Diskussion um den Stellenwert von Nationsbildung und Nationalismus in Südosteuropa entwickelte. An dieser Diskussion der Voraussetzungen und Folgen der nationalen Emanzipation und des Nationalstaates unter chaotischen Gegebenheiten – bei gleichzeitigem Zurückbleiben der demokratischen und gesellschaftlichen Emanzipation – ist Holm Sundhaussen bis heute intensiv beteiligt.

Zuvor muss allerdings noch ein Blick auf eine Pionierarbeit Holm Sundhaussens geworfen werden, die er in den Jahren vor der Berufung nach Berlin – also noch unbeeinträchtigt von universitären Verpflichtungen – mit der 1989 erschienen „Historischen Statistik Serbiens 1834–1914“ als einer empirischen Ausgangsbasis zur Erforschung der Modernisierungsproblematik auf dem Balkan geleistet hat. Hierbei wird deutlich, dass Serbien zwar einen erstaunlichen Aufstieg – eine Nations- und Staatsbildung – vom rückständigen mittelalterlichen Zwergstaat zu einem „Mittelstaat“ im europäischen Vergleich (wie Dänemark oder Ungarn) vollbracht hat und schließlich sogar zu einem Machtfaktor im Kampf um „Groß-Serbien“ bzw. Jugoslawien geworden ist, dass sich der sozioökonomische Fortschritt aber in engen Grenzen hielt und vor allem für die Modernisierung des Agrarsektors zu wenig getan wurde. Trotz der zweifellos schweren Bürde des osmanischen Erbes kann den serbischen Führungsschichten ein Versagen gegenüber den Problemen der Landbevölkerung vorgeworfen werden, während sie es an der Förderung ihrer politischen Machtinstrumente – Ausbau des militärischen und des bürokratischen Apparates und Verherrlichung des Nationalismus – nicht fehlen ließen. Damit hat Holm Sundhaussen in weiser Voraussicht auf den wunden Punkt hingewiesen, nämlich dass die nationale Emanzipation nicht mit einer Demokratisierung und gesellschaftlichen Emanzipation einherging und dass die nationalistische Mobilisierung nicht auf die institutionelle Sicherung der zivilen Gesellschaft und die Angleichung der Lebensbedingungen gerichtet war. So konnte von

Belgrad auch nach 1918 keine Bereitschaft zur Verständigung über gemeinsame Prinzipien des politischen Lebens und der Staatsgestaltung erwartet werden. „Beharrlich verschlossen sich die bürokratisch-militärischen Eliten den wiederholten Mahnungen einzelner, dass man ein Volk nicht mit politischen und nationalen Phrasen aus der Rückständigkeit herausführen könne.“ Dieser Satz könnte manchem Politiker der Region auch heute noch ins Stammbuch geschrieben werden.

Serbien eignete sich für die statistische Untermauerung der Schwierigkeiten eines kleinen Volkes an der südöstlichen Peripherie Europas, seinen sozioökonomischen Rückstand aufzuholen, besonders dadurch, dass es schon frühzeitig moderne statistische Methoden übernommen hatte und deren operative Bedeutung für die von der politischen Führung angestrebte Modernisierung des Landes erkannt wurde. So erstreckt sich die zeitliche Spannweite von der ersten Volkszählung im Jahre 1834 bis zum Ersten Weltkrieg und umfaßt in zunehmender Differenzierung des Datenmaterials die wesentlichen Bereiche einer sich erstaunlich rasch entwickelnden Gesellschaft. Das erklärte Ziel der Bearbeitung des Zahlenmaterials, das nur mit modernen EDV-Hilfsmitteln und ihrer methodisch-innovativen Anwendung zu erreichen war, war „eine Anatomie der serbischen Gesellschaft in Zahlen“. Damit das aufbereitete Datenmaterial auch angemessen entschlüsselt und interpretiert werden kann, hat Holm Sundhaussen jedem Teilbereich einen einführenden Textteil beigelegt und die zu beachtenden quellenkritischen Probleme erläutert. In einem aufschlußreichen Exkurs über die Berechnung des serbischen Bruttosozialprodukts unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg hat er zudem den fragwürdigen Umgang mit den Daten – falsche Auslegungen, willkürliche Korrekturen und Manipulationen – aufgezeigt und anhand eigener Berechnungen Überhöhungen von mehr als 50% festgestellt. Dadurch ist die Wirtschaftskraft Serbiens weit überschätzt worden, so dass die Bilanz ernüchternd ausfällt. Das politische und militärische Gewicht Serbiens hatte keine Entsprechung in der wirtschaftlichen und industriellen Leistungsfähigkeit. Zu Vergleichsmöglichkeiten ist es nicht mehr gekommen, da Holm Sundhaussen für die Fortführung der historischen Statistik der Balkanländer nicht mehr zur Verfügung stand und die besorgniserregende Entwicklung in Jugoslawien die Aufmerksamkeit der Fachwelt zunehmend in Anspruch nahm.

Nach den Vorgängen im Kosovo und der Beseitigung des Autonomie-Status, einem schlechten Omen für das Geschick Jugoslawiens, sowie den Unabhängigkeitserklärungen des slowenischen und des kroatischen Parlaments vom Juli 1990 hat sich Holm Sundhaussen mit einem Artikel im „Journal für Geschichte“ über „Jugoslawiens Nationalismen in historischer Perspektive“ zu Wort gemeldet und eine punktgenaue Kurzfassung der Geschichte Jugoslawiens geliefert, die davon ausging, dass angesichts der Vielfalt der Völker und Regionen Jugoslawiens die Erfolgsaussichten einer jugoslawischen Nations- und Staatsbildung extrem gering waren. Nebenbei gesagt hat zur selben Zeit der jetzige serbische Ministerpräsident Zoran Djindjić in der Zeitschrift „Transit“ einen Beitrag

über den jugoslawischen „Nationalitäteneintopf“ veröffentlicht und ist auch zu einer düsteren Ahnung über das Ende dieser Geschichte gekommen.¹ Holm Sundhaussen spricht in seinem Artikel unmissverständlich von der fragwürdigen Konstruktion einer „dreinamigen Nation“, die eine „Mißgeburt“ gewesen sei, vom „Fehlstart in die Vereinigung“, vom „Krebsübel“ historischer Ansprüche zur Legitimierung territorialer Forderungen, vom fehlenden Grundkonsens über die Gestaltung des gemeinsamen Staates und von der Kurzsichtigkeit des Belgrader Zentralismus, vom hegemonialen serbischen Nationalismus und von der Frustration der Kroaten, und überhaupt von der gescheiterten Integration im ersten Jugoslawien. Und er stellt das zweite Jugoslawien unter das Motto der „Rückkehr der Vergangenheit“, die eine Lösung der nationalen Frage auch unter kommunistischem Vorzeichen verhindert habe. Die föderative Gestaltung Jugoslawiens nach historisch-nationalen Kriterien und die Instrumentalisierung der Nationalismen zum Machterhalt, die ökonomische Ineffizienz des bürokratisierten Selbstverwaltungs-Modells, die Verfolgung partikularer Interessen und der wirtschaftliche „Verteilungskampf“ zwischen den jugoslawischen Völkern haben danach die nationale Verselbständigung und Separation gefördert. Mit dem Nachlassen der diktatorischen Gewalt und der Aufweichung des Systems des nationalen Ausgleichs fielen auch die Schranken des nationalen Egoismus. Doch die von Holm Sundhaussen erhoffte Einigung auf einen Kompromiß, die Umwandlung Jugoslawiens in einen Staatenbund, um wenigstens die zu befürchtenden blutigen Konflikte der Trennung zu vermeiden, blieb aus. Die verschiedenen nationalen Programme waren nicht miteinander vereinbar, und für eine zivilisierte Austragung und Regelung der nationalen Differenzen fehlten im kommunistischen Jugoslawien elementare Voraussetzungen – vor allem aber einsichtige und verantwortungsbewußte Politiker.

Die folgenschweren Konstruktionsfehler der drei Jugoslawien, verbunden mit der Einsicht, dass die Schaffung einer synthetischen Nation der „Jugoslawen“ nicht gelungen ist und die Staatsideologie des „Jugoslawismus“ wohl schon 1918 überholt war, da sie nicht in einer nationalen Massenbewegung verankert werden konnte, hat sich erst in Holm Sundhaussens letztem Jugoslawien-Buch über das „Experiment Jugoslawien“ (1993) niedergeschlagen, in dem er wiederum in geraffter Form sein Augenmerk auf die zwischennationalen Beziehungen richtete. Dabei fanden auch die historischen Wurzeln des jugoslawischen Staates sowie das Problem des modernen Nationalismus stärkere Berücksichtigung. Da letzterer nach französischem Modell Nation und Staat zur Deckung bringen wollte, musste es in der ethnischen Gemengelage Südosteuropas unweigerlich zu Verletzungen des Selbstbestimmungsrechts und zu „ethnischen Säuberungen“ kommen. Nach dem Ende der großen Vielvölker-Monarchien im Ersten Weltkrieg könnte eine Neuschöpfung an sich schon als Anachronismus erscheinen. Nur die Serben akzeptierten die Karadjordjević-Dynastie voll und ganz und ließen anderen nationalen Regungen wenig Raum. Die „dreinamige Nation“ blieb

eine Fiktion. Sowohl die Königsdiktatur als auch das Tito-Regime haben die „kritische Masse“ des nationalen Konfliktpotentials schließlich einfach tiefgefroren und auf die Erledigung der nationalen Frage durch eine höhere Logik gehofft. Ansätze eines „politisch-subjektiven“ Nationsverständnisses waren nach 1945 durchaus vorhanden, Titos Zugeständnisse an die Teilrepubliken verstärkten allerdings die Etatisierung und riefen damit auch die häßlichen alten Nationalismen wieder auf den Plan. So wurden nach den Konflikten des Zusammenlebens die Konflikte der Trennung schließlich doch unvermeidlich.

Das multiethnische Zusammenleben war im Tito-Jugoslawien offenkundig viel zerbrechlicher, als es von außen schien. Dass das „Experiment Jugoslawien“ gescheitert und nun auch der Forschungsgegenstand Jugoslawien verschwunden ist, mag man bedauern, die nationale Zersplitterung war nach der Abdankung des Kommunismus und seinem die nationale Separation begünstigenden Föderalismus wohl nicht zu verhindern. Das Unheil, das dabei über die jugoslawischen Völker gekommen ist, aber war das Werk schlimmer nationalistischer Entgleisungen und skrupelloser Drahtzieher unter den Machthabern der Teilrepubliken, die dem hier genährten „Moloch Ethnonation“ frönten und bewußt die Demontage Jugoslawiens betrieben. Dieses letzte Kapitel der jugoslawischen Geschichte, die post-jugoslawischen Konflikte und die „Nachfolgekriege“ mit ihren besonderen Tücken und Untiefen, erfordert noch einmal den Scharf- und Weitblick des erfahrenen Südosteuropa-Historikers. Vielleicht wird sich Holm Sundhaussen das letzte Kapitel der Geschichte Jugoslawiens, seine Demontage um den Preis exzessiven Blutvergießens und massiver Zerstörungen, also den „Ethnonationalismus in Aktion“ und seine Profiteure, noch einmal im Zusammenhang der zehn Jahre jugoslawischer Nachfolgekriege vornehmen. Eigentlich ist er das „Verstehen lernen“, warum alles so gekommen ist oder kommen musste, diesem Land nach mehr als 30 Jahren des vertrauten Umgangs und der kritischen historischen Analyse schuldig. Vielleicht wird er diese jüngsten Ausbrüche von extremer Gewalt und Grausamkeit aber auch in eine umfassendere Konfliktgeschichte des Balkans einordnen, die mit der Übernahme der westlichen Formel von Nation und Nationalismus eine neue Qualität bekam und zu tödlichen Konfrontationen führte. Wir dürfen also gespannt sein.

Ich wünsche meinem alten Freund Holm Sundhaussen jedenfalls dafür wie für alle anderen verbleibenden Aufgaben noch viele gute Jahre, natürlich Gesundheit und Schaffenskraft, dabei aber nicht zu vergessen auch ein unverzichtbares Maß an Lebensfreude.

Karl-Heinz Schlarp ist Professor für Zeitgeschichte Osteuropas an der Technischen Universität Dresden.

Zitierte Publikationen in chronologischer Reihenfolge:

Holm Sundhaussen: Zur Geschichte der Waffen-SS in Kroatien 1941–1945. In: Südost-Forschungen 30. 1971, S. 176–196.

Ders.: Obaveštajna služba i policijski aparat Hajnriha Himlera u Nezavisnoj državi Hrvatskoj 1941–1945. In: Vojnoistorijski glasnik 23. 1972, S. 89–133.

Ders.: Der Einfluss der Herderschen Ideen auf die Nationsbildung bei den Völkern der Habsburger Monarchie. München 1973.

Ders.: Zeittafel. In: Klaus-Detlev Grothusen (Hrsg.): Jugoslawien. Göttingen 1975, S. 470–486 (= Südosteuropa-Handbuch, 1).

Ders.: Die Entwicklung des deutsch-kroatischen Clearings vom April 1941 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. In: Institute for Contemporary History (Ed.): The Third Reich and Yugoslavia 1933–1945. Belgrade 1977, S. 525–540.

Ders.: Geschichte Jugoslawiens 1918–1980. Stuttgart 1982.

Ders.: Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im nationalsozialistischen Großraum 1941–1945. Das Scheitern einer Ausbeutungsstrategie. 1983 (= Studien zur Zeitgeschichte, 23).

Ders.: Historische Statistik Serbiens 1834–1914. Mit europäischen Vergleichsdaten. München 1989 (= Südosteuropäische Arbeiten, 87).

Ders.: Jugoslawiens Nationalismen in historischer Perspektive. In: Journal Geschichte 1990, H. 6, S. 33–43.

Ders.: Experiment Jugoslawien. Von der Staatsgründung bis zum Staatszerfall 1918–1991. Mannheim u. a. 1993 (= Meyers Forum, 10).

Ders.: Ethnonationalismus in Aktion: Bemerkungen zum Ende Jugoslawiens. In: Geschichte und Gesellschaft 20 (1994), S. 402–423.

¹ Zoran Djindjić: Jugoslawien: Nationalitäteneintopf, scharf gewürzt. In: Transit. Europäische Revue 1/1990, S. S. 153–166.